

Zeitschrift des Vereins  
für  
Geschichte und Alterthum  
Schlesiens.

Namens des Vereins

herausgegeben

von

Dr. Richard Roepell.

Erster Band.



---

Breslau,  
Josef May & Comp.  
1856.

Schönheit der Sprache

Erzählung und Schilderung

Schöne.

302534

II (Bd 1.)



Verlag

Zeitschrift des Vereins  
für  
Geschichte und Alterthum  
Schlesiens.

~~~~~  
Namens des Vereins

herausgegeben

von

Dr. Richard Koepell.

Erstes Heft.

—————  
Breslau,  
Josef Marx & Comp.  
1855.

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר

המחבר והמחבר



Dem Andenken

Gustav Adolf Harald Stenzel's

gewidmet.

Instytut Śląski

Instytut Śląski

L. 4005 / 1

Schon der Stifter unseres Vereins, dessen Andenken wir diese Blätter gewidmet haben, hatte gleich von vornherein auch die Herausgabe einer Zeitschrift für die Zwecke des Vereins in's Auge gefaßt; allein an der Ausführung hinderten ihn wohl theils die allgemeinen Zeitverhältnisse, theils die vielseitigen literarischen Arbeiten, welche er in den letzten sieben Jahren seines Lebens vollendet hat.

Denn außer den drei Quartbänden Quellschriften zur Geschichte Schlesiens, die er auf Kosten und im Namen unseres Vereins herausgab, schrieb er in diesen Jahren nicht nur seine schlesische, sondern auch den vierten und fünften Band seiner preussischen Geschichte, und hinterließ und endlich noch die druckfertige Bearbeitung des Gründungsbuches von Heinrichau; ein Vermächtniß gleichsam seiner stets sich gleichbleibenden Liebe für die Geschichte dieses Landes, für deren Erforschung und Bearbeitung von ihm eine neue Epoche datirt.

Wir wollen nun versuchen auf der von ihm zuerst gebrochenen Bahn nach Kräften weiter zu gehen, und geben uns der Hoffnung hin, daß uns die Theilnahme und Unterstützung der Freunde vaterländischer Geschichte nicht verlassen wird.

Möge diese Zeitschrift, deren erstes Heft wir ihnen als ein Zeichen, daß unser Verein fortleben und fortstreben will, übergeben, eine freundliche Aufnahme finden, und je länger je mehr dazu beitragen, das Interesse an diesen Studien und ihren Früchten in immer weiteren Kreisen zu wecken, zu erfrischen und um einen Mittelpunkt zu versammeln.

Jeder Beitrag, sofern er nur, um mit den Worten Stenzel's (Ver-einstatut S. 45) zu reden, „als wirkliche Erweiterung der Geschichte und Alterthumskunde Schlesiens anzusehen ist,“ soll und willkommen sein.

Breslau im August 1855.

## I.

### Das Verhalten Schlesiens zur Zeit der böhmischen Unruhen.

März bis Juli 1618.

Es war bekanntlich am 5. März 1618, daß die evangelischen Stände Böhmens in dem großen Saale des Carolinums zu Prag zusammentraten, um sich auf Grund ihrer Landesprivilegien und des Majestätsbriefes gemeinsam zu berathen, was in Betreff der Klostergraber, Braunauer u. a. Religionsbeschwerden von ihnen zu thun sei. Am 11. März unterzeichneten sie eine ernste Vorstellung an den Kaiser nach Wien, und gaben schon am Tage darauf den religionsverwandten Ständen in Schlesien Nachricht von dem was sie gethan, zugleich mit der Bitte, daß diese sich in derselben Sache bei dem Kaiser „intercedendo interponiren“ möchten <sup>1)</sup>).

---

<sup>1)</sup> Menzel, Neuere Geschichte der Deutschen VI. p. 224 und 245 und nach ihm auch Hurter, Geschichte Ferdinand's II., VII. p. 340 geben den 12. Mai als Datum dieses Schreibens. Menzel folgte hierin der auf der Rheb. Bibliothek befindlichen Abschrift von Budisch Rel.-Acten, obwohl schon aus der „Andern Apologie“ p. 36 vergl. mit Anlage 97 sich das richtige Datum, wie es Senkenberg Neuere teutsche Reichsgeschichte XXIV. p. 176 bereits aufgenommen hatte, ergibt. Daß aber der 12. Mai nur ein Schreibfehler in den Rel.-Acten sei, geht auch daraus hervor, daß noch auf derselben Seite in der Antwort der Schlesier auf dieses Schreiben der Böhmen das letztere als vom 12. März datirt angezogen wird; welches Datum denn auch nicht nur die Abschrift jener schlesischen Antwort in einem, dem hiesigen Provinzial-Archiv angehörenden, Liegnitzer Copialbuch, sondern auch der Abdruck in der „Andern Apologie“ p. 131 bestätigen. Die Abschriften des Budisch, welche mir zugänglich gewesen sind, haben sich mir überhaupt als sehr unzuverlässig gezeigt. Sie sind nicht nur durch Schreibfehler entstellt, sondern lassen auch nicht selten halbe und ganze Sätze der Originale aus, so daß eine durchgreifende Untersuchung über die Zuverlässigkeit dieses weitverbreiteten und oft benutzten handschriftl. Werks eben so nothwendig, als wünschenswerth ist. So viel mir bekannt, ist eine Untersuchung dieser Art noch nicht geführt worden, obwohl schon Christian Runge in seinen Miscellanea literaria, Olsnae 1712, p. 23 auf deren Nothwendigkeit aufmerksam machte.



Zwei Monate hierauf am Montag nach Jubilate, den 7. Mai, kamen die schlesischen Fürsten und Stände auf der kaiserlichen Burg in Breslau zusammen <sup>1)</sup>, und verhandelten die erste Woche hindurch im „Oberrecht“ <sup>2)</sup> den Prozeß des Kaisers gegen den Markgrafen Johann Georg von Brandenburg-Sägerndorf, wegen der Herrschaften Beuthen und Oderberg. Sie entschieden ihn zu Gunsten des erstern, und vertagten dann die noch außerdem vorliegenden Rechtsachen bis zum nächsten Oberrecht, um auch noch Zeit für den Fürstentag zu gewinnen, von welchem eine ganze Reihe sogenannter Landespunkte ihre Erledigung erwarteten. Aber auch mit diesen wurden sie nicht nach Wunsch fertig. Sie hatten zwar bei Zeiten die Stände der beiden Lausitzen ersucht, dießmal auch ihrerseits Bevollmächtigte nach Breslau zu senden, damit man gemeinschaftlich die allen drei Ländern gleich wichtige Verhandlung mit dem Hofe über die schlesisch-lausitzische Canzlei in Wien berathe <sup>3)</sup>, aber nur die Stände der Oberlausitz hatten ihre Bevollmächtigten gesendet, die der Niederlausitz sich dagegen „mit Oлимпf“ entschuldiget <sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Meine Quellen für die Verhandlungen dieses Fürstentages sind theils die Warmbrunner Fürstentags-Akten gewesen, deren betreffender Theil mir mit seltener und mich zu größtem Danke verpflichtender Liberalität zu längerer Benützung hierher gesandt worden ist, theils ein Copialbuch des Provinzial-Archivs, welches, wie aus seinem ganzen Inhalte unzweifelhaft hervorgeht, gleichzeitig in Piegniß geschrieben worden ist. Es enthält viele Briefe, Actenstücke u., welche sich nicht in den Abschriften der Fürstentags-Akten finden, und ist als eine reiche Ergänzung derselben von großem Werthe. Ich werde die ersteren immer als A. P. (Acta publica), das letztere als Pieg. Copialbuch anführen.

<sup>2)</sup> Nach dem Privilegium König Wladiſlaw's v. 1498, 26. Novbr.: *Et si nos tanquam legitimus Bohemiae Rex aut successores nostri in regno contra aliquem ex Silesiae principibus aut Vasallis sive sit spiritualis sive secularis persona, quacunq[ue] in causa etiam de bonis immobilibus aut fundis aut e contra, si principes vel vasalli adversus nos aut nostros successores de bonis suis aut libertatibus et privilegiis praesertim Silesiae, vel denique si princeps seorsim habeat erga alterum actionem debet ea fieri coram principibus et statibus Silesiae et eorum consiliariis quos sibi forte adjungunt et quidem in metropoli illius provinciae Vratislavia, in arce nostra regia, ita ut per annum duobus diebus hoc jus exerceatur, videlicet die Lunae post dominicam Jubilate et die Lunae proximo post festum Michaelis.*

<sup>3)</sup> Es handelte sich hierbei um die Trennung einer besonderen schlesisch-lausitzischen Canzlei von der böhmischen. Ueber die im Sommer 1617 zu Prag in dieser Frage gehaltenen zahlreichen Conferenzen, vergl. Hammer, Leben des Cardinal Khlesl, III. 253. Er hat die Protocolle vor sich gehabt, die im erzbischöflichen Archiv zu Kremsier liegen.

<sup>4)</sup> Abschriften der lausitz. Schreiben finden sich nicht in den A. P., wohl aber im Pieg. Copialbuche.



Schon aus diesem Grunde mußte die Berathung auch dieser Sache aufgeschoben werden, wenn man auch es nicht vergaß, gleich jetzt den Herrn Vice-Canzler von Rositz mit 2000, Herrn Rath Otto Melander mit 800 und den Secretair Johann Liebe, beide bei der Canzlei in Wien, mit 300 Rthlr. zu „recompensiren“. Schließlich aber brachte man doch in acht Tagen drei und vierzig Punkte zu Ende, unter welchen sich allein fünfzehn auf Steuerreste bezogen, die gewöhnlich von einem Fürstentage zum andern mit fortgeschleppt werden mußten. Daneben wurden über Abschaffung geringer und Erhaltung guter Münze, über sich vermehrende Bucherpraktiken, über Erneuerung der Balger- und Todtschlägerordnung, über erbetene ständische Intercessionen wegen ausländischer Erbschaften und andere ähnliche Dinge Bestimmungen getroffen; endlich auch noch der Beschluß gefaßt ein Landesarchiv zu begründen, das seinen Platz in dem in Breslau neu zu erbauenden Fürsten- und Ständehause finden sollte. Ein „Abriß“ zu diesem letztern war bereits fertig, die weitere Förderung der Sache aber ward von Neuem, den schon „hiervor Deputirten Personen“ übertragen, Herrn Wolf Ernst von Art, Ernst von Grüttschreiber und Adam Sábisch, dem ständ. Generalfiscus-Einnehmer <sup>1)</sup>).

Aber auch nicht ein einziges Wort des umfangreichen „Memorials“, in dem die Stände am 23. Mai ihre Beschlüsse zusammenfaßten, deutet darauf hin, daß die gleichzeitigen Vorgänge in Böhmen in den Verhandlungen dieses Fürstentages irgendwie zur Sprache gekommen wären, und wer nur dieses Memorial vor Augen hätte, könnte leicht glauben, daß die große religiöse Frage des Tages bis zu diesem Zeitmoment auf die Schlesier keinen bedeutenderen Eindruck gemacht hätte.

Es ist indeß längst bekannt, daß es sich hiemit ganz anders verhielt, und es würde in der That nur unnatürlich gewesen sein, wenn sie an dieser Sache nicht augenblicklich ein sehr lebendiges Interesse genommen hätten. Betrachteten sie sich doch als „schon von altersher mit den Böhmen gleichsam in ein corpus verfaßt und verbunden“, und konnten es sich wohl keinen Augenblick verhehlen, daß, welches auch die Folgen des Schrittes der Böhmen sein sollten, diese in jedem Falle auch eine sehr entschiedene Rückwirkung auf sie selbst üben mußten. Denn sie befanden sich ja fast genau in derselben Lage wie jene. Auch

<sup>1)</sup> Fürstentags-Memorial vom 23. Mai 1618. A. P. Siegn. Copialb.

sie sahen sich ungeachtet des Majestätsbriefes fortwährend durch die katholische Gegenreformation bedrängt und bedroht, und hatten es nicht weniger als die Böhmen erfahren, daß von Seiten des Hofes auf alle in dieser Beziehung von ihnen erhobenen Beschwerden entweder gar keine oder doch keine durchgreifende und dauernde Hilfe zu erhalten gewesen war. Bezeichnete doch selbst der Cardinal Khlesl, der einflußreichste Minister des Kaisers und keineswegs ein Freund der jesuitisch-spanischen Hofpartei, den Majestätsbrief als einen solchen, „dergleichen von keinem Herrn von Oestreich, weil sie Christen seyn, ja von keinem catholischen Fürsten in der Christenheit nie erhört worden“; und schon 1616 hatte es der Fürstentag für nothwendig gehalten, „Ihre Majestät Gefäll“ einzuziehen, und die dem Kaiser bewilligten Steuern zurückzuhalten, um sie für den Fall einer eigenen „Defension“ verwenden zu können<sup>1)</sup>. Trozdem war es nicht besser, sondern schlimmer geworden, und soeben noch bei dieser Zusammenkunft kamen von den Protestanten aus Teschen, Ratibor, Oberglogau und anderen Orten wiederum „ganz wehmüthige Klagen“ ein, daß man mit ihnen „procediret, wie dergleichen in Schlesien, auch für dem Majestätsbrief nicht erhört worden“. Hierzu kam, daß auch hier, wie dort, die protestantischen Interessen durch den ganzen Gang der geschichtlichen Entwicklung seit der Reformation, mit den ständischen auf das engste verbunden worden waren. Denn die Fürsten, Herren und Städte waren es vornämlich gewesen, welche dem der neuen Lehre abgeneigten und widersirebenden Wiener Hofe, erst nach einem langen Kampfe die Privilegien, auf welchen die ganze Rechtsstellung des Protestantismus jetzt hier beruhte, abgerungen und hiebei zugleich ihre politischen Rechte erweitert hatten; und da sie nun in Folge hievon als die Träger und Vertreter der religiösen Rechte des Landes dastanden, traf fast jeder Angriff auf diese zugleich auch ihre ständische Stellung. Ständische und protestantische Freiheit standen oder fielen hier mit einander, und man wußte es am Hofe wie im Lande recht wohl, daß jede Niederlage der einen zugleich auch ein Sieg über die andere war.

Solchergestalt mußte schon das eigene Interesse die Schlesier auf die Seite der Böhmen ziehen; außerdem aber forderten auch noch Dankbarkeit und

<sup>1)</sup> Rhevenhiller Annal. Ferd. VIII. p. 1081.

Vertragspflicht sie auf, der Bitte jener vom 12. März zu entsprechen. Sie hatten ihren Majestätsbrief, von dem sie selbst sagten, daß er „*instar legum fundamentalium* dieser Länder sei“, vornämlich durch die kräftige Unterstützung der Böhmen erlangt, und sich mit diesen in der am 25. Juni 1609 abgeschlossenen Union zu gegenseitiger Unterstützung in der Vertheidigung der Religion so weit verbunden, daß ein Theil dem andern erforderlichen Falles „mit aller seiner höchsten Macht“ zu Hilfe zu kommen verpflichtet war. Der Kaiser selbst hatte diese Union bestätigt, und da die Böhmen bisher keinen Schritt gethan hatten, zu welchem sie nicht durch das bestehende und vom Kaiser anerkannte Recht befugt gewesen wären, so konnte bei den Schlesiern auch nicht das geringste Rechtsbedenken obwalten, die erbetene Interposition bei dem Hofe zu übernehmen.

Auch müssen die evangelischen Stände diese Frage schon neben den allgemeinen officiellen Verhandlungen des Fürstentages vielfach für sich berathen haben; denn kaum war der Fürstentag am 23. Mai beendet, als sie auch schon am 24. und 25. die Entwürfe zu den umfangreichen Schreiben genehmigten, die sie nach Wien und Prag zu senden beschloßen hatten. Den Böhmen antworteten sie neben abschriftlicher Mittheilung ihres Schreibens nach Wien, daß, „wo auch was beschwerliches fürgehen“ sollte, sie dennoch „gänzlich entschlossen“ wären, ihren aus der Union entspringenden Verpflichtungen „aufrichtig, treulich und höchsten Vermögens mit göttlicher Verleihung allezeit Folge zu leisten“ und Gleiches von ihnen erwarteten. Dem Kaiser aber verhehlten sie nach einer zusammenfassenden Darlegung der Veranlassung ihres Schrittes zunächst nicht, daß diese Religionsbedrängnisse „nicht allein in Böhmen, sondern auch allhier in diesem Lande Schlesien an unterschiednen Orten stark fürgehen, und mehr denn jemal auch für dem erlangten kaiserlichen Majestätsbrief beschehen, sich vermerken lassen“. Bei alledem aber könnten sie nicht glauben, daß von ihm dergleichen, „so Dero Kaiserl. und Königl. Hoheit auch von sich gegebenem Sawort, Privilegien und Confirmationen zuwiderläuft“, ausgehen könne, zumal er „in der anno 1606 und folgenden Jahren aus schlechten principiis entsprossenen Unruhe, nächst Gott das einzige Mittel gewesen, dadurch alle Länder in guten Wohlstand und Frieden gesetzt und darin bishero erhalten worden“. Auch jetzt noch hätten sie das Zutrauen zu ihm, er werde diese „*actus turbationis*“, welche nur aus



den „ungleichen informationes ihrer Religion widrig Gesinnter herfließen“ könnten, auch ohne ihre Intercession beseitigen; sie hätten aber diese letztere den Böhmen nicht verweigern wollen, theils in Rücksicht auf die von ihm ja selbst bestätigte Union, deren ernstern Inhalt sie zugleich in Erinnerung brachten, theils „weil uns die Gewissen leiten, daß wir unsre Glaubensgenossen in ihrer Bedrängniß wider Diejenigen, so die Privilegien und den Majestätsbrief zweifelhaftig zu machen oder auch gar umzustossen sich unterstehen wollen, nicht verlassen sollen“. Er, der Kaiser, möge daher sich nicht „durch weniger der Religion Aufseher in Böhmen und Schlesien ungleiche Berichte wider diejenigen privilegia, so instar legum fundamentalium dieser Länder sein, verleiten lassen“, vielmehr den Beschwerden der evangelischen Stände in Böhmen durch „Interponirung Ew. Majestät kaiserl. und königl. Autorität“, selbst Abhilfe schaffen<sup>1)</sup>. Das ganze Schreiben war würdig gehalten, und die kurze aber an sich selbst ernste Erinnerung daran, in welchem engen sich gegenseitig fördernden und bedingenden Zusammenhange Matthias' Gelangung zur Herrschaft, Majestätsbrief und Union gestanden hatten, war wohl geeignet, den Kaiser auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche der Ruhe dieser seiner Länder von Neuem drohten. Inzwischen gingen beide Schreiben nicht sofort ab. Nachdem Fürsten und Stände die Entwürfe zu ihnen genehmigt, trennten sie sich von einander und übertrugen die Ausfertigung und Absendung dem Herzoge Johann Christian von Brieg, der damals interimistisch das kaiserliche Oberamt verwaltete.

Raum aber war dieser nach Brieg zurückgekehrt, als er die ersten Nachrichten von den Ereignissen erhielt, welche gerade in denselben Tagen, in welchen jene Schreiben in Breslau entworfen worden waren, in Prag statthaft waren. Seit dem März war in Böhmen die allgemeine Bewegung, wie man weiß, nur gewachsen; der Kaiser hatte eine zweite, auf den 21. Mai angesetzte Zusammentunft der evangelischen Stände zu verhindern gesucht, sie waren aber dennoch zusammengetreten und die allgemeine Spannung hatte sich schließlich darin Luft gemacht, daß man am 23. Mai die kaiserlichen Räte Martiniz und Slavata nebst dem Secretair Fabricius nach altböhmischer Sitte zu einem Fenster des Prager

<sup>1)</sup> Beide Schreiben in Buchsch. R. A. und dem Pieg. Copialb. In die A. P. sind sie nicht aufgenommen; das an die Böhmen ist gedruckt in der „Andern Apologie“ Nr. 131.

Schloß hinauswarf, ein Auschuß der evangelischen Stände das Regiment des Landes in seine eigne Hand nahm, und sofort zu rüsten begann.

Dies alles erfuhr Johann Christian zunächst nur in allgemeinen Umrissen durch ein Privatschreiben, welches noch an demselben Tage, an dem jene Gewaltthat geschehen, an ihn gerichtet worden war <sup>1)</sup>. Aber auch schon diese ersten Nachrichten machten ihn „nicht allein etwas bestürzt“, sondern veranlaßten ihn auch, die nach Wien und Prag bestimmten Schreiben der schlesischen Stände zurückzuhalten, bis nähere Nachrichten aus Prag eingelaufen wären. Er erhielt diese am Abend des 30. Mai und erkannte sofort den ganzen Ernst der neuen Lage der Dinge. Um so weniger wollte er es jetzt noch über sich nehmen, nur auf seine eigene Verantwortung jene Schreiben abzuschicken, sondern fertigte gleich am folgenden Tage (31. Mai) ein Umlaufschreiben ab <sup>2)</sup>, in welchem er, wie es in solchen Fällen gebräuchlich war, die sog. nächst angefahrenen Stände, den Markgrafen Johann Georg zu Sägerndorf, den Herzog Georg Rudolph von Liegnitz, seinen eigenen Bruder, die Herzoglichen Brüder von Dels, Heinrich Wenzel und Karl Friedrich, den Freiherrn Joachim von Malzbahn und den Rath von Breslau, um ihre Meinung ersuchte. Er legte ihnen sämtliche Nachrichten, die er aus Prag erhalten hatte, in Abschrift bei, und setzte in seinem eigenen Schreiben die beiden wesentlichsten Gesichtspunkte, von welchen aus man die vorliegende Frage auffassen und entscheiden konnte, sehr klar auseinander.

Der Stand der Dinge in Böhmen, sagte er, habe sich „merklich alterirt“, und es sei danach „nicht wenig zweifelhaft“, ob die Böhmen auch jetzt noch dieser Dazwischentunft „sich gebrauchen möchten“. Außerdem aber sei auf der einen Seite wohl zu bedenken, daß, wenn der Stände Schreiben an die Böhmen, in welchem sie diesen ihre nach der Union schuldige Hilfe für alle Fälle zugesagt hätten, gerade in diesem Augenblicke nach Wien komme, es am kaiserlichen Hofe wohl die Ansicht hervorrufen könne, als ob die Schlesier die Böhmen nur „animiren“ wollten, was um so mehr den Schlesiern zum Nachtheil gedeutet werden möchte, da „weitere Thätlichkeiten, maßen es dazu fast das Ansehen haben will, erfolgen sollten“. Auf der andern

<sup>1)</sup> Abschrift im Liegn. Copialb.

<sup>2)</sup> In Buchisch R. A. und Liegn. Copialb.

Seite sei aber nicht weniger „in acht zu nehmen“, daß es für Schlesien „hoch angelegen“ sei, die Religionsbeschwerden mit den Böhmen zugleich zu „treiben, und gesambt durch und zurecht zu bringen“. Auch dürfte ein weiteres Zurückhalten der Schreiben das Mißtrauen der Böhmen erregen, daß die Schlesier „Außenwege“ halten wollten, woraus dann nur folgen könne, daß ihnen später von den Böhmen Gleiches mit Gleichem vergolten, und auch sie dann „gleichsam außgesezt“ werden dürften. Seine eigne Ansicht sprach der Herzog, wie das auch seiner Stellung ganz gemäß war, zwar nicht gerade aus, allein Jedermann kannte seine entschieden calvinistische Richtung und konnte aus ihr leicht folgern, welche Reihe von Erwägungen er persönlich für die wahrhaft maßgebenden hielt. Auch deutete wohl die Nachschrift darauf hin, in der er mittheilte, daß er als Verwalter des Oberamts sofort eine Fußpost nach Prag gelegt habe, und nicht zweifle, auch die Herrn würden sie nöthig befinden.

Das Umlauffchreiben kam zuerst an den Markgrafen nach Sägersdorf. Das Datum seine Antwort (2. Juni) zeigt wie rasch, der Inhalt derselben wie treffend er sich entschied. „Ob nun wohl nicht ohne, schrieb er, daß der Zustand zwischen den böhmischen Ständen sub una und denen sub utraque durch die Verhandlung auf der Kanzlei in Prag freilich alterirt worden, so können wir doch nicht ermessen, daß die Hauptsache, als nämlich die Affecuranz der evangelischen Religion und die Bedrängnisse, mit welchen die böhmischen Stände bisher afficiret — geändert wären, sondern bleiben haften auf ihnen, den Ständen in Böhmen sowol, als auf den andern incorporirten und unirten einen Weg als den andern. Ja, es ist zu besorgen, daß aus diesem Handel, da man nicht fest und wirklich beisammen siehet und hält, Ursach gesucht werden möchte, non causam pro causa zu gebrauchen, und den evangelischen Ständen in Boheimb und anderswo noch heftiger zuzuseßen. Dannenhero wir nicht ermessen können, daß die wohlberathschlagten Schreiben zu hinterhalten; dann ob wol nicht ohne, daß die Intercession an ihre Majestät und das Erbieten der Fürsten und Stände gegen den Ständen in Boheimb, für eine animirung möchte angezogen und gedeutet werden, so ist doch unser Trachtens auf die Erhaltung des Majestätsbrieves und auf die Conjunction der Länder, daß ein Land dem andern sein Brief und Sigil halte, und



keins das andre in seinen Röten verlasse, vielmehr zusehen, als auf die offension, so etwa daraus geschöpft werden möchte, fintemal ein jeder in der Gefahr stehet, und besorgen muß, rem suam agi paries cum proximus ardet. Hieltten derowegen an unserm Ort dafür, die Schreiben.... unter dem Datum wie zu Breslau die concepta verlesen sein.... im Namen Gottes auszufertigen und sich hierinnen das tragische factum, so denselben Tag sürgangen, nichts irren zu lassen.“

Man sieht, der Markgraf erkannte nicht nur mit scharfem Blick die wahre Lage der Dinge, sondern war seinerseits entschlossen, nach dieser Erkenntniß zu handeln; und mochten nun die andern Nächstangefessenen schon von selbst derselben Meinung sein, oder erst durch dieses Gutachten bestimmt werden, genug sie stimmten alle demselben bei. Am 6. Juni kam der Umlauf nach Eiegnitz, von wo ihn der Landeshauptmann und die Rätthe, nachdem sie auf die Rückkehr des grade abwesenden Herzogs ein Paar Tage vergebens gewartet hatten, mit ihrer eigenen Beistimmung am 9. weiter beförderten; vom 11. ist das Gutachten des Herzogs Carl Friedrich von Dels, und am 13. schloß sich der Rath von Breslau den vorangehenden Voten noch in derselben Stunde, in der er sie empfangen hatte, an <sup>1)</sup>.

Die Anfrage Johann Christians hatte jedoch ihren Umlauf noch nicht vollendet, ja sie war kaum von ihm abgesandt worden, als auch schon in den ersten Tagen des Juni neue und wichtige Briefe in Brieg einliefen. Von der einen Seite ward die nahe bevorstehende Ankunft einer Gesandtschaft der Böhmen gemeldet, von der andern kamen zwei kaiserliche Schreiben rasch aufeinanderfolgend an.

In Wien hatte man bereits am 25. oder 26. Mai von dem, was am 23. in Prag vorgegangen war, Nachricht <sup>2)</sup>. In der Nähe des alten und kranken Kaisers Matthias war in diesem Moment nur der Erzherzog Maximilian, sein Bruder; König Ferdinand dagegen und der Cardinal Rießl, noch immer der einflußreichste Mann des Hofes, befanden sich in Preßburg, woselbst Ferdinand so eben auch zum König der Ungarn

<sup>1)</sup> In dem Eiegn. Copialb. stehen nur das Votum des Markgrafen und der Eiegnitzer Rätthe. Buchisch R. A. geben hiezu das Votum von Dels und Breslau; das des Freiherrn von Malzan fehlt auch in ihnen.

<sup>2)</sup> Schon am 27. fragte die Hofkammer bei dem Kaiser an, „wie er das böhmische Canzleiwesen wegen des Präsidenten Herrn von Slavata und Herrn von Martiniß Unfall ferner bestellt haben wolle“. Hurter, Geschichte Ferdinand II., VII. p. 282.

erwählt war und noch mit den Ständen über seine Krönung verhandelte. Maximilian aber, dem schon lange, und nicht mit Unrecht, die ganze Lage des Hauses Oesterreich als eine höchst gefährdete erschien, der die Hauptwurzel alles Uebels in dem Protestantismus und in dem steten „zulassen, nachgeben, weichen, dissimuliren und accomodiren“<sup>1)</sup> der kaiserlichen Regierung sah, den Cardinal als die Seele desselben auf die tiefste haßte, und über dies alles mit dem Könige Ferdinand im innigsten Einverständniß war, — erkannte sofort mit richtigem Blick, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, Alles daran zu setzen, wenn man nicht Alles verlieren wolle. Auch zweifelte er nicht an einem glücklichen Erfolge unter Gottes Beistand, wofern man nur „mit Eifer dazu thun und sich selbst helfen wolle“, und ward nur durch die Sorge bekümmert, daß ein so kräftiger Entschluß nicht gesaft werden würde, so lange die Gewalt und maneggio aller Sachen in den Händen des Cardinals verbleibe<sup>2)</sup>.

Auch war diese Sorge nicht ganz ohne Grund. Denn bei dem Kaiser überwog anfangs, wahrscheinlich auf Khlesl's Rath, die Hoffnung, „dieses Wesen durch glimpfliche Mittel zu dämpfen“. Er wollte deshalb die Werbung von Truppen nicht „übereilend“ anstellen, auch die Couriere nach Spanien und Welschland nicht sofort absenden, und dachte daran, vierundzwanzig Schiedsrichter zur Beilegung der Handel aus beiderlei Confessionen ernennen zu lassen<sup>3)</sup>. In diesem Sinne war auch sein erstes Ausschreiben an die Eurfürsten vom 30. Mai, in dem er sie bat, die Werbungen der Böhmen in ihren Landen nicht zu gestatten, und ausdrücklich erklärte, er sei entschlossen, „diesem Unwesen ohne große Weitlauffigkeit auf solche Weise abzuheffen, wie solches Unsres Königreichs Böhmen Landesverfassung gemäß ist“<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Worte Khlesl. Hammer IV. p. 864 u. 865.

<sup>2)</sup> Schreiben Maximilians an König Ferdinand v. 31. Mai 1618, bei Hammer, n. 861. „Mich bethauret aber — schrieb der Erzherzog noch in demselben Briefe — und schmerzet unsre heylliche Religion und die Ehre Gottes; der ganze standt Unsers löbl. Hauses undt E. K. M. undt E. mit dero leben Posteritat, so under unserem zusehen, connivieren undt schlafen auf der Spizzen des äußersten Verderbens gestellt wirdt, undt daß wier es bey wissenden Dingen um solche desperatos terminos sollen thomben lassen, daß das remedium zu spatt sein mechte, umb welches uns auch ein schwähre verandtwortung vor Gott, Unserer undt aller welbt posteritet obliegen würde.“

<sup>3)</sup> Schreiben eines sächsischen Agenten aus Wien vom 6. Juni, bei Müller, Fünf Bücher vom böhmischen Kriege, I. p. 14.

<sup>4)</sup> Eine Abschrift dieses Schreibens im Piegn. Copialb. In Budisch B. A. ist es

Aber schon nach wenigen Tagen schloß auch der Cardinal sich der strengeren Auffassung an, sei es, daß er dem Andringen Ferdinands nicht zu widerstehen vermochte, oder selbst die Lage der Dinge ernster ansah, als zuvor. In einer Denkschrift, die er dem Kaiser von Wien aus einsandte, ging auch er von dem Satze aus, daß die „Ketzerei“ der Grund alles Uebels sei, und kam dann zu dem Schluß, daß die Rebellion der Böhmen jetzt die beste Gelegenheit biete, „auf einmal von diesem Joch und Servitut sich selbst und Ihr ganzes Haus zu erledigen, und wiederum in Ihre landesherrliche Autorität sich ganz einzuführen“. Sollte dieses Unternehmen, fuhr er fort, auch Millionen kosten, so würde doch der Gehorsam, welchen man durch die Execution auf den späteren Landtagen und bei allen Gelegenheiten finden würde, dies Alles wieder reichlich einbringen, und selbst, wenn dies Alles Nichts wäre, müsse man sich endlich auf „eins resolviren, oder um Land und Leute gar, oder viel in größere Servitut kommen, als bisher jemals beschehen. Wan denn das letzte weder zu ratthen, noch zu wagen, haltet man dafür, daß nunmehr die Arma nothwendig müssen appliciret werden <sup>1)</sup>“.

Allerdings behielt der Cardinal neben diesen Gesichtspunkten — und waren sie nicht für das Haus Oestreich, nachdem einmal die Dinge so weit gekommen, die richtigen? — auch noch die Möglichkeit im Auge, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen; wie denn vornämlich auf seinen Betrieb in den ersten Tagen des Juni die Sendung des Obersten Rhuen nach Böhmen erfolgte, der den Grafen Thurn auf die Seite des Hofes hinüberzuziehen versuchen sollte <sup>2)</sup>. Allein wenn der Cardinal auch den Frieden dem Kriege vorziehen und zum erstern ratthen mochte, so knüpfte er doch stets die Erhaltung des Friedens daran, daß dabei des Kaisers

---

nicht aufgenommen. Es ist aller Wahrscheinlichkeit nach dasselbe, dessen Müller a. a. D. p. 26 als auch nach Dresden gekommen, erwähnt.

<sup>1)</sup> Hammer, a. a. D. n. 865. Ein weiteres Stück dieses Gutachtens bei Hurter, a. a. D. p. 596; doch ist dessen Angabe, daß das Gutachten bei Rhevenhiller IX. p. 82 nur bis zu dem Worte „beschehen“ gedruckt sei, unrichtig; der letzte Satz bis „appliciret werden“, steht auch noch im Rhevenhiller; nur mit dem Lese- oder Druckfehler „explicirt“, statt „applicirt“.

<sup>2)</sup> Die genauere Zeitangabe für diese Sendung Rhuens fehlt. Nach der Angabe von Hurter a. a. D. p. 291 kam Rhuen den 18. Juni zurück. Aus Hammer IV., p. 61, geht aber ebenfalls hervor, daß der Kaiser am 10. schon das Scheitern der Sendung Rhuens bestimmt



guter Ruf und Autorität nicht leide<sup>1)</sup>); eine Bedingung, von der er sich freilich selbst sagen mußte, daß sie bei der ganzen Lage der Verhältnisse leichter zu stellen, als zu erreichen sei. Eben daher war er auch schon in derselben Zeit, in welcher Rhuen nach Böhmen ging, überzeugt, daß keine Stunde länger „mit der Rüstung“ zu verziehen und „Celeriter“ nothwendig sei, weil man jetzt noch „mit Vintausent mehr als hernach mit 6000 richten kann, auch mit dieser einen künftigen grossen Krieg, Zusammensetzung der Länder, abzahl des ganzen Königreichs von S. M. devotion erhalten und vielen inconvenientiis fürkommen“ könne<sup>2)</sup>. Zugleich ließ er die befreundeten Fürsten um Unterstützung an Geld, Truppen und Munition dringend ersuchen, und bemühte sich in seinen Sendschreiben die Curfürsten des Reichs zu überzeugen, daß es im Interesse aller Obrigkeiten liege, die Empörung der Böhmen zu bestrafen, die rein politischer Art sei und sich den Mantel der Religion nur um zu täuschen umgehängt habe<sup>3)</sup>. Mit einem Wort: man war am Hofe sehr bald darüber einig, daß man sich rüsten, die Autorität des Kaisers erhalten und die Rebellion in Böhmen bestrafen müsse. Hierin stimmten Maximilian, Ferdinand und der Cardinal überein, mit dem Unterschiede freilich, daß der letztere daneben auch noch friedliche Wege offen zu halten suchte und hiedurch das alte Mißtrauen jener beiden gegen sich nur noch mehr reizte und stärkte. Wie weit aber die Bestrafung der Böhmen sich erstrecken und ein etwaiger Sieg über sie auch gegen die „Ketzerei“ benutzt werden solle, darüber stand wohl weder bei den einen noch bei den andern etwas fest, wenn auch die Wünsche und Hoffnungen des Erzherzogs und des Königs in diesen Beziehungen sicher weiter reichten, als die des Cardinals und des Kaisers selbst. Diese Frage konnte nur die Zukunft entscheiden;

---

wußte, so daß die Ausstellung einer ganzen Reihe von kaiserlichen Bestallungen zu Truppenwerbungen, welche nach Hurter p. 285 am 9. Juni erfolgte, nicht unwahrscheinlich hiemit in Verbindung zu bringen ist. Auch die Bestallung des von Buchaimb 2000 Pferde zu werben, welche der Kaiser unter dem 11. Juni dem Herzoge Johann Christian mittheilte, ist vom 10. datirt. Vergl. weiter unten. — In dem Eiegn. Copialb. findet sich die Abschrift eines interessanten „Discurs, so etwa von Wien aus an Grafen von Thurn in Boheimb abgangen sein soll“, durch welchen der Graf bewogen werden sollte, zum Kaiser überzutreten.

<sup>1)</sup> Hammer, IV. p. 69, 71 u. a.

<sup>2)</sup> Rhleßl's Gutachten bei Hurter VII. p. 596.

<sup>3)</sup> Hammer a. a. O. Nr. 866.

zunächst kam neben der Rüstung alles darauf an, zu verhüten, daß die Erhebung der Böhmen keine Nachahmung in den übrigen von Protestanten erfüllten Erbländern fand. Man war sich am Hofe wohl bewußt, wie unsicher deren Treue und wie gefährlich ihre Verbindung mit den Böhmen war <sup>1)</sup>, und bestrebte sich daher, wie im Reich, so auch in ihnen die Ueberzeugung zu wecken und zu verbreiten, daß die Bewegung der Böhmen eigentlich gar nichts mit der Religion zu thun habe, und der Kaiser entschlossen sei, den Majestätsbrief zu halten.

Unter diesem Gesichtspunkte aber mußte Schlesien nothwendig in erster Reihe erscheinen, und der Hof verkannte dies nicht. Schon unter dem 26. Mai — also unmittelbar nach dem Empfange der ersten Nachrichten aus Prag — theilte der Kaiser dem Herzoge Johann Christian mit, daß er entschlossen sei, sich „auf allen Fall zu besserer Sicherheit Unsrer und unsrer gehorsamen Königreich und Landen auch Beschüzung der Justiz und gehorsamer, treuer Unterthanen ohne Unterschied der Religion, in guter Bereitschaft und Verfassung bis so lange die Waffen anderswo deponiret zu halten“; befahl ferner durch Oberamtspatent den Eintritt in fremde Dienste ernstlich zu verbieten, und forderte den Herzog schließlich auf, die Verwaltung des Oberamtes seinem Bruder, dem Herzog Rudolph von Liegnitz einstweilen zu übertragen und für seine Person schleunigst nach Wien zu kommen, weil er, der Kaiser, zur Berathschlagung und Abhilfe der böhmischen Sachen seine „getreuen Fürsten und andere fürnehme Personen aus den Landen, ohne Unterschied der Religion, als Unintressirte zuziehen“ wolle. Ein zweites Schreiben vom 2. Juni folgte dem ersten auf dem Fuße. Es schärfte den Befehl in Betreff der Werbung, welchen der Kaiser schon vollzogen hoffte, von Neuem ein, warnte, sich nicht in die böhmischen Sachen einzulassen, sondern „der von Gott gesegneten Obrigkeit“ treuen Beistand zu leisten, und wiederholte aufs dringendste die Aufforderung nach Wien zu kommen. „Dir nochmals befehlend, — schrieb der Kaiser — daß Du Dich alsbald, wo es noch nicht geschehen, auf den Weg anhero begebst, und außer der Gewalt Gottes davon nichts abhalten lässtest, damit wir des Ober-Amtshalben, desswegen Du erfordert und was sonst die nothdurft anordnen und mit Dir abreden mögen.“ Eine Nachschrift zu diesem Briefe theilte noch

<sup>1)</sup> Vergl. u. a. Hurter, p. 289.

mit, daß „der von Buchhainb“ einem seiner Rittmeister Tarnowsky, der 100 Pferde in Polen werbe, zwar angewiesen habe, dieselben des nächsten Weges durch Schlesien zu bringen, der Kaiser aber „zu erzeigung, daß wir unser Land Schlesien aller Beschwer geübrigt haben“, bereits beföhlen, jene Pferde über die ungrische Grenze zu führen. Sollte jedoch der Tarnowsky früher als ihn diese letztere Weisung erreiche, aufgebrochen sein und Schlesien berühren, so möge der Herzog auf den Grenzen allenthalben „gute anstellung thun“, auf daß die Reiter durch Commissarien begleitet und wie sie vom Obersten befehligt, ohne allen Schaden und Beschwer durchpassiren mögen<sup>1)</sup>).

Johann Christian kam zunächst dem bestimmten Befehle des Kaisers nach. Er fertigte das Patent in Betreff fremder Kriegsdienste unter dem 8. Juni aus und forderte darin Jedermann auf, sich „zu Beschüzung hochgeachteter Majestät und des gemeinen Vaterlandes und eines jeden selbst-eigner Wohlfahrt, Weib, Kinder, Haab und Güter in guter zuverlässiger Vereitschaft im Lande zu behalten“. Drei Tage darauf, am 11., versandte er die gedruckten Exemplare zur Publikation in die einzelnen Fürstenthümer, berief aber zugleich (7. Juni) die Nächstangeseffenen, „wo nicht in Person, so doch durch dero Abgeordnete“ auf den 12. Abends nach Brieg zu einer Zusammenkunft ein, welche, „weil allerhand vorgefallen, eine Nothdurft sei“<sup>2)</sup>).

Die Nächstangeseffenen entsprachen dem Rufe. Wenn auch Herzog Georg Rudolph von Liegnitz nicht in Person erschien, so schickte er doch seine Rätthe<sup>3)</sup>, und auch Breslau's Abgeordnete, Herr Joseph Fürst von Kupfer-

<sup>1)</sup> Diese kaiserliche Schreiben finden sich nicht in Buchsch R. A., wohl aber im Liegn. Copialb. Sie sind insofern wichtig, als sie die spätere Reise Johann Christians nach Wien in ein neues Licht stellen. Die Aufforderung des Kaisers hing wahrscheinlich mit dem Plane zusammen, eine Commission nach Böhmen zu senden, von welchem der sächsische Agent bei Müller a. a. O., p. 14, schrieb. Nach der Rückkehr Khuen's ließ der Hof, wie es scheint, diesen Plan fallen.

<sup>2)</sup> Die Schreiben finden sich nur im Liegn. Copialb., welches fast in der Regel auch ausdrücklich den Tag der Ankunft in Liegnitz angiebt. Die Patente trafen dort am 17. ein, brauchten also vier Tage von Brieg dorthin. In Buchsch R. A. fehlt dies alles; woher denn auch Menzel dieser Verhandlungen der Nächstangeseffenen gar nicht gedenkt.

<sup>3)</sup> Wir erfahren dies aus dem Schreiben Johann Christians vom 17. Juni, durch welches er den Fürstentag auf den 3. Juli berief. Von den andern Fürsten wissen wir weder das eine noch das andere.



berg auf Liebenstein Rathhällester, und Christoph Henschel, beider Rechte Doctor, Syndicus der Stadt und Oberlandtschreiber des Breslauer Fürstenthums, fehlten nicht<sup>1)</sup>. Sie fanden bei ihrer Ankunft die Gesandten der Böhmen, den Grafen Johann Albin Schlick, Friedrich von Biela, Martin Frühwein von Podoly und Caspar Luck von Boguslawice, beider Rechte Doctor und fürstlich münsterbergischen Rath, schon vor<sup>2)</sup>, und konnten also gleich das Schreiben erwägen, welches diese von Seiten ihrer Directoren und Stände mitgebracht hatten.

Es war vom 30. Mai, sprach zunächst das Vertrauen aus, daß die Schlesier der Bitte der Böhmen vom 12. März inzwischen wohl „deserirt“ haben würden, gab dann Bericht über die Vorgänge vom 21. und den folgenden Tagen und bezog sich zu weiterer Rechtfertigung auf die gedruckte Apologie, welche die Gesandten gleichzeitig übergeben würden. Die Hauptsache aber war darin die bestimmte auf die Union vom 25. Juni 1609 gegründete Aufforderung an die Schlesier, ihnen in Monatsfrist die vertragmäßige Hilfe von 1000 Mann Reiter und 2000 Mann Fußvolf zuzusenden und zugleich so rasch als möglich Bevollmächtigte zu gemeinsamer Berathung und Beschlußnahme nach Prag abzuordnen. Daß Ganze war so dringend als möglich gefaßt; es sei, wie es hieß, die höchste Gefahr im Verzuge<sup>3)</sup>.

Solchergehalt lag den Rächstangeseffenen schon jetzt die inhaltsschwere Frage vor, ob Schlesien sich auf die Seite des Kaisers oder der Böhmen stellen solle und wolle? eine Frage, zu deren entschiedener Beantwortung die zur Zusammenkunft abgeordneten Rätthe um so weniger mit Vollmacht versehen sein mochten, als auch ihre Herrn schwerlich über sie bereits mit sich selbst geschweige denn untereinander einig waren. Auch stand es überhaupt nicht den Rächstangeseffenen zu, „in dergleichen allgemeinen Landesangelegenheiten was vorgreifliches zu schließen“, und es war

<sup>1)</sup> Der Entwurf zu dem Credential der Abgeordneten Breslaus in den handschriftl. Litterae ad reges et principes der Rathhausbibliothek, ist vom 11. Juni datirt.

<sup>2)</sup> Sie waren, wie sich aus der Antwort der Schlesier vom 13. Juni ergibt, am 10. angelangt. Ob Johann Christian die Versendung der am 8. datirten Patente absichtlich bis zu ihrer Ankunft aufgeschoben und erst nach Berathung mit ihnen, jene Andeutung, daß man sich selbst werde rüsten müssen, aufgenommen habe, ist eine Frage, die sich leichter aufwerfen, als beantworten läßt.

<sup>3)</sup> Budisch B. A. Liegn. Copialb.

daher ganz angemessen, daß die Versammlung einer entschiedenen Antwort auf die Forderung der Böhmen auswich, und solche einem allgemeinen Fürstentage überließ, den sie innerhalb 14 Tagen einzuberufen beschloß. Bis dahin sollten sich die Böhmen gedulden, dann aber „ohne einiges hinterziehen“ Antwort erhalten, und inzwischen darauf vertrauen, daß die Schlesier nicht unterlassen würden „dem aufrichtig und treulich vermittelt göttlicher Verleihung nachzukommen, was sie vermöge der einmal aufgerichteten Conjunction zu thun schuldig.“ Nur möchten auch die Böhmen sich „alles gebührlchen Respects gegen die Kaiserl. und Königl. Majestät und erheischenden Olimps gegen denen sub una zu gebrauchen sich angelegen sein lassen <sup>1)</sup>.“

Mit diesem Bescheid gingen die Nächstangeseffenen den Böhmen gegenüber keinen Schritt über die Linie hinaus, welche die versammelten Stände am 24. Mai einzuhalten beschlossen hatten. Johann Christian aber mochte auch nach ihrem Rath sich um so eher zur Reise nach Wien entschließen, als er einerseits seine definitive Bestätigung im Oberamt, um welche die Stände bereits Ende Mai den Kaiser dringend gebeten hatten <sup>2)</sup>, wünschte, andrerseits vielleicht auch hoffte, dort persönlich für

<sup>1)</sup> Buchsch R. A. und Biegn. Copialb. In jenen ist das Schreiben vom 14., in diesem vom 13. Juni datirt; für die letztere Angabe spricht das Ausschreiben vom 17. Juni.

<sup>2)</sup> In einem eigenen Schreiben der Stände vom 23. Mai 1618, dessen Abschrift ich auch nur im Biegn. Copialb. gefunden habe. Die Stände sagen darin dem Kaiser, sie hätten ihm schon unter dem 18. Septbr. 1617 „wegen gänzlicher Ersetzung des Oberamtes“ geschrieben, und „daß hiezu Ihre Lieb. und fürstl. Gnaden, der durchlauchtige hochgeborne Fürst und Herr, Herr Johann Christian, Herzog u. s. w. — vermocht werden möchte, — in sonderlicher Erwägung, daß das allgemeine Landesprivilegium, wie auch der von Ihrer kaiserl. Maj. Kaiser Rudolpho wegen Bestellung des Oberamtes ertheilte Majestätsbrief von einem Oberhauptmann und keinem Verwalter rede, und daß unsere Vorfahren, wenn sie durch einen Verwalter guberniret werden wollen, solches für ein hohes Landgravamen angezogen und um remedirung desselben alles Fleißes gebeten, maßen aus dem was a. 1575 unter Kaiser Maximiliano und dann a. 1577 unter Kaiser Rudolpho fürgegangen, genugsam zu befinden: wie auch, was sonst E. K. M. selbst in Fortstellung derothalben eigner Angelegenheiten hieran gelegen.“ Sie hätten hierauf keine resolution erhalten und noch weniger sei die Bestellung der Oberhauptmannschaft den privilegien gemäß erfolgt; wohl aber hätte Joh. Christian „bis anhero“ sich der Verwaltung so „alles besten und treuesten Fleißes angelegen sein lassen, daß gar nicht zu zweifeln, er werde, wenn die völlige Bestätigung erfolge, um so viel desto mehr E. K. M. und des Vaterlandes bestes ferner zu befördern ganz willig und unverdrossen sein.“ Der Kaiser möge daher ihrer Bitte nachkommen, und „hierdurch dieser Landesbeschwer“ abhelfen.

eine friedliche Ausgleichung der böhmischen Sache wirken zu können. Auf die Nachricht davon, daß er sich „ehestes Tages“ nach Wien begeben wolle, wünschte ihm wenigstens der Rath von Breslau unter dem 25. „göttlichen Beistand, Erfolg und glückliche Rückkehr<sup>1)</sup>“, und am 17. war er im Begriff aufzubrechen, als ihm an demselben Tage ein neues kaiserliches Schreiben (d. d. 11. Juni) zukam, das ihn sofort zu einer Aenderung seines Entschlusses bestimmte. Der Kaiser theilte ihm nämlich darin mit, daß er dem Haas Christoph von Buchhaim Befehl gegeben 1000 Pferde zu werben und ehestens auf den Fuß zu bringen, sandte die hierüber „an alle unsre Königreiche und Erblande“ erlassenen Patente v. 10. Juni ein, und forderte den Herzog auf, „von Oberamtswegen darob zu sein“, daß in Schlessien nicht nur den vom Buchhaim bestellten Rittmeistern und Befehlshabern bei der Werbung kein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern auch dem geworbenen Kriegsvolk „allenthalben zu Wasser und zu Lande frei, sicher, und unaufgehalten durchzukommen verstattet werde, die durchziehenden Reiter gutwillig beherbergt würden und ihnen gebührliche Haltung wiederfahre<sup>2)</sup>.“

Diese ernste Forderung überzeugte den Herzog zunächst, daß die Berufung eines Fürstentages keinen Augenblick mehr zu verzögern sei. Noch an demselben Tage, an welchem er das kaiserl. Schreiben empfangen, lud er die Fürsten und Stände auf den 3. Juli nach Breslau ein, und berief zugleich eine zweite „schleunige“ Zusammenkunft der nächstangesehnen auf den 23. Juni nach Brieg<sup>3)</sup>. Er selbst aber gab die Reise nach Wien auf, entschuldigte sich schriftlich deshalb bei dem Kaiser und theilte diesem zugleich die Forderung der Böhmen, die ihnen gewordne Antwort und was er überhaupt bisher gethan habe ausführlich mit<sup>4)</sup>. Er trug, wie er seinem Bruder schrieb, „nit unbillig“

1) Der Entwurf zu diesem Schreiben in den handschr. literae ad reges et principes der Rathhausbibl.

2) Auch von diesem kaiserl. Schreiben habe ich eine Abschrift nur im Piegn. Copialb. gefunden.

3) Schreiben Joh. Christians v. 17. Juni, gleichfalls abschriftlich nur im Piegn. Copialb.

4) Dies letztere geht aus dem später anzuführenden kaiserl. Schreiben vom 28. Juni hervor.



Bedenken, „bei so gestellten Sachen, und da sich von Tage zu Tage die Zeiten und Läufe gefährlicher anlassen wollen“, Land und Leute zu verlassen, und sich „außer Landes“ zu begeben.

Auch theilten die Nächstangeseffenen dies Bedenken vollkommen. Sie erinnerten sich bei ihrer Zusammenkunft auf das lebhafteste, welche Plage, Elend und Kosten noch vor elliſchen Jahren dergleichen Werbung und Durchzug über das Land gebracht hatte, wie sich das geworbene Volk im Lande „hin und her umgeschleppt, allen trotz, üppigkeit und gewalt wieder die Einwohner gebraucht, sich weder das kaiserliche Oberamt noch einigen Stand hätte besagen lassen wollen, sondern mit großem Verderb des Landes sich so weit impatroniret, das es, bis es seinen Unterhalt, auch wohl die Bezahlung selbst erzwungen, nicht auß dem Lande zu bringen“ gewesen wäre. Damals hatten die Stände zur Unterhaltung des Buchheimischen u. a. Regiments „an Liefergeld, Unterhalt, Bezahlung und andern darzu angewendeten Contributionen, ungerechnet des Schadens, so den gemeinen Mann betroffen über die 700,000 Thlr. ganz ohne Noth und unverschuldet spendiren müssen,“ und wollten sich jetzt um so weniger einer gleichen Noth und Gefahr aussetzen, als sie seitdem durch eine kaiserliche Resolution „affecurirt“ worden waren, daß „fortan von den Königen zu Böhaimb kein krieg ohne der ganzen Kron Böhaimb, das ist aller mit incorporirten Länder zuthun und beliebung angefangen, noch auch einiges kriegsvolk diesem Lande ohne dessen vorbewußt und einwilligung einquartiret oder aufgedrungen werden sollte.“ Auf Grund dieser Affecuranz und mit ausführlicher Erinnerung an den „noch unverwundenen Schaden,“ der damals das Land „mehr denn zuviel betroffen“ lehnten daher die Nächstangeseffenen in einem eigenen ausführlichen Schreiben an den Kaiser die Werbung, in der ihnen „Kaiserl. Maj. einig Ziel oder was zu geben, gar nicht gebühret,“ zwar nicht entschieden ab, aber sie baten ihn doch, „das arme Land“ mit ihr „allergnädigst“ zu verschonen. Wenn sie hiebei zugleich mit „unterthänigsten Dank“ anerkannten, daß der Kaiser „nicht allein sich zu allergnädigster schußhaltung der heilsamen justiß und sicherung deroeselben gehorsamen Unterthanen ohne unterschied der Religion in gutter Bereitschaft und Verfassung zu haben entschlossen, sondern sich auch hiebevorn den gelindesten Weg in der fürgefallnen Böhaimbschen Sache fürzunehmen allergnädigst anerbotten habe“ — so sprachen sie hie-

mit nur einen Wunsch aus, der ihnen in diesem Moment in der That am Herzen lag <sup>1)</sup>).

Man sieht, es kam nun darauf an, welche Stellung der bevorstehende Fürstentag dem Lande geben würde. Bevor er indes zusammentrat, entwickelten sich die Verhältnisse zwischen dem Kaiser und Böhmen schon klarer als bisher.

Der Kaiser hatte am 18. Juni ein offenes Patent nach Böhmen erlassen. Er stellte darin in Abrede, daß er jemals etwas „zu aufheben und cassirung“ des Majestätsbriefes vorgenommen, noch ändern das zu thun bewilligt habe; versicherte er sei wie stets vorher, so auch jetzt noch „keines andern Willens und Meinung“ als beide Religionspartheien „bei ihren Privilegien, Freiheiten, Majestätsbriefen u. s. w. zu schützen, und kündigte dann an, daß er, weil er selbst „Leibesschwachheit auch andrer wichtiger Geschäfte halber“ nicht nach Prag kommen könne, ohne Saumnis „gewisse, ansehnliche und fürnehme Personen zu erörterung und hinlegung“ des Vorgefallnen und des „Mißverständes, so in einem und dem andern sich erregt“ verordnen wolle. Dagegen befahle er, daß in Böhmen das geworbne Volk entlassen, Werbung und Aufgebot eingestellt werde. Geschehe dieß, so wolle er seinerseits dasselbe thun, andernfalls aber bleibe ihm Nichts übrig als auch wider seinen Willen „mit hülff des Allmächtigen, durch dessen Gnad wir euch zum König und Herrn ordentlich vorgesezt sind, solche Mittel vor die Hand zu nehmen, durch welche unsre Autorität billigermaßen erhalten werden möchte“ <sup>2)</sup>).

Konnten die Böhmen diesen Befehl zu entwaffnen befolgen? Sie hatten sich erhoben, um den ihrer Meinung nach immer weiter um sich greifenden Umgehungen des Majestätsbriefes in einzelnen Fällen ein für alle Mal zu steuern, eine größere Sicherstellung seiner Anwendung zu erringen. Eine solche aber konnten sie in dem Patent des Kaisers nicht erkennen, und um so viel weniger, als sie die am Hofe einflußreichen

<sup>1)</sup> Schreiben der Nächstangeseßenen an den Kaiser d. d. Brieg 23. Juni, abgeschrieben im Regn. Copialb. In Buchisch R. A. findet es sich eben so wenig, als die früheren. Die Landesprivilegien, auf welche sich in diesem Schreiben die Nächstangeseßenen ohne dieselben näher anzuführen, beriefen, sind wohl die kaiserl. Resolutionen und Rescripte v. 1608; 1609 18. Juni, 1610 19. Septbr.; wenigstens führt diese das Memorial des Fürstentages vom 3. Juli zu ganz ähnlichem Zwecke an.

<sup>2)</sup> Gebr. bei Heyenhiller IX. 70. Londorp I. 445. Lünig pars. spec. Cont. I. 143.

Gefinnungen und Absichten in Betreff ihrer religiösen wie ständischen Freiheit schon von früherher kannten, und auch jetzt wieder aller Wahrscheinlichkeit nach erfahren hatten, in welches Licht ihr Unternehmen von Seiten des Hofes in den Sendschreiben ins Reich gestellt worden war. Nach der Gewaltthat vom 23. Mai, den weitem Eingriffen in die Rechte des Kaisers und der, einer Kriegserklärung fast gleichkommenden, Austreibung der Jesuiten konnte in ihren Augen die geforderte Niederlegung der Waffen als nichts anders als eine Ergebung auf Gnade und Ungnade erscheinen, zu der für sie weder in der gegenwärtigen Lage der Dinge noch im Hinblick auf die Vergangenheit irgend ein Grund vorlag. Auch war ihre ganze Stimmung keineswegs dieser Art. Am demselben 18. Juni, an welchem der Kaiser jenes Patent erließ, berichtete ein sächsischer Agent aus Prag nach Dresden: „Ich kann dem Herrn mit Worten nicht genugsam anzeigen, was vor großen Eifer und Ernst bei den Herrn Ständen; sind bereit Leib und Leben, Haab und Gut zuzusetzen, wollen dasjenige so ihre Väter, die alten Hussiten erworben, behalten und sich weder Teufel noch Hölle abwendig machen lassen; sagen daneben, sie haben Gott zur Rechten, und Gott habe sich seines bedrängten Volks erbarmt, hielten es auch vor Gottes sonderbares Werk, daß sie eben das Instrument sein sollten, durch welches des Papstes Greuel sollte abgethan werden, weil zumal vor zweihundert Jahren ihre Vorfahren schon Hand angelegt <sup>1)</sup>.“

In dieser Stimmung waren sie begreiflich weit entfernt davon die Waffen niederzulegen, im Gegentheil sie setzten ihre Rüstungen nur um so eifriger fort und grade in diesen Tagen zog Thurn vor Krummau und Budweis, um die dort liegenden kaiserl. Besatzungen entweder durch Ueberredung oder Gewalt zu vertreiben. Der Kaiser aber, der noch am 23. Juni seine Erklärungen vom 18. wiederholt hatte <sup>2)</sup>, gab auf die Nachricht von Thurns Unternehmung seinem Kriegsvolk Befehl „unverzüglich“ in Böhmen einzurücken, und kündigte dies den Ständen in einem kurzen Schreiben vom 24. Juni mit der Ermahnung an, lieber von ihrem Vornehmen abzustehen, als „Ursacher“ ihres eignen und des Landes Verderben zu werden <sup>3)</sup>. Das änderte jedoch den Sinn der Böhmen nicht.

<sup>1)</sup> Müller, Fünf Bücher vom Böhm. Kriege I. p. 11.

<sup>2)</sup> Abschrift im kieg. Copialb.

<sup>3)</sup> Gebr. bei Sondorp I. 447



Wie sie von Anfang an erklärt hatten, daß ihr Unternehmen nicht gegen den Kaiser, sondern nur gegen dessen schlechte „friedhassende“ Råthe gerichtet, und einzig und allein zur Vertheidigung ihrer Landesrechte bestimmt sei, so bezogen sie sich auch jetzt in ihren Antwortschreiben vom 27. und 30. Juni von Neuem hierauf, erinnerten den Kaiser daran, daß „Landesordnung und Landtagschluß“ das Einrücken fremden Kriegsvolks ohne Einwilligung der Stånde untersage, erklärten ihren Entschluß sich zur Wehr setzen zu wollen und deuteten auf die Folgen hin, wenn sie „in solchen unumgänglichen und darzu gedrunghenen Nothdurften wider solches Kriegsvolk auch anderswohin um Hilfe und Schutz fliehen“ müßten<sup>1)</sup>. Sie hatten sich in der That bereits früher nach Dresden, Heidelberg u. a. D. gewandt und wiederholten jetzt ihr Gesuch, während auf der andern Seite der Kaiser sich auf das dringendste um Hilfe der befreundeten Måchte bewarb. „Gott weiß es, — schrieb der Cardinal am 26. Juni an den kaiserl. Gesandten Grafen Rhevenhiller in Madrid — kömmt nicht bald Hilfe aus Mailand und des Königs Macht, ist es vergebens. — Die Länder wollen nichts thun, sehen alle auf Böhmen und haben mit denselben eine Correspondenz, ist nichts auf sie zu verlassen. Werden die Reßer stärker, haben sie Zeit, machen sie confederationes, werden wir geschlagen. In Wahrheit alles ist verloren, sowohl Oestreich, Mähren, Schlesien, Lausitz und dergleichen, wir Katholischen werden verjagt oder zu Sklaven, kommen vom Haus Oestreich und ist ein ewiges Spott. Da muß er alle maceram abziehen, allen Respect beiseits legen, importune et opportune sollicitiren, es laßt sich nicht warten, mit keiner Höflichkeit curiren, hin und wieder Bericht schreiben, sondern alsbald ja oder nein; ist es Nein, so ist Böhmen ein holländisch Gubernament, ist es ja und nit bald, so sein wir ingeleichen ruinirt und geschieht diese ungarische Krözung pro forma in massen mit der böhmischen geschehen. Ungarn bekommt alsdann der Türk, Böhmen und andre Länder die Calvinisten. Also haben wir in einem Jahre geschlossen. Das schrieb ich ihm von Gw. M. wegen vor Gott und der Welt protestirend, daß ich die Noth nicht verschweig, auch Tag und Nacht mich bearbeite. Ihre Heiligkeit hab ich gleich wohl auch geschrieben, weil aber daselbst her nichts zu hoffen, man nur auf die Befreundete ein Aug hat, laß ich dieselben verantworten,

<sup>1)</sup> Hurter a. a. D. p. 292. Concorp I. 448.

so Ihre Maj. mich und andre nicht hören wollen. Was ich für eine Zeit Tag und Nacht haben muß gedenk er, wer mir dies zahlen kann, weil mir mein Leben nicht kann bezahlt werden. Gott befohlen<sup>1)</sup>.“

Man glaubte also in den letzten Tagen des Juni sowohl in Wien als in Prag kaum mehr an die Erhaltung des Friedens, und rüstete demnach hier wie dort auf das eifrigste zum Kriege, als die Fürsten und Stände Schlesiens am 3. Juli in Breslau von Neuem zusammentraten. Der Herzog von Brieg hatte, wie wir bemerkten, sein Ausschreiben zu diesem Fürstentage sofort nach Wien mitgetheilt und erhielt jetzt, während er schon auf der Reise von Brieg nach Breslau war, am 2. Juli in Oblau ein weiteres Schreiben des Kaisers, welches am 28. Juni in Wien ausgestellt und mithin nur zwei Tage jünger als der eben erwähnte Brief des Cardinals nach Madrid war. Der Kaiser sprach darin zunächst kein Wort des Tadelß oder auch nur des Mißfallens über des Herzogs bisherige Schritte und Maßregeln aus. Im Gegentheil er billigte ausdrücklich den Aufschub der Reise desselben nach Wien, obwohl er seine Ankunft dort „gern gesehen“ hätte; befahl ihm jetzt sich alsbald nach geschlossener Zusammenkunft und Bestellung des Regiments durch seinen Bruder nach Wien zu verfügen, und stellte ihm die definitive Uebertragung des Ober-Amts in Aussicht; lobte es dann, daß der Herzog durch ausführliche Mittheilung der Verhandlungen mit den Böhmen seinem „Amt ein Genügen und recht gethan“; ließ sich „auch gnädigst gefallen“ was jener „der fremden Werbungen halber verordnet“; und sprach sein Vertrauen darauf aus, daß der Herzog ihm „bei jeßiger Zusammenkunft nicht weniger wie bishero zu unserm gnädigsten gefallen geschehen, alle mögliche treueste Dienste leisten“ werde. Zugleich zeigte er an, daß er „zu besserer Information“ einen sonderlichen Commissarius auf den bevorstehenden Fürstentag abordnen werde; wiederholte seine frühern Versicherungen, daß er niemals daran gedacht habe und auf jetzt noch nicht daran denke den religiösen und

<sup>1)</sup> Hammer a. a. D. Nr. 573. Was in diesem Schreiben über Rom gesagt ist, wird wohl durch den von Müller a. a. D. mitgetheilten Bericht des sächs. Agenten aus Wien v. 11/21. Juli erläutert: nach welchem der Kaiser 100,000 Kronen monatlich von Rom verlangte, der Papst aber erklärte, man müsse zuvor sehen, ob es des Kaisers Ernst sei, mit Kraft zu verfahren; in diesem Falle möge man einen Anfang machen, und einer Beisteuer von monatlich 60,000 Kronen könne sich dann der Hof versichert halten.

sonstigen Privilegien irgendwie Eintrag zu thun, sondern nur zur eignen Vertheidigung die Waffen in die Hand nehme, und deshalb „die unzweifelhafte Zuversicht“ hege, die Fürsten und Stände Schlesiens würden ihm „ihrer Pflicht und erkannten Treu willen und standhaftigkeit nach, in allen fürfallenden occasionen (vielmehr) beyspringen, als der angefangenen Unruhe, und und Ihnen zu schaden im wenigsten stärken“. Dieß und was er sonst der Nothdurst zu sein erachte, möge der Herzog dem Fürstentage „wol einbilden“, und außerdem „zuverlässige Vorsehung thun, damit sich jedermänniglich in gutter Bereitschaft halte und wir uns darauf zu verlassen haben mögen“<sup>1)</sup>.

Am festgesetzten Tage, den 3. Juli, eröffnete der Herzog, obwohl der angekündigte kaiserliche Commissarius noch nicht eingetroffen war, den Fürstentag mit einer einleitenden Rede über die Lage des Landes<sup>2)</sup>. Er hätte gern, sagte er den Versammelten, ihnen diese Zusammenkunft erspart, aber nach dem „vorgutansehen“ der Nächstgeseffenen habe des Vaterlandes Nothdurst sie erfordert. Wäre ja männiglich bewußt, was für Handel in Böhmen sich entsponnen, die auch bis jezt so wenig nachgelassen, daß vielmehr alles dort in Rüstung stände. Auf der andern Seite rüste der Kaiser gleichfalls, auch an unterschiedenen Orten der Benachbarten sei man in Kriegspräparation, woher es denn den Fürsten und Ständen wohl gebühre, ein wachsames Auge darauf zu haben, daß dieses Land nicht so bloß stehe. Außerdem sei aber sowohl vom Kaiser, als auch von den Böhmen mancherlei Begehr und Anforderung an ihn gekommen, deren schließliche Beantwortung weder er für sich allein, noch mit den Nächstgeseffenen habe auf sich nehmen können und auch daher diesen

<sup>1)</sup> Auch dieses Schreiben fehlt in Buchsch R. A.; Abschrift im kieg. Copialb.

<sup>2)</sup> Es ist oft und mit Recht, zuletzt noch von Kries „Histor. Darstellung der Steuer-  
verfassung in Schlesen“ p. IX., beklagt worden, daß uns in den Sammlungen der Für-  
stentags-Acten, die Separat-Vota der einzelnen Collegien nicht erhalten sind. Um so  
erfreulicher war es mir, im Provincial-Archiv nicht nur das Original-Protocoll dieses  
Fürstentages vom 3. Juli, sondern auch noch mehrere dergleichen Protocolle aus den  
Jahren 1618 und 1619 zu finden, welche außer den Collectivvotis des Herrenstandes,  
der Erbfürstenthümer und der Städte, auch noch das votum jeder einzelnen Fürsten-  
stimme nebst ziemlich ausführlicher Motivirung desselben enthalten. Die ganze Fassung  
der Protocolle zeigt unzweifelhaft, daß sie während der Vorträge in den allgemeinen  
Sitzungen selbst nachgeschrieben sind, und es scheint mir hienach wahrscheinlich, daß auch  
in den Collegien der Erbfürstenthümer und der Städte ähnliche Protocolle über die Vota  
der einzelnen Stimmen werden abgefaßt sein.



Tag berufen müssen. Er theilte hierauf übersichtlich mit, was er inzwischen gethan, ließ der Böhmen und des Kaisers Schreiben, sowie seine Antworten alle „in publico“ ablesen, und gab dann seine Meinung dahin ab, daß, wenn nicht gleicher Schutz allen beiden Religionen gehalten würde, auch kein Friede und tranquillitas publica werde erhalten werden. Deshalb mußten sie auch ohne Unterschied der Religion in medium consultiren, wie dieses Land bei Ihrer Majestät Gehorsam zu erhalten, wie die Uniones zu erhalten und böhmische Stände zu beantworten, und ob die Kosacken durch commissarios durchzulassen. Er schloß mit der Versicherung, daß er für seine Person gern alles thun wolle, was zu gehorsamstem Respect Ihrer Majestät und des Landes Sicherheit gereiche.

Gegen den Vorschlag, daß beide Religionsparteien gemeinsam verhandeln sollten, erhob sich von keiner Seite ein Widerspruch in der Versammlung; nur formulirte gleich anfangs das fürstlich Liegnitz'sche Votum die Punkte der Berathung etwas genauer dahin, daß sie sich auf des Landes Sicherung, auf den Durchzug fremder Soldhaufen, namentlich der Kosacken, und auf die den Böhmen zu gebende Antwort beziehen sollte.

In Betreff des ersten Punktes nun stimmten Katholiken und Protestanten, welche Hintergedanken die einen und die andern auch hiebei haben mochten, doch darin sofort überein, daß das Land sich rüsten müsse. Sie führten beide für diesen Beschluß neben dem Gebot der Umstände auch des Kaisers eignes „Begehren“ an, der in seinem letzten Briefe an Herzog Johann Christian diesem ja aufgetragen habe, dafür zu sorgen, daß „jedermanniglich in guter Bereitschaft sich halte“; und waren auch darin von vornherein einig, daß es hiebei mit der gewöhnlichen sogenannten Bereitschaft, d. h. mit den Ritterdiensten und dem Aufgebot des Landvolks nicht gethan, sondern außerdem eine Werbung geübter Reiter und Knechte nothwendig sein werde.

Aber schon bei dem zweiten Punkte konnte man erkennen, wie das religiöse Bekenntniß auch den politischen Gesichtspunkt bestimmte. Die Protestanten waren alle darüber einig, die Kosacken nicht durch das Land zu lassen und nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Sie stützten sich hiebei auf des Landes Rechte und Freiheiten <sup>1)</sup> ebensowohl als auf die Gefahren, welche solche Durchzüge mit sich zu führen pflegten,

<sup>1)</sup> Das Memorial dieses Fürstentags in den A. P. wie im Liegn. Copialb. d. d. 14.



zumal es verlautete, daß nicht hundert, sondern tausend geworben werden sollten<sup>1)</sup> und die Kosacken, wie das fürstlich Selskische Botum sich ausdrückte, „es allhier schwerlich besser machen würden, als sie in ihrem eignen Nest pflegten, verschoneten weder Vater noch Mutter“. Die Katholiken dagegen wollten zwar den Kaiser bitten, das Land mit Durchzügen der Art zu verschonen, in diesem Fall jedoch den Durchzug unter der Führung ständischer Commissarien gestatten, weil der Kosacken nach der eignen Angabe des Kaisers nur hundert sein sollten, und weil es, wie das Botum des Bischofs, Erzherzogs Karl hinzusetzte, „sonsten ein Ansehen hätte, als wollte man Ihre Majestät selbst an ihrer defension vorhindern“.

Noch weiter gingen begreiflich die Boten in Betreff der Böhmen auseinander. Die Protestanten unterließen es sammt und sonders nicht, recht nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß alle diese Unruhen aus der Religionsbedrängniß entstanden. „Zu den Zeiten Ferdinands, Maximilians und Rudolfs, sagte gleich anfangs Siegnitz, hätten sich die beiden Religionspartheien allzeit wohl vertragen, so daß Fremde sich oft darüber verwundert; diese gute Vertraulichkeit sei daher kommen, weil kein Mißtrauen gewesen und den Ländern nichts gefährliches wäre aufgedrungen worden. Nachmals aber, als die Religion von einem und dem andern bedrängt worden, wäre die Unruhe überall entstanden, hierauf der Majestätsbrief erlangt und nebst der Union vom jetzigen Kaiser confirmiret, alles zu diesem Ende, damit beide Religionen in Ruh und Frieden bleiben möchten. Nur wenn es hiebei verbliebe könnte ferner der Frieden erhalten werden; sollten aber die Böhmen ad desperationem gebracht werden, so würde es alle Benachbarten mitbetreffen. Siegnitz schlug daher vor, eine zwiefache Gesandtschaft abzuordnen, die eine an den Hof nach Wien, die andre an die Böhmen. Sene solle den Kaiser bitten, sich aller linden Mittel zu bedienen, es nicht ad extremos kommen zu lassen und daß auch in Schlessien der Majestätsbrief in esse richtig verbleiben möchte. Die Gesandten an die Böhmen aber sollten auch diese ad moderata consilia und zu schuldigem Respect gegen den Kaiser ermahnen, „damit es ohne

Zuli bezieht sich für diesen Punkt auf die kaiserl. Resolutionen und Rescripte von 1608; 1609 18. Juni, 1610 19. Septbr.

<sup>1)</sup> Aus dem ebenangef. Memorial.

Weitläufigkeit und Verbitterung möge hingelegt werden“. Zugleich könnten sie dort über die alten Streitpunkte Schlesiens mit Böhmen, die Wahl-, Kanzlei- und Troppauer-Sache verhandeln.

Dem Votum von Kiegnitz schlossen sich alle anderen protestantischen an; die einen in etwas stärkerer, die andern in etwas schwächerer Färbung, wie denn Dels darauf drang, den Böhmen zugleich zu melden, daß „die Augsburgerischen sich der Union gemäß verhalten würden, weil sie von Ihrer Majest. confirmiret; nicht zwar die Böhmen zu stärken, sondern damit wegen der Religion die Mittel desto leichter zu erhalten“.

Das erzhertzoglich-bischöfliche Votum enthielt dagegen auch nicht ein Wort über die Religionsbeschwerden, den Majestätsbrief oder die Union: aber es sprach sich auf das nachdrücklichste gegen eine Gesandtschaft nach Prag aus. „Die Böhmen, meinte es, könnte man durch Schreiben zu schuldigem Gehorsam, Respect und *moderata consilia* ermahnen; sie wären nicht so weit zu würdigen, daß mit ihnen wegen der Wahlpunkte, Kanzlei und Troppauer Sache gehandelt werden sollte, denn das würde ihnen ein *speciem superioritatis* geben, da doch solches allein bei Ihrer Maj. als dem regierenden König stände; die Herren Fürsten und Stände hätten hiebevorn von sich geschrieben, sei wider ihr Ehr und Gewissen, sich ihnen zu unterwerfen<sup>1)</sup>, jezo hätte es ein solches Ansehen, man müsse sich aber in diesem Fall allein an Ihre Majestät halten; und weil auch der Mährer, als das vorhergehende Land, noch keine Absendung zu den Böhmen verordnet, würde sichs übel schicken, wenn sich dieses Land vorziehen wollte“. Dem Erzherzog-Bischof schlossen sich Troppau und Teschen an, während die Erbfürstenthümer und Städte in allen Punkten mit den protest. Fürstensen stimmen votirten, und nur das Herrenstands-votum eine noch vermittelndere Stellung zu bewahren strebte.

Bis zum Austausch dieser Voten der drei Ordnungen des Fürstentages waren dessen Verhandlungen schon geblieben, als der kaiserliche Commissarius Reichshofrath Freiherr Peter Heinrich von Stralendorf in Breslau eintraf und gleich am Tage nach seiner Ankunft in die Versammlung eingeführt ward<sup>2)</sup>. Er suchte diese sogleich in einer Län-

<sup>1)</sup> Diese Worte beziehen sich wohl auf die frühern Verhandlungen in der Kanzlei-Frage. Vergl. Seite 2, Anmerk. 3.

<sup>2)</sup> „Kais. Oberamts-Verwalter: Gestern zu Mittag habe sich der Kay. Commissarius angegeben. Müsse gewöhnlichen Brauch geholet und gehört werden“. Protocoll.

gern Rede — seiner Instruction gemäß <sup>1)</sup> — davon zu überzeugen, daß es sich bei dem böhmischen Wesen gar nicht um die Religion, sondern nur um eitel Rebellion handle, der Kaiser aber alle Privilegien halten wolle, und bisher alles gethan habe, was einem Könige zu thun nur möglich. Er erwarte daher jetzt von den Fürsten und Ständen Schlesiens, daß sie ihm mit Rath und Hilfe beistehen würden; sie möchten bedenken, wie ein weites Aussehen dieses Feuer habe, welche gefährliche Sequelen daraus entstehen möchten, wie viel ihnen selbst am Frieden gelegen, und demgemäß die Böhmen zur Niederlegung der Waffen, Wiederherstellung des kaiserl. Regiments und gebühlichem Gehorsam ermahnen, und wenn diese sich nicht unterwürfen, sich selbst als deren Feinde erklären und bei ihm, dem Kaiser, als dem sie allein geschworen, stehen; thäten sie dieß, so würde es den Herren Fürsten und Ständen bei der Posterität löblich sein.

Daß entschiedene Auftreten des Commissarius blieb nicht ganz ohne Wirkung. Zwar rief seine Rede zunächst eine scharfe Erklärung Johann Christians hervor, der es von Neuem und auf das Nachdrücklichste ausdrückte, daß die Religionsbedrängnisse der wahre Grund der Unruhen und auf keine Herstellung des Friedens zu hoffen sei, so lange nicht in dieser Beziehung satisfaction geschafft würde; aber zugleich ging der Herzog doch auch auf die Forderung des Commissarius ein, daß man den Böhmen „zu verstehen geben“ solle, die Schlesier würden, wenn jene satisfaction in der Religion erlangten, nicht ferner ihnen, sondern dem Kaiser beistehen. Dieser Wendung schlossen sich auch die andern Boten an; im übrigen blieb der Fürstentag — bei welchem inzwischen noch zwei dringende Schreiben der Böhmen (d. d. 28. Juni und 3. Juli <sup>2)</sup>) mit der Bitte um schleunige Absendung der „laut des Buchstaben“ der Union ihnen schuldige Hilfe von 1000 Reitern und 2000 Mann Fußvolk eingegangen waren — bei seiner frühern Auffassung stehen, daß man sich rüsten, die Kosacken nicht durch das Land lassen, und nicht nur an den Kaiser, sondern auch an die Böhmen eine Gesandtschaft senden müsse. Die folgenden Verhandlungen, welche sich noch bis zum 14. Juli hingen,

<sup>1)</sup> Abschrift der Instruction d. d. 28. Juni bei Buchisch R. A. und im Siegn. Copialbuch, welches letztere auch noch das Credential für den Abgesandten von demselben Datum enthält.

<sup>2)</sup> Das erstere Schreiben findet sich in Buchisch R. A., das letztere nicht; es findet sich im Siegn. Copialbuch.



bewegten sich nur noch um die Art und Weise der Ausführung. Man beschloß 4000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter auf drei Monate zu werben und zugleich dieselbe Zahl aus der „Bereitschaft“ fertig zu halten; bestimmte die Oberbefehlshaber, Musterplätze, Quartiere, Proviant-, Kriegs- und Grenz-Commissarien; berieth sich, da „in der Generalsteuerkasse wenig oder nichts vorhanden war“<sup>1)</sup>, über die Herbeischaffung der nothwendigen Geldmittel und ertheilte dem Oberamt die Vollmacht, in Uebereinstimmung mit den Nächstangeseffenen im Fall der Noth Geld aufnehmen und Nachwerbungen ausschreiben zu dürfen. Dann einigte man sich über die Personen, welche an den Hof und zu den Böhmen reisen sollten, dahin, daß Herzog Johann Christian nebst Joachim Malzahn Freiherrn von Wartenberg und Penzlin, Albrecht von Rohr zu Seifersdorf und Dr. Geißler, fürstl. liegn. Kanzler, nach Wien, nach Prag aber Ulrich Schafgotsch nebst Hartwig von Stietten, fürstl. markgr. jägerndorf. Rath und Hans von Marschal, fürstl. münsterb.-öfß. Rath als Gesandte der Stände gehen sollten, und genehmigte schließlich die Entwürfe zum Fürstentagsmemorial, zu der „Abfertigung“ des Commissarius, den Instructionen der Gesandten und den Schreiben, welche man nach Wien, Prag und Warschau schicken wollte; letztere weil von der polnischen Grenze die nächste Kriegsgefahr drohte, indem dort nicht nur bereits große Werbungen für den Kaiser stattfanden, sondern auch König Sigismund, wie man hier wußte, persönlich sehr geneigt war, den Kaiser mit seinen eignen Waffen zu unterstützen, und gar leicht von den Rüstungen in Schlesien einen Vorwand zum Angriff hernehmen konnte. Dieß möglichst zu verhindern war der Zweck der an den König und seine Großen beschlossenen Schreiben, in welchen die Fürsten und Stände ihre Rüstungen als für Polen ganz unbedrohlich darstellten und um Erhaltung der bisherigen Friedenscompactaten mit der Krone Polen baten<sup>2)</sup>.

Die Schreiben aber und Instructionen für die Gesandten nach Wien und Prag hielten genau den Standpunkt fest, auf welchen sich schon früher Herzog Johann Christian mit den Nächstangeseffenen und jetzt auch der

<sup>1)</sup> Worte des Memorials.

<sup>2)</sup> Alle diese Schriftstücke sind mit Ausnahme des Memorials nicht in die Sammlung der Fürstentags-Acten aufgenommen. Sie finden sich dagegen sammt und sonders in dem liegn. Copialbuch, während Buchisch nur die „Abfertigung“ des kaiserl. Abgeordneten und das Schreiben nach Prag giebt.



gesamnte Fürstentag gestellt hatte. Die Böhmen erhielten nochmals die Versicherung, daß die Schlesiern ihren Verpflichtungen auf Grund der Union „aufrichtig und treulich“ nachkommen und von ihr, „so weit sie sich erstrecke, nicht absetzen“ würden. Zugleich wurden sie aber auch „wenn etwa auf solche Mittel gegangen werden wollte, die wider Kaiserl. Maj. Person und Hoheit oder sonst zu großen Gefährlichkeiten ausschlagen“ könnten, „ad moderata consilia“ ermahnt, und ihnen unumwunden erklärt, daß, wenn sie solche conditiones dadurch ihnen genugsam satisfaction und Sicherung erfolgen könnte“, ganz ausschlagen und sich „in öffentlicher Widerseßlichkeit wieder Ihre Kaiserl. Majest. wollten befinden lassen“, sie auf keine Hilfe von den Schlesiern zu rechnen hätten, weil die „getroffene Union sich so weit nicht erstrecke <sup>1)</sup>“.

Dem Kaiser aber antworteten sie zunächst in der „Abfertigung“ für seinen Gesandten: sie hätten „mit Schmerz und Wehmuth“ vernommen, was in Böhmen geschehen, und trügen „ganz und gar kein Gefallen an alle dem, was wider Ihre Kaiserl. Maj. unverantwortlich fürgenommen sein sollte“. Gleichwol aber „erkannten sie sich Ehren und Gewissen und Pflichten halber auch für schuldig, Ihre Maj. unterthänigst und gehorsamst dessen zu erinnern, was in diesen höchstbetrübten Sachen fürgegangen und woher dieselben ihren Ursprung genommen“. Demgemäß führten sie dann weiter aus, wie und wodurch in Böhmen ebenso wie in Schlesien dem Majestätsbrief und der Union „merklich zu nahe gegangen“ sei, und sprachen es mit entschiedenem Nachdruck aus, daß, da die Punkte, über welche die Böhmen klagten, dem Majestätsbrief „klar zuwider“ wären, und „nicht erst in Disputat oder für Recht gezogen werden sollten“, auch den Augsburger Confessionsverwandten „Ehren und Gewissen halber nicht gebühren würde, was die Bedrängniß der Religion- und Majestätsbriefe betrifft von der Union abzusehen“. Aus diesem Grunde und weil sie aus den Andeutungen des Kaisers, seinen Rüstungen und seinen Bemühungen um Hilfe in und außer dem Reiche sahen, „als wann alles auf die extrema und öffentlichen Krieg gesetzt werden und auslaufen wolle“, hätten sie eine Gesandtschaft an ihn

<sup>1)</sup> Instruction für die Abgesandten nach Prag, d. d. 14. Juli, nur im Siegn. Copialbuch. In der „Abfertigung“ für den kaiserl. Commissarius ist zu dem Wort „öffentlicher“ noch „unverantwortlich“ hinzugefügt.

abzufertigen beschlossen, mit der Bitte, „diese Sache gar wohl in Erwägung zu nehmen und auf glimpfliche Mittel allergnädigst zu dirigiren“. Sie fügten dann unter Bezug auf des Kaisers Begehren hinzu, was ihre Gesandten den Böhmen zu antworten angewiesen wären; theilten ihren Beschluß zu rüsten mit in der Zuversicht, daß Ihre Maj. solchen „nicht ungnädigst vermerken werde“ baten nochmals um Abhilfe; ihrer eignen „unlängst“ eingesandten Religionsbeschwerden, und schlossen mit der Versicherung, daß sie, „wie bis anhero, also auch hinführo jederzeit Ihrer kais. Maj. treu sein und bleiben, auch Gut und Blut bei Dero-selben zusehen“ würden.

Solchergestalt nahmen die schlesischen Fürsten und Stände auch noch in dem Augenblicke, in welchem die Truppen des Kaisers auf dessen ihnen bekannten Befehl in Böhmen einzurücken im Begriffe waren, eine vermittelnde und abwartende Stellung ein. Sie drängten in den Kaiser, den Böhmen und ihnen im Punkte der Religion gerecht zu werden, und während sie dem erstern nicht verhehlten, daß sie entschlossen waren, von der zu Recht bestehenden Union nicht „abzusehen“, ermahnten sie die letztern „wiederholt zum Maasshalten und erklärten ihnen ganz offen, daß sie nicht ihnen, sondern dem Kaiser beistehen würden, im Fall sie weiter gehen sollten, als die Sache der Religion und der Union es erfordere. Allerdings rüsteten sie, weil rund um sie her gerüstet wurde, ihre Verpflichtungen gegen die Böhmen es forderten und der Kaiser selbst sie hiezu aufrief: aber gleichzeitig sprachen sie nach beiden Seiten hin für den Frieden!

Man kann fragen, ob es ihnen mit dieser Vermittlung wirklich und wahrhaft Ernst war, und ob sie nicht vielmehr innerlich bereits den Entschluß gefaßt hatten, in jedem Fall mit den Böhmen zu gehen. Allein in allen bisher bekannt gewordenen Nachrichten sowohl, als auch in der unbefangenen aufgefaßten Lage der Verhältnisse selbst, liegt nicht der geringste Grund zu einem Zweifel der Art vor, und wenn auch einzelne zum Abfalle vom Kaiser schon damals entschlossen gewesen sein mögen, so waren es sicher nicht die Stände in ihrer Gesamtheit. Diese Gesamtheit aber, und nicht die Einzelnen, bestimmten die Schritte, die das Land that, und diese Schritte hielten nicht nur genau die Linie ein, welche damals des Landes ständische Rechte und Freiheiten vorgezeichneten, sondern waren auch nach beiden Seiten hin offen und ehrlich. Sie wünschten

dem Kaiser wie ihrem Glauben gleich treu zu bleiben und ihren Pflichten als Unterthanen wie als Unionöverwandte gleich sehr zu genügen. Allerdings könnte man in Rücksicht darauf, daß ein scharfer Blick schon damals die Richtigkeit aller Friedensgedanken und Bestrebungen zu erkennen vermochte, sich versucht fühlen, dieses Bestreben der Schlesier ein kurz-sichtiges zu nennen; sicher aber machte es, wenn auch nicht ihrem Kopfe, so doch ihrem Herzen Ehre.

## Beilagen.

### 1. Schreiben der schlesischen Stände an den König Sigismund III. von Polen vom 9. Juli 1618\*).

*Praemissa officiorum promptissimorum oblatione regiae majestati vestrae felicem rerum omnium successum animitus precamur.*

*Serenissime et potentissime rex, cognate et affinis gratiosissime, regiae vestrae majestati per praesentium exhibitorum studiose notum facimus, in inclyto Boemiae regno turbas quasdam excitatas esse bellicas, propter quas sacratissima caesarea majestas dominus noster clementissimus militares copias colligit: et vicina Moravia exercitum equestrem pedestremque jam conscripsit.*

*Ne igitur in Silesia ordines et status maneant indefensi, sed omne periculum, quod deus benignissime avertat, evitari possit, conclusum jam est in conventu principum ac statuum Wratislaviensi, ut et in Silesia exercitus quidam colligatur, et in omnibus civitatibus delectus certus instituat.*

*Hocque regiae vestrae majestati significandum esse duximus, ne, si rumor iste ad regiam vestram majestatem perveniret, sinistra aliqua suspicio contra Silesiam foveri posset, quae profecto nihil sanctius, nihil antiquius habet, quam ut cum inclyto Poloniae regno, secundum compactatorum tenorem pacem tranquillitatemque publicam inviolatam conservare possit. Simili modo et nos studiose rogare volumus, ut, si quid in cogendo et conscribendo milite regia vestra majestas contra nos vel clam vel palam praeparari et institui cognoverit, cum apud nos de ingenti praeparatione bellica in inclyto regno poloniae rumor sit magnus, auctoritate sua regia tempestive reprimat, et hac ratione compactata et foedera huc usque fideliter observata violare non permittat.*

*Nos in simili causa aliisque omnibus regiae vestrae Majestati omnem promptitudinem observantiamque studiose compromittimus: eamque bene*

\*) Nach einer Abschrift im Piegninger Copialbuch und einer zweiten einzelnen in den Papieren des Prov.-Archivs. In die Warmbrunner A. P. sind beide Schreiben nicht aufgenommen.



*feliciterque valere cupimus. Dabantur Vratislaviae in conventu principum, ordinum ac statuum generali. IX. die Julij Anno 1618.*

*Regiae Majestatis vestrae*

*Cognatus et affinis observantissimus*

*Johannes Christianus, Dux Lignicensis.*

(In der einen Abschrift fehlt *cognatus etc.* In der zweiten der Name.)

## 2. Schreiben der schlesischen Stände an die Palatine und Senatoren der Krone Polen. 9. Juli 1618\*).

*Praemissa studiorum nostrorum oblatione felicem rerum omnium successum, dilectionibus et dominationibus vestris optamus.*

*Illustrissimi, magnifici et generosi clarissimi domini amici et nobis singulariter dilecti. Illustres dilectiones et dominationes vestras certiores, in inclyto Bohemiae regno praeter omnem spem ac opinionem excitationes turbas esse bellicas, quae tanta jam incrementa sumpserunt, ut proceres et ceteri status non tantum in armis sese exhibeant, verum etiam indies magis ac magis exercitum equestrem, pedestremque colligant, et ad fines Bohemiae defendendos sese quotidie ostendant. Quae sane praeparatio et militarium rerum instructio vicinos nostros in marchionatu Moraviae eo produxit, ut et ipsi exercitum militarem conscriberent, arma ad manus sumerent, et ad hostiles impetus evitandos conatum omnem, omnemque diligentiam exhiberent. In has rerum discrasia neque nos in Silesia securi esse potuimus, sed necessitate ita summa urgente, et ne a vicinis militibus aliquid mali nobis immineat, exercitum quoque cogendum esse induximus: non ut cuiquam bellum inferamus, sed ut tantum pericula, quae impendere videntur, mature avertamus. Idque dilectionibus et dominationibus vestris significandum esse putavimus, ne propter rumores istos bellicos aliquam contra nos suspicionem aut sinistram opinionem concipiant, sed potius firmiter statuunt, nos in compactatis et foederibus fovendis, quae ab utraque parte sub sanctissima juramenti fide corroborata et ad hoc usque tempus facta, tecta et inviolata sunt conservata esse totos. Quamobrem illustres dilectiones et dominationes vestras amice rogamus, ut non solum huic nostrae significationi plenam fidem adhibeant, sed etiam si quid in cogendo et conscribendo milite contra nos praeparari et institui cognoverint, cum apud nos de ingenti praeparatione bellica in inclyto regno poloniae rumor sit magnus, autoritate sua, qua laudabiliter funguntur, tempestive reprimant. Et hac ratione compactata et foedera huc usque fideliter observata violare non permittant. In quibus omnibus quando nihil iniqui querimus, idque a foederum et compactatorum praescripto alienum non sit, dilectiones et dominationes vestras amice et familiariter petitum nostrum accepturas omnino confidimus; et nos in simili parilique causa promittitudinem nostram, nostramque benevolentiam studiose repromittimus. Dabantur Vratislaviae in conventu principum, ordinum et statuum generali IX. die Julij, anno 1618.*

\*) Nach einer Abschrift im Piegntzer Copialbuch

## II.

### Ueber das Münzwesen Schlesiens bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts.

Schon in sehr frühen Zeiten haben die edlen Metalle als die besten Werthmesser im geselligen Leben sich geltend gemacht, und nachdem einmal die Periode des Tauschverkehrs von den einzelnen Völkern überwunden war, haben fast ausschließlich Gold und Silber in Stücken, die nach Größe und Gewicht verschieden waren, als Aequivalent für alle käuflichen Gegenstände, geleistete Dienste u. s. w. sich behauptet. Insofern nun das Geld zur Erwerbung der für das menschliche Leben nothwendigen Dinge unentbehrlich ist, zum Theil also das treibende Moment im Leben wird, durchdringt sein Einfluß alle Verhältnisse. Welcher Seite der geschichtlichen Entwicklung eines Volkes sich der Forscher daher auch zuwendet, mehr oder weniger ist die Kenntniß der jedesmaligen Geldverhältnisse, wie sie in der von ihm zu behandelnden Zeitperiode sich gestaltet haben, von Wichtigkeit, für manche Seite der Entwicklung sogar unerläßlich, ohne dieselbe bleibt das Bild der Zeit unklar oder wird bisweilen sogar unrichtig. Auch für die schlesische Geschichte ist demnach die Erforschung des Münzwesens dieses Landes von hoher Bedeutung, und weil ich bei meinen Studien über schlesische Geschichte diese Erfahrung selbst gemacht habe, so habe ich mir für jetzt die Aufgabe gestellt, im Folgenden einen dieses Feld betreffenden Versuch zur Aufhellung der ersten, bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts reichenden Periode zur öffentlichen Prüfung vorzulegen. Dabei bemerke ich, daß es mir nicht darauf ankam, eine Beschreibung der vorhandenen alten Münzen, wie sie Dewerdeck und Kundmann besonders für die spätere Zeit gegeben haben, zu liefern; so interessant auch dies ist, mir war es für's Erste darum zu thun, alles dasjenige in ein helleres Licht zu setzen, was für die Kenntniß der geschicht-

lichen Zustände von Wichtigkeit ist, vor Allem aber urkundlich festzustellen, nach welchen Münzen gerechnet worden ist, und ihren Werth in beglaubigter Weise zu ermitteln.

An brauchbaren Vorarbeiten für diesen Zweck ist nur wenig vorhanden; denn außer Wandtke, welcher überhaupt nur die allerfrüheste Zeit behandelt, war der um die Geschichte Schlesiens hochverdiente Stenzel, mein unvergeßlicher Lehrer, der Einzige, welcher den Weg betrat, auf dem eine Ausbeute für die Geschichte zu gewinnen ist. Der Letztere stellte nicht nur in der Einleitung zu seiner „Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte“ p. 5—7 und p. 89—92 das Wichtigste über das Münzwesen der ältern Zeit zusammen, sondern lieferte auch hier und dort in seinen spätern Werken manchen schätzbaren Nachtrag und widmete in seiner „Geschichte Schlesiens“, von welcher leider nur der erste Band vollendet werden sollte, einige Seiten dem Münzwesen. Gleichwohl genügt auch das von ihm Gegebene (abgesehen davon, daß das Material sehr zerstreut ist) durchaus nicht, um ein klares Bild zu gewinnen. In der ersten, der „Urkundensammlung“ vorangeschickten Abhandlung, so viel Gutes sie auch enthält, ist doch Einzelnes entschieden irrig<sup>1)</sup>, Anderes unklar dargestellt, so daß Irrthümer dadurch veranlaßt worden sind<sup>2)</sup>. Manches, was er in seinen spätern Schriften mitgetheilt hat, beruht, wie er selbst sagt, auf Muthmaßung<sup>3)</sup> oder ist, da seine „Geschichte Schlesiens“ jeder gelehrten Nachweisung entbehrt, ohne Beleg angeführt, obgleich es dem früher von ihm Ausgesprochenen und mit Beweisstellen versehenen geradezu widerspricht, so daß der genau Eingehende in Zweifel geräth, was nun das Richtige sei, so sehr man auch geneigt ist, die letzten Angaben als die richtigeren anzunehmen<sup>4)</sup>. Endlich enthalten seine Werth-

<sup>1)</sup> Z. B. die Behauptung, daß die damaligen Schillinge in Schlesien geprägte Münzen gewesen seien; s. unten Abschn. 7.

<sup>2)</sup> Vgl. unten in Abschn. 6 meine Auseinandersetzung über den Scot und den Schilling mit den betreffenden Anmerkungen. Ueber die poln. Mark vor dem J. 1300 spricht er hier gar nicht, obwohl p. 89, wo beiläufig der Zusatz ponderis Wratislaviensis steht, dazu Gelegenheit war, so daß man sie danach für gleichbedeutend mit der böhmischen halten müßte.

<sup>3)</sup> Vgl. Gesch. Schles. p. 357 und unten Abschn. 9 über den Werth der polnischen Mark, der urkundlich anders zu bestimmen sein dürfte.

<sup>4)</sup> Vgl. meine Auseinandersetzung über die Goldmünzen in Abschn. 10.



angaben manchen Irrthum oder Rechnungsfehler, selbst wenn man auf seine eigenen Annahmen über den Werth der Münzen fußt <sup>1)</sup>, so daß zu bedauern ist, daß in der „Geschichte Schlesiens“ oft die Werthbestimmungen nur nach jetzigem Gelde, nicht in den früheren Münzen gegeben sind.

Trotzdem wird das von Stenzel für die ältere Zeit Geleistete als die eigentliche Grundlage zu betrachten sein, wie er überhaupt durch die von ihm herausgegebenen Urkunden auch hiesfür den Weg geebnet hat; Irrthümer aber sind demjenigen, welcher das ganze Gebiet der schlesischen Geschichte umfaßte, wohl eher zu verzeihen, als solchen, welche eine oder die andere Seite derselben im Einzelnen mit ihren Forschungen verfolgen. Gerade für die Geschichte des schlesischen Münzwesens scheint Stenzel auch keine rechte Neigung in sich gefühlt zu haben, da er in der Einleitung zu seiner „Urkundensammlung“ p. 87 auf die große Schwierigkeit von dergleichen Untersuchungen aufmerksam macht und erklärt, es verdiente dieser Gegenstand ausführlicher behandelt zu werden, in der Einleitung zu den „Urkunden zur Geschichte des Bisthums Breslau“, p. XXVI., Anm. 1. aber offen ausspricht, zu einer gründlichen Kenntniß desselben mangle nicht sowohl Material, als ein des Gegenstandes mächtiger Bearbeiter. Er unterzog sich diesen Untersuchungen, weil er deren Nothwendigkeit erkannte; um so dankenswerther sind sie. So oft ich im Folgenden Veranlassung nehme, Stenzel zu erwähnen, sei es, um seine Be-

<sup>1)</sup> So werden im 13. Jahrh. oft die Vierlinge und Scot nach böhmischen Groschen berechnet, während es damals noch gar keine gab, vgl. z. B. Urk. z. Gesch. d. Bisth. Bresl., N. XXVI. v. 1267 mit der Einl. dazu p. XLVII. und der Einl. zur Urkundensammlung p. 174, ferner: Bisth., Urk. XLVIII. p. 53 v. 1272 mit der Einl. dazu p. LII. und Urkundensammul. p. 345, Urk. LI. v. 1261 mit der Einl. dazu p. 189. — In seiner Gesch. Schlef. ist p. 242 der Scot im 13. Jahrh. mit  $3\frac{1}{2}$  Sgr., p. 358 mit 14 Sgr., der Vierling mit  $3\frac{1}{2}$  Sgr. berechnet. Ferner, p. 243 sind 200 Mark im Jahre 1241 gleichgesetzt 1534 Zhlrn., also à 7 Zhlr. 20 Sgr., während erst 100 Jahre später die Mark so viel betrug (cf. p. 361), damals aber nach seiner Angabe auf S. 242 und 358 vielmehr 11 Zhlr. 6 Sgr. galt. — Ebenso sind p. 243 unmittelbar darauf  $1\frac{1}{2}$  Mark im J. 1266 berechnet zu  $11\frac{1}{2}$  Zhlr. statt zu 14 Zhlr. Der Fehler ist hier ein doppelter: erstens ist die Mark wieder zu 7 Zhlr. 20 Sgr. genommen (cf. im Folgenden:  $\frac{1}{2}$  Mark = 3 Zhlr. 25 Sgr.); zweitens sind nicht  $1\frac{1}{2}$  Mark, sondern  $1\frac{1}{4}$  Mark berechnet worden. — S. 293 sind 600 Mark Silber gleichgesetzt 10,400 Zhlrn., danach betrüge die Mark  $17\frac{1}{2}$  Zhlr. — S. 295 sollen in der Mitte des 14. Jahrh. 6240 Mark Goldes in Nielsdorf gegen 1,250,000 Zhlr. betragen, was für 1 Mark Goldes 200 Zhlr. gäbe, während sie auf derselben Seite unten ausdrücklich zu  $11\frac{1}{4}$  Mark Groschen ( $86\frac{1}{2}$  Zhlr.) ange-  
setzt ist.

hauptungen zu begründen, oder um Zweifelhaftes zur Entscheidung zu bringen, oder um Irriges zu widerlegen, geschieht es stets im Hinblick auf die verdiente Hochachtung, welche Stenzel als Geschichtsforscher genießt; in einer Abhandlung, die nicht fertige Resultate geben kann, sondern ihrer Natur nach wesentlich Untersuchung sein muß, würde es Undank sein, nicht anzuführen, worin er vorgearbeitet, Unmaßung, Neues aufzustellen, ohne seine Behauptungen zu widerlegen. Die Geschichte verlangt Wahrheit, aber auch Gerechtigkeit, und dankbar erkenne auch ich an, daß ich nicht nur durch seine mündliche Unterweisung, sondern auch durch seine schriftlichen Untersuchungen für die Methode historischer Forschungen viel von ihm gelernt habe. Auch ich bin kein Münzkundiger, sondern habe mich erst in dieses Feld hineinarbeiten müssen. Da aber das Bedürfnis einer solchen Arbeit jetzt ebenfalls noch vorhanden ist, wie jeder Kenner der schlesischen Geschichte mir zugestehen wird und Stenzel selbst noch in der „Geschichte Schlesiens“ p. 357 und 362 ausdrücklich erklärt, so habe ich wenigstens den Versuch gemacht, die Aufgabe ihrer Lösung näher zu bringen. Bei genauem Studium der Urkunden und Quellschriften bin ich denn wirklich in wesentlichen Punkten zu ganz andern Resultaten gekommen, die ich schrittweise belegen werde; überhaupt aber dürfte die urkundliche Begründung an Vollständigkeit gewonnen haben. Gern räume ich ein, daß noch mancher Nachtrag dazu wird beigebracht werden können, besonders wenn die noch ungedruckten Urkunden der Archive durchmustert werden; ich betrachte auch mit der folgenden Abhandlung die Arbeit keineswegs als abgeschlossen. Sollte ich selbst hier oder da geirrt haben, so werde ich dankbar sein für jede Belehrung, die im Interesse der Sache mir gegeben wird <sup>1)</sup>. Es würde mich dieß nur antreiben, auch der späteren Münzgeschichte Schlesiens, welche noch sehr darniederliegt, meine Mußstunden zu widmen.

Indem ich nun zu dem eigentlichen Gegenstande übergehe, werde ich denselben zur Erleichterung des Ueberblicks in einzelne Abschnitte theilen.

<sup>1)</sup> Die Thüringische numismatische Zeitung von Leigmann, die Mittheilungen der Berliner numism. Gesellschaft, z. Th. auch die Schriften des böhm. Museums sind mir nicht zugänglich gewesen; ich weiß also nicht, ob ich vielleicht für meinen Zweck Belehrung hätte aus ihnen schöpfen können.

# 1. Ueber die frühe Kenntniß der edlen Metalle in Schlessien.

Unsere urkundlichen Nachrichten über die Gewinnung edler Metalle in Schlessien reichen allerdings nur bis in den Anfang des 13. Jahrhunderts zurück, indem erst im Jahre 1227 urkundlich die Goldgruben in Schlessien erwähnt werden<sup>1)</sup>. Daß aber damals das schlessische Bergwerksrecht bereits eine gewisse Ausbildung erfahren, geht aus der Gründungsurkunde der Stadt Kulm vom 28. December 1232 hervor, in welcher auf Kulm das Goldrecht, wie es in dem Lande des Herzogs von Schlessien war, übertragen wurde, indem der Entdecker des Goldes und derjenige, auf dessen Grund und Boden es gefunden wurde, dasselbe Recht, wie dort haben sollte<sup>2)</sup>. Auf Gewinnung des Goldes durch Waschen deuten sowohl die schon damals urkundlich vorkommenden Namen von Orten mit der Endung: „seisen“<sup>3)</sup>, als auch eine Urkunde des Jahres 1271, nach welcher 1½ Mark Goldes *de bona paliola* (Gold in Körnern) ausgezahlt werden<sup>4)</sup>. Ebenso wird ein Münzer bereits im Jahre 1203 erwähnt, nämlich in der Gründungsurkunde des Klosters Trebnitz<sup>5)</sup>, und im folgenden Jahre finden wir die Münze in Breslau<sup>6)</sup>, wie im Jahre 1222 die zu Ujest<sup>7)</sup> angeführt.

Da jedoch Schlessien vor dem Jahre 1163 ein Theil Polens war, so gehört hierher auch alles dasjenige, was aus Polen hierüber bekannt ist. So findet man in einer Urkunde aus dem Jahre 1159, in welcher der erste pommerische Bischof Adelbert die Güter und Rechte des Augustiner-Klosters Grobe bei Kolberg bestätigt, schon *duo denarii poloniensis monetae* als Brückenzoll<sup>8)</sup>. Ferner erhielt Bischof Otto von Bamberg im Jahre 1125 für seine Reise nach Pommern, wohin er sich begab, um die Heiden zu bekehren, von Herzog Boleslaw III. in Gnesen unter Anderm auch einheimisches Geld: *monetam quoque illius terrae*<sup>9)</sup>. Endlich wurde

<sup>1)</sup> Stenzel, Biethum, Urk. II., p. 3.

<sup>2)</sup> Bandtke, *jus Culmense*. Varsav. 1814. § 14, p. 290—291; vergl. auch Stenzel, *Urkundensammlung*, p. 5.

<sup>3)</sup> Stenzel, *Gesch. Schles.*, p. 292.

<sup>4)</sup> Stenzel, *Biethum*, p. 46.

<sup>5)</sup> Sommersberg, I., p. 815.

<sup>6)</sup> Klose, *Briefe v. Bresl.*, I., p. 330.

<sup>7)</sup> Stenzel, *Urkundensammlung*, p. 281.

<sup>8)</sup> Dreger, *Cod. Pomeraniae diplom.* I., p. 6.

<sup>9)</sup> Klose, I., p. 302.



bereits im Jahre 1054 nach Cosmas von Prag (1045 — 1125) in seinem *Chronicon Bohem.* <sup>1)</sup> durch Herzog Kasimir von Polen dem Böhmenherzog Brzetislaw dafür, daß er ihm Breslau und einige andere Städte wieder herausgab, ein jährlicher Tribut von 30 Mark Goldes und 500 Mark Silbers bewilligt. Uebrigens hatte schon im Jahre 1013 nach Dithmar von Merseburg (976 — 1018) Polen, also auch Schlesien versprochen, jährlich an den päpstlichen Stuhl den Peteröpfennig, d. h. von jedem lebenden Haupte einen Pfennig, nach einer Urkunde des 14. Jahrhunderts <sup>2)</sup>: *pro quolibet humano capite unum denarium currentis et usualis monete illius patrie* zu entrichten. Dithmar erzählt nämlich, Herzog Boleslaus von Polen habe sich brieflich bei dem Papste beklagt, daß es ihm wegen der geheimen Nachstellungen des deutschen Königs nicht möglich sei, den Peteröpfennig zu zahlen (*promissum principi apostolorum Petro persolvere censum*) <sup>3)</sup>. Mag nun Boleslaus Wort gehalten haben oder nicht, jedenfalls ist außer Zweifel, daß schon um das Jahr 1000 die Polen die edlen Metalle als Geld kannten. Im Jahre 1253 erklärte sogar Papst Innocenz IV., die polnischen Fürsten hätten ihm angegeben, ihre Vorfahren wären von Einführung des Christenthums an (966) allein dem päpstlichen Stuhle unterworfen gewesen und hätten als Zeichen der Unterwürfigkeit den Peteröpfennig gezahlt <sup>4)</sup>.

Einen thatsächlichen Beweis von dem frühen Gebrauch der edlen Metalle als Geldes und sogar der Münzen hat die Neuzeit durch ihre mehrfachen Funde polnischer und schlesischer Münzen aus der ältesten Zeit geliefert. Mögen auch über manche Münzen, welche ich absichtlich bei Seite lasse, Zweifel obwalten, ob sie böhmischen oder polnischen Ursprungs seien, so bleibt doch noch eine ziemlich bedeutende Zahl von Münzen übrig, welche nach dem Urtheile sachverständiger Forscher unbedingt Polen und Schlesien angehören. So beschreibt Köhne in seiner „*Zeitschrift für Münzkunde*“, 1842, p. 331 — 343 eine große Zahl „unedirte polnische und schlesische Münzen des Mittelalters“, welche auch auf Tafel

<sup>1)</sup> Pertz, *Monum. Germ. hist.*, XI., p. 75.

<sup>2)</sup> Stenzel, *Diöthum*, Urk. 271, p. 293.

<sup>3)</sup> Lib. VI., c. 56 in den *Monum.* v. Pertz, V., p. 833.

<sup>4)</sup> Raynaldi *annal. eccles. a. 1253*: Tom. I. Lucae 1747 (als Fortsetzung des Baronius Tom. XX.) p. 481.

IX.—XI. abgebildet sind. Davon rechnet er über 10 mit Sicherheit nach Polen in die Zeit zwischen dem Anfang des 11. und 13. Jahrhunderts, und gerade die ältesten, Boleslaw I. (999—1025) zugeschriebenen: No. 5 und 6 auf Tafel IX. zeigen deutliche Inschriften. Ja, er hält sich berechtigt, einige andere Münzen, welche mit diesen zusammen und meist in Polen gefunden worden sind, auch mit den ältesten polnischen Pfennigen den Gehalt und die dünne Form gemeinschaftlich haben, für noch älter, resp. für die ältesten polnischen Münzen zu erklären, indem er behauptet, diese seien Nachahmungen von Münzen der gebildeteren Nachbarvölker, so der Deutschen und Dänen. — Nach Schlesien rechnet er etwa 20 Stücke, von denen wenigstens 2 (Taf. IX. Nr. 13 und 16) sicher unter Boleslaw I. (1164—1201), die übrigen meist in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts gehören<sup>1)</sup>.

Wenn daher noch gegen das Ende des 12. Jahrhunderts in Krakau auch Marderschnauzen und Eichhörchenköpfe die Stelle des Geldes vertraten<sup>2)</sup>, so sind dies eben nur Ueberreste aus früherer Zeit. In Schlesien wurden zwar noch im Anfang des 13. Jahrhunderts auch Felle von Mardern und Eichhörchen, Grauerk, statt des Zehnten gegeben<sup>3)</sup>; hier hatten sie aber nur die Bedeutung, wie sonst der Naturalzehnt in Getreide, Honig u. s. w.

## 2. Ueber das Recht zu münzen.

Wurden edle und unedle Metalle irgendwo gefunden, so war der Besitzer des Grundes und Bodens zwar Eigenthümer, der Fürst aber galt da, wo er nicht selbst der Grundbesitzer war, als Obereigenthümer, der dem Besitzer erst das Recht zu bauen ließ und, wenn dieser nicht bauen wollte, es jedem Andern verleihen konnte, in beiden Fällen aber von Jedem, welcher Metall gewann, den Zehnten oder das Urbar, d. h. den

<sup>1)</sup> Ein anderer Fund polnisch-schlesischer Münzen aus dem Ende des 12. Jahrhunderts wird von demselben Verfasser in den *Mémoires de la société impériale d'archéologie*, Petersb. 1852. Vol. VI., p. 427—435 beschrieben.

<sup>2)</sup> Bandtke in *Velsen's und Reiche's „Schles. ehem. und jetzt“* I., p. 517 bis 528. Dasselbe war, wie Stenzel, *Urkundensammlung* p. 6 in einer Anmerkung sagt, nach Karamsin in Rußland der Fall; s. auch Bandtke a. a. O. p. 519.

<sup>3)</sup> So im Lähnchen; vgl. Stenzel, *Urkundensammlung* p. 35 und Bißthum, *Einl.* p. 25 u. *Urk. II.*, p. 4. — Zum ganzen Abschn. 1 vgl. auch Braun, vom poln. u. preuß. Münzwesen 1722 p. 15. ff. u. Joachim, *Groschencabinet* III. 1752. *Fach VIII.* p. 508. ff.

zwölften Theil alles Gewinns zu beanspruchen hatte<sup>1)</sup>. Das Recht zu münzen dagegen besaßen die Herzöge ausschließlich, wie wir daraus sehen, daß Herzog Kasimir von Oppeln im Jahre 1222, als er dem Bischof Laurentius die Gründung von Ujest nach deutschem Rechte gestattete, sich die Münze ausdrücklich vorbehielt<sup>2)</sup>. Ferner finden wir, daß der Herzog Heinrich I. im Jahre 1204 dem Kloster zu Unserer lieben Frauen auf dem Sande in Breslau eine beständige Anweisung auf 10 Mark Silbers jährlich aus der dortigen Münze, die also ihm gehören mußte, erteilte<sup>3)</sup>. Ebenso wies Herzog Boleslaus II. bei Anlegung der Stadt Liegnitz nach deutschem Recht dem Bischof von Breslau für alles Recht und alle Einkünfte, welche er dort, als es noch polnisch war, gehabt hatte, jährlich auf die Münze in Liegnitz 18 Mark an, von denen 7 der Bischof, 8 die Kirche z. heil. Grabe, je  $1\frac{1}{2}$  die Marien- und die Peterskirche erhalten sollten, und bekennt dies in einer Urkunde vom Jahre 1264<sup>4)</sup>. Ähnliches wird auch noch in der Folge anzuführen sein. — Nur derjenige durfte münzen, welchem der Herzog das Recht dazu verliehen hatte. In der frühesten Zeit übten die Herzöge das Münzrecht selbst durch ihre Münzer aus, welche nach Stenzel in der Urkundensammlung p. 87 zu den freien, wenngleich wohl nicht vornehmen Diensthleuten der Fürsten gehörten. In Trebnitz war dem Münzer in den Jahren 1203 und 1208 von den Krügen und Fleischbänken jährlich eine Summe von so viel Scot ausgesetzt, als Mark gezahlt wurden, also von jeder Mark 1 Scot, d. i.  $\frac{1}{24}$  Mark; außerdem hatte er an den drei Jahrmärkten (s. d. folgd. Abschnitt) den Salzverkauf, wie in anderen Orten. In dem Jahre 1218 waren jedoch alle seine Rechte hier aufgehoben, wie in einer Urkunde vom Jahre 1224 ausdrücklich erklärt wird, mit Ausnahme des Salzverkaufs<sup>5)</sup>. Den letztern scheint in Görlitz der Münzmeister noch im Jahre

<sup>1)</sup> Stenzel, Gesch. Schlef. p. 141.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundensammlung N. 6, p. 281.

<sup>3)</sup> Klose, I. p. 330 nach Jodoci Chronie. p. 10.

<sup>4)</sup> Stenzel, Urkundensammlung N. 59, p. 367. Das Jahr der Gründung von Liegnitz nach deutschem Rechte ist nicht bekannt; da es jedoch schon im Jahre 1252 einen Vogt hatte (cf. Urkundensammlung N. 36, p. 323), so ist sie vor dieses Jahr zu setzen, aber nach dem Jahre 1244, wo Boleslaus nach der zweiten Theilung die Regierung über Liegnitz antrat (cf. Klose, I. S. 481; Stenzel, Gesch. Schlef. S. 51.).

<sup>5)</sup> Sommersberg, I., p. 817 und 820—825 und 830.



1308 zu haben, wenn man aus dem Beinamen desselben: „der vome Salze“ darauf schließen darf<sup>1)</sup>. Später verkauften die Herzöge das Münzrecht jährlich an die Münzer, wie es vom Jahre 1268 Stenzel angiebt<sup>2)</sup> und eine Urkunde des Herzogs Heinrich IV. vom Jahre 1284 als gewöhnliche Sitte erklärt<sup>3)</sup>. Oftmals waren die Pächter der Münzen jüdische Kaufleute, und diese gebrauchten sogar Stempelschneider ihrer Nation, welche keine andere Schrift, als die ihrige kannten. Dies war nicht nur in Polen unter Miesko III. (1183—1202), wie deutliche Inschriften<sup>4)</sup> zeigen, der Fall, sondern gleichzeitig auch in Schlesien, wie die auf manchen schlesischen Münzen dieser Zeit angebrachten hebräischen Buchstaben beweisen<sup>5)</sup>.

Von den aus dem Bergbau und der Münze fließenden herzoglichen Einkünften nahm jedoch die Kirche schon sehr früh den zehnten Theil in Anspruch, und die Herzöge sicherten ihr in der That denselben zu.

Was zuvörderst den Bergbau anlangt, so erhielt der Bischof Laurentius im Jahre 1227 durch Herzog Heinrich I. den Zehnten von dem Antheile des Herzogs an dem Goldgewinne, also den Zehnten des Zwölften bewilligt<sup>6)</sup>. Im Jahre 1241 verließ Herzog Miesko II. von Oppeln den Zehnten des Gewinns aller Gold- und Silbergruben, sowie anderer Bergwerke und der Salzquellen, welche in seinem Herzogthum und in dem Gebiet des Bisthums entdeckt werden sollten, dem Bisthum auf ewig<sup>7)</sup>. Ebenso versprach Herzog Boleslaus II. von Liegnitz im J. 1265 dem Bisthum den Zehnten seines Antheils an der Gewinnung aller Metalle, nämlich des Goldes, Silbers, Kupfers, Bleis und was sonst in seinem Lande gefunden würde, und zwar sollte der Zehnte immer bald nach der Zeit,

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 481.

<sup>2)</sup> Ibid. p. 87.

<sup>3)</sup> Stenzel, Bisthum, p. 111 § 14. Hier ist wohl das sinnlose *servet* ein Druckfehler oder ein Versehen des Schreibers oder Herausgebers, wozu das vorangegangene *servata* leicht Veranlassung bot; ich vermuthe: *servet* in dem Sinne: Die Münze glüht, wird eifrig betrieben.

<sup>4)</sup> Mit hebräischen Buchstaben: Miesko, z. Th. mit dem Zusatz: *Melech Polski*.

<sup>5)</sup> Köhne, Zeitschr. f. Münzk. 1842, S. 336, 340 und 341, und dessen *Mémoires de la société impér. d'archéol.* Petersb. 1852, Vol. VI., p. 435.

<sup>6)</sup> Stenzel, Bisth., p. 3, Urk. II.

<sup>7)</sup> Ibid. p. 5.

wo dem Herzog sein Antheil gezahlt würde, entrichtet werden <sup>1)</sup>. — Bereits in ebenso früher Zeit empfangen die Bischöfe auch den Münzzehnten von den Herzögen. Im J. 1250 nämlich versprach Herzog Boleslaus II. von Liegnitz, in Betreff des Zehnten seiner Güter der Kirche Genüge zu leisten, wie es zur Zeit seines Vaters (Heinrich II., 1238—41) und Großvaters (Heinrich I., 1201—38) geschehen war, sowohl in Betreff der Münze, als der andern <sup>2)</sup>. Im J. 1260 verpflichtete sich Heinrich III., für seinen Bruder Boleslaus II. an den Bischof 2000 Mark in 4 Jahren, jährlich 500 Mark in 2 Terminen aus der Breslauer Münze zu zahlen, nachdem der Bischof vorher seinen Münzzehnt der Sitte gemäß empfangen <sup>3)</sup>. Daß der Münzzehnt in seinem ganzen Lande dem Bischofe von Breslau gehöre, bekennt Heinrich III. urkundlich im J. 1264 und gestattet, daß der Bischof ihn ungeschmälert in 2 Terminen jährlich, am Fest St. Jacobi (25. Juli) und St. Nicolai (6. December) in Empfang nehme; auch setzt er hinzu: „Da die Einrichtung unserer Münze bei einer sichern Schätzung und Zahl fest geblieben ist, so soll der Bischof die Macht haben, über seinen Zehntenantheil frei zu verfügen“ <sup>4)</sup>. Im J. 1268 übernahm Herzog Wladislaw die Bezahlung von rückständigen 1711 Mark Silbers und 1 Mark Goldes, sowie außerdem von 280 Mark Silbers, und versprach davon jährlich 300 Mark von den Münzen zu Frankenberg und Münsterberg in den Terminen abzustossen, wann ihm die Münze gezahlt zu werden pflege, womit — wie aus dem Folgenden hervorgeht — die bereits oben erwähnten Termine (25. Juli u. 6. Decbr.) gemeint sind. Auch hier aber sollte vorher der Münzzehnt nach bischöflichem Recht entrichtet werden <sup>5)</sup>. In dem Streit zwischen Heinrich IV. und Bischof Thomas II. schickte dieser den 3. Juli 1284 mehrere Geistliche an den Herzog ab mit dem Verlangen, seinen in 16 Punkten bestehenden Forderungen bis zum 25. Juli zu genügen; unter diesen war auch der Zehnt von der Münze in Breslau und andern Städten des Herzogthums. Hierauf antwortete der Herzog den 13. Juli, er ver-

<sup>1)</sup> Stenzel, *Bieth.*, p. 30.

<sup>2)</sup> *Ibid.* p. 18.

<sup>3)</sup> *Ibid.* p. 21.

<sup>4)</sup> *Ibid.* p. 29, Nr. 22.

<sup>5)</sup> *Ibid.* p. 36.

weigere den Münzzehnten in Breslau und den andern Städten nicht, nur solle der Bischof einige Domherrn zu ihm schicken, welche die Rechnung über den erlangten Gewinn einsehen und den dem Bischof gebührenden Antheil in Empfang nehmen könnten; wenn es dem Bischofe aber bequemer schiene, so könne er auch, da in diesem Jahre die Münze nicht, wie sonst, verkauft sei, sondern auf Kosten des Herzogs verwaltet werde, den zehnten Theil des Jahres hindurch den vollen Nutzen von der Münze erhalten<sup>1)</sup>. Endlich entschied im J. 1296 der Erzbischof Johannes von Gnesen in den Streitigkeiten zwischen dem Herzoge Bolko von Fürstenberg (Schweidnitz) und dem Bischofe von Breslau unter Anderm auch dahin, daß in dem ganzen Gebiete des Herzogs dem Bischofe der Münzzehnt gezahlt werden solle, wie es bisher beobachtet worden sei<sup>2)</sup>.

Das Münzrecht selbst erlangte der Bischof von Breslau erst im J. 1290 den 23. Juni, als Herzog Heinrich IV. an seinem Todestage zur Genugthuung für die mannigfaltigen Bedrückungen der Kirche und der ihr unterworfenen Güter und Personen dem Bisthum das große Privilegium erteilte, durch welches die Bischöfe alle fürstlichen Rechte über die Güter des Bisthums, namentlich über Meise und Ottmachau erhielten, und welches den 9. Septbr. d. J. der Papsi und den 14. Octbr. der Erzbischof von Gnesen bestätigten<sup>3)</sup>. Seit dieser Zeit kann es erst bischöfliche Münzen geben, deren eine, unter dem Bischof Heinrich (1301—1319) geschlagene von H. W. Kretschmer zu Berlin in Köhne's Zeitschrift für Münzkunde, 1845, p. 82 beschrieben und auf Tafel I. unter No. 4 abgebildet ist, während 4 andere schon in dem Jahrgang 1842 p. 342 unter No. 9—12 beschrieben und auf Tafel XI. abgebildet sind. Ein Irrthum ist es daher, wenn es in Köhne's Zeitschrift für Münzkunde 1842, p. 338 heißt, daß Bischof Thomas Kozlerogi von Breslau 1240 das Münzrecht hatte, und p. 336 dasselbe Jahr gesetzt ist.

Im Laufe des 14. Jahrhunderts verkauften oder überließen die Herzöge das Münzrecht zum Theil den Städten. Das Genauere hierüber muß jedoch einer spätern Behandlung vorbehalten bleiben.

<sup>1)</sup> Stenzel, Bisth., p. 105 § 14 und p. 111 § 14.

<sup>2)</sup> Ibid. p. 264.

<sup>3)</sup> Ibid. p. 251. 257. 259.



### 3. Ueber die besonderen Münzeinrichtungen.

Da alle gefundenen edlen und unedlen Metalle zu dem Regale des Fürsten gehörten, so mußten die gewonnenen edlen Metalle an den fürstlichen Brenngaden abgeliefert werden, wo sie geschmolzen und gereinigt, gewogen und probirt wurden. Der Brenngaden stand unter dem Münzmeister, dem auch die Münzer untergeben waren. Da nun die Münze ebenfalls ein fürstliches Recht war, so mußten auch edle Metalle, die zum Verkauf in die Stadt gebracht wurden, zuerst dem Münzmeister zum Kauf angeboten werden<sup>1)</sup>. Wie in Deutschland die Gewohnheit bestand, daß man an der Münzstätte aus seinem eigenen Golde und Silber das nöthige Geld prägen lassen konnte<sup>2)</sup>, so scheint dies auch in Schlesien der Fall gewesen zu sein, natürlich gegen Entschädigung. Wenigstens führt Stenzel in der Urkundensammlung p. 87 aus Urkunden an, daß Herzog Heinrich I. dem Kloster Trebnitz im J. 1237 gestattet habe, jeden Monat in Breslau Münze bis zum Betrage einer Mark Silber ohne Kosten schlagen zu lassen, und Herzog Wladislaw (1266—70) habe dies auf wöchentlich drei Mark ausgedehnt. Ebenso gewährte Herzog Boleslaus II. im J. 1244 dem Bisthofs von Breslau zur Beförderung des Dombaues, daß die Münzer in Breslau wöchentlich von dem Silber der Kirche 4 Mark zum laufenden Werth *sine omni precio* bis zur Vollendung des Werks schlagen durften<sup>3)</sup>.

Feststehender Gebrauch war es dagegen, daß jährlich dreimal neue Münzen geprägt wurden, nachdem vorher die alten verrufen worden waren, welche dann gegen neue ausgewechselt, aber zu einem niedrigeren Satze angenommen wurden. Natürlich hatte diese häufige Verrufung und Verschlagung der Münzen große Unbequemlichkeiten und Nachtheile für den gewöhnlichen Verkehr und den Handel, umsomehr als die jedesmaligen Münzen nur in dem engen Gebiete Geltung hatten, welches dem Münzherrn unterthan war. Ein sehr deutliches Bild davon giebt uns aus Böhmen, wo dieselbe Einrichtung bestand, der Abt Peter von Königs-  
saal bei Prag, ein Zeitgenosse und Freund des böhmischen Königs

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlung, p. 87—88 und dessen Gesch. Schlesiens p. 142.

<sup>2)</sup> Fischer, Geschichte des deutschen Handels, Th. 1, p. 279.

<sup>3)</sup> Stenzel, Bisth., p. 7.

Wenzels II. (1283—1305) in seinem *Chronicon Aulae Regiae*<sup>1)</sup>. Daß es aber auch in unsern Gegenden so gehalten wurde, ersieht man in Bezug auf Polen sowohl aus Kadlubko (ft. 1223), der uns in unbefangener Weise eine von den vielen gewaltthätigen Scenen schildert, wie sie in Folge der Münzverrufung unter Miecislaw III. im J. 1175 vorkamen<sup>2)</sup>, als auch aus einem Schreiben des Papstes Innocenz III. vom J. 1207, in welchem er sich darüber beschwert, daß die Entrichtung der Gelder, welche der Kirche gebührten, bis zu jenem Zeitpunkte hinausgeschoben würde, wo die Münze, in welcher sie zahlten, an Werth geringer geworden sei, da nach Landesgewohnheit die gangbare Münze bei ihnen jährlich dreimal erneuert und die bisher im Gebrauch gewesene bei Ausgabe der neuen im Werthe herabgesetzt würde<sup>3)</sup>. Von Schlesien aber bezeugen es mehrere Urkunden des Klosters Trebnitz aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. In der Gründungsurkunde vom J. 1203 kommen nämlich die Worte vor: *Inter abjectionem vero veteris et nove assumptionem monete Monetarius ibi habeat jus sal vendendi*, in der zweiten Gründungsurkunde vom J. 1208 statt der ersten Worte der Ausdruck: *in revocatione monete*, wofür in der letzten Gründungsurkunde vom Jahre 1218 und in der Schenkungsurkunde vom Jahre 1224 gesetzt ist: *in renovatione monete*, doch mit dem ausdrücklichen Beisatz: *tribus foris und per tria fora*, so daß wir hieraus mit Bestimmtheit erfahren, daß die Umprägung an den drei Jahrmärkten vorgenommen worden ist<sup>4)</sup>. Auf die Gewohnheit der Umprägung weist auch die schon früher angeführte Urkunde vom Jahre 1284 hin, wo von dem Gewinne (*usufructus*), den das Umwechseln der Münze (*cambium*) bringt, die Rede ist<sup>5)</sup>. Nicht selten mögen die Münzmeister, wenn sie die Münze in Pacht hatten, sich

<sup>1)</sup> Bei Dobner, in den *Monum. histor. Bohem.* V. 1784; Cap. LXVI., p. 129 u. 130; abgedruckt und übersetzt von Bandtke in „Schles. ehedem und jetzt“ I., p. 347—351.

<sup>2)</sup> Ed. Varsov. 1824. II., p. 8—10, aus der Leipziger Ausgabe v. 1712, p. 754 abgedruckt und übersetzt v. Bandtke a. a. O. p. 352—356. Vgl. auch Röpell, *Gesch. Polens*, I., p. 365.

<sup>3)</sup> Raynaldi *annal. eccles. a.* 1207: Tom. I., Lucae 1747 (als Fortsetz. des Baronius Tom. XX.) p. 260. Daß Hierhergehörige übersetzt und die Stichworte lateinisch in Klammern beigelegt von Bandtke in „Schles. ehedem und jetzt“ I. p. 436 und 437; lateinisch von Stenzel angeführt in seiner *Urkundensammlg.* p. 6, Ann. 3.

<sup>4)</sup> *Sommersberg* I., p. 817, 820, 825, 830. Vgl. auch: *Urkunden des Klosters Leubus*. Cief. I. 1821. p. 87.

<sup>5)</sup> Stenzel, *Biethum*, p. 111. § 14.

auch Willkürlichkeiten erlaubt haben. Aus einer Urkunde des Jahres 1308 nämlich <sup>1)</sup> erschen wir, daß die Bürger von Görlitz, um sich gegen das zu häufige Verschlagen der Münze und gegen das Auswechseln der verurtheilten Münze nach willkürlichem Maßstabe zu sichern, mit dem damaligen Münzmeister Heinrich, welcher die Münze in Besitz hatte, einen Vertrag schlossen, demzufolge sie ihm 100 Mark als Ersatz gaben. Gleichwohl hielt er den Vertrag nicht, sondern ließ die Pfennige sieben Markttage brechen, d. h. verschlagen, weshalb er vor den Rath gefordert wurde.

Wegen der Unbequemlichkeiten nun und der Nachtheile, welche für Verkehr und Handel, sowie wegen der offenbaren Verluste, welche für die Besitzer das häufige Verschlagen der Münze mit sich brachte, andererseits auch wegen der Willkürlichkeiten von Seiten der Münzer scheint allmählich die landübliche Umprägung abgeschafft und als Ersatz für den daraus geflossenen Gewinn eine allgemeine Steuer auf alle liegenden Gründe eingeführt worden zu sein, welche den Namen: „Münzgeld“ (*pecunia monetalis*) erhielt, bisweilen jedoch auch „Abgang von der Münze“ (*defectus monetae*) heißt und in den Städten als feste Summe, in den Dörfern als Steuer von jeder Hufe erhoben wurde, während indeß das Münzregal des Herzogs und die Verwaltung durch dessen Münzer oder auch die Verpachtung der Münze fortbestand. Urkundlich belegen läßt sich dieser Ursprung freilich nicht, aber die obige Annahme wird um so wahrscheinlicher, als erst seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts diese Abgabe erwähnt wird, wo dann auch die Beträge dafür in Städten und Dörfern angeführt werden <sup>2)</sup>. Zwar sagt Stenzel in der Urkundensammlung p. 7 mit Berufung auf Klose's Briefe, I. p. 450, daß wir die erste urkundliche Erwähnung des Münzgeldes im J. 1226 finden, in welchem der Bischof Laurentius von Breslau 10 Mark jährlich vom Münzgelde zu Breslau dem Abte der Augustiner Chorherrn daselbst überlassen habe. Wenn er jedoch schon hier selbst hinzusetzt, daß er nicht zu bestimmen wage, ob es bereits in dem Sinne einer festen Abgabe zu nehmen sei, oder ob es überhaupt nur den Ertrag der Münze bedeuten möge, in der Geschichte Schlesiens p. 142 aber es so darstellt, daß der Bischof dem Stifte

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlg. N. CVIII., p. 481.

<sup>2)</sup> Stenzel, *ibid.* p. 7 und 191; Gesch. Schles. p. 156 und 256



auf die Münze in Breslau 10 Mark Silber jährlich abgetreten habe, welche ohne Zweifel der Herzog früher dem Bischof überwiesen hatte, so wurde es mir bei genauerer Betrachtung der Stelle kaum zweifelhaft, daß hier noch nicht von der erst etwa 100 Jahre später erwähnten Abgabe des Münzgeldes, sondern vielmehr von dem bischöflichen Münzzehnten, d. h. von dem Antheile, welchen der Bischof an dem Ertrage der herzoglichen Münze hatte, die Rede ist. Und diese Vermuthung wurde mir zur Gewißheit, als mir der lateinische Wortlaut dieser Stelle bekannt wurde, wie ihn die früher im Klosterarchiv von St. Adalbert, jetzt im königlichen Provinzialarchiv aufbewahrte Originalurkunde enthält<sup>1)</sup>. Der Bischof bestimmt nämlich darin, es seien 10 Mark von der Münze (*demoneta*, also nicht: *de pecunia monetali* oder, wie Klose sagt: vom Münzgelde) in Breslau in den zwei Terminen, wenn es dem Herzog entrichtet wird, abzugahlen. Im vorigen Abschnitt p. 42 nun habe ich gezeigt, daß bereits unter Heinrich I. der Münzzehnt an den Bischof gezahlt wurde; auch sind dort mehrmals die zwei Termine angeführt worden, in denen dem Herzoge die Münze gezahlt zu werden pflegte und in denen auch der Bischof den Münzzehnten erhalten sollte. Ebenso dürfte damit zusammenstimmen, daß ja derselbe Bischof Laurentius, welcher 1226 die Anweisung auf die obigen 10 Mark ertheilt, im folgenden Jahre 1227, wie ich p. 41 gezeigt habe, durch Heinrich I. auch den Zehnten von dem Antheile des Herzogs an dem Goldgewinne bewilligt erhielt. Zur Abschaffung der lästigen Umprägung aber und zur Einführung einer festen Münzsteuer war gerade der Anfang des 14. Jahrhunderts der geeignete Zeitpunkt, weil damals an die Stelle der bisherigen dünnen Münzen, welche an sich ein häufigeres Verschlagen nothwendig machten, die dicken böhmischen Groschen aufkamen und bald in Schlesien Eingang fanden.

<sup>1)</sup> Diese alte Urkunde, welche den wichtigen Vertrag über die Abtretung der den Augustiner Chorherren gehörigen St. Adalbertkirche u. s. w. an den Bischof enthält, verdient wohl gedruckt zu werden, sowie auch die im folgenden Jahre ausgestellte Originalurkunde über die Abtretung des Dorfes Ostaschin. Unsere Urkunde ist ausgestellt von Bischof Laurentius und laut derselben der am Charfreitage 1226 (27. April) in Breslau abgeschlossene Vertrag am 1. Mai desselben Jahres vollzogen worden; die betreffende Stelle lautet: *Nos vero eidem abbati et fratribus suis pro supradicta commutatione decem marcas ar: de moneta in Wrat. in duobus terminis cum duci solvitur. Et VIII. modios etc. assignavimus*

#### 4. Ueber das Verhältniß von Gold und Silber.

Stenzel in seiner Urkundensammlung p. 89 giebt an, daß sich das Silber zum Golde anfänglich wie 1 zu 8, dann zu  $10\frac{2}{3}$ , dann zu 12 verhalten habe, aber ohne es zu belegen. In demselben Werke p. 427 rechnet er in Anmerkung 2 die Mark Goldes zu 10 Mark Silbers, ebenfalls ohne Beleg. Bei genauerem Eingehen aber sieht man, daß Stenzel bei der ersten Angabe der Annahme folgt, wie sie Freiherr von Praun in seiner „Gründlichen Nachricht von dem Münzwesen, 3. Aufl., Leipzig 1784“ am Ende des 3. Capitels, welches vom deutschen Münzwesen bis zum J. 1400 handelt, p. 59 aufgestellt hat, obwohl sich bestimmter nach v. Praun die Sache folgendermaßen verhält: Anfangs galt bei den Deutschen, wie früher bei den Franken, zwischen Gold und Silber das Verhältniß von 12 : 1 (p. 38), am Anfang des 13. Jahrhunderts von 10 : 1 (p. 39, mit Berufung auf den Sachsen- und Schwabenspiegel), am Ende des 13. Jahrhunderts nach Einführung der Florenzer Gulden kam es sogar auf 8 : 1 herunter (p. 42, 45 und 46), fiel aber dann nicht weiter, stieg vielmehr wieder hinauf (p. 42 Anm. a), so im 14. Jahrhundert auf  $10\frac{2}{3}$  : 1 (p. 50), endlich auf  $12\frac{4}{5}$  : 1 (p. 54 und 55). Diese Angaben beziehen sich jedoch auf Deutschland; es fragt sich also, welches Verhältniß in unsern Gegenden üblich gewesen <sup>1)</sup>. Da enthält nun die zweite, nur gelegentliche Angabe das Richtige: Zehn zu Eins, wenigstens für die zweite Hälfte des 13. Jahrh., aus welcher wir allein urkundliche Nachrichten übrig haben. Die obige Angabe von Stenzel bezieht sich auf eine Urkunde vom Jahre 1295, in welcher selbst keine Andeutung darüber sich

<sup>1)</sup> Zu einer die Gründung von Mslow (bei Czestochau) nach deutschem Recht gewährenden Urkunde des polnischen Herzogs Boleslaw des Schamhaften vom J. 1279, in welcher  $\frac{1}{2}$  Mark Goldes gleichgestellt wird 6 Mark Denare Krakauer Münze, bemerkt Stenzel in der Urkundensammlung p. 394 Folgendes: „Hier ist die sehr merkwürdige und ungemein seltene Angabe des Verhältnisses zwischen Silber und Gold, wie 12 zu 1 zu beachten, sonst gewöhnlich nur, wie 10 : 1, ja wie 8 : 1,“ und er citirt hier in der That Praun's Münzwesen S. 42. Nach meiner obigen Darstellung ist klar, daß auch hier die verschiedenen Zeiten verwechselt und die deutschen Verhältnisse ohne Weiteres auf Schlesien übertragen sind. Die Stelle der obigen Urkunde ist aber für die Feststellung des Verhältnisses zwischen Gold und Silber nicht brauchbar, weil eben gemünztes Silber dem reinen Golde gegenübergestellt wird, welche sich damals in Krakau, wie 1 : 12 verhielten. Später wird auch von dieser Stelle Anwendung gemacht werden.

findet. In der Einleitung zu der Stiftungsurkunde des Kreuzstiftes (Denkschrift der schles. Gesellsch. f. vaterl. Cultur v. 1853, p. 53) erklärt er die in dieser Urkunde vom J. 1288 enthaltene Angabe für die älteste, welche uns über das Verhältniß des Goldes zum Silber Aufschluß giebt, und dasselbe wiederholt er in seinem letzten Werke, dem Gründungsbuche des Klosters Heinrichau, p. 112, Anm. 207, weshalb er auch in seiner Geschichte Schlesiens p. 256 sagt, am Ende des 13. Jahrh. sei das Verhältniß des Goldes zum Silber, wie 10 zu 1 gewesen. Allein er hat dabei zwei urkundliche Stellen übersehen, welche in seinem Bisthum enthalten sind und bis gegen die Mitte des 13. Jahrh. zurückführen. Die drei Stellen, aus welchen das Verhältniß hervorgeht, sind nun folgende:

Im J. 1260 den 8. März versprach Herzog Heinrich III. von Schlesien, für seinen Bruder Boleslaus II. wegen der dem Bischof Thomas I. zugefügten Schäden und des bei Gelegenheit der Gefangennehmung ihm angethanen Unrechts an den Bischof 2000 Mark Silbers innerhalb vier Jahren, jährlich 500 Mark in zwei Terminen (jedesmal also 250 Mark) zu zahlen <sup>1)</sup>. Im J. 1261 den 20. December versprach er außer den zwei letzten rückständigen Terminzahlungen auch noch 211 Mark Silbers und 1 Mark Goldes bis zum Anfang der nächsten Fasten (Quadragesimae) zu entrichten <sup>2)</sup>; nachdem ihm aber der Bischof eine neue Frist gestattet, versprach er im Jahre 1262 den 21. Juni 471 Mark an Michaelis desselben Jahres zu zahlen <sup>3)</sup>. Es liegt auf der Hand, daß in diesen 471 Mark eine Terminzahlung von 250 Mark und die zuletzt versprochene Summe von 211 Mark Silbers und 1 Mark Goldes enthalten sind, die zusammen 461 Mark Silbers und 1 Mark Goldes ausmachen, so daß also die Mark = 10 Mark Silbers gerechnet ist.

Im Jahre 1263 den 8. Januar bezeugt Bischof Thomas I., daß er dem Canonicus und päpstlichen Capellan Bartholomaeus Carancionis, den er vorher auf Verlangen des Papstes und mit Genehmigung des Capi-

<sup>1)</sup> Stenzel, Bisthum, Urk. N. XII., p. 21.

<sup>2)</sup> Ibid., Urk. N. XVIII., p. 26.

<sup>3)</sup> Ibid., Urk. N. XIX., p. 27. Aus der obigen Darstellung dürfte hervorgehen, daß nach den Worten: „quadringentas et septuaginta marcas argenti et unam marcam“ nicht auri weggelassen ist, wie Stenzel in Anmerkung 1. zu der obigen Urkunde im Widerspruch mit dem Folgenden vermuthet.



tels als Canonicus der Breslauer Kirche aufgenommen und unter dem Namen einer Präbende von den Einkünften der bischöflichen Tafel mit  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes jährlich bedacht hatte, auf dessen Ansuchen die Zehnten in Peterswalde bis zur Höhe des genannten Betrages für seine Person und auf Lebenszeit überwiesen habe, um sie durch einen Procurator sammeln und sich schicken zu lassen <sup>1)</sup>). Als darauf im Jahre 1271 diese Einkünfte, die sieben Jahre hindurch nicht abgeführt worden waren, eingezogen werden sollten, wurden sie in einer Urkunde vom 5. September jenes Jahres als 15 Mark Silbers, in einer andern vom 7. September desselben Jahres wieder als  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes ohne Unterschied von Bischof Thomas II., dem Neffen des vorigen, bezeichnet <sup>2)</sup>), so daß 1 Mark Goldes also 10 Mark Silbers gleichgerechnet wurde.

Im Jahre 1288 bei Gründung des Kreuzstiftes schuf Herzog Heinrich IV. zwölf Pfründen, von denen elf jede die Zinsen von 20 großen, oder von 30 kleinen, oder von einer entsprechenden Anzahl großer und kleiner Hufen jährlich erhielten <sup>3)</sup>), während die zwölfte auf 3 Mark Goldes jährlich aus der Münze angewiesen wurde. Nun hatte jede große Hufe an Zins 5 Vierdung und 6 Scheffel Dreikorn (Weizen, Roggen und Hafer à 2 Scheffel), die kleine  $\frac{1}{2}$  Mark, d. i. 2 Vierdung, und 1 Malter Dreikorn zu entrichten <sup>4)</sup>); der Malter aber wurde um dieselbe Zeit einer halben Mark gleichgerechnet <sup>5)</sup>), sechs Scheffel also gleich einem Vierdung, demnach betrug der Zins der großen Hufe 6 Vierdung, =  $1\frac{1}{2}$  Mark, der

<sup>1)</sup> Stenzel, Diöth., p. 28, Urk. N. XXI.

<sup>2)</sup> Ibid., p. 46, Urk. XLI. und XLII.

<sup>3)</sup> Denkschrift der schles. Gesellschaft f. vaterl. Cultur, 1853, p. 76. Es erhielten nämlich die 2—5., die 7., 8. und 10. je 20 große Hufen, die 11. dagegen 30 kleine, die 1. ferner 18 große und 3 kleine, die 6. in ähnlicher Weise 12 große und 12 kleine, was aber, da 3 kleine Hufen = 2 großen sind (cf. Urkundensammlung p. 174) ebenfalls 20 große Hufen giebt; nur die 9. bekam 33 kleine, also = 22 große Hufen, vielleicht wegen schlechterer Bodenbeschaffenheit und des daraus folgenden geringeren Ertrages.

<sup>4)</sup> Ibid. p. 77.

<sup>5)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 176, wo angeführt wird, daß 214 Malter mit 110 Mark und 33 Malter 4 Scheffel mit 16 Mark im J. 1260 ersetzt wurden, also in beiden Fällen mit ungefähr  $\frac{1}{4}$  Mark. In der Gesch. Schles. p. 358 ist statt der 214 Malter gesagt: 2968 Scheffel, was ein Druckfehler ist statt 2568 Scheffel. Daß hier und dort dieselbe Angabe gemeint sei, zeigt das gleiche Jahr und die Berechnung; 110 Mark geben nämlich, die Mark zu 24 Scot gerechnet, 2640 Scot, der Scheffel kostete also etwa 1 Scot oder nach Stenzel 14 Egr., wie er ebendasselbst sagt.

der kleinen Hufe 4 Bierdung, = 1 Mark. Jede der 11 Pfründen hatte also ein Einkommen von 30 Mark Silbers, und da die zwölfte 3 Mark Goldes erhielt, so haben wir wieder das Verhältniß des Goldes zum Silber, wie 10 : 1 erhalten <sup>1)</sup>).

Daß dieses Verhältniß auch später noch eine Zeit lang fortbauert, sehen wir daraus, daß im Jahre 1321 zu Breslau 2 Mark Goldes mit 20 Mark Silbers weniger 1 Bierdung bezahlt wurden. Wegen allmählicher Verschlechterung der im Jahre 1300 aufgetommenen Prager Groschen finden wir im 14. Jahrhundert die Mark Goldes zwar von höherem Werthe, aber bei dem sehr verschiedenen Feingehalte des Goldes in den einzelnen Goldbergwerken ist das Verhältniß nicht mehr so fest bestimmt, wie es früher der Fall gewesen zu sein scheint. Das Einzelne hierüber gehört jedoch nicht mehr in den Zeitraum, dessen Behandlung ich mir vorgelegt habe <sup>2)</sup>).

## 5. Ueber das Pfund, die Mark und deren verschiedene Arten.

Schon in den vorhergehenden Abschnitten ist eine oder die andere Münze beiläufig erwähnt worden, weil es behufs der Beweisführung nicht umgangen werden konnte. Im Folgenden nun will ich sämtliche Münzen, welche in der Zeit bis zum Jahre 1300 gebräuchlich waren, aufzählen und sowohl ihre Existenz in dieser ganzen Zeit durch Angabe einzelner Stellen aus Urkunden, die verschiedenen Zeiträumen angehören, zu belegen suchen, als auch ihr Verhältniß zu einander möglichst quellenmäßig darthun. Man rechnete nämlich einerseits nach Marken, Bierdungen, Lothen und Scoten, andererseits nach Pfunden und Schillingen, in beiden Fällen aber zugleich nach Pfennigen und später auch nach Obolen. In diesem Abschnitt soll nun zuvörderst die Mark und das Pfund behandelt werden.

Was erstens die Ausdrücke: Mark und Pfund im Allgemeinen angeht, so ist der letztere älter, als der erstere. Ursprünglich war das

<sup>1)</sup> Ausführlich ist das ganze obige Verhältniß auch dargelegt in der Einleitung zur Urkunde, Denkschr. p. 52, und das Resultat im Gründungsbuch von Heinrichau p. 112 Anm. 207.

<sup>2)</sup> Vgl. Stenzel, Gründungsbuch des Klosters Heinrichau a. a. O. und Gesch. Schlei. p. 295.

**Pfund** (*libra* oder *talentum*) ein Gewicht (*pondus*) von 12 Unzen, welches von den Römern auf die Franken und von diesen auf die Deutschen überhaupt und andere Nationen überging. Allmählich aber fing man an, die Münzen, deren eine bestimmte Zahl aus dem Pfunde geprägt werden mußte, dem Gewicht nach zu verringern, so daß dieselbe Zahl Münzen, welche früher ein Pfund gewogen hatten, endlich nur  $\frac{2}{3}$  desselben oder 8 Unzen ausmachten. Um nun die weitere Verringerung desselben zu verhüten, setzte man, als die Bergwerke immer mehr aufkamen, das Gewicht eines Pfundes auf 8 Unzen oder 16 Loth fest und versah die Gewichte mit einem Zeichen, einer Marke, woher der Name **Mark** (*marca*) entstanden ist. Gleichwohl blieb auch der Name Pfund noch lange Zeit im Gebrauch; während aber Pfund und Mark bei Entstehung der letztern ganz gleichbedeutend waren<sup>1)</sup>, machte sich in der Folge bald der Unterschied allgemein geltend, daß die Mark als das eigentliche Münzgewicht (*marca auri* und *marca argenti*) angesehen wurde, welches bei seiner sich gleichbleibenden Schwere als Norm für die Probe der Richtigkeit diente, daß Pfund dagegen die gesetzmäßig bestimmte Summe der geprägten Münzen bedeutete, welche einer Mark gleich war, daher auch *libra denariorum* genannt. Aber nicht lange genügte dieser Unterschied. Bald gebrauchte man auch den Ausdruck: Mark in der letztern Bedeutung, und man unterschied nun die gewogene Mark (*marca ponderalis*) von der gezählten Mark oder Zahlmark (*marca numeralis*), so daß 1 Pfund = war 1 Zahlmark. Als man darauf anging, die Münzen in dem Gehalt (Korn) zu verringern, indem man dem Silber allmählich immer mehr Kupfer zusetzte, wenn sie auch das gesetzlich bestimmte Gewicht (Schrot) behielten; so bezeichnete man noch besonders die gewogene Mark als feine Mark (*marca puri argenti*, *marca boni et puri arg.* oder *marca fusi et finiti arg.*), die im gewöhnlichen Verkehr gangbare Zahlmark dagegen, welche wir jetzt raube Mark nennen, als landübliche Mark (*marca usualis*; *marca usitati* oder *usualis argenti*; *m. usualis monetae*, später auch *pecuniae*; *m. currentis monetae* oder auch *numismatis*, *m. monetae publicae*). Natürlich wurde jetzt sowohl das Pfund, als die Zahlmark geringer an Werth, als die gewogene Mark<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Abauct. Voigt III., p. 50, Anmerk. 108.

<sup>2)</sup> Vgl. v. Braun, Gründliche Nachricht vom Münzwesen, 3. Aufl., p. 29, 35,



Daß bei uns die Mark bereits im Jahre 1054 gebräuchlich war, habe ich schon im ersten Abschnitt nachgewiesen; natürlich war dies eine **gewogene Mark**, die sich bis ans Ende unsers Zeitraums findet, wie aus vielen noch später anzuführenden Stellen hervorgeht. Daneben aber treffen wir den Ausdruck: **Pfund** schon seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, wenn anders ein Rückschluß erlaubt ist aus einer Urkunde vom Jahre 1270, in welcher König Ottokar II. von Böhmen das alte, von seinen Vorgängern der ursprünglich mährischen Stadt Leobschütz gegebene Privilegium erneuert, von dem Stenzel mit vieler Wahrscheinlichkeit darthut, daß es wenigstens 100 Jahre alt gewesen sein mochte<sup>1)</sup>. Außerdem findet sich der Ausdruck mehrfach in dem Schöffengericht der Stadt Neumarkt, welches sie im Jahre 1235 von Halle empfing<sup>2)</sup>, und in dem Magdeburger Recht, welches im Jahre 1261 an Breslau gegeben wurde<sup>3)</sup>, endlich noch am Ende des Jahrhunderts in einer Urkunde des Raths der Stadt Görlitz vom Jahre 1298, welche den Ausdruck: *duas libras denariorum Budesinensium* enthält, der deutlich auf das Zahlpfund hinweist<sup>4)</sup>. Daß aber der Ausdruck besonders in

38, 40 und 41; Dauct Voigt, Beschreibung d. böhm. Münzen 1771, Bd. I. p. 265, 305, Anm. 33, Bd. II. p. 26, p. 28, Anm. 50, 51, p. 30, Anm. 62; Möhsen, Gesch. d. Wissensch. in der Mark Brandenburg. Berl. u. Leipz. 1781, p. 230; Schmieder, Handwörterbuch der gesammten Münzkunde. Th. 1. Halle u. Berl. 1811, p. 288; Feißmann, Abriß einer Gesch. d. gesammten Münzkunde. Erfurt 1828, p. 49. Die in Klammer beigesezten Bezeichnungen sind aus schlesischen Urkunden; nur die Ausdrücke *marca ponderalis* und *numeralis* sind aus einer Anmerkung von Kloss zu Praun, p. 41, woher sie vielleicht auch Stenzel in der Urkundensammlung, p. 90, hat, entlehnt und scheinen mir termini technici der Münzgelehrten. Ueber die Sache kann kein Zweifel sein, da in einer Urkunde von 1271 (Bisthum p. 47) 10 Mark 3 Scot übergeben werden und davon das Verbum *ponderare* gebraucht wird, andrerseits die oben angegebenen latein. Benennungen für die landübliche Mark die Existenz der Zahlmark bestätigen, auch im Magdeb. Recht v. 1261 ausdrücklich 3 wendische Mark als 36 Schillinge bezeichnet werden (Urkundensammlung p. 352) und Voigt, Bd. II. p. 32 und p. 37, Anmerk. 87, aus Böhmen 10, ferner 100 und 500 *marcas Denariorum* aus den Jahren 1130 und 1267 anführt. Für die feine Mark giebt v. Praun p. 43 auch den Ausdruck: *marca argenti puri seu examinati an.* — Ueber die Ausdrücke: Mark löthig, Mark Witte und Wichte, Mark Währung, welche von den obigen Gelehrten zum Theil verschieden aufgefaßt werden, schweige ich hier, da sie in dem Zeitraum bis zum Jahre 1300 wenigstens bei uns sich nicht finden.

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlung, p. 371 und 374.

<sup>2)</sup> Ibid. p. 294.

<sup>3)</sup> Ibid. p. 351.

<sup>4)</sup> Ibid. p. 436.

solchen Urkunden vorkommt, in welchen die von außen her nach Schlesien übertragenen Rechte enthalten sind, also vorzugsweise bei Strafbestimmungen, dürfte ein Beweis sein dafür, daß eben erst durch Uebertragung jener Rechte in Schlesien die Rechnung nach Pfunden bekannter geworden ist, die Rechnung nach Marken die einheimische war. Auch in Böhmen rechnete man früher nach Marken, als nach Pfunden, wie Voigt, Beschreibung böhmischer Münzen, Bd. II., p. 26 zeigt.

Die **feine Mark** wird von Stenzel (Urkundensammlung p. 89) aus dem Jahre 1289 angeführt, ohne Beleg. Mehrere urkundliche Stellen aber aus den Jahren 1220, 1243, 1265, 1282 und 1300, in welchen die Mark seinen Silber erwähnt wird <sup>1)</sup>, zeigen, daß während des ganzen 13. Jahrhunderts das **feine ungemünzte Metall** von dem durch Mischung verschlechterten unterschieden wurde. Und wenn Stenzel a. a. O. mit Berufung auf Voigt, Bd. III., p. 24, Anmerk. 37 sagt, im 14. Jahrhundert sei das **schwarze Silber** (*nigrum argentum*) als schlechtes, vom **Zu- sätze**, dem weißen als seinem entgegengesetzt worden, so können wir jetzt einen urkundlichen Beleg dafür anführen, daß dies **bereits im Jahre 1282**, also im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts bei uns der Fall war <sup>2)</sup>. Die Urkunde ist ausgestellt durch Heinrich IV. von Breslau, der in Folge seines lang dauernden Streites mit Bischof Thomas II. in Geldverlegenheit sein mochte, worauf auch hinzudeuten scheinen die häufigen Bedrückungen und willkürlichen Beraubungen der kirchlichen Güter von Seiten des sonst edlen Fürsten, sowie die Aufbrechung einer Mauer und die Wegschaffung eines Altars im Kloster zu Trebnitz, um einen dort verborgenen Schatz ausfindig zu machen <sup>3)</sup>. Es dürfte aber **wahrscheinlich sogar schon früher** eine bedeutende Verschlechterung der Münzen eingetreten sein, da die Fürsten allmählich immer ärmer wurden, indem sie theils durch die vielen Kriege, theils durch ihre Verschwendung sich genöthigt sahen, ihre Erbgüter zu verkaufen und ihre einträglichen Rechte für Geld abzutreten <sup>4)</sup>. Nach Stenzel bekannte bereits im Jahre

<sup>1)</sup> Stenzel, Gründungsbuch von Heinrichau, p. 147, 197 und 198; Bieth., p. 30, 70 und 71; Urf. bei Sinap. Schles. Curios. I. (Leipz. 1720.) p. 131.

<sup>2)</sup> Stenzel, Gründungsb. v. Heinrichau, p. 72 und 74.

<sup>3)</sup> Stenzel, Gesch. Schles. p. 66—104, besonders p. 87; Biethum, Einl. p. 56 bis 81, mit den urkundlichen Belegen, besonders p. 142 und 143.

<sup>4)</sup> Stenzel, Gesch. Schles. p. 55.

1252 den 28. Juni Herzog Heinrich III. urkundlich, daß die Breslauer Kirche und Bischof Thomast. ihm in seinen höchsten Bedürfnissen zur Behauptung seines Landes zu verpfänden gegeben: einen goldenen Kelch mit mehreren Edelsteinen zu 160 Mark Silber, eine silberne Tafel und 2 Caseln zu 60 Mark und 2 Krenze, von denen er eins zurückgegeben, das andere, wenn es verloren, ersetzt wolle. Außerdem war der Herzog dem Bischofe 40 Mark schuldig, nämlich für ein Roß 20 Mark und für Antheil an der Münze 20 Mark, welche der Herzog zur Auflösung der Burg in seiner höchsten Noth an sich genommen; ferner 50 Mark Silber, welche ihm der Bischof vom Kirchengute geliehen; endlich hatte sich der Bischof für den Herzog bei dem Bischof von Olmütz für 120 Mark verbürgt<sup>1)</sup>. Wir haben ferner schon oben gesehen, daß Herzog Heinrich III. im Jahre 1260 zu Gunsten seines Bruders Boleslaus II. sich bei dem Bischof für 2000 Mark verbürgte, zu denen im Jahre 1261 noch 211 Mark Silber und 1 Mark Goldes, also 221 Mark kamen. Von diesen 2221 Mark war Heinrich III. aber nur im Stande 500 Mark abzuführen, so daß bei seinem Tode im Jahre 1266 noch 1721 Mark rückständig waren<sup>2)</sup>. Unter diesen Umständen dürfte meine Vermuthung, daß schon damals die geprägten Münzen eine bedeutende Verschlechterung erlitten, nichts Unwahrscheinliches haben. Und wenn Stenzel in der Urkundensammlung p. 89 aus dem Jahre 1284 die Mark Pfennige weißen Silber, albi argenti denariati, ebenfalls für Breslau anführt, zwar ohne Beleg, aber jedenfalls aus einer Urkunde, so dürfte das hinzugefügte albi gerade darthun, daß man sich ebenso sicher stellen wollte, wie ja Heinrich IV. im Jahre 1282 ausdrücklich mit schwarzem Silber ein gekauftes Gut contractlich bezahlte (i. vor. S.). Beide Stellen zeigen deutlich, daß nicht das geprägte Geld

<sup>1)</sup> Stenzel, Bisth. p. 37, Anmerk. zu Urk. XXX. vom Jahre 1268, in welcher die oben bezeichneten Kirchenkleinodien (nur mit der Abweichung, daß statt des goldenen Kelchs duae capae angeführt sind) auf 18 Mark Goldes, = 180 Mark Silber geschätzt sind, die mit 100 Mark Silber, welche der Herzog für Getreide der Kirche schuldig war, zusammen 280 Mark Silber geben. Daher dürfte es ungenau sein, wenn Stenzel in der Gesch. Schles., p. 52, die Kirchenkleinodien allein für 280 Mark verpfänden läßt. Auch sagt er hier, daß sich der Bischof für 210 Mark verbürgt habe, während oben nur 120 Mark stehen. Was das Richtige ist, bleibt vor der Hand zweifelhaft, da die Urkunde noch nicht gedruckt ist.

<sup>2)</sup> Stenzel, Bisthum, Urk. XII. p. 21, XVIII. p. 25, XIX. p. 27, XXX. p. 36.



überhaupt gegenüber dem ungemünzten Silber als schwarzes Silber bezeichnet wurde, sondern daß es schon damals verschieden war an innerm Gehalt. Freilich ist dabei nicht zu übersehen, daß, da jeder Herzog nur in seinem Territorium die Verfügung über die Münze besaß und diese auch meist nur innerhalb dieses Kreises Geltung hatte, eine Verschiedenheit in den einzelnen Territorien obwalten konnte. So lesen wir in der That in einer Urkunde vom Jahre 1293, daß Volko, Herzog von Schlesien und Herr von Fürstenberg, bald nach dem Jahre 1290 das Dorf Wiesenenthal bei Heinrichau für 550 Mark Silbers von dem damals in seiner Herrschaft gangbaren Gehalt und Gepräge, nämlich bis auf 1 Loth reinen Silbers an sich kaufte und völlig bezahlte<sup>1)</sup>. Dies erklärt sich daraus, daß Volko sich auf seinen Vortheil verstand, indem er für den Kofdiens und die übrigen Leistungen an den Fürsten eine neue Ordnung schuf und förmliche Register darüber anlegen ließ, wonach statt des Dienstes eine bestimmte Summe entrichtet werden mußte, die er unnachsichtlich eintrieb<sup>2)</sup>. Da er aber der Erste gewesen ist, welcher diese Einrichtung traf, so dürfte seine Wohlhabenheit und der damit zusammenhängende gute Gehalt seiner Münzen immerhin als ein vereinzelter Fall anzusehen sein, der noch dazu erst in dem letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts eintrat.

Auf die Existenz einer im gewöhnlichen Verkehr gangbaren oder landüblichen Mark deutet schon eine Stelle aus einer bereits früher angeführten Urkunde des Jahres 1244 hin, in der Herzog Boleslaus II. dem Bischof gestattet, wöchentlich von dem Silber der Kirche 4 Mark nach dem jedesmaligen Course der Münze (*secundum cursum monete*) ohne Kosten bis zur Vollendung des Dombaues prägen zu lassen<sup>3)</sup>. Dagegen wird die Mark selbst häufig mit dem obigen Ausdruck in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, so in Urkunden aus den Jahren 1274, 1276, 1278, 1280, 1282 und 1299, und ebenso in

<sup>1)</sup> Stenzel, Grünbggb. v. Heinrichau, p. 92. In der Urkunde stehen die Worte: *circa unum lottonem puri*, die Stenzel in derselben Weise auffaßt, wie ich. Es scheint mir jedoch, daß statt *circa* zu lesen sein dürfte: *citra*.

<sup>2)</sup> Ibid. p. 95 Anm. 181, p. 100 Anm. 194 u. p. 109. Anm. 202, wo auch auf die Chron. princ. Polon. hingewiesen wird, welche das Neue der ganzen Einrichtung bestätigt.

<sup>3)</sup> Stenzel, Bisth. p. 7.

Urkunden des 14. Jahrhunderts, z. B. der Jahre 1301, 1305, 1310, 1340 bezeichnet <sup>1)</sup>).

In Bezug auf das Gewicht sind für Schlesien ebenfalls mehrere Arten von Marken zu erwähnen. So wird bereits im Jahre 1243 die Mark reinen Silbers **Kaufmannsgewicht** (*pondus mercatorum*) genannt <sup>2)</sup>), womit jedoch nur die vollständige Richtigkeit des in Schlesien üblichen Gewichts, wie ich glaube, nicht aber eine besondere Art des Markgewichts angedeutet werden soll. Die Kaufleute waren, wie heut, so schon damals für die Richtigkeit der von ihnen gebrauchten Gewichte verantwortlich und galten daher im Allgemeinen als gewissenhaft, was sich auch daraus ergibt, daß sie bei nothwendigen Abschätzungen zugezogen wurden, damit der Werth gewisser kostbarer Gegenstände von Sachverständigen genau beurtheilt würde. So wurden bei Abschätzung der schon erwähnten Kirchenkleinodien, welche Bischof Thomas I. dem Herzoge Heinrich III. zu verpfänden gab, geeignete Kaufleute zugezogen <sup>3)</sup>). Daß aber bisweilen Unrichtigkeiten im Gewicht vorkamen, zeigt eine Urkunde vom Jahre 1271, wo der Abt von Kamenz sich darüber beschwert, daß ihm der Schulz von Alt-Brottkau den Zehnt unvollständig und in einem Gewicht gezahlt habe, welches ungebührlicher Weise bei 26½ Mk. um 13 Scot zu klein war <sup>4)</sup>).

In Schlesien allgemein üblich war das **polnische Gewicht** (*pondus Polonicale* oder *Polonicum*), welches in Urkunden überall zu verstehen ist, wo nicht ausdrücklich ein anderes Gewicht bestimmt wird; dem polnischen aber ganz gleich ist das **Breslauer Gewicht** (*pondus Wratislaviense*). Beide werden daher auch gewöhnlich nur dann angeführt, wenn Verhandlungen mit auswärtigen Personen stattfinden oder gerichtliche Festsetzungen gemacht werden. Als Beweis dafür mag Folgendes dienen: Im Jahre 1239 wurden in einer Urkunde des Klosters Heinrichau 19 Mark Silbers polnischen Gewichts angegeben, während der zu derselben Zeit lebende Verfasser der einleitenden Darstellung nur einfach: „19 Mark Silbers“ dafür sagt; die Glaubwürdigkeit und Genauigkeit

<sup>1)</sup> Klose I., p. 524. — Stenzel, Bisth. p. 65, 69, 281; Gründgeb. v. Heinrichau p. 74, 83, 101, 115, 119. — v. Eubewig, Reliquiae Manuscriptorum VI. (1724) p. 375.

<sup>2)</sup> Urf. Boleslaus des Kahlen bei Sinap. Schlef. Curios. I., p. 131.

<sup>3)</sup> Stenzel, Bisth., Urf. p. 36.

<sup>4)</sup> Urf. im Jahresbericht der schlef. Gesellsch. für vaterl. Cultur v. 1841; histor. Sect. p. 44.

dieser Darstellungen aber hat Stenzel außer Zweifel gesetzt<sup>1)</sup>. Im Jahre 1251 ferner werden 1000 Mark Silber polnischen Gewichts, welche der Papst von dem böhmischen Clerus verlangt hatte und dieser in Gold auszahlte, nach Polen, d. h. Schlesien gebracht und dem Breslauer Bischof Thomas überwiesen<sup>2)</sup>. Es ist klar, daß polnisches Gewicht hier deshalb bestimmt ist, weil sonst ein Zweifel hätte obwalten können, ob nicht böhnisches oder böhmisches Gewicht gemeint sei; das polnische Gewicht aber ist gerade gewählt, weil der Bischof von Breslau die Summe übernimmt<sup>3)</sup>. Ebenso ist schon aus dem Jahre 1252 erwähnt worden, daß der Bischof Thomas I. für Herzog Heinrich III. bei dem Bischof von Olmütz Bürgschaft über 120 Mark geleistet; diese werden als Marken polnischen Gewichts bezeichnet, während bisher, wo die Forderungen des Bischofs Thomas I. an den Herzog Heinrich III. festgestellt werden, ohne daß eine auswärtige Person dabei betheiligt ist, nur immer von Marken die Rede war<sup>4)</sup>. So berechnet auch der Bischof Thomas von Breslau den durch Herzog Boleslaus von Krakau und seine Schaar verursachten Schaden in einem Briefe an den Erzbischof Johannes von Gnesen nur nach Marken, ohne weitere Bestimmung, da ja in Schlesien und Polen die Mark dasselbe Gewicht hatte<sup>5)</sup>. Endlich werden die Einkünfte, welche der Canonicus Bartholomaeus Carancionis unter dem Namen einer Präbende von dem Bischof von Breslau jährlich beziehen soll, im Jahre 1263 als  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes polnischen Gewichts, im Jahre 1271 aber ohne Unterschied als  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes Breslauer Gewichts bezeichnet<sup>6)</sup>,

<sup>1)</sup> Stenzel, Gründgdb. v. Heinrichau p. 25, p. 24 u. Vorrede von p. VIII. an.

<sup>2)</sup> Continuat. Cosmae Prag. zum J. 1251 in den Monum. v. Pertz, Bd. XI., p. 173.

<sup>3)</sup> Es irrt daher Ab. Voigt (II., p. 50. Anm. 23 u. p. 33), sowie Bandtke (Schlef. eheden u. jetzt I. p. 346) und Anders (I., p. 312), welche ihm folgen, wenn sie den Grund darin suchen, daß die Münze in Böhmen damals sehr schlecht, in Polen hingegen besser gewesen sei. Die Stelle über die Wiffegrader Abgabe nach Rom vom Jahre 1144 beweist nur den geringen Gehalt der böhmischen Münze, Nichts für Polen; die Stelle aus Kadlubk. Hist. Pol. Lib. IV., c. 2 giebt, wie ich in Abschn. 3 gesagt habe, nur die Schilderung einer gewaltthätigen Scene bei der Verrufung der Münzen und beweist nicht (wie Klossch, der Herausgeber der 3. Aufl. von Braun's Münzwesen, p. 415 irrig meint), daß Herzog Miecislaw eine Münzprägung veranstaltet, um das schon in Verfall gerathene Münzwesen zu heben. Auch haben sie den Ausdruck „pondus, Gewicht“ ohne Weiteres in der Bedeutung von Währung angenommen.

<sup>4)</sup> Stenzel, Bieth., p. 37. Anm. 1.

<sup>5)</sup> Ibid. p. 40—44.

<sup>6)</sup> Ibid. p. 28 u. p. 46.



so daß die gleiche Bedeutung beider Ausdrücke unzweifelhaft ist. Damit stimmt auch überein, was Stenzel in der Urkundensammlung p. 90 in Bezug auf das 14. Jahrh. anführt, daß nämlich nach Urkunden aus den Jahren 1348, 1374 und 1377 die Mark Prager Groschen Breslauer Zahl ebenso 48 Groschen zählte, wie die Mark Prager Groschen polnischer Zahl. Es scheint, daß der Ausdruck: „polnisches Gewicht“ mit dem steigenden Ansehen der Hauptstadt Schlesiens nach der Mitte des 13. Jahrhunderts bei uns allmählich durch den andern: „Breslauer Gewicht“ verdrängt worden ist, da wir seit dem Jahre 1271 nur den letztern in derselben Weise gebraucht finden; erst nach dem Jahre 1300 mit Einführung der böhmischen Groschen kommt wieder der Ausdruck: „Mark Groschen polnischer Zahl“ in Anwendung. So verpflichten sich am 8. Februar des Jahres 1282 Bischof Thomas II. und Herzog Heinrich IV., die Entscheidung des päpstlichen Legaten in ihren Streitigkeiten anzuerkennen und zu halten bei Strafe von 1000 Mark reinen Goldes Breslauer Gewichts, und der Legat verurtheilt hierauf am 10. August den Herzog zu 5000 Mark Goldes Breslauer Gewichts, welche Summe dann auf 2500 Mark des obigen Gewichts herabgesetzt wird <sup>1)</sup>, ganz wie schon vorher, im Jahre 1276, beide Theile Schiedsrichter gewählt hatten, deren Sprüche sie sich bei Strafe von 1000 Mark landüblichen Silbers Breslauer Gewichts zu unterwerfen versprochen <sup>2)</sup>, und wie im Jahre 1296 der Bischof von Breslau und der Herzog Bolko von Fürstenberg dem Spruche des Erzbischofs von Gnesen bei Strafe von 100 Mark Goldes Breslauer Gewichts sich zu fügen geloben <sup>3)</sup>. Ebenso finden wir in 2 gerichtlichen Käufen aus den Jahren 1274 und 1287 Marken Breslauer Gewichts angegeben <sup>4)</sup>.

Neben dem polnischen oder Breslauer Gewichts war ferner das **Cöllnische Gewicht** (pondus Coloniense) bekannt, welches auch unter dem Namen: **Deutsches Gewicht** (pondus Theutonicale) und **Gewicht der römischen Curie** (pondus Romanae curiae) vorkommt. In Deutschland

<sup>1)</sup> Stenzel, Bisth., p. 74, 78, 79, 80, 99.

<sup>2)</sup> Ibid. p. 65.

<sup>3)</sup> Ibid. p. 266.

<sup>4)</sup> Klose, I. p. 527 u. Sommersberg, III. p. 136. Vgl. auch Stenzel, Urkundensammlung p. 89: albi argenti denariati ponderis Wratislaviensis.

galt nämlich die Cöllnische Mark als Markgewicht<sup>1)</sup>, und weil diese, wie noch jetzt, unter allen die gewöhnlichste war, so bediente sich auch die päpstliche Curie derselben, wie sie ja auch zu Venedig bereits im Jahr 1201 nach der Urkunde eines Vertrages zwischen Balduin und dem Dogen von Venedig Heinrich Dandolo die gebräuchliche war<sup>2)</sup>. Schon im Jahre 1223, bei der Gründung von Ujest nach deutschem Recht durch den Bischof Laurentius von Breslau, wird bei Bestimmung des Zehnten von jeder Hufe erwähnt:  $\frac{1}{2}$  Bierdung Silber deutschen Gewichts<sup>3)</sup>. Aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts sind mehrere Belege vorhanden. So beauftragte im Jahre 1284 der Bischof Thomas II. von Breslau seinen Bevollmächtigten in Rom, für den Fall, daß seine Angelegenheit, betreffend seinen Streit mit Herzog Heinrich IV., nämlich die gewünschte Bestätigung des schon erwähnten Schieds vom 10. August 1282 einen glücklichen Fortgang nähme, dem Bischof von Fermo und dem Cardinal Latinus 2 Verleihungsurkunden zu überreichen, in welchen er dem erstern für dessen Neffen, dem letztern für dessen Capellan jährlich die Summe von 1 Mark Golbes in dem Gewicht der römischen Curie auf so lange Zeit überweist, bis ihnen eine dasselbe oder mehr eintragende Breslauer Pfründe ertheilt werden könne<sup>4)</sup>. Daß das Gewicht der römischen Curie aber wirklich das Cöllnische war, sieht man aus andern Urkunden. Im Jahre 1286 nämlich verlangte der Cardinal-Legat Johann von Tusculum, dem bei seiner Reise nach Deutschland unter Andern auch die Angelegenheit der Breslauer Kirche übertragen worden war, brieflich bei Strafe der Excommunication innerhalb 1 Monats von sämtlichen polnischen Bischöfen 1000 Mark feinen Silbers Cöllnischen Gewichts als Procura- tion für das laufende Jahr, von denen das Bisthum Breslau 150 Mark zahlen sollte. Als später alle polnischen Bischöfe an den Papst appellirten, indem sie erklärten, daß sie bei der Verheerung ihrer Diöcesen außer Stande seien, dies zu bezahlen, wurde diese Summe von dem Legaten

<sup>1)</sup> Rischer, deutsche Handelsgesch. IV, p. 574.

<sup>2)</sup> Ab. Voigt, III. p. 57: LXXXV millia marcarum puri argenti ad pondus Coloniae, quo utitur terra nostra.

<sup>3)</sup> Stenzel, Urkundensammlg. p. 282, Urk. VII.

<sup>4)</sup> Stenzel, Bisth., p. 119 zweimal.

auf 700 Mark feinen Silbers Bölnischen Gewichts herabgesetzt, indem er ihnen die Vertheilung unter einander nach der üblichen Gewohnheit überließ; doch auch dagegen appellirte man<sup>1)</sup>).

## 6. Ueber die Theile der Mark und des Pfundes.

Da in Schlessen, wie ich schon oben gesagt habe, die Rechnung nach mit Marken gebräuchlicher war, als die nach Pfunden, so beginne ich zuerst den Theilen der Mark. Als Münzgewicht hatte seit lange (cf. p. 52) die Mark 8 Unzen, jede zu 2 Loth, also 16 Loth; ein Loth (loto oder lotus, auch mit u) ist also der sechzehnte Theil der Mark. — Im gewöhnlichen Leben aber wurde die Mark eingetheilt in Bierdung und Scot. Der Bierdung (ferto) ist, wie schon aus dem Namen hervorgeht, der vierte Theil der Mark oder 4 Loth. Dies beweist auch das der Stadt Neumarkt im Jahr 1235 erteilte Schöffenecht von Halle in seinem § 41, wo es heißt, daß diejenigen, welche in die Innung der Schuhmacher eintreten,  $1\frac{1}{2}$  Bierdung bezahlen müssen, von denen 3 Loth der Stadt,  $\frac{1}{2}$  Bierdung den Schuhmachern selbst, 1 Loth dem Meister derselben zufalle<sup>2)</sup>. Es ist hierdurch klar, daß 4 Loth einen Bierdung ausmachen. Nach Bierdungen wird während des ganzen 13. Jahrhunderts gerechnet, z. B. in Urkunden aus den Jahren 1227, 1240, 1257, 1259, 1267, 1269, 1272, 1294, 1300<sup>3)</sup>, aber auch schon früher, wie man aus der schon oben besprochenen Urkunde vom Jahre 1270 sieht, die bei ihrer Erneuerung schon 100 Jahr alt sein mochte<sup>4)</sup>. In dieser kommt auch bereits das Loth vor, und im Jahre 1271 werden ebenfalls 1 Mark 3 Loth erwähnt<sup>5)</sup>. — Der Scot (Scotus), welcher nach Stenzel in der Urkundenammlung p. 91 auch in Preußen, Tyrol und Italien bekannt war, ist der 24. Theil

<sup>1)</sup> Stenzel, Bieth. p. 232 u. 234; p. 237, 238, 239. Ursprünglich hatte der Legat 1100 Mk. feinen Silbers Böln. Gew. geordert, aber irrthümlich, indem das masureische Biethum Ploß doppelt angesetzt war.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundenammlung p. 299.

<sup>3)</sup> Stenzel, Bieth. p. 4, 33. — Urkundenammlung. p. 302, 337, 339, 384, 426. — Gründungsbuch von Heinrichau, p. 198. Jahresübersicht der schles. Gesellsch. f. vaterl. Cultur v. 1840; histor. Sect. p. 19.

<sup>4)</sup> Stenzel, Urkundenammlung p. 371.

<sup>5)</sup> Jahresübers. d. schles. Gesellsch. v. 1841; histor. Sect. p. 44.



einer Mark. U. d. Voigt I., p. 68 kann nicht sagen, wieviel derselbe eigentlich gegolten habe, und nennt ihn nur eine gewisse alte Münzsorte; Stenzel weiß zwar, daß er  $\frac{1}{24}$  der Mark ist; was er aber als Beleg angiebt, ist nur für das 14. und 15. Jahrhundert beweisend, nicht für die frühere Zeit. Er zeigt nämlich aus einer Rechnung vom Jahre 1492, daß ein Scot 2 Groschen hatte, und schließt nun, weil die Mark 48 Groschen hatte, daß der Scot  $\frac{1}{24}$  der Mark sei<sup>1)</sup>. Auch daß in Italien im Jahre 1356 der Scot 2 Groschen galt, 6 Scot einen Bierdung ausmachten, beweist noch Nichts für Schlesien. Dagegen wird die Sache unzweifelhaft durch 2 Urkunden des Jahres 1267, welche Herzog Boleslaus II. von Biegnitz dem Bischofe von Breslau über ein und dieselbe Sache bald hintereinander, den 18. November und den 2. December ertheilt<sup>2)</sup>, ohne daß in der Stelle, um welche es sich hier handelt, eine Abänderung getroffen ist. Da heißt es denn in der ersten, daß von den Aeckern, welche sonst den Garbenzehnt entrichtet, die aber der Herzog jetzt mit Deutschen besetzt habe, jede große Hufe 8 Scot, jede kleine 1 Bierdung als Zehnt geben solle; in der zweiten aber heißt es dafür 8 Scot und 6 Scot, so daß also 6 Scot statt des 1 Bierdung gesetzt sind, die Mark demnach 24 Scot enthält. Sonst finden wir den Scot noch sehr häufig, z. B. in Urkunden der Jahre 1203, 1234, 1248, 1271, 1272, 1280, 1299<sup>3)</sup>. — Wie die halbe Mark (*media* oder *dimidia marca*) z. B. in den Jahren 1252, 1257, 1259, 1276, 1284 und der halbe

<sup>1)</sup> Darin ist auch der Grund zu suchen, warum in Köhne's Zeitschr. für Münzk. v. J. 1841 p. 72 die zum ersten Mal dort aufgestellte Tabelle der bis zum J. 1300 gebräuchlichen schlesischen Münzen gar nicht den Scot enthält und dann gesagt ist: „der Scot, das Quart (der vierte Theil des Scots) und andere, welche in Urkunden u. s. w. späterer Zeit vorkommen.“ Allerdings könnte man das Relativ bloß auf „andere“ beziehen, doch kam das Quart wirklich erst im 14. Jahrhundert auf als  $\frac{1}{2}$  böhm. Groschen, und in der Anm. sagt der Verf. mit Berufung auf die citirte Stelle der Urkundensammlung: „Der Scot galt in Schlesien zwei Groschen.“ — Noch in der Gesch. Schlesiens p. 142 führt Stenzel den Scot unter den Münzen des 13. Jahrh. nicht auf, p. 256 aber als eine Münze des 14. Jahrh., erst p. 357 als schon im 13. Jahrh. gebräuchlich, wo aber das Quart fälschlich in's 13. Jahrh. gesetzt und zu den ungeprägten Münzen gerechnet wird.

<sup>2)</sup> Stenzel, Bieth. p. 32 u. 33, Urf. 26 u. 27.

<sup>3)</sup> Sommersb. I, p. 817 u. 819. Stenzel, Urkundensammlung p. 293; Gründungsbuch v. Heinrichau p. 155, 157; Bieth. p. 47, 53. v. Eubewig, Reliqu. Manuscr. Tom VI, p. 375.

Nierdung (*dimidius ferto*) vor und nach 1200 vorkommt<sup>1)</sup>, so wird auch der halbe Scot (*medius* oder *dimidius scotus*) in den Jahren 1261, 1291 und 1333 erwähnt<sup>2)</sup>.

Der Schillinge (*solidi*) wurden zu der Zeit der fränkischen Könige 24 auf das Pfund gerechnet, so daß auf jede der 12 Unzen des römischen Pfunds 2 Schillinge kamen; Pipin verordnete im Jahre 755, daß nur 22 Schillinge auf ein Pfund gehen sollten; seit Karl dem Großen machten nur 20 Schillinge ein Pfund aus<sup>3)</sup>. Es fragt sich nun, ob dieseß Letztere auch in Schlesien gegolten habe. Stenzel in der Urkunden-sammlung p. 89 sagt: „Schon vor dem Jahre 1267 wird hier die Mark mit 20 Schillingen berechnet“, ohne es zu belegen. Möglich, daß sich diese Angabe auf eine Urkunde stützt; wahrscheinlich aber ist hier 1261 zu lesen, da in diesem Jahre Breslau die Magdeburger Rechtsurkunde erhielt, welche uns in der That darüber Aufschluß giebt. In dem § 8 derselben nämlich heißt es, des Burggrafen Wette seien 3 Pfund, und in § 10, des Schultheißen Wette seien 8 Schillinge<sup>4)</sup>. Dafür geben Herzog Heinrich III. und Wladislaus in der Verleihungsurkunde 60 und 8 Schillinge als höchste und niedrigste Buße an, welche sie für ihre Länder um die Hälfte, nämlich auf 30 und 4 Schillinge ermäßigen<sup>5)</sup>. Indem nun 60 Schillinge für 3 Pfund gesetzt sind, so ist klar, daß auch hier das Pfund 20 Schillinge hat. Wenn es nun schon hieraus wahrscheinlich ist, daß bereits vor dem Jahre 1261 die Schillinge in Schlesien bekannt geworden sein müssen, da die Herzöge gewiß nicht die Rechnung nach ihnen beibehalten oder wenigstens eine Andeutung darüber gemacht hätten, so lesen wir noch in einer Urkunde, welche die von den Herzögen Heinrich I. und Boleslaus II. der Stadt Löwenberg in verschiedenen Jahren ertheilten Rechte enthält, daß Heinrich I. unter Anderm den

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundenfammlg. p. 328, 337, 390; Heinrichau p. 163; Bieth. p. 80. — Jahresübers. d. schlef. Gesellsch. v. 1841, histor. Sect. p. 35; Urkunden-sammlung p. 282, 299 u. 372 ff.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundenfammlg. p. 345, 411 u. 536. Vgl. auch p. 158—161, wo ein Verzeichniß von Dörfern mit Angabe des Zins und Zehnt steht, welches ebenfalls das Vorkommen aller bisher genannten Münzen in dieser Zeit bestätigt.

<sup>3)</sup> v. Praun, Gründl. Nachricht v. Münzwesen p. 34 u. p. 36—38.

<sup>4)</sup> Stenzel, Urkunden-sammlung p. 353.

<sup>5)</sup> Ibid. p. 364.

Löwenbergern 4 Schillinge als mindeste Buße, 30 Schillinge als größte Buße gegeben habe, was ganz mit dem Obigen übereinstimmt<sup>1)</sup>). Da nun Heinrich I. im Jahre 1238 starb, die obige Bewilligung aber die zuletzt angeführte ist, so muß die Sache kurz vor das Jahr 1238 gesetzt werden. Ja sogar gegen das Ende des 12. Jahrhunderts muß man schon nach Schillingen gerechnet haben, denn in der schon mehrmals erwähnten Urkunde vom Jahre 1270, die nur erneuert wurde und c. 100 Jahr alt sein mochte, werden bereits Strafen von 4, 5 und 8 Schillingen auferlegt<sup>2)</sup>). Aber ebenso war auch am Ende des 13. Jahrhunderts die Eintheilung des Pfundes in 20 Schillinge noch im Gebrauch, wie eine Urkunde vom Jahre 1291<sup>3)</sup> zeigt, in welcher bestimmt ausgesprochen wird, daß 5 Schillinge einen Bierdung ausmachen, wonach also 4 Bierdunge oder 1 Pfund 20 Schillinge geben. Zwar ist vorher gesagt, daß 30 Schillinge 5 Bierdunge geben, und Stenzel in der Urkundensammlung p. 91, Anm. 2 ist deshalb zweifelhaft, ob das Pfund vielleicht zu 24 Schillingen, der Bierdung zu 6 Schillingen berechnet sei<sup>4)</sup>); doch neigt er sich auch zu der Annahme, daß der Fehler in der Zahl der Bierdunge liege (vergl. auch Anmerk. 9 zu der Urkunde). In der That kann man wohl, da 5 Bierdunge, jeder zu 5 Schillinge, nicht 30, sondern nur 25 Schillinge geben, der Fehler also offen daliegt, nicht schwankend sein, ob man einen Rechnungsmodus annehmen soll, der in Schlesien durch kein anderes Beispiel unterstützt würde, oder es nicht vielmehr vorzuziehen sei, den Fehler nach der gewöhnlichen Berechnungsweise zu verbessern, um so mehr da die Angabe: „5 Bierdunge“ leicht daraus entsprungen sein kann, daß der Schreiber der Urkunde schon die 5 Schillinge in Gedanken hatte und dann in seiner Flüchtigkeit die Angabe nochmals wiederholte. Daß die höchste Buße, um welche es sich auch hier handelt, im Magdeburger Recht auf 3 Pfund festgesetzt war, die 30 Schillinge aber, auf welche sie in Schlesien ermäßigt wurde, ausdrücklich als die Hälfte bezeichnet werden, ist schon oben angeführt worden; 1½ Pfund aber geben nicht 5, son-

1) Stenzel, Urkundensammlung p. 278.

2) Ibid. p. 373, 378, 380.

3) Ibid. p. 412.

4) Die Worte sind in der oben citirten Anmerkung wunderbar verstellt; „und die Mark zu 24 Schillingen“ gehört in die vorige Zeile hinter: „also jeder zu 6 Schillingen“.



den 6 Vierdunge. Selbst im 14. Jahrhundert noch wird das Pfund in 20 Schillinge eingetheilt, wie man daraus ersieht, daß die Geldstrafen des Magdeburger Rechts auch in diesem Jahrhundert unverändert beibehalten sind <sup>1)</sup>. Doch kam jetzt auch der Gebrauch auf, den Schilling und den Vierdung gleichbedeutend zu nehmen, so daß 4 Solidi auf die Mark gerechnet wurden, wovon *Ab. Voigt I.*, p. 49, Anmerk. 105 einen urkundlichen Beleg aus einem Briefe des Breslauer Bischofs vom Jahre 1358, *Stenzel* in der *Urkundensammlung* p. 91, Anmerk. 1 zwei andere aus den Jahren 1347 und 1373 giebt. Weil dieß aber erst seit dem 14. Jahrhundert eintritt, so ist es unrichtig, wenn *Stenzel* auf derselben Seite im Text sagt, in Schlesien habe man noch fortwährend im 14. Jahrhundert nach solchen Schillingen gerechnet, unrichtig auch, wenn in der *Geschichte Schlesiens* p. 286 von ihm 30 Schillinge im 13. Jahrhundert als  $7\frac{1}{2}$  Mark statt  $1\frac{1}{2}$  Mark angegeben werden <sup>2)</sup>.

Der Pfennig (denarius) war schon zu den Zeiten der fränkischen Könige der 12. Theil eines Schillinges und ist es in der spätern Zeit auch in Deutschland geblieben, so daß 20 Schillinge oder 1 Pfund 240 Pfennige gaben <sup>3)</sup>. Daß dasselbe Verhältniß auch in Schlesien bestanden habe, wird nirgends bestimmt ausgesprochen, ist aber an sich wahrscheinlich, da ja das Pfund, wie wir gesehen haben, hier so, wie in Deutschland, auch 20 Schillinge hatte, und auch *Stenzel* in der *Urkundensammlung* p. 91, Anm. 2 scheint es anzunehmen. Allerdings wäre es auch denkbar, daß die Pfennige in Schlesien größer oder geringer an Werth gewesen seien, als in Deutschland; dann hätten immerhin weniger oder mehr Pfennige, als 12 auf den Schilling gehen, gleichwohl aber 20 Schillinge 1 Pfund ausmachen können. Allein es erscheint doch seltsam, daß die Herzöge *Heinrich III.* und *Wladislaus* in der Urkunde vom Jahre 1261 über die Verleihung des Magdeburger Rechts, während sie für die Ermäßigung der Bußen von 60 und 8 Schillingen auf 30 und 4 Schillinge ausdrücklich ihre Milde als Grund angeben, alle übrigen Strafgesetze aber, sie

<sup>1)</sup> Vgl. *Stenzel*, *Urkundensammlung* p. 450 Urk. 105 p. 534 Urk. 142 und *Einl.* p. 116; auch *Voigt III.* p. 45 und Anmerk. 102.

<sup>2)</sup> Der Autorität *Stenzel's* ist auch mein Freund Dr. *Eubw. Delbner* gefolgt in seiner Abhandlung über die schlesischen Juden im Mittelalter p. 14.

<sup>3)</sup> *Capitul. Caroli M.* v. S. 797 §. 11 in den *Monum. v. Pertz III.*, p. 76: In argento duodecim denarios (sic) solidum faciant; v. *Fraun a. a. O.* p. 34. 36. 38.

seien in Pfunden, Schillingen oder Pfennigen festgesetzt, stehen lassen, obgleich sie doch auch in Bezug auf die Abhaltung des Voigtding eine Aenderung treffen, nicht auch Etwas hinzugefügt haben sollten, wenn nicht das Verhältniß der Schillinge zum Pfunde und der Pfennige zum Schillinge dasselbe und sogar der Werth im Ganzen der nämliche gewesen wäre. Und zwar muß dies nicht nur während des 13. Jahrhunderts, sondern auch schon vor 1200 der Fall gewesen sein, weil wir die Abgabe des Hofgeldes oder Grundzinses, welche ihrer Natur nach am wenigsten sich verändern kann, in dem gleichen Betrage von 6 Pfennigen nicht nur in einer Urkunde vom Jahre 1235, sondern auch in einer andern um das Jahr 1170 abgefaßten antreffen <sup>1)</sup>. Meiner Ueberzeugung nach war die Einteilung des Pfundes in 240 Pfennige auch maßgebend für die in Schlesien viel häufiger vorkommende Mark, so daß nach meiner Ansicht auch die polnische Mark 240 Pfennige hatte, Pfund und Mark in ihrer Bedeutung als festgesetzte Zahl geprägter Münzen also bei uns gleichbedeutend waren. Dem steht auch nicht entgegen, daß in Deutschland die kölnische Mark, in Schlesien die an Gewicht geringere polnische Mark vorzugsweise üblich war, da die kölnische Mark in Deutschland bereits im 12. Jahrhundert an Gehalt eingebüßt zu haben scheint, was der polnischen Mark in Schlesien an Gewicht fehlte, bei der letztern aber erst im 13. Jahrhundert eine Verschlechterung eintrat. Bereits im Jahre 1255 wurden in Schwaben aus 1 Mark Silber 660 Pfennige ausgemünzt, welche also, das Pfund zu 240 Pfennigen gerechnet,  $2\frac{2}{3}$  Pfund ausmachten <sup>2)</sup>; und im Jahre 1276 verordnete der Erzbischof Conrad von Magdeburg, um der gar zu argen Gewichtsverminderung der dünnen Silbermünzen Einhalt zu thun, daß fortan 44 Schillinge (also 528 Pfennige) auf 1 Mark von 15 Loth gehen und 2 (eigentlich  $2\frac{1}{2}$ ) Pfund für 1 Mark gelten sollten <sup>3)</sup>. Ein solches Unwesen kann nicht plötzlich ein-

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 298 § 33 und p. 373 § 4.

<sup>2)</sup> Documenta monaster. Wuertemb. P. II. Steinheim p. 372 nach v. Praun a. a. D. p. 49. Ein Pfund hielt also höchstens 6 Loth.

<sup>3)</sup> v. Eudewig, Einleit. zu dem deutschen Münzwesen mittlerer Zeiten, mit Anmerk. von Moser. Ulm 1752 p. 379, wo die ganze Urkunde vom Jahre 1276 abgedruckt ist. In der Einl. heißt es über die frühere Münze: sicut in novitate sua decem et octo denarii ad lotonem cuduntur, sic, postquam veterascunt, totidem fere solidi pro lotone consimili cambiuntur; ferner später, daß denarii quoque praesentis monetae noviter institutae multum distent in pondere et excessum longe faciant in valore a denariis levibus jam abjectis, weshalb er auch die Strafbestimmungen, Zölle u. s. w. bedeutend

getreten sein, und es dürfte daher die obige Darstellung gerechtfertigt erscheinen. Die große Münzverschlechterung in Böhmen schon während des 12. Jahrhunderts beweist die Herabsetzung der Wissegrader Abgabe nach Rom um mehr, als die Hälfte. Im Jahre 1144 gestattete nämlich Papst Cölestin III., daß wegen des sehr geringen Gehalts der böhmischen Münzen anstatt der vom König Bratislav gelobten 12 Mark hinfort 5 Mark feinen Silbers entrichtet werden sollte, was auch im Jahre 1238 Papst Gregor IX. bestätigte<sup>1)</sup>. Ueberhaupt empfahl sich die Eintheilung der Mark in 240 Pfennige auch wegen der leichten Berechnung, da die Mark in 24 Scot zerfiel, so daß jeder Scot 10 Pfennigen gleich wurde. In Polen und Schlesien würde also die Benennung: „Denar“, welche die Römer ihrer Silbermünze gaben, weil derselbe ursprünglich = 10 Assen war, sehr passend sein, da der Denar hier der 10. Theil des Scot war. Auch Folgendes scheint mir noch dafür angeführt werden zu können: In einer Urkunde des Jahres 1204 nämlich, in welcher Herzog Heinrich I. von Schlesien dem Kloster Trebnitz eine große Anzahl von Dienstleuten und Dienern nebst deren Nachkommen übergiebt, heißt es, einige Hörige, welche auch genannt werden, hätten gelobt, statt 20 Pfennigen jeder 1 Scheffel Weizen und 1 Scheffel Hafer zu liefern. Hier ist die beste und die geringste Sorte Getreide angesetzt<sup>2)</sup>, aber eben darum ist die Nachricht geeignet, uns den mittleren Werth des Getreides, wie ihn im Allgemeinen der Scheffel Dreikorn hatte, anzugeben. Nun galt, wie wir in Abschnitt 4 p. 50 gesehen haben, ein Malter Dreikorn =  $\frac{1}{2}$  Mark<sup>3)</sup>; dann hat der 12. Theil oder der Scheffel, die Mark nach der

ermäßigt. z. B. die Wette des Burggrafen von 3 Pfund auf 1 Pfund, die des Schultheißen von 8 Schillingen auf 3 Schillinge, so daß die alte Münze etwa noch 3 Mal schlechter gewesen sein muß, als die neu eingeführte, von welcher 1 Pfund auch nicht mehr 7 Loth Silber enthielt.

<sup>1)</sup> W. Voigt II. p. 33.

<sup>2)</sup> Jahresübersicht der schles. Gesellsch. f. vaterl. Cultur v. 1841; histor. Sect. p. 27 und 37.

<sup>3)</sup> Stenzel führt in der Gesch. Schlef. p. 358 zwar an, daß besonders in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts 1 Malter einem Viertunge gleich gerechnet worden sei, indeß setzt er selbst hinzu, es scheine schon damals als Begünstigung angesehen worden zu sein, wenn 1 Viertung anstatt 1 Mallers angesetzt wurde. Auch wurde billige Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit genommen, ob Gegenden bereits urbar gemacht waren oder nicht, was bei der gut angebauten Umgegend des Klosters Trebnitz (vgl. Gesch. Schlef. p. 197) in den seltensten Fällen nöthig gewesen sein dürfte.



obigen Annahme zu 240 Pfennigen,  $\frac{1}{2}$  Mark also zu 120 Pfennigen, gerechnet, den Werth von 10 Pfennigen, und 2 Scheffel würden 20 Pfennigen gleich sein, wie oben angeführt ist. Allerdings steht in der Urkunde nicht: XX denarios, sondern XX nummos, beide Ausdrücke aber hält Stenzel in der Urkundensammlung p. 88 und in der Jahresübersicht der schlesischen Gesellschaft von 1841, historische Section p. 27 für Bezeichnungen verschiedener Münzen, und auch Ad. Voigt in seiner Beschreibung böhmischer Münzen, Bd. I. p. 165 und Bd. II. p. 17—19 ist schwankend. Wenn indeß schon der Leptere sie nur für wenig verschieden ansieht, in der zweiten Stelle sogar geneigt ist, sie für ein und dieselbe Münze zu halten, und auch Stenzel zuletzt seine Ansicht geändert zu haben scheint, da er in der Geschichte Schlesiens p. 358 sagt, daß der Denar wohl auch gleichbedeutend mit einem Nummus war; so hoffe ich in dem folgenden Abschnitt die Gleichheit beider Bezeichnungen ausführlicher beweisen zu können. Eben so wird eine andere Frage, die man aufwerfen kann, warum nämlich in der bezeichneten Urkunde nicht statt: XX nummos gesagt sei: duos scotos, wenn diese beiden Bezeichnungen gleichbedeutend seien, erst dort ihre vollständige Erlebigung finden, wenn auch allerdings schon jetzt darauf geantwortet werden kann, daß ja auch statt  $1\frac{1}{2}$  Pfund gesagt wird: 30 Schillinge, wie 6 Scot statt: 1 Vierdung. Wichtiger ist es, daß Stenzel in der Geschichte Schlesiens p. 358 sagt: „Wir finden, daß im Jahre 1268 auf einen Scot 14 Denare gehen sollten“, was scheinbar die ganze Darstellung widerlegt. Allein wenn man sich erinnert, was ich bereits oben p. 54 über die Münzverschlechterung in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts ausgeführt habe, so dürfte dies nur ein Beweis mehr dafür sein. Danach wurde nämlich auch in Schlesien die feine Mark nicht mehr zu 240 Denar, sondern zu 336 Denar ausgeprägt und gab daher schon fast  $1\frac{1}{2}$  Pfund oder Mark landüblicher Münze. Die festgesetzte Summe feinen Silbers sollte in geprägter Münze ausgezahlt werden; weil diese aber an Gehalt dem feinen Silber nicht mehr gleichstand, so wurde bestimmt, wieviel Denare auf jeden Scot gehen sollten, um das richtige Verhältniß herzustellen.

Der Obolus war, wie auch Stenzel in der Geschichte Schlesiens p. 358 vermuthet, die Hälfte eines Pfennigs, kam aber, wie es scheint, erst im 13. Jahrhundert auf und wird überhaupt selten gefunden. Was

wir von ihm wissen, ist etwa Folgendes: Abauct Voigt sagt in Band II., p. 37 allgemein, daß er im 13. Jahrhundert aufgekommen sei, Band II., p. 17 dagegen bestimmter: gegen das Ende des 13. Jahrhunderts. Daß das Letztere jedoch nicht richtig ist, sieht man aus seinem Werke selbst: Band III., p. 48, Anmerk. 105, wo er eine Stelle aus einer Urkunde Königs Wenzel I. vom Jahre 1240 anführt, wonach jeder Käufer von jedem Maße Getreide irgend welcher Gattung der Kirche und den Canonikern 1 Obolen Prager Münze zahlen sollte. In Band II., p. 33 giebt er ferner mit Beleg an, König Ottokar II. von Böhmen habe verordnet im Jahre 1262, daß ein Jeder zu Prag nach dem königlichen Maße kaufen und verkaufen, zugleich auch von einem jeden Maße der Domkirche zu St. Veit und dem dasigen Capitel 1 Obolus entrichten solle. Auf p. 79 endlich erwähnt er aus derselben Zeit einen kleinen böhmischen Obolus, welcher der 4. Theil eines größeren (also wohl eines Denar) sei. — Köhne in der Zeitschrift für Münzkunde v. 1841 p. 73 erklärt, Obolen aus der Zeit vor dem Jahre 1300 seien ihm noch nicht vorgekommen, obwohl sich Nachrichten fänden, nach denen anzunehmen sei, daß solche geprägt worden. Die vorhandenen Obole von Glogau, Liegnitz, Oppeln u. s. w. seien 100 Jahre später entstanden. Im Jahrgang 1842 aber p. 331 spricht er mit Bestimmtheit aus, daß der Obol einen halben Pfennig galt, und p. 341 Anmerk. führt er zwei in der Cappe'schen Sammlung befindliche Obole an, welche halb so groß und von ähnlichem Schlage sind, wie die auf Tafel XI. Nr. 7 und 8 dieses Jahrgangs abgebildeten und in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts gehörigen schlesischen Denare<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Bei dieser Gelegenheit will ich einige Worte hinzufügen über den Ausdruck: Chorus Hallensium, welcher sich in dem 1235 an Neumarkt erteilten Halle'schen Schöffengericht § 38 (Urkundensammlung p. 298) findet. Dort wird nämlich erwähnt, daß die Bäcker 3 Mal im Jahre dem Schultheißen 12, dem Voigt 8 und jedem Schöffsen 4 Weißbrote zu geben pflegen, zu denen die Bäcker gemeinschaftlich noch 4 choros Hallensium hinzufügen. Chorus bedeutet einen Wißpel (s. Du Cange unter Corus und Chorus), Hallenses aber sind die in Halle geprägten Denare, welche später sich so verschlechterten, daß 2 auf 1 Denar gehen, weshalb der Obolus jetzt auch bisweilen Häller oder Heller genannt wird. Unter den 4 Wißpeln Halle'scher Pfennige ist nun eine Summe verstanden, welche gleichkommt dem Werthe von 4 Wißpeln und in Halle'schen Pfennigen ausgezahlt wird, also den Malter zu  $\frac{1}{2}$  Mark gerechnet (s. p. 50), etwa 4 Mark. Eine ähnliche Verbindung, aber mit entgegengesetztem Sinne findet sich in einer Urk. v. 1333 (Urkundensammlung p. 536), wo gesagt ist: 1 Mark Pfeffer (marca piperis), d. h. soviel Pfeffer, daß er dem Werth einer Mark gleichkommt.

## 7. Ueber die idealen und wirklichen Münzen.

Da die Behauptung, daß das Pfund und die Mark, die halbe Mark und der Vierdung oder die Viertelmark, sowie das Loth nur ideale oder Rechnungsmünzen sind, keines Beweises bedarf, so bleiben nur der Scot ( $\frac{1}{24}$  der Mark) und der Schilling ( $\frac{1}{20}$  des Pfundes), sowie der Denar ( $\frac{1}{240}$  Pfund oder Mark) und der Obol ( $\frac{1}{480}$  Pfund oder Mark) für die Erwägung übrig. So fest nun das Urtheil über die beiden letzten steht, die Niemand für ideale Münzen halten wird, so unsicher ist das Urtheil über die beiden erstern. Ich behaupte nun, daß sowohl Scot, als Schillinge ideale Münzen sind und daß es mehrere Jahrhunderte nur eine einzige geprägte Münze in Polen und Schlesien gegeben hat, nämlich die Pfennige oder Denare, zu denen erst um die Mitte des 13. Jahrhunderts die Obole hinzutraten, welche jedoch nicht häufig und nicht überall geprägt wurden. Auch in Köhne's Zeitschrift für Münzkunde 1841 p. 72 werden die Pfennige allein für wirkliche Münzen dieser Zeit erklärt, alle andern für Rechnungsmünzen <sup>1)</sup>.

Daß der Scot eine ideale Münze war, geht daraus hervor, daß wir in einer Urkunde vom Jahre 1261 lesen: „einen halben Scot Sielbers“, ganz ebenso, wie vorher „eine halbe Margt Sielbers“ und nachher „ein Drth (Vierdung) Sielbers“, wodurch also der Scot als ein bestimmtes Gewicht ( $\frac{1}{24}$  Mark) bezeichnet wird <sup>2)</sup>; ferner daraus, daß im Anfang des 13. Jahrhunderts nach Einführung der böhmischen Groschen IX Scot regalium s. grossorum Pragensium <sup>3)</sup> erwähnt werden, wie sonst häufig: marca und ferto regalium s. grossorum Pragensium.

Die Schillinge bezeichnet Stenzel in der Urkundensammlung p. 88 als geprägte Münzen im Gegensatz zu den Rechnungsmünzen, und auf S. 91 Anmerk. 2 erklärt er ausdrücklich: „Daß die Solidi überhaupt und in unsern Ländern als  $\frac{1}{20}$  der Mark auch wirklich geprägte, nicht nur ein-

<sup>1)</sup> In Bezug auf das Quart ( $\frac{1}{4}$  Scot), welches erst im 14. Jahrhundert vorkommt, befindet sich der Verf. jedoch im Irrthum; vergl. Stenzel, Gründungsbuch von Heinrichau p. 112.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 345. Die Urkunde ist eine Uebersetzung in einem Privilegienbuch vom Jahre 1650.

<sup>3)</sup> Stenzel, Gründungsbuch von Heinrichau p. 113.



gebilbete oder Rechnungsmünzen waren, — wie (nach Köhler's Münzbelustigungen XVII., S. 146) Hüllmann in seinem Städtewesen I., S. 425 mit Verwechslung verschiedener Zeiten zu allgemein behauptet — konnte schon aus Ubauc't Voigt's sehr gründlichem Werke III., S. 46, aus le Blanc *Traité des monnaies de France* und aus Joachim's Groschen-cabinet, Fach 2 ersehen werden.“ Allein bei Voigt III., 46 ist nur von *Solidis grossorum* und *Solidis Halensium* (sc. *Denariorum*) die Rede, was gerade ein Beweis ist, daß sie Rechnungsmünzen waren, und II., p. 27 und 28, Anmerk. 49 unterscheidet Voigt ausdrücklich die goldenen und die silbernen *Solidi*; die goldenen *Solidi* seien wirkliche Münzen gewesen, die silbernen wahrscheinlich nur eine erdichtete oder Rechnungsmünze, wenigstens habe man noch keine geprägten zum Vorschein gebracht, und er verweist ebenfalls auf Köhler's Münzbelustigungen, XVII., S. 146, dem auch Hüllmann gefolgt, welcher also mit Unrecht getadelt wird. Le Blanc aber p. 107 ff., welcher die silbernen *Solidi* geradezu *Deniers* nennt, und Joachim a. a. O. verstehen unter *Solidi* nicht Münzen, die den zwanzigsten Theil der Mark betragen, also nicht unsere Schillinge, sondern alle starken, zweiseitig geprägten Münzen. *Solidus* (sc. *nummus*) heißt eigentlich jede starke Münze im Gegensatz zu den ganz dünnen Münzen<sup>1)</sup>, wie noch heute in den Münzschriften, z. B. in Beckers „Zweihundert seltene Münzen des Mittelalters (Dresden 1813), *Solidi* und *Bracteaten* unterschieden werden. Daher werden auch die böhmischen Groschen in den Urkunden bisweilen *solidi Pragenses* genannt<sup>2)</sup>, ein Groschen Hallscher Pfennige, im Jahre 1353 *unus grossus seu solidus Hallensis*<sup>3)</sup>, und auf diesem ursprünglich sehr allgemeinen Begriff beruht es auch, daß, wie wir oben gesehen haben, sogar *solidus* statt Vierdung gesetzt werden konnte<sup>4)</sup>. Wenn ferner in der schon mehrmals erwähnten Stelle bei Kadlubko<sup>5)</sup> geradezu *Solidi* angeführt werden, so sind damit auch nicht unsere Schillinge als  $\frac{1}{20}$  der Mark gemeint, sondern ebenfalls *Denare*.

<sup>1)</sup> Ubauc't Voigt I., p. 42, Anmerk. 16; Mader, Versuch über die *Bracteaten* p. 19–24.

<sup>2)</sup> Ubauc't Voigt III., p. 23. Anmerk. 36.

<sup>3)</sup> *Ibid.* p. 50. Anmerk. 107.

<sup>4)</sup> Vergl. dazu Ubauc't Voigt III., p. 49. Anmerk. 105.

<sup>5)</sup> *Hist. Pol. Lib. IV, c. 2; ed. Vars. 1824 p. 8–10.*

Kadlubko erzählt nämlich, Herzog Miecislav habe, nachdem er im Jahre 1174 zur Regierung gelangt, seinen Unterthanen oft wegen geringer Verbrechen schwere Geldbußen aufgelegt, und diese seien nicht in der so eben noch gangbaren, jetzt aber willkürlich außer Gebrauch gesetzten Münze, welche die Beamten Spreu nennen (*paleam aeris abjectissimi et currentis monetae et exauctoritatae*), sondern in der neu geprägten und darum in höherem Werthe stehenden Münze eingetrieben worden, welche die Beamten im Gegensatz zu der ohnehin dünnen, jetzt aber durch den Gebrauch schon abgenutzten und daher zerbrechlichen Münze als dicke, feste (*solidos*) bezeichnen, indem sie dieser neuesten Münze zugleich eine größere Feinheit und ein kunstvolles Gepräge zuschreiben (*ex argenti vena puriore nuperrimi numismatis arte fabrefacti*), was auch vielleicht nicht ganz ungegründet sein mochte. Indem aber die Beamten selbst hinzufügen, die neue Münze sei die alleinige und einzige Münze der gegenwärtigen Zeit (*unum et unicum instantis temporis numisma*), machen sie es unzweifelhaft, daß darunter Denare zu verstehen seien, da die kleinen Münzen sonst gänzlich gescheit hätten, diese aber für den Verkehr unentbehrlich sind. Gerade in dieser letzten Beziehung kann die Stelle sogar als Beweis für die oben aufgestellte Behauptung gelten. In der That giebt uns einen Beleg dafür, daß der Schilling eine Rechnungsmünze ist, eine Baugener Urkunde vom Jahre 1281, in welcher 27 Schillinge und 6 Pfennige Baugener Pfennige oder ein gleiches Gewicht Silber (*viginti septem solidi et sex denarii Budisnensium denariorum vel argenteum equivalens*) und später 22 Schillinge und 6 Pfennige Baugener Münze oder ein gleiches Gewicht Silber (*viginti duo solidi et sex denarii Budesinensis monete vel argent. equiv.*) gezahlt werden sollen<sup>1)</sup>. Hier werden Schillinge und Pfennige in gleicher Münze, in Pfennigen entrichtet und die Denare ausdrücklich als die Baugener Münze bezeichnet.

Die Frage über die Scot und Schillinge wird aber zugleich mit erledigt, wenn nachgewiesen wird, daß die Denare bis zum Aufkommen der Dhole die einzige Münze waren. In Köhne's Zeitschrift für Münzkunde 1841, p. 72 wird ohne Beweis gesagt: „Die Pfennige waren allein wirkliche Münzen, während die übrigen nur als Rechnungsmünzen gal-

<sup>1)</sup> Neues Kaufß. Magazin, Bb. 29, Heft 4: Cod. diplom. Lusat. sup. I., p. 311.

ten“ und 1842, p. 331: „Man schlug in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters gewöhnlich nur 1, höchstens 2 Sorten Münzen: Pfennige und Heller (Obole).“ Dafür spricht aber nach meiner Ansicht erstens der Umstand, daß die Rechnungsmünzen sehr häufig den Zusatz: *denariorum*, oder was dasselbe ist, *Hallensium*, nie den Namen einer andern Münze bei sich haben. Wie wir oben schon *libras denariorum* *Budisnensium* und *marcas denariorum* (p. 53), *choros Hallensium* (p. 69), *Solidi Budisnensium denariorum* (p. 72) anführten, so finden sich auch in einem Verzeichniß der Einkünfte König Ottokars II. aus dem Herzogthum Steiermark vom Jahre 1267 als Pachtgeld für ein Gericht 50 *talenta denariorum Viennensium* erwähnt <sup>1)</sup>. Warum lesen wir nicht auch einmal: *marca scotorum* oder *talentum solidorum* und dergl.? In dem Halle'schen Schöffengericht für Neumarkt v. Jahre 1235 heißt es ferner ausdrücklich: „Buze, Werunge, Wettunge, ista persolvuntur cum Hallensibus denariis“ <sup>2)</sup>. Das gemünzte Silber hieß: *argentum denarium*, so in einer Urkunde vom Jahre 1279 und in einer andern vom Jahre 1284, und es konnte so genannt werden, weil eben die Denare die einzige Münze waren <sup>3)</sup>. Ebenso heißt eine Geldstrafe: *poena denarialis* <sup>4)</sup>, erst später, z. B. in einer Urkunde vom Jahre 1392 *pena pecuniaria* <sup>5)</sup>, und der dritte Theil der Strafgefälle, welchen in den Dörfern der Schulz, in den Städten der Vogt erhielt, wird mit dem Ausdruck *tertius denarius* bezeichnet <sup>6)</sup>. Auch das Wort *Nummus* bedeutet nichts Anderes, als Denar. Ursprünglich ist *denarius* ein Adjectiv, welches den allgemeinen Begriff: *nummus* (Münze) näher bestimmt, wie bei Liv. VIII, 11 am Ende: *denarios nummos quadringenos quinquagenos* und bei Varro de *Lingua Latini* V, 36, 174 <sup>7)</sup> noch beide zusammenstehen. Später hat man der Kürze wegen bloß das Beiwort beibehalten und es, wie *solidus*, als Hauptwort gesetzt, und in dieser Weise ist es im Mittelalter meist im Gebrauch. Wie jedoch schon bei den Römern die am meisten gangbare Silbermünze,

<sup>1)</sup> Wb. Voigt II, p. 37. Anmerk. 87.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 298. §. 35.

<sup>3)</sup> Ibid. p. 394 und Einl. p. 89.

<sup>4)</sup> Ibid. p. 207. Anmerk. 3.

<sup>5)</sup> Ibid. p. 614.

<sup>6)</sup> Ibid. p. 151 und 183.

<sup>7)</sup> Ed. Car. Odofr. Mueller (Lips. 1833) p. 68. Undere rechnen Liber V als Liber IV.



der Sestertius, vorzugsweise Nummus genannt wurde<sup>1)</sup>, so in unsern Gegenden mit noch mehr Recht der Denarius als die allein gebräuchliche Münze. Auch in Frankreich war im Mittelalter der Nummus und Denarius gleich<sup>2)</sup>, und in Böhmen scheint dasselbe der Fall zu sein, zu welcher Ansicht auch Voigt, wie ich schon p. 68 gesagt, sich hinneigt<sup>3)</sup>. In Bezug auf Schlesien dürfte dies bestätigen eine Urkunde vom Jahre 1204, wonach eine gewisse Klasse von Hörigen (Wlpicarii, [?] Fuchsjäger), je nachdem sie a) vier Ochsen oder auch zwei Ochsen und ein Pferd, oder b) zwei Ochsen oder ein Pferd besaßen, oder c) mit fremden Ochsen eigenes oder fremdes Land pflügten, a) 60 Nummos, oder b) die Hälfte davon, also 30 Nummos, oder c) 15 Denarios zahlten. Hier fällt der Besitz und bei der Annahme, daß Nummus und Denarius dieselbe Münze bedeuten, auch die Abgabe immer um die Hälfte, während andernteils nicht recht abzusehen wäre, weshalb man zwei im Ganzen wenig verschiedene Münzen geschlagen haben sollte. Von der Unwahrscheinlichkeit dieser Annahme scheint auch Stenzel, wie ich schon oben anführte, sich zuletzt überzeugt zu haben.

Die Dhole sind, wenn auch erst in späterer Zeit, jedenfalls darum entstanden, weil die Denare doch immer noch eine ziemlich große Münze waren, kleinere Münzen aber für den Verkehr allmählich Bedürfnis wurden. Man denke nur daran, daß, während jetzt bei uns 360 Pfennige auf 1 Thaler, 420 Silbergroschen auf eine böhmische Mark gehen, damals nur 240 Denare eine polnische Mark ausmachten. Daher ließ man wenigstens noch halbe Denare oder Dhole schlagen, deren 480 eine polnische Mark bildeten.

## 8. Ueber die Form der Münzen.

Nachdem ich im vorigen Abschnitt dargethan habe, daß die Denare bis um die Mitte des 13. Jahrhunderts bei uns die einzige wirklich geprägte Münze waren und erst seit dieser Zeit die Dhole hinzutraten,

<sup>1)</sup> Kraft und Müller, Real-Vericon s. v. Nummus und Sestertius, II., p. 338 und 821.

<sup>2)</sup> Le Blanc, *Traité des monnaies de France* p. 148.

<sup>3)</sup> Vgl. die urkundl. Nachrichten bei Voigt I., p. 165 (dazu II., p. 18. Anmerk. 30) und II., p. 31 und 32.

haben wir es also hier bloß mit diesen beiden Münzen zu thun. Meistens nun waren dieselben **Bracteaten**, d. h. **Blech- oder Hohl Münzen**<sup>1)</sup>. Diese Namen sind erst neueren Ursprungs, hergenommen von ihrer Beschaffenheit. Sie wurden nämlich aus sehr dünnem Silberblech (bractea), welches der Goldschläger (bracteator) dafür zubereitete, geschlagen, nachdem das Metallblättchen gewöhnlich rund ausgeschnitten und abgewogen worden war, und waren größtentheils nur einseitig geprägt, so daß dieselben Figuren, welche auf der Vorderseite erhaben sind, auf der Rückseite vertieft oder hohl erscheinen. In das auf einem Kissen von Leder oder Filz liegende Blech wurde der vertiefte<sup>2)</sup> Figuren zeigende Stempel, welcher wohl nicht, wie man lange geglaubt hat, nur hölzern war<sup>3)</sup>, mit Gewalt hineingetrieben, wodurch der Rand etwas umgebogen und die Münze leicht schüsselförmig wurde. Vom 11. bis ins 14. Jahrhundert waren sie sehr im Gebrauch, und zwar vorzüglich im mittlern und nördlichen Deutschland, besonders in den sächsischen Kreisen und Hessen, sowie in Polen und Schlessien; seltener finden sie sich im südlichen Deutschland, in Dänemark und Schweden, gar nicht in Italien, Spanien und Frankreich<sup>4)</sup>. Ihren Ursprung haben sie wahrscheinlich in Thüringen am Harze genommen. Je nach den Ländern war auch ihre Größe verschieden, die allerdings zugleich theils durch den Werth, welchen die Münze haben sollte, theils durch die Dicke des Silberblechs bedingt wurde. Die meisten haben die Größe von Vier- oder Achtgroschenstücken, doch viele ältere auch die von Thaler, einzelne in Deutschland geschlagene übersteigen sogar die Größe von Zweithalerstücken; anderntheils giebt es kleinere, sogar solche, die kleiner sind, als unsere Pfennige. Wegen ihrer Zerbrechlichkeit wurden sie in steifen ledernen Taschen, in Schachteln oder

<sup>1)</sup> Vgl. im Allgemeinen über die Bracteaten: v. Ludewig, Einleitung zu dem deutschen Münzwesen mittlerer Zeiten, mit Anmerkungen von Moser. Altn 1752, von Cap. 4 ab; Ad. Voigt, Beschreibg. böhm. Münzen I. 1771. p. 32 - 33 und 397 bis 400; Möhsen, Gesch. d. Wissensch. in d. Mark Brandenburg 1781, p. 232 - 233; Zischer, Gesch. des deutschen Handels, I. 1785, p. 277 - 284; Mader, Versuch über die Bracteaten, I. 1798, p. 14 - 56; Schmied er, Handwörterb. der gesamm. Münzf. 1811, p. 65 - 68; Leihmann, Abriss einer Gesch. d. gesamm. Münzf. 1828, p. 43.

<sup>2)</sup> Moser in Ludewigs Einl., p. 38, meint: wenn die hohle Seite das Bild deutlicher gebe, so sei der Stempel erhaben gewesen.

<sup>3)</sup> Vgl. Moser in Ludewigs Einl., p. 52, und Mader, Versuch I. p. 44.

<sup>4)</sup> Mader, Versuch I. p. 53 - 55; Schmied er, a. a. D.

auch in großen Hörnern getragen<sup>1)</sup>), und bei größeren Zahlungen wurden sie entweder gewogen<sup>2)</sup>), oder — wenn man aus der Art, wie sie zusammengepackt ausgegraben worden sind, schließen darf — in bestimmter Menge schichtenweise übereinander gelegt, an vier Enden oben und unten einwärts gebogen und so die einzelnen Stößchen übergeben<sup>3)</sup>). Das Gepräge ist allerdings bei vielen der aufgefundenen Bracteaten roh und unförmlich oder durch die Zeit ganz unkenntlich geworden, und bei den auf beiden Seiten geprägten hat der auf den Rücken der Münze geschlagene Stempel das durch den ersten Stempel hervorgebrachte Bild auf der Vorderseite verunstaltet oder undeutlich gemacht; oft aber auch zeigt die Feinheit der Buchstaben, Figuren und Verzierungen eine sehr bedeutende Kunstfertigkeit im Stempelschnitt. Was unsere Gegenden anlangt, so sind die schlesischen Münzen viel schlechter geprägt, als die gleichzeitigen polnischen, z. B. die unter Miesko III. (1183 — 1202) gehörigen<sup>4)</sup>).

Was die Veranlassung gewesen sei, daß man eine so zerbrechliche Münze geschlagen habe, darüber gehen die Ansichten sehr auseinander. Manche, wie Olearius, Sperling und Schmieder, waren der Meinung, man habe die damals gar zu arge Münzverfälschung verhindern wollen, und zwar die beiden Erstern darum, weil Betrüger Stückchen Kupfer mit Silberblättchen nach Art der römischen Nummi subaerati überzogen hätten, der Letztere deshalb, weil man Kupfer und verfeßtes Silber damals nicht hätte auf diese Art prägen können. Andere, wie v. Ludewig und Leißmann, nehmen die Ungeschicklichkeit und den Mangel an Stempelschneidern als Grund an, indem man habe froh sein müssen, wenn ein einziger Stempel zu Stande gebracht wurde. v. Ludewig stellte auch die von Heusinger und Andern angenommene Hypothese auf, die deutschen Fürsten und Städte, denen um das 12. Jahrhundert so häufig das Münzrecht ertheilt worden sei, hätten keinen besonderen Aufwand für die Münze machen wollen und deshalb diese wohlfeilere Prägart angewendet. Moser glaubt, die Münzherrn hätten wegen der häufigen Umprägung es der Kosten und Mühe nicht werth erachtet, stärkere und zweiseitige Mün-

<sup>1)</sup> Fischer, I. p. 283; Schmieder p. 67, Leißmann, p. 43.

<sup>2)</sup> Mader, Versuch I. p. 52.

<sup>3)</sup> v. Ludewig, Einl. p. 330; Fischer, Schmieder, Leißmann, a. a. O.

<sup>4)</sup> Mémoires de la société impér. d'archéol. par Koehne. Petersb. 1852. Vol. VI, p. 435.



zen prägen zu lassen, obschon er anfangs in dem Mangel an Silber die Ursache gesucht hatte, während gerade im Gegentheil Andere, wie Tenzel, Fischer und Schmieder sich auf die Entdeckung der Harz-Silbergruben unter Kaiser Otto I. berufen, um die Menge der Silbermünzen und den ursprünglichen Feingehalt der Bracteaten zu erklären, der wieder für Möhsen ein Beweis ist, daß man die Münze für den Handel im Auslande habe bequemer machen wollen. Es kann nicht meine Absicht sein, diese Ansichten im Einzelnen zu widerlegen; was sich dagegen sagen läßt, findet man in v. Ludewigs Einleitung zum deutschen Münzwesen und Mosers Anmerkungen dazu, p. 44—78, ferner bei Abauct Boigt I., p. 398 und 399, und in Maders Versuch über die Bracteaten, p. 42—44. Der Letztere, einer der bedeutendsten Kenner der Bracteaten aus der neueren Zeit, betrachtet diese Münzgattung vielmehr als einen Beweis von dem aufwachenden, deutschen Geiste, dem Streben der Künstler, der Prachtliebe der Fürsten, als eine Epoche in der Kunstgeschichte Deutschlands. Er setze, sagt er, eine gewisse Kühnheit des Geistes voraus, so große, zusammengesetzte, reiche Vorstellungen zu entwerfen, und einige Fortschritte in der Kunst, sie auch nur leidlich auszuführen. Freilich sei noch Alles sehr unrichtig gezeichnet, steif, ohne Geschmack; aber selbst bei mißlungenen Versuchen sehe man doch den Gedanken und das Bemühen, etwas Neues, Größeres, Prächtigeres, Zierlicheres zu liefern, als man an den bisherigen Dickmünzen gehabt hatte. Er verweist darauf, daß der deutsche Geist im 12 Jahrhundert, besonders unter den schwäbischen Kaisern einen höheren Schwung nahm, und meint, die allmählich größer und prächtiger gewordenen Siegel könnten wohl die Idee erzeugt haben, den Landesfürsten auch auf den Münzen in ansehnlicherer Gestalt und mit mehr Attributen seiner Würde darzustellen. Er hält daher die Bracteaten von besonderer Größe, sowie die durch Sinnbilder, mehrere Figuren, ungewöhnliche Aufschriften ausgezeichneten zwar nicht für Gedächtnismünzen im strengsten Sinne, aber für Schaustücke und Prachtmünzen, welche jedoch von demselben inneren Gehalte gewesen seien, wie die Currentmünzen, also auch deren Dienst zugleich versehen hätten<sup>1)</sup>.

Es ist schwer, sich für eine bestimmte Meinung zu entscheiden; es

<sup>1)</sup> Mader, Versuch I. p. 45—53.

gehört dazu eine große Kenntniß der Bracteaten. Möglich, daß mehrere Ursachen zusammenwirkten; möglich auch, daß die Bracteaten auf ganz natürlichem Wege dadurch entstanden, daß die Denare allmählich immer dünner geschlagen wurden, worauf z. B. hindeutet, was wir in dem Diplom des Erzbischofs Conrad von Magdeburg aus dem Jahre 1276 lesen, indem dieser im Eingange sagt: „Die durch Weiße und Reinheit des Silbers empfehlenswerthe Hallesche Münze leide an der Leichtigkeit, weil die Denare, obschon auf der Wage abgewogen, heut und morgen nicht das gleiche Gewicht behielten, vielmehr von Tag zu Tag leichter ausgeprägt zu werden pflegten, so daß sie bei dem geringsten Windstoß überallhin wegflögen<sup>1)</sup>. Vielleicht trägt das Mitgetheilte dazu bei, daß auch den polnischen und schlesischen Bracteaten, sowie unsern Münzen überhaupt wieder eine größere Aufmerksamkeit zu Theil werde und dadurch auch der Geschichte ein Gewinn erwachse.

Die eben ausgesprochene Meinung scheint mir um so wahrscheinlicher, als auch Mader zugesteht, daß es zweiseitige, sogar mit zwei Stempeln zugleich geprägte Blechmünzen gegeben habe, ehe die eigentlichen Bracteaten von dünnerem Blech mit einfachem Stempel und schüsselförmiger Gestalt aufkamen. Mader will jene stärkeren Blechmünzen, welche sich den harten Münzen nähern, *Halbschillinge* nennen<sup>2)</sup>; vielleicht gehören hierher auch die schon erwähnten *Solidi* bei Kadlubko, welche die Beamten als kunstvoll gearbeitete (*arte fabrefacti*) bezeichnen.

Mit der Einführung der dicken oder breiten Prager Groschen, welche sich bald als sehr geeignet für den Verkehr zeigten, hörten die Bracteaten, welche sich ohnedies schon verschlechtert hatten, allmählich auf; man brauchte mehr und größere Münze, daher wurden sie immer kleiner, immer reichlicher mit Kupfer versetzt und endlich die unbedeutendste Scheidemünze.

---

<sup>1)</sup> v. Eudewig, Einl. p. 379: *Moneta Hallensis ab argenti albedine seu puritate commendabilis claudicat pro levitate numismatis . . . quod (denarii) librati in statera, stateram cras et hodie non teneant uniformem, immo de die in diem cudi soleant leviores, pro parvissima vi flaminis usque quaque volatiles,*

<sup>2)</sup> Mader, Versuch I, p. 21.

## 9. Ueber den Werth der polnischen Mark.

Schon in der Einleitung habe ich bemerkt, daß über die polnische Mark vor dem Jahre 1300 Stenzel in der „Urkundensammlung“ gar nicht spreche, und noch 13 Jahre später erklärt er in seinem „Bisthum“ p. XXVI, daß wir von dem wirklichen Werthe der alten Mark nicht genau unterrichtet seien. Erst in der Breslauer Zeitung, 1853. No. 88, Beilage 1. p. 1092 sprach er bei Gelegenheit einer scharfen Recension gegen den Herausgeber der Gründungsurkunde von Posen aus dem Jahre 1253 mit Bestimmtheit aus: „die polnische Mark hatte nur  $\frac{2}{3}$  der böhmischen Mark und war, völlig fein, nur 11 Rthlr. 6 Sgr. werth“ und ebenso lesen wir in der Denkschrift der schles. Gesellsch. f. vaterl. Cultur p. 55 u. 57, daß im 13. Jahrhundert <sup>1)</sup> eine polnische Mark in Schlesien  $11\frac{1}{2}$  Rthlr. feinen Silber enthielt. Daß die Sache aber nicht so sicher ist, wird aus seiner „Geschichte Schlesiens“ p. 357 klar, wo er sagt: „Von der Mark polnischen Gewicht, nach welcher im 13. Jahrhundert in Schlesien gerechnet wurde, können wir mit ziemlicher Sicherheit vermuthen, daß dieselbe schon damals nur vier Fünftheile der sonst gewöhnlichen Mark betrug“, und p. 358 berechnet er sie gleichfalls zu 11 Rthlr. 6 Sgr. Wie mir scheint, beruht diese „Annahme“ auf einem Rückschlusse. Weil nämlich nach Einführung der böhmischen Groschen, deren anfangs 60 auf eine gewöhnliche Mark gingen, die polnische Mark nur zu 48 solcher Groschen berechnet wurde, hiernach also die polnische Mark sich zur gewöhnlichen, wie 4 zu 5 verhielt, so scheint er sich berechtigt gehalten zu haben, dasselbe Verhältniß auch für die frühere Zeit anzunehmen. In der That finden wir auch diese Schlußfolgerung bei Wobberg, Geschichte der preussischen Münzen und Siegel 1842 p. 62, und es ist nicht zu leugnen, daß sie im ersten Augenblick Etwas für sich hat; ich hoffe aber zeigen zu können, daß sie dennoch unrichtig ist<sup>2)</sup>. Ich behaupte vielmehr: die polnische Mark verhielt sich zur Böhmischen, wie 2 zu 3, oder genauer, wie 27 zu 40.

Bereits im 4. Abschnitt p. 49 und im 5. Abschnitt p. 58 war davon die Rede, daß im Jahre 1263 Bischof Thomas I. auf Verlangen des

<sup>1)</sup> Durch einen Druckfehler steht: „im 15. Jahrhundert“.

<sup>2)</sup> Eine Anmerkung in Pubitzka's chronolog. Geschichte von Böhmen IV., 2. (Prag 1781) p. 247, worauf in den Monum. von Pertz XI., p. 173 verwiesen wird, enthält fast nur Irrthümer.



Papstieß den Canonicus und päpstlichen Capellan Bartholomaeus Caran-  
cionis als Canonicus der Breslauer Kirche aufgenommen und ihm unter  
dem Namen einer Präbende  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes polnischen Gewichts  
von den Einkünften der bischöflichen Tafel jährlich zugetheilt habe;  
daß ihm später dafür die Zehnten in Peterstalde bis zur Höhe des  
obigen Betrages überwiesen worden seien; daß aber dessen Procurator  
ihm 7 Jahre lang diese Einkünfte vorenthalten habe, welche endlich im  
Jahre 1271 ernstlich in Anspruch genommen wurden. Der damalige  
Bischof Thomas II. erklärt nun den 5. September d. J., daß für die vier  
ersten Jahre der Canonicus Leonardus der Ältere sich als Schuldner der  
15 Mark Silbers jährlich bekannt habe, für drei Jahre aber der  
Bischof verpflichtet bleibe, und am 7. September theilt er dem päpstlichen  
Canonicus Bartholomaeus mit, daß er den Bevollmächtigten, soweit die  
Forderungen ihn beträfen, in folgender Weise Genüge geleistet habe:  
„Für das erste Jahr seines Bisthums habe er ihnen  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes  
Breslauer Gewichts am 5. Septbr. in seinem bischöflichen Wohn-  
gebäude eingehändigt; für das seiner Weihe vorangegangene werde bei  
Empfang dieses Briefes <sup>1)</sup> bereits Milegius, Archidiaconus von Glogau,  
ihnen ebendasselbst in seiner Gegenwart 10 Mark 3 Scot Silbers  
zugewogen haben; die Einkünfte des dritten Jahres aber, welches diesen  
beiden voranginge, habe der verstorbene Erzbischof Wladislaus als Ver-  
walter der Breslauer Kirche mit andern bischöflichen Einkünften zu seinem  
Nutzen verwendet, in seinem Testament jedoch die vollständige Zahlung  
anbefohlen.“ Zugleich bat der Bischof in Bezug auf die übrigen vier  
Jahre, daß er den Canonicus Leonardus von der Zahlung der Einkünfte  
für das vierte Jahr, welche er entrichtet zu haben behaupte, völlig frei-  
spreche, mit der Zahlung der Einkünfte für die drei übrigen Jahre aber  
in Rücksicht auf sein vorgerücktes Alter und seine frühere treue Verwal-  
tung Nachsicht habe, für die Zukunft endlich feste Anordnungen treffe.

Im Vorhergehenden sind also erstens  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes polnischen oder  
Breslauer Gewichts gleichgesetzt 15 Mark Silbers, natürlich desselben  
Gewichts; zweitens für das erste Jahr wirklich  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes

<sup>1)</sup> Auf diese Weise erkläre ich das *Fut. exact.: ponderaverit*, wenn die Silbe  
er vor der Endung nicht etwa irrthümlich hineingelesen worden ist, indem der Heraus-  
geber der Urkunde eine Abkürzung zu sehen glaubte, so daß vielleicht: *ponderavit*  
zu lesen ist.

obigen Gewichts gezahlt worden, für das vorhergehende Jahr aber nur 10 Mark 3 Scot, ohne daß auch nur die mindeste Andeutung gegeben wäre, daß der Bischof für das zweite Jahr weniger zahlen wolle. Es liegt auf der Hand, daß diese 10 Mark 3 Scot Silber an Werth gleich sein müssen den 15 Mark Silber polnischen Gewichts. Dies kann aber nur dann der Fall sein, wenn jene 10 Mark 3 Scot nicht nach polnischem, sondern Bölnischem Gewicht abgewogen wurden, -welches, wie ich oben p. 60 gezeigt habe, das Gewicht der römischen Curie war. Allerdings könnte man, da dieser Zusatz hier nicht ausdrücklich dabei steht, an der Richtigkeit dieser Darstellung zweifeln; allein wenn schon diese Bedenken dadurch gehoben werden, daß der Bischof ja an den päpstlichen Legaten selbst schreibt und also nur dann nöthig hat, das Gewicht hinzuzusetzen, wenn nicht Bölnisches, sondern polnisches Gewicht gemeint ist, in welchem Falle es in der That auch immer geschieht: so dürfte doch auch die ebendaselbst erwähnte Urkunde vom Jahre 1284 beweisend sein, in welcher der Bischof Thomas II. seine Bevollmächtigten in Rom beauftragt, für den Fall des glücklichen Fortgangs seiner Angelegenheiten dem Bischof von Fermo und dem Cardinal Latinus zwei Verleihungsbriefe zu überreichen, in denen er dem Neffen des Ersteren und dem Capellan des Letzteren jährlich 1 Mark Goldes im Gewicht der römischen Curie auf so lange Zeit überweist, bis ihnen eine Breslauer Pfründe ertheilt werden könne. In beiden Fällen ist also von Breslauer Pfründen die Rede; im erstern aber ist sie mit  $1\frac{1}{2}$  Mark Goldes polnischen Gewichts oder 15 Mark Silber polnischen Gewichts, im zweiten mit 1 Mark Goldes im Gewicht der römischen Curie, d. h. Bölnischen Gewichts, bei dem Verhältniß des Goldes zum Silber, wie 10 zu 1 also mit 10 Mark Silber Bölnischen Gewichts veranschlagt. Wir haben daher hier die gleiche Summe, wie in unserer obigen Urkunde, nur daß diese noch genauer den Silberwerth berechnet: 10 Mark 3 Scot, und es ergibt sich sonach, daß die polnische Mark sich zur Bölnischen verhält, wie 2 zu 3, oder da 10 Mark 3 Scot = 243 Scot, 15 Mark aber = 360 Scot sind, wie 243 zu 360, d. i. verkleinert: wie 27 zu 40.

Diese Darlegung wird aber auch noch dadurch gestützt, daß sie über einige andere Punkte ein helleres Licht verbreitet. So ist der Ursprung des Verhältnisses von 2 zu 3 nach meiner Ueberzeugung in dem römi-

schen Pfunde zu suchen, welches sich zum neueren Pfunde ebenfalls wie 2 zu 3 verhält, als Münzgewicht aber von den Polen wahrscheinlich ebenso um die Hälfte verringert wurde, wie ja auch die Böllnische Mark nur 16, nicht 32 Loth beträgt<sup>1)</sup>. Das römische Pfund war = 22 Loth  $1\frac{1}{2}$  Quentchen, die Hälfte davon = 11 Loth  $\frac{3}{4}$  Quentchen; nach meiner Berechnung aber war die polnische Mark als  $\frac{2}{3}$  oder  $\frac{2}{27}$  der Böllnischen = 10 Loth  $2\frac{2}{3}$  Quentchen oder 10 Loth  $3\frac{1}{3}$  Quentchen, so daß der Unterschied nur  $2\frac{1}{12}$  oder noch genauer  $1\frac{1}{10}$  Quentchen betrug. Vielleicht weist auch die Eintheilung der polnischen Mark in 24 Scot auf die Eintheilung des römischen Pfundes in 12 Unzen hin.

Sodann hat schon Stenzel in der Urkundensammlung p. 173 und 174, sowie in der Denkschrift der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur p. 52 nachgewiesen, daß auch die kleinen und großen Hufen sich zu einander verhalten, wie 2 zu 3; jene aber waren das eigentlich einheimische Hufenmaß, diese durch die deutschen Einwanderer erst eingeführt worden.

Ferner lesen wir im Magdeburger Recht vom Jahre 1261, daß 3 windische Mark = 36 Schillinge sind, so daß 1 windische Mark 12 Schillinge hatte, während das Pfund oder die Mark in Magdeburg 20 Schillinge hatte. Danach wäre das Verhältniß der windischen Mark zur Magdeburger 3 zu 5 gewesen, wogegen bei dem Verhältniß von 2 zu 3 auf die windische Mark  $13\frac{1}{3}$  Schillinge kommen müßten, 3 windische Mark also 40 Schillinge geben würden. Man sieht, daß der Unterschied auch hier ein geringer ist, der vielleicht dadurch entstand, daß man das fremde Geld etwas niedriger in Magdeburg annahm oder daß man die Rechnung erleichtern wollte. Insofern nun aber die Winden ein slavisches Volk sind, stimmt die obige Nachricht im Ganzen ebenfalls zu unserm Verhältniß.

Endlich wurden in dem preussischen Ordenslande, wo die polnische Mark ebenfalls seit alten Zeiten galt, als die böhmischen Groschen auch dahin drangen, 40 Groschen auf die Mark gerechnet<sup>2)</sup>, während in Prag auf die Böllnische Mark 60 Groschen gingen. Hier haben wir ganz deutlich das Verhältniß von 2 zu 3.

<sup>1)</sup> Aus dem ehemals polnischen Preußen meldet eine alte Nachricht auf Pergament: „ein Krom Pfund hat czwe Mark lotiges schwer gerade“, und nach einer Bäcker-Ordnung von 1383 soll das Brot „2 Mark lotiges oder 1 Pfund Silbergewicht“ wiegen. Vgl. Wosberg, Gesch. d. preuß. Münzen u. Siegel p. 63.

<sup>2)</sup> Wosberg, a. a. O. p. 62, 74, 81.



Wie kommt es nun aber, so höre ich fragen, daß die polnische Mark in dem eigentlichen Polen und Schlesien nicht auch 40, sondern 48 Groschen enthielt? Wie kann die polnische Mark sich anfangs wie 2 zu 3 verhalten haben, während doch später sicher das Verhältniß von 4 zu 5 stattfand? Hierauf antworte ich, daß die Veränderung des ursprünglichen Verhältnisses bei Einführung der böhmischen Groschen, welche ihrer Feinheit wegen sich empfahlen und leicht Eingang fanden, im Interesse der bisherigen Rechnungsweise geschah, an welche das Volk sich gewöhnt hatte. Da nämlich die Göllnische Mark anfangs zu 60 Groschen ausgeprägt wurde, so hätte allerdings die polnische Mark eigentlich 40 Groschen zählen müssen, wonach die halbe Mark 20 Groschen, der Vierdung 10 Groschen, das Loth  $2\frac{1}{2}$  Groschen, der Scot  $1\frac{2}{3}$  Groschen enthalten hätte. Da nun die bei dem Loth und dem Scot entstehenden Bruchtheile unbequem erschienen, so wählte man in Polen und Schlesien, wo die kleine Münze fehlte, statt 40 die Zahl 48, welche sowohl durch 16, als durch 24 theilbar ist, ohne daß ein Bruch bleibt, so daß auf das Loth 3 Groschen, auf den Scot 2 Groschen kamen. In Preußen war eine Veränderung nicht nothwendig, weil hier von vorn herein auf kleine Münze Bedacht genommen war, indem schon nach der Culmer Handfeste vom Jahre 1232 die Mark in 60 Schillinge statt 20, jeder in 12 Pfennige, die Mark also in 720 Pfennige getheilt wurde <sup>1)</sup>. — Sept wird es auch klar, warum man in der Folge eine schwere und eine leichte Mark zu 48 und 32 Groschen unterschied <sup>2)</sup>. Da nämlich die neue Mark zu 48 Groschen gewichtiger war, als die bisherige, so nannte man sie die schwere Mark, der gegenüber die leichte Mark in dasselbe Verhältniß trat, wie früher die polnische Mark zur Göllnischen, also von 2 zu 3, weshalb die leichte Mark 32 Groschen hatte <sup>3)</sup>.

Natürlich konnte eine solche Veränderung nicht stattfinden, ohne daß ein allmählicher Uebergang gemacht wurde. Einen solchen aber glaube ich zu erkennen in einer Nachricht vom Jahre 1307, welche wir in Stenzels Geschichte Schlesiens finden. Dort lesen wir

<sup>1)</sup> Vossberg, a. a. O. p. 62.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkundensammlung, p. 90.

<sup>3)</sup> Auch bei den Böhmen kommt eine leichte Mark vor, aber den Ursprung derselben hat man noch nicht entdecken können; s. Voigt III. p. 31. Vielleicht ist sie auch dort auf ähnliche Art entstanden.

auf S. 257:

„Im Jahre 1307 finden wir, daß die Breslauer auf 1 Mark feinen Silbers 5 Vierdunge gemünzten Silbers rechneten. Vielleicht kam das von den damals noch eingegangenen schlechten Hohl Münzen her; denn etwas später betrug der Unterschied zwischen dem eingenommenen geprägten Gelde und dem feinen Silber nur den zehnten Theil.“

auf S. 361:

„Wir finden S. 251, daß im Anfange des 14. Jahrhunderts zuweilen bis 5 Viertelmark Pfennige erst 1 Mark Groschen ausmachten, weil die kleinen Münzen schlechter ausgeprägt waren; doch glich sich auch dieses Mißverhältniß, wie wir sahen, bald mehr aus.“

Es ist mir unzweifelhaft, daß die auf S. 257 und S. 361 gegebene Mittheilung ein und dieselbe ist. Erstens stimmen die Zeitangaben: 1307 und „Anfang des 14. Jahrhunderts“ zusammen; sodann ist an beiden Stellen das Verhältniß dasselbe, nämlich: 5 Vierdunge zu 1 Mark; endlich ist an der letzten Stelle auch von der allmählichen Ausgleichung des Mißverhältnisses die Rede, gerade wie in der ersten Stelle, wonach der spätere Unterschied nur in dem 10. Theil bestehen soll<sup>1)</sup>. Allerdings weichen die beiden obigen Angaben darin ab, daß an der ersten Stelle feines Silber dem gemünzten Silber, an der zweiten die Mark Groschen der Mark Pfennige entgegengesetzt wird, und meine Bemühungen, die Quelle selbst aufzufinden zu machen, sind bei dem Mangel jeder näheren Angabe vergeblich gewesen; bei der sonstigen Uebereinstimmung beider Stellen aber bin ich überzeugt, daß die erste Angabe durch die zweite zu corrigiren ist, so daß also im Jahre 1307 auf eine Mark Groschen 5 Vierdunge Denare gingen; mindestens kann die zweite Stelle, wie sie ist, hier gebraucht werden. Dies harmonirt vollkommen mit meiner obigen Darlegung. Wenn nämlich auf die polnische Mark nach ihrem bisherigen Werth nur 40 Groschen gehen konnten, jetzt aber 48 Groschen auf dieselbe gerechnet werden sollten, so konnten zwar 6 Vierdunge der bisherigen

<sup>1)</sup> Das auf S. 361 angeführte Citat: S. 251 beruht offenbar auf einem Druckfehler, indem S. 257 zu lesen ist. Auf S. 251, wo es heißt:

„Es wird im Jahre 1355 der Schos in der Stadt Breslau vier Mal im Gesamtbetrage von 1593 Mark 2 Groschen erhoben. Der Verlust durch Einnahme geringer Geldsorten betrug dabei 100 Mark, also etwa  $\frac{1}{16}$ , während er früher öfters  $\frac{1}{4}$  betrug.“

ist zwar auch erwähnt, daß der Verlust sich schon sehr ausgeglichen hatte, allein die Angabe selbst ist nicht aus dem Anfange, sondern aus dem 3. Viertel des 14. Jahrhunderts, und der frühere Unterschied ist hier als  $\frac{1}{4}$  angegeben, nicht als  $\frac{1}{2}$ , wie er bei dem Verhältniß von 5 zu 4 nothwendig sein müßte.

Denare, jeder Vierdung im Werthe von 10 böhmischen Groschen, gleich gesetzt werden 5 Vierdungen der neuen Groschen, den Vierdung zu 12 Groschen gerechnet, aber nur dann, wenn die alte Münze dieselbe Feinheit gehabt hätte, wie die neue. Das Verhältniß wird aber richtiger und die Rechnung auch noch bequemer, wenn, wie die obige Nachricht enthält, 5 Vierdunge Denare gleich galten 4 Vierdungen oder 1 Mark Groschen; jene 5 Vierdunge gaben dann 50 Groschen, diese 4 aber 48 Groschen, was immer noch ein sehr humanes Verhältniß ist<sup>1)</sup>. Das Jahr 1307 aber stimmt ebenfalls sehr gut zu der ganzen Veränderung; die böhmischen Groschen wurden nämlich zuerst im J. 1300 geprägt<sup>2)</sup>, bei uns aber zuerst im J. 1305, dann gewöhnlicher seit dem J. 1310 nach ihnen gerechnet<sup>3)</sup>.

Dem Gewicht nach betrug also die polnische Mark  $\frac{2}{3}$ , resp.  $\frac{4}{5}$  der Eöllnischen Mark, d. h. 16 Loth polnisch waren gleich  $10\frac{2}{3}$ , resp.  $10\frac{4}{5}$  Loth Eöllnisch. — Wollen wir nun auch den Werth der polnischen Mark in jezigem preussischem Geldeberechnen, so wird er, da die Mark 14 Rthlr. giebt,  $\frac{2}{3}$  davon sein, also 9 Rthlr. 10 Egr., so daß nach meiner Auseinandersetzung die polnische Mark 1 Rthlr. 26 Egr. weniger beträgt, als nach Stenzel. Demnach beträgt die halbe Mark 4 Rthlr. 20 Egr., der Vierdung 2 Rthlr. 10 Egr., das Loth 17 Egr. 6 Pf., der Scot 11 Egr. 8 Pf. So lange die Mark ganz fein ausgeprägt war, hatte der Schilling den Werth von 14 Egr., der Denar von 1 Egr. 2 Pf., der Obol von 7 Pf. Da jedoch die Feinheit der Silbergroschen und Pfennige weit geringer ist, als die der Thaler, so dürfte es zweckmäßig sein, dieselben Werthe auch nach Thalerbrüchen zu berechnen. Will man ferner das genauere Verhältniß 27 : 40 anwenden, so wird man der Mark noch  $3\frac{1}{2}$  Egr., der halben Mark 1 Egr. 9 Pf., dem Vierdung  $10\frac{1}{2}$  Pf., dem Loth  $2\frac{1}{2}$  Pf., dem Scot  $1\frac{1}{2}$  Pf., ferner dem Schilling  $2\frac{1}{10}$  Pf., dem Denar  $\frac{7}{10}$  Pf. und dem Obol  $\frac{7}{10}$  Pf. hinzusetzen müssen. Beides habe ich berücksichtigt in der folgenden

<sup>1)</sup> Wenn richtig ist, was Stenzel S. 251 anführt, daß früher der Unterschied öfters  $\frac{1}{2}$  betrug, so hatten vielleicht in der allerersten Zeit nach dem Aufkommen der böhmischen Groschen sogar 4 Vierdunge der alten Münze (= 40 Groschen) nur den Werth von 3 Vierdungen der neuen (= 36 Groschen).

<sup>2)</sup> Chronicon Aulae Regiae c. LXVI., bei Dobner, Monum. hist. Bohem. V., p. 130; nach Klopsch in Prauns Münzwesen, p. 57, auch Francisci Chronicon Pragense c. 13.

<sup>3)</sup> Stenzel, Gesch. Schlef., p. 361.



**Tabelle über die poln. Mark fein und ihre Theile  
vor dem Jahre 1300:**

| Feine Mark<br>(Pfund) | Halbe Mark | Vierdung | Loth | Schilling       | Stot            | Denar | Gros | Werth nach jetzigem preuß. Gelde                                            |                                             |
|-----------------------|------------|----------|------|-----------------|-----------------|-------|------|-----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
|                       |            |          |      |                 |                 |       |      | rund                                                                        | genau                                       |
| 1                     | 2          | 4        | 16   | 20              | 24              | 240   | 480  | 9 <i>Rthl.</i> 10 <i>Sgr.</i> „ <i>Sff.</i> (9 $\frac{1}{2}$ <i>Rthl.</i> ) | 9 <i>Rthl.</i> 13 <i>Sgr.</i> 6 <i>Sff.</i> |
|                       | 1          | 2        | 8    | 10              | 12              | 120   | 240  | 4 — 20 — „ — (4 $\frac{2}{3}$ —)                                            | 4 — 21 — 9 —                                |
|                       |            | 1        | 4    | 5               | 6               | 60    | 120  | 2 — 10 — „ — (2 $\frac{1}{3}$ —)                                            | 2 — 10 — 10 $\frac{1}{2}$ —                 |
|                       |            |          | 1    | 1 $\frac{1}{4}$ | 1 $\frac{1}{2}$ | 15    | 30   | „ — 17 — „ 6 (1 $\frac{1}{2}$ —)                                            | „ — 17 — 8 $\frac{3}{8}$ —                  |
|                       |            |          |      | 1               | 1 $\frac{1}{3}$ | 12    | 24   | „ — 14 — „ — (1 $\frac{2}{3}$ —)                                            | „ — 14 — 2 $\frac{1}{10}$ —                 |
|                       |            |          |      |                 | 1               | 10    | 20   | „ — 11 — 8 — (1 $\frac{7}{8}$ —)                                            | „ — 11 — 9 $\frac{1}{2}$ —                  |
|                       |            |          |      |                 |                 | 1     | 2    | „ — 1 — 2 — (1 $\frac{7}{80}$ —)                                            | „ — 1 — 2 $\frac{1}{40}$ —                  |
|                       |            |          |      |                 |                 |       | 1    | „ — „ — 7 — (3 $\frac{7}{80}$ —)                                            | „ — 7 — 7 $\frac{7}{80}$ —                  |

Die geprägten Münzen: die Denare, ferner die Schillinge, welche in Denaren ausgezahlt wurden, und die Zahlmark überhaupt verloren allerdings an Werth, sobald die Münze mehr oder weniger Zusatz an Kupfer erhielt, was in Bezug auf die Abgabe des Bischofsvierdung Stenzel in seinem Bisthum, Einl. p. XXV und XXVI nachgewiesen hat. Die Fürsten hatten nicht nur durch das Auswechseln der Münzen Vortheil, sondern gewannen auch bei dem Schlagen der Münze selbst, wie dieß deutlich eine Urkunde vom Jahre 1284 zeigt, wo von dem usufructus tam cambii quam monete die Rede ist <sup>1)</sup>. Weil aber sehr selten in den Urkunden auf den geringeren Silbergehalt Rücksicht genommen ist, dieser auch in den verschiedenen Jahren sich änderte und überhaupt nicht überall gleich war, so

<sup>1)</sup> Stenzel, Bisthum, p. 111. § 14.

ist die Werthangabe der mit Kupfer versetzten Mark sehr schwierig. Zur vollständigen Lösung der Aufgabe würden noch viele Vorarbeiten nothwendig sein, z. B. die genaue Bestimmung der Zeit, des Orts und des Silbergehalts der nach Polen und Schlessen sicher gehörigen Münzen. Ich muß mich daher begnügen, im Folgenden chronologisch noch einige schon erwähnte Notizen hier zusammenzustellen, welche bei einer späteren Bearbeitung von Nutzen sein können und schon jetzt wenigstens einigen Aufschluß geben. Zugleich verweise ich auf den Theil des 5. Abschnitts, wo von dem schwarzen Silber die Rede war. Es sind folgende:

Im Jahre 1268 gehen 14 Denare auf 1 Scot; cf. p. 68. Wenn nun anders meine Behauptung, daß ursprünglich nur 10 Denare 1 Scot ausmachten, richtig ist, dann wurden damals nicht 240, sondern bereits 336 Denare aus der feinen Mark geprägt. Demnach enthielt die geprägte Mark an Silber nur noch  $11\frac{3}{4}$  Loth poln. oder  $7\frac{5}{8}$  Loth Böhm., und ihr Werth in jetzigem Gelde beträgt 6 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf. ( $6\frac{3}{4}$  Rthlr.), der Denar nur  $10\frac{1}{8}$  Pf., 14 Denare aber 11 Sgr.  $9\frac{3}{4}$  Pf., also soviel, als oben der Scot.

Im Jahre 1279 wurde  $\frac{1}{2}$  Mark Goldes gleichgesetzt 6 Mark Cracauer Münze; cf. p. 48. Da nun das Verhältniß des Goldes zum feinen gewogenen Silber 10 zu 1 ist, so verhält sich hier das feine Silber zum gemünzten, wie 12 zu 10 oder 6 zu 5. Demnach kann die geprägte Mark damals in Cracau nur  $\frac{5}{6}$  der poln. Mark, d. i.  $13\frac{1}{2}$  Loth poln. oder 9 Loth Böhm. an Silber enthalten haben, es war daher die geprägte Mark 7 Rthlr. 26 Sgr. 3 Pf. ( $7\frac{7}{8}$  Rthlr.) werth, und ihr 12facher Betrag gab nur soviel, als der 10fache der feinen poln. Mark, nämlich  $94\frac{1}{2}$  Rthlr. der Denar galt daher nicht ganz 1 Sgr. ( $11\frac{1}{4}\frac{3}{8}$  Pf.).

Kurz nach dem Jahre 1290 ließ Bolko von Fürstenberg seine Münzen so ausprägen, daß an der völligen Feinheit nur 1 Loth, natürlich polnisch, fehlte; cf. p. 56. Die geprägte Mark enthielt also bei ihm an Silber 15 Loth poln. oder  $10\frac{1}{2}$  Loth Böhm.; sie hatte demnach den Werth von 8 Rthlr.  $25\frac{3}{4}$  (eigentlich  $\frac{3}{2}$ ) Sgr., und der Denar betrug 1 Sgr.  $1\frac{1}{4}$  (eigentlich  $\frac{3}{8}$ ) Pf.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß man allerdings noch kein ganz richtiges Bild erhält, wenn man den in damaligem Gelde angegebenen Werth der einzelnen Gegenstände nach unserm Gelde berechnet,

weil das Silber damals verhältnißmäßig selten war, also einen höheren Werth hatte, als jetzt. Dazu ist erforderlich, das Verhältniß des damaligen Silberwerths zu dem jetzigen zu ermitteln. Das Verdienst in unsern Gegenden zuerst darauf hingewiesen zu haben, gebührt Stenzel (Schles. Gesch. p. 357, 362 und 363), und dieser legt, wie wol auch richtig ist, den Preis des Roggens dabei zum Grunde. Nun kostete, wie er p. 362 angiebt, der Breslauer Scheffel Roggen in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts durchschnittlich 10 Egr., und da er den jetzigen Preis des Scheffels Roggen durchschnittlich auf 1 Rthlr. 10 Egr. annimmt, was Manchem, selbst von der gegenwärtigen Theuerung abgesehen, vielleicht noch zu niedrig erscheinen möchte, so findet er das Verhältniß 1 : 4. Dabei hat er jedoch nicht beachtet, daß der damalige, Breslauer Scheffel nach seiner eigenen Angabe p. 362 fast (?) um ein Dritttheil größer, als der jetzige, Berliner Scheffel war, wonach sich der damalige Scheffel zum jetzigen, wie  $\frac{4}{3}$  zu  $\frac{3}{3}$  oder 4 zu 3 verhielt und der jetzige Scheffel Roggen damals nur  $7\frac{1}{2}$  Egr. gekostet hätte, das Verhältniß des damaligen Geldes also zu dem jetzigen, wie 1 zu  $5\frac{1}{3}$  sein müßte. Allerdings hat er keinen Beleg dafür angeführt, daß der damalige Scheffel größer war, als der jetzige; doch hat er vielleicht sich darauf gestützt, daß ein schlesischer Scheffel, wie er vor Einführung der neuen Maße in Schlesien gangbar war, genau 1 Scheffel 5 Meßen  $3\frac{3}{16}$  Mäßen betrug, also ein Scheffel alt Maß reichlich um  $\frac{1}{3}$  größer war, als ein Scheffel neu Maß; daß aber die Größe des Kornmaßes seit dem 13. Jahrhundert sich unverändert erhalten habe, was er von mehreren Dörfern in der Urkundensammlung p. 164 darthut.

Im 13. Jahrhundert galt der Scheffel Roggen, wie wir p. 67 gesehen haben, 10 Denar oder 1 Scot, also 11 Egr. 8 Pf.; der jetzige Scheffel würde also 8 Egr. 9 Pf. gekostet haben, das Verhältniß des damaligen Silberwerths zum jetzigen würde demnach 1 zu  $4\frac{2}{3}$  oder rund 1 zu  $4\frac{1}{2}$  sein.

Fragen wir nun, wie es gekommen sei, daß das Verhältniß im 14. Jahrhundert steigt, so beruht dies nach meiner Ansicht auf der vermehrten Production des Getreides in Folge der im 13. Jahrhundert allmählich sich hebenden, im 14. Jahrhundert schon blühenden Bodencultur durch deutsche Colonisten; anders war es nach der Hussitenzeit, noch schlimmer nach dem 30jährigen Kriege<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundensammlung p. 177; Landbuch des Fürstenth. Breslau p. 8.



Nach diesen Andeutungen über das Verhältniß des damaligen Silberwerthes zum jetzigen, die ich ausdrücklich nur als solche bezeichne, da auch für diesen Punkt noch mannigfache Untersuchungen zu machen sind, würde 1 Rthlr. im 13. Jahrhundert jetzt den Werth von ungefähr  $4\frac{1}{2}$  Rthlrn., im 14. Jahrhundert von etwa  $5\frac{1}{3}$  Rthlrn. haben; eine polnische Mark im 13. Jahrhundert ( $9\frac{1}{3}$  Rthlr.) würde also jetzt 42 Rthlr. werth sein. Nimmt man den jetzigen Preis des Roggens durchschnittlich höher an, als  $1\frac{1}{3}$  Rthlr., so würde dieses Verhältniß sogar noch steigen.

### 10. Ueber das Vorkommen von Goldmünzen.

In der Denkschrift der schles. Gesellschaft für vaterländische Cultur p. 76 Anmerk. 78 bezeichnet es Stenzel als unwahrscheinlich, daß im Jahre 1288 schon Goldmünzen geschlagen worden seien, und setzt hinzu: „Sedenfalls haben sich keine älteren schles. Goldmünzen, als aus der Mitte des 14. Jahrhunderts erhalten. Es (nämlich die Angabe von 3 Mark Goldes in der Urkunde) ist vielmehr, wie bei andern Gegenständen, nur die Bezeichnung einer bestimmten Summe, welche hier die Münze abzuliefern hatte.“ Ebenso heißt es in der Geschichte Schlesiens p. 256: „Goldmünzen oder Goldgulden oder Florene haben nach dem von Böhmen nach Schlesien gekommenen Muster der Florentiner zuerst die Herzöge Wenzel von Biegnitz und Bolko II. von Schweidnitz etwa seit der Mitte des 14. Jahrhunderts prägen lassen.“ Damit steht aber im Widerspruch, was er in der Urkundensammlung p. 89 sagt: „Schon im Jahre 1293 wird der halbe Floren genannt und im Jahre 1328 dem Werthe von 2 Lothen, also von damaligen 8 Groschen gleichgesetzt.“ Dabei beruft er sich auf Urkunde Nr. 91 § 20 und Nr. 135 § 10. Allerdings ist zu bemerken, daß in dieser Stelle durch Auslassung ein Irrthum sich findet, da nicht der halbe, sondern der ganze Floren den citirten Urkunden nach 2 Lothen gleich zu setzen ist. In Urkunde Nr. 91 § 20 wird nämlich der halbe Floren (*medius florenus*) als Strafgeld erwähnt, welches derjenige Consul in Schweidnitz zu zahlen hatte, der auf geschehene Verurteilung die Stunde der Zusammenkunft versäumte; in Urkunde 135 § 10 aber wird dafür 1 Loth gesetzt<sup>1)</sup>. Immerhin aber wird hiernach

<sup>1)</sup> Stenzel selbst sagt in der Anmerk. zu *medium florenum* in Urkunde 91: „Hier 1 Loth; da 8 Floren eine Mark ausmachten, so war  $\frac{1}{8}$  Flor. =  $\frac{1}{8}$  der Mark, also gleich

bereits im Jahre 1293 der Floren urkundlich erwähnt. Dazu kommt, daß mir noch 2 andere Stellen aufgestoßen sind, wo die Florene angeführt werden, aus dem Jahre 1276 und 1277. Nach Klose I., p. 529 löste nämlich Herzog Heinrich IV. im Jahre 1276 die durch Herzog Conrad von Glogau verpfändeten Städte Krossen, Greifenstein und einige andere Schlösser von dem Magdeburger Erzbischof Conrad von Sternberg für 10,000 Floren wieder ein. — Ferner erzählt Klose I., p. 532, daß die Breslauer, um ihren durch Boleslaus II. von Liegnitz gefangen genommenen Herzog Heinrich IV. zu befreien, bei mehreren poln. und schles. Herzögen Hülfe gesucht und gefunden, und fährt dann fort: „ingeleichen errichteten sie einen Vertrag mit dem Markgrafen zu Brandenburg Johann, in welchem sie ihm 4000 Mark ausbezahlen versprachen, wenn er dem Boleslaus keine Hülfsvölker schickte, und verpfändeten sie ihm dafür Krossen.“ Später heißt es: „Nach dem Friedensschlusse war Heinrich darauf bedacht, Krossen einzulösen; allein er bekam es nicht für die Summe wieder, für die es war verpfändet worden; denn er mußte dem Markgrafen von Brandenburg 6000 Floren auszahlen. Da nun bekannt ist, daß die Florene bereits seit dem Jahre 1252 zu Florenz ausgeprägt wurden, so lohnt es sich wohl doch der Mühe, einmal die Quellen, auf denen diese Angaben beruhen, genauer anzusehn.

Wir wollen hierbei mit der ältesten Nachricht den Anfang machen, also mit der Erwähnung der 10,000 Fl. aus dem Jahre 1276. Die älteste Quelle nun, die um das Jahr 1300 abgefaßte *Chronica Polonorum*<sup>1)</sup> und die in dem Jahre 1384—1385 geschriebene, der vorigen meist wört-

einem Lothe.“ Danach scheint es ihm sogar festzustehen, daß 8 Floren eine Mark bildeten, und wenn man bedenkt, daß von den ersten Floren 64 auf 1 Mark Goldes gingen (cf. Fischer, Gesch. d. dtsh. Handels II. p. 323 und Schmiedler s. v. Floren) und daß 8 Floren bald nach dem Jahre 1300 eine Mark Groschen ausmachten (Fischer ib. p. 324), so hat diese Ansicht Etwas für sich. Allein das Verhältniß des Goldes zum Silber war in Schlesien nicht 8 zu 1, sondern 10 zu 1, und indem Stenzel auch in dieser Anmerk. auf Urkunde 135 § 10 hinweist, so ist klar, daß diese Behauptung nur auf einem Schlusse beruht, und es hätte heißen sollen: „Da diese Strafbestimmung von  $\frac{1}{2}$  Floren in Urkunde 135 § 10 durch 1 Loth ausgedrückt wird, so ist ein ganzer Floren = 2 Loth, und 8 Floren machten eine Mark aus.“ Wird nun die Mark poln. verstanden, so wäre ein Floren =  $1\frac{1}{2}$  Rthlr., glaubt man aber die Mark köln. verstehen zu müssen, =  $1\frac{2}{3}$  Rthlr.

<sup>1)</sup> Bei Sommersberg I., p. 12, bei Stenzel in den *Scriptores rerum Siles.* I. p. 30, wozu man die Einleitung vergleichen möge.

lich folgende *Chronica principum Poloniae* <sup>1)</sup> enthält nur die einfache Angabe, der Herzog habe jene Orte mit Geld zurück gekauft (*pecunia redemit*), nachdem vorher der Kauf erzählt worden war. Ebenso sagt im 16. Jahrhundert *Cureus* <sup>2)</sup> nur *redemit*, ohne jeden Zusatz, während im 17. Jahrhundert *Pol* <sup>3)</sup> 10,000 Mark Silber als die dafür gezahlte Summe anführt. Nur *Dlugoss* <sup>4)</sup>, welcher im 15. Jahrhundert schrieb, hat 10,000 Floren, und ihm scheint *Thebesius* (st. 1688) <sup>5)</sup> zu folgen. Hiernach scheint es nicht rathsam, anzunehmen, daß die Einlösung in Floren erfolgt sei, da *Dlugoss* als ein die Geschichte mannigfach aus schmückender Schriftsteller bekannt ist; ja es fragt sich, ob nicht die Angabe *Pol*s nur eine Verbesserung jener Nachricht ist, obgleich er allerdings außer Krossen und Greifenstein noch Greifenberg, Großberg und Hain als verpfändete Orte aufzählt, wofür die beiden Chroniken und *Dlugoss* *Przin* haben. Auch *Stenzel* in der Geschichte Schlef. p. 68 giebt keine bestimmte Summe an.

In der zweiten Stelle ist es schon auffällig, daß nach *Klose* 6000 Fl. eine größere Summe sein soll, als 4000 Mark. Nun haben aber die *Chronica Polonorum* <sup>6)</sup> und die *Chronica principum Poloniae* <sup>7)</sup>, selbst noch *Dlugoss* <sup>8)</sup>: 4000 und 6000 Mark; erst *Cureus* <sup>9)</sup> führt 4000 und 6000 Gulden an, und nach ihm hat *Pol* <sup>10)</sup>: 4000 Gulden, aber 6000 Mark, was vielleicht wieder eine Verbesserung sein soll; *Thebesius* <sup>11)</sup> endlich giebt als die erste Summe 4000 Gulden an, die zweite aber fehlt bei ihm. So ist klar, daß die Angabe der Gulden hier ebenfalls der spätern Zeit angehört, weshalb auch *Stenzel* in der Geschichte Schlesiens p. 69 beide Mal nur von Marken spricht.

So bleibt denn nur die in der Urkunde vom Jahre 1293 enthaltene Stelle übrig, worin der halbe Floren erwähnt wird. Für die Beur-

<sup>1)</sup> *Sommersberg*, ib. p. 44; *Scriptores* ib. p. 110 mit Einl. p. IX und XI.

<sup>2)</sup> *Annal. Siles.* p. 84.

<sup>3)</sup> *Jahrbücher*, herausgegeben v. Büsching, I. p. 76.

<sup>4)</sup> *Hist. Polon.* Leipz. 1711. Lib. VII, p. 806: *decem millia florenorum*.

<sup>5)</sup> *Viegn. Jahrb.* II., S. 97.

<sup>6)</sup> *Sommersberg*, I. p. 13; *Scriptores* I. p. 31.

<sup>7)</sup> *Sommersberg*, ib. p. 44; *Scriptores* ib. p. 111.

<sup>8)</sup> *Hist. Pol.* Lib. VII. p. 810 und 811.

<sup>9)</sup> *Annal. Siles.* p. 84; *pro aureis quatuor mille und aureos sexies mille*.

<sup>10)</sup> *Jahrb.* p. 76 und 77.

<sup>11)</sup> *Viegn. Jahrb.* p. 99.



theilung dieser Stelle ist es wichtig, daß wir außer der schon angeführten deutschen Urkunde vom Jahre 1328 noch eine lateinische Urkunde fast desselben Inhalts haben, welche bei Sommersberg II., Anhang X. p. 73—75 aus einer alten Pergamenthandschrift abgedruckt und auch von Stenzel verglichen worden ist. Diese Handschrift enthält, was Stenzel ganz übersehen hat, an unserer Stelle die Angabe:  $\frac{1}{2}$  Bierdung (in dimidio fertone proinde punietur), wonach also die Strafe in dem 8. Theil der Mark bestanden hat. Es wird nun nöthig sein, die Zeit festzustellen, in welcher diese Bestimmung gegolten hat. Nach meiner Ueberzeugung ist die deutsche Urkunde vom Jahre 1328 eine Uebersetzung oder richtiger eine freie Bearbeitung aus der lateinischen, diese selbst aber jünger, als die Urkunde vom Jahre 1293, so daß die lateinische Urkunde bei Sommersberg in der Mitte steht zwischen den beiden Urkunden von 1293 und 1328. Der Beweis dafür läßt sich sehr leicht führen. Alle drei Urkunden enthalten nämlich die Statuten der Stadt Schweidnitz, und zwar in der Art, daß jede der drei Urkunden ein Stadium der Entwicklung angiebt. Daß die Urkunde vom Jahre 1293 älter ist, als die lateinische Urkunde bei Sommersberg, geht zuvörderst daraus hervor, daß die Bestimmung in § 17 der Urkunde vom Jahre 1293 über die Pfefferfuchler nicht nur in der Urkunde vom Jahre 1328, sondern auch in der lateinischen Urkunde bei Sommersberg gänzlich fehlt, dann aber auch daraus, daß nach § 3 der Urkunde von 1293 die Schöffen das Maß des Bieres, die Consulu dagegen nur das des Weines festzusetzen haben, während nach den beiden andern Urkunden der Schöffen in dieser Stelle gar nicht gedacht ist, die Consulu vielmehr hier das Maß für Beides setzen. Allerdings steht hier Meth statt Bier, allein ohne Zweifel ist dieses mit verstanden, da des Biermaßes sonst gar nicht Erwähnung geschähe, in allen drei Urkunden auch in einem kurz darauf folgenden § Bier und Meth zusammen angeführt werden, indem es heißt: „das Spiel ist verboten bei Bier und Meth, nicht bei Wein.“ Daß aber die deutsche Urkunde vom Jahre 1328 jünger ist, als die lateinische bei Sommersberg, beweist die deutsche Urkunde selbst, indem sie zweimal auf frühere Bestimmungen hinweist, die jetzt abgeschafft seien, während nach der lateinischen sie noch in voller Geltung sind. So heißt es in § 30 der Urkunde von 1328: „Die noch stunt von den, die Bische in dye Stat von vremdem

Landen brachten, daß sie sie drie Tage enzellen, von Hant vorkoufen mochten. Des dritten Tages solde her sie zcumale vorkoufen, odir wef vuren, daß hat man abe genumen.“ Ebenso in § 54: „Zcu einer Zeit waz ouch eyn Gesezce gemachet, daß nymant mer, denne drifft Buder Birs merceygis bruen solde, wer mer uf sentte Walpurgen hatte, der solde von eyne iczlichen Buder eyne Mark an die Stat geben.“ Beide Bestimmungen, worauf auch Stenzel hindeutet, sind aber noch in der lateinischen Urkunde bei Sommersberg enthalten; unzweifelhaft also gehört diese in die Zeit zwischen 1293 und 1328, was auch dadurch bestätigt wird, daß in einer Löwenberger Urkunde vom Jahre 1311 ganz dieselbe Bestimmung über den Verkauf der Fische sich findet<sup>1)</sup>.

Sonach würde, wenn der halbe Floren =  $\frac{1}{16}$  der Mark sein soll, daß obige Strafgeld im Jahre 1293 auf  $\frac{1}{16}$ , dann auf  $\frac{1}{8}$  und im Jahre 1328 wieder auf  $\frac{1}{16}$  der Mark festgesetzt gewesen sein, welches fortwährende Schwanken zwischen Erhöhung und Erniedrigung auffallen muß. Die Erniedrigung von  $\frac{1}{8}$  auf  $\frac{1}{16}$  ist bei der Humanität, welche sich auch in der Abschaffung der angeführten Beschränkungen in Bezug auf den Fischverkauf und das Bierbrauen ausspricht, wohl erklärlich; nicht so die Erhöhung von  $\frac{1}{16}$  auf  $\frac{1}{8}$ . Nun beruht die Werthangabe des halben Floren als  $\frac{1}{16}$  der Mark bloß auf der Bestimmung der Urkunde von 1328, in welcher 1 Loth dafür gesetzt ist; gewiß folgerichtiger aber ist es, nachdem wir das höhere Alter der lateinischen Urkunde bei Sommersberg nachgewiesen haben, die in dieser enthaltene Angabe als Basis für die Berechnung zu nehmen und also  $\frac{1}{2}$  Flor. =  $\frac{1}{2}$  Vierdg. zu setzen. Bei der Ähnlichkeit der Schriftzüge in den beiden Wörtern: florenum und fertonem, wie sie sich in alten Handschriften finden, glaube ich sogar berechtigt zu sein, geradezu das eine für das andere zu setzen und damit die einzige Stelle, wo der Floren in dieser Zeit bei uns erwähnt wird, zu tilgen. Ich glaube dies umsomehr, als die Urkunde vom Jahre 1293 keine Original-Urkunde ist, sondern eine Bestätigungs-Urkunde des Kaisers Maximilian II. aus dem Jahre 1575, also eine Abschrift, in welche sich jener Fehler umso eher einschleichen konnte, da in dieser Zeit die Florene bereits lange gangbar waren. Auch enthält diese Abschrift bald hinter unserer Stelle einen

<sup>1)</sup> Stenzel, Urkundenammlung p. 114 § 15.

Fehler, den Stenzel sehr gut verbessert hat. In § 22 heißt es nämlich: *de omnibus vescendis rebus, vacuis mensuris, modiis et libris utuntur consules iudicium habent*, wo ohne Zweifel *utcumque* statt *utuntur* zu lesen ist.

Ist nun auch das Resultat dieser Untersuchung über die Goldmünzen ein negatives, insofern sich herausgestellt hat, daß sie in dieser Zeit noch nicht vorkommen, so ist es doch auch nicht unwichtig, Gewißheit darüber zu erlangen. — Hiermit schließe ich denn für jetzt meine Arbeit, für welche ich mich reichlich belohnt sehen würde, wenn es mir gelungen wäre, wenigstens Manches zu größerer Klarheit zu bringen und vom Ziele nicht allzu fern zu bleiben.

---



### III.

## Zur Geschichte von Meisse in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts,

bezüglich des Werkes:

Geschichte der Stadt Meisse mit besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Lebens in der Stadt und dem Fürstenthum Meisse von August Kastner, Gymnasial-Oberlehrer zu Meisse. Zweiter Theil: von 1608 — 1655. Zeit der Bischöfe Carl und Carl Ferdinand. Mit einem lithographirten Plane der Stadt von 1594. Meisse, 1854. Im Selbstverlage des Verfassers und in Commission bei Theob. Hennings. Gr. 8. VIII. und 599 Seiten.

Das Buch behandelt einen Zeitabschnitt, der noch mannigfaltiger Aufklärung bedarf, um völlig unbefangen aufgefaßt und dargestellt zu werden. Wenn es sich überall nur um religiöse Gegensätze handelte, so ließe der verschiedene Standpunkt des Darstellenden immer noch ein scharfes und bestimmtes Urtheil zu, das man von den Thatfachen leicht absondern könnte, so daß man diese dann, trotz der Verschiedenheit des Standpunktes, ungetrübt von persönlicher Auffassung erblicken würde. Es liegt aber im Wesen des Reformationskampfes, daß die Elemente desselben sich alsbald aus rein religiösen zu kirchlich-politischen gestalten und in solcher Weise die Verhältnisse sich verwickeln und das Urtheil erschweren. Es ist deshalb nicht so leicht, selbst nicht in der Gegenwart, zwischen den beiden streitenden Parteien des 16. und 17. Jahrhunderts Gerechtigkeit zu üben. Um dies wirklich im Stande zu sein, muß man sich vorher eine genaue Kenntniß der kirchlich-politischen Zustände, besonders der Besitz- und Jurisdictionsverhältnisse des Zeitalters, erworben haben. Dann erst wird man die Handlungsweise der hervortretenden

Personen im wahren Lichte erblicken, wird nicht in die Gefahr kommen, kluges Zögern mit Schwäche, schlaue Hinterhältigkeit mit Staatsweisheit, Charakterfestigkeit mit Fanatismus zu verwechseln. Jeder urkundlich gewonnene Beitrag zur Aufklärung jener Zeitverhältnisse bis in das Speziellste ist deshalb weit dankenswerther, als allgemeine Raisonnements, die so oft wieder durch neue Thatsachen erschüttert werden. Einen solchen Beitrag bietet die vorliegende Schrift. Im Ganzen ändert sich durch dieselbe allerdings nicht die gegenwärtig geltende Auffassung von jenem Zeitalter, vielmehr wird diese, wie sie für ganz Europa durch Ranke's und speziell für Schlesien durch Buttk'e's lichtvolle Darstellung festgestellt worden, allenthalben ohne des Verfassers Absicht bestätigt; aber in solcher Bestätigung liegt gerade der Werth von Monographien dieser Art, denen man dann gern die Mängel der Abfassung zu Gute hält, wenn sie nur gewissenhaft und unparteiisch berichten und dem allgemeinen Historiker ein brauchbares Material liefern.

Reichthum des Stoffes und Gewissenhaftigkeit in der Mittheilung sind dem vorliegenden Werke nicht abzusprechen; aber der Reichthum ist in unzähligen, geringfügigen Dingen so verschwenderisch, die Gewissenhaftigkeit so peinlich, daß es schwer wird, der Darstellung zu folgen. Deshalb glaube ich Manchem einen Dienst zu leisten, wenn ich den Inhalt zu skizziren versuche, bevor ich mich vollständiger über den Werth der Bearbeitung ausspreche.

Als Erzherzog Carl im Jahre 1608 die Regierung des Bisthums Breslau antrat, fand er die katholische Kirche Schlesiens, trotz den Bemühungen seiner nächsten Vorgänger, in sehr bedrängter Lage. In den Herzogthümern wie in den kaiserlichen Erblanden behauptete die Reformation entschieden die Oberhand; ja selbst in der bischöflichen Residenzstadt Neisse überwog bei Weitem die Zahl der Evangelischen. Während es dem älteren Bruder des Bischofs, dem Erzherzog Ferdinand, der nachmals Kaiser wurde und sich selbst mit Stolz „den Sohn der Jesuiten“ nannte, bereits gelungen war, den Protestantismus in Steiermark auszurotten, und so eben Maximilian von Baiern an der freien Reichsstadt Donauwörth zu Gunsten der katholischen Kirche Gewalt geübt hatte, war in Böhmen und den Nebenländern durch die Schwäche des Kaisers Rudolph der Protestantismus zur vollkommenen Herrschaft gelangt; so

daß der Katholicismus fast nur als geduldet erschien. Die Gefahren einer Gegenreformation, wie sie Erzherzog Ferdinand und Herzog Maximilian mit Glück und Entschiedenheit anstrebten, hatten in demselben Jahre, in welchem Erzherzog Carl das Bisthum antrat, die bewaffnete Union zum Schutze des Protestantismus veranlaßt und es zeigte sich bald, daß die böhmischen und schlesischen Protestanten in ein inniges Verhältniß zu derselben treten würden. Erzherzog Carl erscheint allerdings nach den Schilderungen, die seine Hofmeister von seinem Wesen und Charakter entworfen, damals noch nicht seinem wichtigen Berufe gewachsen. Obwol bereits im Alter von 18 Jahren, beging er noch Kindereien, haßte die Wissenschaften, sprach im Zorn mit Widerwillen von seinem geistlichen Amte, ohne Ehrerbietung von seinen Eltern; dabei war er jedoch listig wie ein Fuchs und es fehlte ihm nicht an erfahrenen Rathgebern. Seine ersten Regierungshandlungen mögen deshalb weniger ihm selbst, als seinem Oberhofmeister, dem Bischofe von Lavant, Georg Stobeuß, der ihn nach Schlessen begleitete, zuzurechnen sein; aber er war gelehrig genug, die Verhältnisse erfassen und die politischen Pflichten seiner Stellung üben zu lernen. Und er übte sie entschieden im Sinne der Gegenreformation, deren Durchführung das Haus Habsburg sich zur Aufgabe stellte.

Als Erzherzog Matthias im Jahre 1609 durch eine Gesandtschaft mit den schlesischen Fürsten und Ständen über die Absetzung des Kaisers, dessen Unentschlossenheit für die Pläne des Hauses Habsburg ein Hinderniß war, unterhandelte, ergriffen jene die Gelegenheit, von dem bedrängten Oberhaupte die Erledigung ihrer Beschwerden in geistlichen und weltlichen Sachen zu verlangen, und als ihre Bemühungen fruchtlos schienen, verweigerten sie ihm auf dem Fürstentage die Biergelber. Die bischöflichen Abgeordneten zu demselben hatten dagegen den Auftrag, gegen Alles, was für den Kaiser, das Bisthum und die katholische Kirche Befängliches beschloffen werden würde, sofort als null und nichtig zu protestiren. Die bischöfliche Regierung ließ erklären: sie fände nicht, daß die evangelischen Stände Grund hätten, gegen die katholische Kirche Klage zu führen; diese letztere vielmehr sei in Schlessen unterdrückt, indem katholische Priester verjagt, katholische Unterthanen zum Auszuge oder zur augsburgischen Confession genöthigt würden, und es sei nun an der Zeit, auch gegen die Katholiken Gerechtigkeit zu üben.



Verlezt mußte sich der Bischof allerdings fühlen durch die von den Ständen in ihren Beschwerden versuchte Auslegung des großen Landesprivilegiums, als ob nicht auch er, als schlesischer Landesfürst, das kaiserliche Oberamt verwalten dürfe, und er protestirte insbesondere gegen diesen Punkt. Aber sein Protest hatte zunächst keine Wirkung. Nachdem im Juni die evangelischen Stände Schlesiens mit den böhmischen eine Union zu gegenseitiger bewaffneter Hülfsleistung im Falle der Noth abgeschlossen, ertheilte Kaiser Rudolph im Juli den böhmischen, im August den schlesischen Ständen einen Majestätsbrief, durch welchen nicht bloß, wie in dem Augsburger Religionsfrieden vom Jahre 1555, den Ständen als solchen, sondern vielmehr jedem Einwohner, gleichviel ob im Gebiete eines weltlichen oder eines geistlichen Standes, die freie Ausübung der augsburgischen Confession gestattet wurde, so daß es nun nicht mehr dem Belieben des Landesherrn anheimgestellt war, welches der beiden Bekenntnisse er in seinem Gebiet dulden wollte. In einem zweiten Majestätsbriefe wurde den schlesischen Ständen außerdem bewilligt, daß das Oberamt nie dem Erzherzoge Carl als Bischofe, sondern dem Herzog Carl zu Münsterberg, und nach dessen Ableben immer nur einem weltlichen schlesischen Fürsten übertragen werden solle; ebenso daß nach dem Tode des Erzherzogs das Bisthum nur einem geborenen Schlesier oder Böhmen zu gewähren sei. Das letztere war ganz im Sinne des sogenannten Collovrath'schen Vertrages vom Jahre 1504, während das erste die Bestimmung des großen Landesprivilegiums von 1498 in gleicher Weise zum Nachtheil des Bisthums alterirte, wie die Verwilligung im Religionspunkt den Inhalt des Augsburger Religionsfriedens. Es war natürlich, daß der Bischof gegen beide den Schlesiern bewilligte Majestätsbriefe, als erschlichene Instrumente, entschieden protestirte, indem er die Hoffnung aussprach, der Kaiser werde nach besserer Information seine Erlasse bald wieder cassiren. Die Fürsten und Stände reprotestirten gegen des Bischofs „unverschuldete, unbefugte Protestation“ und beschloßen auf dem Fürstentage von 1610, bei welchem der Bischof nicht erschienen war, eine Deputation an denselben nach Ottmachau, welche mit dem Bedeuten, daß sie, die Stände, laut Inhalt der Majestätsbriefe ermächtigt seien, jede Widerseßlichkeit gegen dieselben als Friedensbruch zu bestrafen, eine categorische Erklärung von ihm fordern sollte, ob er sich

nach den Majestätsbriefen richten wollte oder nicht. Der Bischof ließ die Gesandten ohne Antwort und erklärte dann den Fürsten und Ständen, daß er sich erst entscheiden könne, wann er vom Kaiser in der Sache Resolution erhalten haben würde. Dieser aber gab den Fürsten und Ständen sein Mißfallen über die Uneinigkeit mit dem Bischofe zu erkennen und wünschte freundliches Verhalten mit seinem „fürstlichen geliebten Vetter“, als ob bei dem Widerstreben desselben gegen ein erklärtes Landesgesetz freundliches Verhalten zwischen beiden Parteien möglich gewesen wäre. In dieser Schwebe blieben die Majestätsbriefe die folgenden Jahre hindurch: der Bischof beharrte bei seinem Protest, die Stände unterhandelten mit ihm, bald mild, bald drohend, ohne etwas Entschiedenes zu wagen, der schwache und hinterhältige Kaiser dagegen that so, als ob er den Ständen mit dem bloßen Papiere genug gethan hätte. Die ohne Erfolg sich hinschleppenden Verhandlungen der Stände mit dem Bischofe bilden den unerquicklichen Inhalt der Geschichte bis zum Ausbruche des Jahres 1618; aber sie zeigen in fortschreitender Steigerung, in diesem beschränkteren Gebiete wie in den großen deutschen Verhältnissen die Unmöglichkeit einer Einigung und die Nothwendigkeit einer ungeheueren Krisis.

Die Geschichte der bischöflichen Residenzstadt Meisse in diesen Jahren bildet eine mit dem Verlaufe des Ganzen eng verflochtene, höchst anschauliche Episode. Hier war die Zahl der augsburgischen Confessionsverwandten bis zum Uebergewicht herangewachsen und doch besaßen sie von den vielen Kirchen- und Schulgebäuden der Stadt nicht ein einziges für ihren Gebrauch. Nach dem Erlasse des Majestätsbriefes blieben sie mit ihrer Forderung nicht zurück. Sie wendeten sich im Jahre 1610 an den Bischof, klagten über vielfältige Verletzung der Religionsfreiheit von Seiten der katholischen Geistlichkeit, besonders in Betreff der Verweigerung von feierlichen Begräbnissen und Hochzeiten, und baten, auf Grund des Majestätsbriefes, um die Erlaubniß, sich auf ihre Kosten eine Kirche und Schule bauen zu dürfen. Der Bischof beschränkte sich zunächst darauf, Formfehler auszufinden; er rügte es als „unordentlichen, weitaußsehenden und verweislichen Proceß“, daß die Bittsteller sich ohne Vorwissen des Magistrates an ihn gewendet, und trug diesem auf, sie deshalb zu vernehmen. Darauf reichten sie ein Gesuch um Fürsprache beim Magistrat ein, zugleich aber ein anderes bei den evangelischen Fürsten

und Ständen. Diese fertigten ihnen ein Intercessionsschreiben zu, worin sie dem Bischofe nicht bloß die Bestimmungen des Majestätsbriefes in Erinnerung brachten, sondern ihm begreiflich machen wollten, daß schon nach dem Naturrechte und der Billigkeit den ausbürgischen ConfeSSIONS-verwandten ihre Religionübung frei und unbeirrt gelassen werden müsse. Der Bischof gab zuerst keinen Bescheid; dann vermißte er in der ihm mitgetheilten Supplication an Fürsten und Stände die gesetzliche Unterschrift des Verfassers und ließ deshalb den Bittstellern ihr Gesuch mit Verweis zurückgeben. Auf die dringende Forderung der Fürsten und Stände, sich in Betreff der Meisser Angelegenheit bestimmt zu erklären, beklagte sich der Bischof gegen dieselben, daß sie seine Unterthanen zu „allerhand Ungehorsam, Aufstand und Widerwillen“ anreizten und sie in ihrem „unzeitigen, empörlischen Begehren“ unterstützten, „ihn dahin zu bewegen, daß er sein bischöfliches Amt mit Verletzung seines Gewissens einem fremden Hirten und Seelsorger abtreten und einräumen sollte“. Als die evangelischen Bürger, dem Auftrage der Fürsten und Stände gemäß, zur Vermeidung von Unordnungen einen Ausschuß aus sich gewählt, der alle betreffenden Geschäfte statt der Gesamtheit vornehmen sollte, und einige Mitglieder desselben an den Fürstentag zur Berichterstattung abgesendet hatten, nahm dies der Bischof sehr übel auf und erklärte den Fürsten und Ständen, er könne nicht glauben, daß der erlangte Majestätsbrief den Sinn haben sollte, „die Unterthanen wider ihre Obrigkeit zu verheßen“, sowie dem Oberamt Eingriffe in seine Jurisdiction zu gestatten. Die Fürsten und Stände antworteten darauf sehr scharf, verwiesen dem Bischof seine Weigerung, auf dem Fürstentage zu erscheinen, als Widerseßlichkeit gegen das Oberamt und droheten ihm schließlich mit Execution, wenn er die Meisser, die mit größter Bescheidenheit um ihre Fürsprache nachgesucht hätten, noch fernhin in der Ausübung ihres Rechtes hindere. Diesen selbst gaben sie Hoffnung, daß der Bischof sich nun fügen werde, ermahnten sie deshalb zu gebührender Bescheidenheit und schuldigem Gehorsam gegen ihren Landesherren. Sie gingen dabei von der irrigen Annahme aus, daß der Bischof sich durch Vorstellungen von seinem Unrecht überzeugen oder durch Drohungen einschüchtern lassen werde. Jenes widerstrebe der religiösen Ansicht, dieses dem Charakter des Bischofs, oder wenn man will, beides dem Princip und Wesen der katholischen



Kirche, als deren Vertreter der Bischof handelte, angeregt zugleich von dem Bewußtsein oder Instinct der traditionellen Bestimmung des habsburgischen Hauses. Er war schon nicht der Meinung, daß die Schlesiener als nicht zum deutschen Reiche gehörig, den Augsburger Religionsfrieden für sich in Anspruch nehmen dürften, und doch hätte ihn dieser in seinem Verfahren gegen die Meißner nicht hindern können; viel weniger war er geneigt, irgend etwas dem Majestätsbriefe oder gar dem Naturrechte gegen die Forderungen der alleinseigmachenden Kirche nachzugeben. Hier kam nun noch die Wahrung seiner landesherrlichen Rechte ins Spiel. Die Meißner wurden natürlich ungeduldig und der gemeine Mann ließ es an ungeziemenden Aeußerungen, Drohungen und lärmenden Zusammenkünften nicht fehlen. Darin sah die bischöfliche Regierung sofort „Luft zum Rebelliren“, ohne zu bedenken oder bedenken zu wollen, daß beharrlich verweigertes Recht zuletzt wirklich diese zur Folge haben muß. Aber sie war entschlossen zum Kampf. Der Bischof erklärte in seinem endlichen Bescheide auf das Gesuch der Meißner um Zulassung einer evangelischen Kirche und Schule in der Stadt, „daß er nun und zu ewigen Zeiten dergleichen Bitte nicht deferiren, darenin nicht verwilligen und dieselbe nicht stattfinden lassen könnte. Gegen die Anstifter von Unterredungen und Zusammenkünften ließ er Untersuchung einleiten und zwei Einwohner, weil sie den Evangelischen Bittschriften versetzt, des Landes verweisen. So hatte der Bischof unzweideutig seinen Willen ausgesprochen; auch die Fürsten und Stände hatten ihm nach ihrer letzten Drohung nichts weiter zu sagen, sie mußten nun handeln, wenn sie selbst Vertrauen zur Wirkung des Majestätsbriefes hatten. Indem sie dies unterließen und eine ernsthafte Entscheidung von einem Fürstentage zum andern verschoben, offenbarten sie nur ihre Schwäche und drängten ihre Meißner Glaubensgenossen zur Selbsthülfe.

In dieser Zeit gelangte Erzherzog Matthias, der durch Verrath an seinem Bruder dem Kaiser bereits seit 1608 König von Ungarn war, noch vor dem Tode desselben auch auf den Thron von Böhmen. Er beschwor in Böhmen und Schlesien die Majestätsbriefe; welche Aufrichtigkeit jedoch von ihm zu erwarten, das ließ sich aus seiner früheren Handlungsweise, sowie aus dem gewaltthätigen und schamlosen Versuche, kurz vor der Huldigung in Breslau den greisen Landeshauptmann einzuschüchtern,

deutlich erkennen. Zu dem bei der Huldigung abgehaltenen Fürstentage reichten die Reisser in ihrer Angelegenheit eine Bittschrift ein, gleichzeitig aber auch der Bischof dem Könige eine Denkschrift, worin er den Majestätsbrief — entschieden gegen den Wortlaut desselben — nicht zugleich auf Unterthanen jeder Kategorie bezogen wissen wollte und in wegwerfendem Tone von den Reisser-Evangelischen sprach. Hier wie in späteren Schreiben legte er höchst unkirchlich und wenig landesväterlich ein Gewicht darauf, daß ihre Großeltern und Vorfahren bisher ohne solche Kirchen hätte leben, handeln, wandeln und reich werden können und daß es denjenigen, die ihr Gewissen bewahren wollten, frei stünde, sich anderswohin zu begeben, da es ja noch viele hundert Städte in Schlesiens gäbe, wo sie ihren Gottesdienst ungehindert halten könnten; auch er wolle sein „zartes erzhertzogliches und chrisiliches Gewissen“ verwahren und wenigstens die Städte seines Bisthums vor den Prädikanten ungeirrt behalten. Doch verstand er sich, da der König ohne Entscheidung abreiste, zu einem Interims-Vergleich mit den Fürsten und Ständen, wonach den Evangelischen in Reisse vorläufig ihre Religionsübung nachgesehen wurde, ohne daß darin von Dessenlichkeit, Kirchen- und Schulbau die Rede war. Dieser Unbestimmtheit suchte ein Decret der Fürsten und Stände vom 25. April 1613, zugleich mit ausgefertigt von dem kaiserlichen Commissar, dem freigesinnten und milden Freiherrn Georg v. Schönau auf Bentzen, für die Folgezeit bis zu besserer Entscheidung, abzuheffen. Es wurde nämlich den Reisser-Evangelischen verstattet, sich außerhalb der Stadt und Vorstädte eine Kirche mit Begräbnißplatz zu errichten, zwei Seelforger zu berufen und in der Stadt eine Schule zu gründen. Da der Magistrat Anstand nahm, der Gemeinde einen Platz dazu nachzuweisen, so half diese sich selbst und richtete sich in dem Garten eines Bauern auf dem Kammergute Sentwiz ihren Gottesdienst ein: der berufene Prädikant, welcher nun hier vor Tausenden von Zuhörern predigte, war Peter Bohemus, ein bescheidener, zum Frieden und zur Ordnung geneigter Mann, während sein Gehülfe Jacob Feldner sich eher von seinem Eifer zu Unruhestörungen fortreißen ließ. Der Bischof war in dieser Zeit nach Grätz verreisct. Seine Commissarien protestirten gegen das Decret der Fürsten und Stände und forderten Einhalt, bis die von dem Kaiser Matthias zu erwartende Auslegung des Majestätsbriefes erschienen sei.

Die bischöfliche Regierung trug dem Magistrate auf, den beginnenden Kirchenbau und den Gottesdienst in Senkwiß möglichst zu hindern und den Bürgern, die den Prädikanten bei sich aufgenommen, Furcht einzujagen, indem sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht mächtig genug sei, auf andere Weise dem Uebel zu steuern. Auch der Kaiser befahl auf die Klage des Bischofs dem Oberamt, bis zu weiterer Entscheidung die Neuerungen in Reiffe abzustellen. Die Klagen der bischöflichen Regierung über verübte Gewaltthätigkeiten von Seiten der Evangelischen, Erbrechung eines Kirchhofes und tumultuarisches Zeichenbegängniß, fand das Oberamt nach sorgfältiger Untersuchung unbegründet, sah sich deshalb nicht veranlaßt, gegen die Gemeinde einzuschreiten. Der Bischof aber erließ nach seiner Rückkehr ein strenges Patent, das jedoch nicht zur Ausführung kam, worin er die Evangelischen wegen ihres Ungehorsams tadelte und ernstlich die Ausweisung des Prädikanten und seiner Gehülfsen befahl; in einem späteren Decrete an den Magistrat bezeichnete er die Mitglieder als „lose, meincidige Leute“, drohte der Stadt ihre Privilegien zu nehmen, ja er hatte sich gegen den Magistrat, der ein Gesuch der Gemeinde wegen Ankaufs eines Gartens und eines Hauses bei ihm befürwortete, verlauten lassen, man werde ihn durch weiteres Drängen bis zur Nache an Weib und Kindern treiben. Der Landeshauptmann, Herzog Carl zu Münsterberg, ermahnte die Reisser zur Ruhe und Geduld, dem Bischof aber sprach er, in seiner guten Meinung, freundlich zu Herzen, daß er doch nachgeben und dadurch alle Mißhelligkeiten und Zerrüttung beenden möge. Der Bischof dagegen wies abermals jede Einmischung in seine Landesregierung entschieden zurück und machte geltend, daß von langen Zeiten her jeder Fürst und Stand mit seinen Erbunterthanen in Glaubenssachen nach seinem Willen verfahren wäre. So stellte er sich nun selbst auf den Standpunkt des Augsburger Religionsfriedens, den er doch so wenig wie den Majestätbrief auf Schlesien angewendet wissen wollte. Von solchen Widersprüchen sind die Erlasse des Bischofs nicht frei; doch sind sie nur scheinbar, indem er sie, wie sich noch weiter zeigen wird, mit Bewußtsein anwendet, wo sie seinem Zwecke dienen. Um die Sache wirksamer zu betreiben, reiste er zu Anfang des Jahres 1614 selbst zum Kaiser und erlangte von diesem den verschärften Befehl an das Oberamt, die Reisser an weiterem Vorschreiten zu hindern,



zugleich an diese selbst die Weisung, daß sie nur seinen und des Bischofs Befehlen zu gehorchen hätten. Das bedeutete, streng genommen, soviel als Absetzung des Oberamtes; denn dieses war nicht bloß für die kaiserlichen Erblande in Schlesien, sondern für die ganze Provinz verordnet. Mindestens erniedrigte dadurch der Kaiser das Ansehen der von ihm selbst eingesetzten obersten Behörde. Das brachte die Herren des Oberamtes bei ihrer Abneigung, Gewalt zu gebrauchen, in nicht geringe Verlegenheit. Der Kanzler von Schönauß versuchte es nochmals mit freundlicher Zusprache an den Bischof, ermahnte ihn, um seiner eigenen Ehre und Wohlfahrt willen „nicht sogar eifrig zu sein“, damit er sich nicht die Liebe und Gunst des Volkes, der Fürsten und Stände verscherze; solche Gunst aber befördere nichts mehr, als wenn einer mit Sanftmuth und Geduld die Religion des Landes verträge, obgleich es nicht die seinige; denn es wäre eine Religion im Lande so ungeschaffen, wie sie wollte, so habe sie das Recht, unverachtet und ungedrückt zu sein. Diese Worte des Friedens und der Vernunft beachtete der Bischof so wenig, als die angebotene Vermittelung beim Kaiser und die vorgeschlagenen billigen Vergleichspunkte. Der Rath des Domkapitels, der sich entschieden gegen neue Zugeständnisse aussprach, fand willigere Aufnahme: je eifriger der Bischof in der Handhabung der katholischen Religion sein würde, meinten die Herren, desto mehr würde Gott ihn erhöhen; sobald er aber zu temporisiren anfinge, so würde Gott auch allgemach seinen Segen von ihm abwenden.

Endlich erschien von dem Kaiser die begehrte Erläuterung des Majestätsbriefes. Sie wurde an das Oberamt erlassen. Der Kaiser erkennt darin die Weigerung des Bischofs, dem Majestätsbriefe zu gehorchen, als gerechtfertigt an und fordert die Fürsten und Stände auf, denselben nicht zu drängen und seinen Unterthanen keinen Vorschub zu leisten. Diese Erläuterung stellte den Majestätsbrief dem Augsburger Religionsfrieden in dem wesentlichen Punkte ganz gleich. Die Reisser wurden natürlich immer ungeduldiger, so daß es dem Bischofe, der keine billige Rücksicht walten ließ, an Grund zu wiederholten Klagen nicht fehlen konnte. Die Erbitterung griff, wie er an das Oberamt berichtete, schon die Schuljugend an, indem die Knaben einander auf der Straße Kexer und Papisten schimpften. Den Abgeordneten der Fürsten und Stände, die ihn im

Mai 1615 auf dem Dome zu Breslau um Geduld mit den Meissern, insbesondere um Zulassung der Hochzeit des Prädikanten in der Stadt baten und sich dabei wieder auf den Majestätsbrief beriefen, gab er ablehnend zur Antwort: er nähme den Majestätsbrief in dem, was ihm zu Statten komme, an; was ihm zuwider liefe, dem hätte er nie deferiren können; auch glaube er, daß es dem Lande viel rühmlicher sei, wenn Fürsten und Stände vielmehr mit ihm gutes Vernehmen hielten, als mit „dem Haufen geringer Leute und dem Pöbel zu Meisse.“ Gegen solchen Hohn gab es nur noch ein Mittel, nämlich Gewalt; Fürsten und Stände begnügten sich jedoch mit wirkungslosen Protestationen. Anders meinte der verachtete Meisser „Pöbel“. Das Gotteshaus in Senkwiß, dürftig aufgerichtet, versiel, Kinder, die im Winter den weiten Weg zur Taufe getragen werden mußten, waren erfroren, die lang genährte Hoffnung auf eine Kirche in der Stadt zu Schanden geworden. Wen darf es wundern, daß der Unwille zum Ausbruch kam? Am 27. Februar 1616 riß das Volk die sogenannte Kirche zu Senkwiß ein und brachte im Triumph die Kirchengeschäften in die Stadt, um in dem Schulhause Gottesdienst zu halten. Der evangelische Ausschuss und der Prädikant waren damit einverstanden; nur der Gehülfe desselben erklärte sich bereit zur Abhaltung des Gottesdienstes. Die bischöfliche Regierung wendete sich in Abwesenheit des Bischofs, der nach Warschau zum königlichen Kindtaufen gereist war, an das Oberamt. Herzog Carl untersagte sofort den Gottesdienst und forderte einen Theil des Ausschusses sammt dem Prädikantengehülfen zur Verantwortung nach Dels. Trotzdem predigte diejer vor seiner Abreise am Sonntag Oculi in einem von der Gemeinde kurz vorher erkauften Hofe der Altstadt. Zugleich hatten sie daselbst auf freiem Plaze eine Säule aufgerichtet, deren Inschrift Bezug nahm auf die Gewährung der beiden Kaiser Rudolph und Matthias im Majestätsbriefe. Tumultuarische Auftritte wiederholten sich am Sonntag Lätare, in den folgenden Tagen legte man Hand an den Ausbau des Ortes. Nun hielt es der Fürstentag an der Zeit, den böhmischen Ständen von der Sachlage Bericht abzustatten. Durch einen anderen Umstand wurde die Aufregung in Meisse noch größer. Der Bischof hatte nämlich, um die Zahl der evangelischen Bürger zu beschränken, oder wie er sich in dem Erlaß von 1609 ausdrückt: „damit zu mehrerer Versiche-

rung richtige Leute in den Städten aufgenommen, die mit den andern in geistlichen und weltlichen Sachen einig lebten, Frieden und gute Ordnung gepflanzt und erhalten würden," die Ertheilung des Bürgerrechtes zuerst von seiner Entscheidung abhängig gemacht, dann bis auf Weiteres gänzlich sistirt. Darüber erhob sich ein Aufstand der Züchnergessellen, zu denen sich noch die Schuster und Kürschner schlugen: sie wollten für sich mit Gewalt das Meister- und Bürgerrecht erzwingen. In Folge davon erschien ein strenges kaiserliches Decret, worin den Meissern Verachtung der ordentlichen Obrigkeit, Verhöhnung ihres Ungehorsams durch die Religionsache, Verhöhnung der Fürsten und Stände gegen den Bischof schuld gegeben und bei Verlust von Leib, Ehre und Gut anbefohlen wurde, sich mit dem von dem Bischof Vergönnten zu begnügen, alle Neunigkeiten und Attentate, wie Aufrichtung von Kirche und Schule, alsbald abzustellen und den Prädikanten und dem Schulmeister ferner keinen Aufenthalt zu gestatten. Als nun der Bischof dem Prädikanten Peter Bohemus befahl, alsbald sowol die Stadt als Sentwitz zu verlassen, erklärte dieser, er könne dies ohne Vorwissen des Oberamtes nicht thun, und als der Magistrat auf Befehl des Bischofs die Gemeinde zu einer bestimmten Erklärung aufforderte, ob sie des Kaisers Befehlen gehorchen wollte, gab sie zur Antwort, sie wolle dem Bischof allen schuldigen Gehorsam leisten, nur in Sachen des Gewissens würde sie an dem von den Fürsten und Ständen im Jahre 1613 ihnen verliehenen Decrete festhalten.

In denselben Tagen ließ der Bischof zwei von den nach Dels vor das Oberamt geladenen Ausschussmitgliedern bei ihrer Rückreise auf der Landstraße aufgreifen, auf dem Schlosse Johannesberg einkerkern und in der Stille den einen davon, den Züchnermeister Hans Buchs, enthaupten. Die Verwendung des Herzogs Carl in dieser Sache war fruchtlos. Der Bischof entschuldigte auf dem Fürstentage sein Verfahren damit, daß die Gefangenen nicht der Religion wegen, sondern wegen politischer Verbrechen, nämlich wegen des Versuches, ihn zu überfallen, sich der Stadt zu bemächtigen und die Katholischen auszurotteten, — Attentate, die Niemanden glaublich erschienen — eingezogen und bestraft worden wären. Weitere Verhandlungen mit dem Bischof, den Meissern wenigstens den Gottesdienst in Sentwitz zu retten, schlugen gänzlich fehl. So fasten die Fürsten und Stände unter dem Eindruck der blutigen That, die erst hier aus des



Bischofs Munde bekannt wurde, über solch heimliches Criminalverfahren bestürzt, am 27. November den Beschluß, so lange bis man sähe, wie diese Religionsache weiter verlaufen werde, dem Kaiser die Contributionen und Biergelder vorzuenthalten. Sie erkannten sehr wohl, daß der Bischof nicht ohne Billigung des Kaisers handelte. Von diesem und dem Cardinal Klesel hatte er zwar den Rath erhalten, zu gültlichem Vergleiche die Hand zu bieten, ohne sich etwas zu vergeben, aber die kaiserlichen Rätthe hatten ihm zugleich den Wunsch eröffnet, er möchte die Sache, ohne Instruction vom kaiserlichen Hofe, selbst zu Ende bringen; denn „Was zu thun, wird bedacht, was gethan, wird geacht“: wenn er anfrage, müsse die kaiserliche Regierung ihrer Reputation wegen freilich zu glimpflichen Vergleichsmitteln rathe, „weil die höchste Obrigkeit, welche weiter zu sehen hätte, niemals zu extremen Maßregeln ausdrücklichen Anlaß geben dürfe, obwol sie dieselben nach geschehener That nicht mißbilligen könnte.“ Man sieht, die Rätthe hatten ihren Macchiavelli studirt.

Noch in anderer Beziehung stößte des Bischofs Handlungsweise den Fürsten und Ständen die größte Besorgniß ein, und sie nahmen in ihrem Verweigerungsbeschlusse gegen den Kaiser besonderen Bezug darauf. König Sigismund von Polen hatte nämlich dem Bischofe, seinem Schwager, für den Fall der Noth Hülfe zugesagt und kündigte dies den Ständen in einem Drohbrieфе an. Der Fürstentag wies solche Einmischung in die schlesischen Verhältnisse mit Entschiedenheit zurück. Auch der Kaiser verbat sich beim Könige dessen Eingreifen in die schlesische Religionsache und tadelte den Bischof wegen solcher Hülfsnahme. Dieser fühlte dadurch sein „aufrechtes, deutsch erzherzogliches Gemüth“ außerordentlich verletzt; er erklärte dem Kaiser in seiner Rechtfertigung, daß es ihm nicht zugemessen werden könne, wenn zur Rettung seines Leibes und Lebens die Blutsverwandten sich seiner annähmen. Er war aber keineswegs so unschuldig in der Sache; denn es wurde nach dem Böhmischem Aufstande ein Brief von ihm aufgefangen, worin er den polnischen König zum Einschreiten gegen die schlesischen Rebellen aufforderte, indem er ihm vorhielt, daß das Bisthum Breslau von Alters her unter das Erzbisthum Gnesen gehöre, deßhalb auf den Schutz des Königs gegründeten Anspruch habe.

Nach dem Tode des Herzogs Carl von Münsterberg im Jahre 1617

ging die Landeshauptmannschaft für wenige Monate auf den katholisch gewordenen Herzog Adam Wenzel von Teschen über; dann auf den Herzog Johann Christian von Brieg, doch mit dem Befehle vom Kaiser, daß er keine Beschwerden der Meisser mehr annehme, sondern sie stets an den Bischof verweise. In demselben Jahre wurde auf Begehren des Kaisers Erzherzog Ferdinand von Steiermark, des Bischofs Bruder, den die böhmischen Stände bereits zu ihrem Könige erwählt hatten, auch von dem schlesischen Fürstentage zum obersten Herzoge angenommen, nachdem der Kaiser darein gewilligt, daß die Schlesier nicht eher zum Gehorsam verbunden seien, bevor nicht der Gewählte ihre Privilegien bestätigt habe. Nun wurde beschlossen, dem Kaiser die Contributionen wieder zu liefern.

Da erfolgte im Jahre 1618 der Prager Aufstand. Gemäß der mit Böhmen abgeschlossenen Union warben die schlesischen Fürsten und Stände Kriegsvolk; doch benahmen sie sich auch jetzt noch mit Mäßigung und Rückhaltung. Als die Meisser im folgenden Jahre Klagen führten, daß der Bischof nur gegen Vorweisung eines Beichtzettels das Bürgerrecht ertheile, und dann das dringende Gejuch einreichten, ihnen nun eine Kirche in der Stadt einräumen zu lassen oder ihnen den Bau einer neuen innerhalb der Stadtmauern zu gewähren, wurden sie von den Fürsten und Ständen abermals zur Geduld ermahnt. Indes hatten die Verhältnisse sich doch sichtbar geändert. Der Bischof zeigte sich wieder zu Unterhandlungen geneigt; die beabsichtigte Einführung des Jesuitenordens wurde durch ein oberamtliches Patent vorläufig verhindert; die evangelischen Stände von Böhmen, Schlessien, Mähren und Lausitz schlossen zum Schutze ihrer Privilegien eine Conföderation in 100 Artikeln ab, unter deren Bestimmungen auch diese war, daß zur Würde des Landeshauptmanns und zu Hauptleuten in den Erbfürstenthümern, sowie zu Bürgermeistern in den Städten nur Evangelische gewählt werden dürften. Als aber nach dem Tode des Kaisers Matthias, trotz der Protestation der Böhmischn Stände, Ferdinand von Steiermark im Jahre 1619 zum Kaiser gewählt worden war, entsetzten ihn diese des Böhmischn Thrones und wählten sich das Haupt der deutschen Union, den Churfürsten Friedrich von der Pfalz, zum Könige. Nun wandte sich der Bischof, dessen Stil durch die Ereignisse sich plötzlich milderte, im Auftrage des Kaisers freundschaftlich abmahnend, an die Hauptleute der Erbfürstenthümer in

Schlesien, damit diese nicht auch abfielen, führte ihnen die Wohlthaten des Hauses Habsburg gegen Schlesien zu Gemüthe, hob des Kaisers „aufrechte deutsche Gutwilligkeit ohne Falsch und List“ hervor und getröstete sie, daß aller Zwiespalt durch Vermittlung der Churfürsten noch beigelegt und verglichen werden könne. Die schlesischen Stände wußten sich aber so wenig der Wohlthaten des Kaiserhauses zu rühmen, als sie Vertrauen hatten zu der unverfälschten Gutwilligkeit Ferdinand des Zweiten, der seine Freude nicht verhehlt hatte, daß der böhmische Aufstand die passende Gelegenheit böte, der keßerischen Auflehnung nicht bloß in Böhmen, sondern in ganz Deutschland mit Einem Schlage ein Ende zu machen. Als jedoch seine Ermahnungen nichts fruchteten und seine eigenen Unterthanen, aufgeregt durch jenes aufgefangene Schreiben an den polnischen König, höchst schwierig wurden, entwich der Bischof sammt seinem Gaste, dem Prinzen Wladislaus von Polen, aus seiner Residenz nach Warschau.

Die Ereignisse hatten nun einen raschen Fortgang. In Schlesien wurden, nach dem Beispiele Böhmens, Defensionen verordnet, der eifrige Markgraf Johann Georg von Jägerndorf zum General-Feldobersten bestellt, nach Meisse und in das bischöfliche Residenzschloß eine ständische Besatzung gelegt, die Domherren und die katholische Geistlichkeit in Breslau auf die Conföderation vereidet, auch der landesflüchtige Bischof zur Eidesleistung aufgefordert. Fürst Carl von Lichtenstein und der Freiherr Carl Hannibal zu Dohna auf Wartenberg, welche den Beitritt zur Conföderation verweigerten, wurden im folgenden Jahre ihrer Güter in Schlesien verlustig erklärt, das Urtheil gegen den Bischof war noch ausgesetzt, die Verwaltung der Bischofthumsgüter jedoch dem Capitel übertragen und ein Theil der Einkünfte zur Verwendung für die Landesdefension bestimmt. Das geschah, nachdem bereits König Friedrich von Böhmen in Breslau die Huldigung der schlesischen Stände angenommen hatte. Die Ordnung des Religionswesens überließ dieser allein den Fürsten und Ständen. Nun endlich wurde dem Begehren der Meisser Evangelischen gewillfahrt. Da sie aber vor Erledigung der Sache sich ungeduldig und auffällig bezeigten, so wurden sie von dem Oberamt aufs Ernstlichste verwahrt und ihnen bemerkt gemacht, „daß die Gewissensfreiheit und die Religionsübung keineswegs in der eigenmächtigen Licenz bestünde, Alles nach eigenem Sinne und was einem Jeden nur recht dünkte, mit Hinten-



anstellung aller Obrigkeit und christlichen Ordnung zu verüben, und daß zu dieser Zeit so wenig als zuvor die so theuer erlangte Freiheit zu allerlei Privatpassionen und eingeübtem Muthwillen zu mißbrauchen freigelassen wäre.“ Die bischöflichen Administratoren verwarnten auch ihrerseits die Katholiken, sich aller Schmähreden gegen die Evangelischen zu enthalten. Den 1. April 1620 wurde diesen die Kirche Maria in rosas in der Altstadt und ein großes Haus und umfangreicher Platz hart am Ringe eingeräumt. Die noch anstehende Veränderung des Stadtrathes im Sinne der Conföderationsartikel kam nicht mehr zur Ausführung.

Natürlich protestirte der Bischof, durch die Zustimmung des Königs von Polen unterstützt, von Warschau aus gegen alle diese Maßregeln. Und bald wurde seine Beharrlichkeit durch den für die protestantische Sache so unglücklichen Gang der Ereignisse belohnt. Die Schlacht am weißen Berge vernichtete plötzlich alle Hoffnungen der protestantischen Partei. Die Conföderation löste sich auf; an den Führern der böhmischen Stände wurde blutige Rache geübt. Schlessen entging diesem Schicksal, indem es durch bereitwilligen Abschluß des sogenannten sächsischen Accordes im Jahre 1621 unter den Gehorsam des Kaisers zurückkehrte und dadurch von demselben Gnade und Verzeihung, ja sogar, freilich wirkungslos, die Bestätigung des Majestätsbriefes erlangte. Nur der Markgraf von Sägerndorf wurde davon ausgeschlossen. Dieser forderte vergebens die schlesischen Fürsten zu fortgesetztem Widerstande auf, warf sich dann mit seinem Trupp nach Neisse, brandschakte die katholischen Bürger und bischöflichen Rätthe, mußte jedoch nach drei Monaten die Stadt wieder verlassen und schlug sich nach Ungarn durch. Bald nach dem Abzuge des Markgrafen kehrte der Bischof in seine Residenz Neisse zurück. Alle Neuerungen seit der böhmischen Erhebung wurden abgethan und die Fürsten und Stände mußten, trotz des Majestätsbriefes, durch Abordnung von Commissionen selbst dazu mitwirken. Der Neisser Gemeinde wurden die Schlüssel zur Kirche und Schule wieder abgenommen, die evangelischen Bürger zum Ersatz der von den Katholiken an den Markgrafen gezahlten Contributionen genöthigt. Man muß gestehen, es war Mäßigung genug, daß der Bischof, bei so veränderter Sachlage der Gemeinde noch den Gottesdienst in Senkwiß und die frühere Schule in der Stadt vergönnte.

Der Bischof that nun rasch hinter einander alle Schritte, um die katholische Kirche in seinem Lande, besonders in seiner Residenzstadt, fest zu begründen und das Aufkommen des Protestantismus unmöglich zu machen. Am folgereichsten war die Einführung des Jesuitenordens im Jahre 1623. Das Urtheil der Fürsten und Stände über denselben in ihrem Verbot von 1619 und das ungemessene Lob, welches ihm nun der Bischof in seinem Stiftungsbriefe spendet, zeichnen im schärfsten Gegensatz die Verschiedenheit des Standpunktes und die veränderte Sachlage. Sene sprachen die Hoffnung aus, auch die katholischen Stände und Einwohner, die zum Frieden geneigt seien, würden finden, daß für die Erhaltung der Ruhe und des Friedens nichts dienlicher sei, „als sich soviel möglich derjenigen schädlichen Practiken und friedhässigen Anschläge zu entledigen, durch welche alle wohl gefassten Ordnungen, Bande und Nerven aller getreuen Verwandtniß und guten Vernehmens, sowol zwischen Obrigkeiten und Unterthanen als auch zwischen den friedsamem, ruhigen katholischen und evangelischen Ständen, ja das genaueste Band der menschlichen Gesellschaft, welches in Haltung des Wortes und Vertrages bestünde, in allen Landen zerrüttet, durchlöchert und zertrennt worden wäre.“ Der Bischof dagegen erklärt: „nicht bloß um die durch die Unbill der Zeiten vernichtete Frömmigkeit zu erwecken, die durch die täglich wachsende Bosheit der Menschen höchst gedrückte katholische Religion zu befreien, sondern auch um die herrlichen Studien der guten Wissenschaften zu pflegen und die alte Ordnung des Staates (nach Vertreibung der Ketzereien dieser Zeit) zurückzuführen“, habe er den Beschluß gefaßt, „ein Collegium für die Gesellschaft Jesu als ein wahres Muster und Spiegelbild der katholischen Religion in jener alten Vollkommenheit und Frömmigkeit anzuordnen, — damit so mit Hülfe des löblichen Institutes der Gesellschaft Jesu (welche durch eine besondere Wohlthat Gottes zur Vernichtung der Ungeheuer so vieler Secten dieser Zeit als ein stets bereites Gegengift hervorgerufen ist) das tiefgewurzelte Uebel der Verderbniß der Religion und der Sitten der Jugend ausgerissen und völlig entwurzelt werden könne“. Hauptgegenstand der Gründung war eine großartige Lehranstalt zur Ausbildung von Geistlichen und Lehrern, also eine Art von Gymnasium sammt Universität, wodurch das bisher bestandene Pfarrkirchen-Gymnasium, damals, wie scheint, die einzige höhere katholische

lische Schule gegenüber den vielen Unterrichtsanstalten der Katholiken, sowie das damit verbundene Clerical-Seminar mehr und mehr Einbuße erlitten und verfielen. Auch die Katechese in den niederen deutschen Schulen der Stadt erhielten die Jesuiten-Patres. Der Bischof stattete die neue Gründung aus eigenen Mitteln aus Reichste an Raum, Kirchen, Vorwerken und Herrschaften aus. Das Kreuzstift auf dem Salzringe mußte auf bischöflichen Befehl seine Gebäude dem Orden überlassen und sich lange Zeit anderswo höchst ärmlich behelfen. Aus den großen Opfern, die der Bischof brachte, wie aus der ganzen Behandlung der Sache geht hervor, wie sehr ihm das Institut am Herzen lag. Verb genug, aber nicht eben christlich mild, spricht sich sein Eifer am Schluß der Stiftungs-urkunde aus, der gegen alle diejenigen, auch seine Nachfolger, gerichtet ist, die je seine Stiftung verletzen sollten: „Wer anders thun wird,“ heißt es darin, „dem wünschen wir als einem Kirchenräuber die Ungnade und den Fluch des allmächtigen Gottes und die Gewährung der härtesten Strafe in dieser und der künftigen Welt.“ Die Pfarrgeistlichkeit so wenig als der Magistrat waren über die Ankunft des Ordens erfreut, besonders jene nicht, da die Patres sich vielfache Eingriffe in die Amtverrichtungen derselben erlaubten. Unter der folgenden Regierung wuchs sowol durch reiche Vermächtnisse der Besitz, als durch bischöfliche Zulassung die Machtvollkommenheit des Ordens. Selbst die Stadt konnte dann nicht umhin, mit dem Bischofe und dem Kaiser in der Bereicherung des Ordens zu wetteifern: so befreite sie im Jahre 1647 die Jesuitenhäuser von allen Abgaben und nahm sie auf sich selbst.

Nachdem Bischof Carl auf solche Weise den besten Grund gelegt hatte, verfügte er Maßregeln, durch welche es ihm allmählich gelingen mußte, dem Protestantismus unter den Bürgern ein Ende zu machen. Den Schwachen und Bereitwilligen hatte er schon im Jahre 1614 einen leichteren Weg zur Bekehrung eröffnet, indem er sich vom Papste die Erlaubniß auf fünf Jahre ausbat, zum Heile der Seelen alle Weichenden von der Ketzerei loszusprechen; nun verfügte er für das Jahr 1624, daß an der Feier des Frohnleichnamsfestes sich alle Zunftgenossen ohne Unterschied der Religion betheiligten; endlich in demselben Jahr befahl ein bischöfliches Decret, daß kein Andersgläubiger zum Bürgerrecht und zum Ehebündniß zugelassen werden sollte. Das war wohl die entscheidendste Maßregel.



Zu Folge derselben wanderten viele reiche Bürger, meistens Kaufleute und Züchner, — die Fleischerzunft dagegen hatte niemals Häretiker — aus Stadt und Landesgebiet aus.

Als bald darauf der Bischof, auf die dringenden Bitten des Königs von Spanien, dahin abreiste, um die Stelle des Vicekönigs von Portugal zu übernehmen, machte er in einem sehr gemessenen Abschiedsschreiben gewissermaßen die Fürsten und Stände für die Ruhe seines Landes verantwortlich, worauf diese — wie rasch hatten die Verhältnisse sich geändert! — äußerst ergeben, theilweis bittflehend antworteten. Doch bald nach seiner Ankunft in Madrid erkrankte der Bischof und starb den 28. December 1624 in dem Alter von 34 Jahren. Sein Leichnam wurde im Escorial beigesetzt, sein Herz, der eigenen Verfügung gemäß, nach Meisse gebracht und in der Jesuitenkirche in feierliche Verwahrung genommen. Ein Urtheil über den Charakter dieses Kirchenfürsten läßt sich darum nicht mit völliger Bestimmtheit geben, weil nicht hinreichend bekannt ist, inwiefern und wie lange vom Beginn seiner Regierung an seine Hofmeister und beigeordneten Rathgeber statt seiner regierten. War der junge Bischof wirklich so kindischen Sinnes, wie seine Hofmeister klagten, so müßte man Anstand nehmen, ihn selbst für die Gesamtheit seiner Regierungshandlungen verantwortlich zu machen. Dem widerspricht aber die unleugbare Consequenz derselben; es läßt sich also nur annehmen, daß der Bischof rasch zum Bewußtsein seiner Stellung kam und seine Jugendthorheiten ablegte. Auch die Studien muß er doch mehr achten gelernt haben, als es zu Anfang schien; genügender Beweis dafür die Hingebung, mit welcher er seine Jesuitenstiftung begründete und pflegte. Fürstlicher Hofhalt, Jagdlust, Fischfang und ähnliche Ergößungen gehörten zur Ausstattung eines regierenden Herren; eine besondere tadelnswürdige Neigung dafür tritt nicht hervor. In Bezug auf die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten erscheint der Bischof als ein Kirchenfürst, der überzeugt von seiner Pflicht, die alleinseligmachende Kirche in ihre alten, auch die bürgerlichen Verhältnisse umfassenden Rechte wieder einzusetzen, mit Entschiedenheit und Strenge, so weit die Umstände es gestatteten, den Protestantismus einzuschränken und zu vernichten suchte, ohne daß ihm dabei absichtliche Härte zur Last gelegt werden dürfte. Weniger ist er freizusprechen von einem gewissen hochfahrenden Wesen, das nicht selten

aus seinen Erlassen an die Bürgerschaft, sowie an die Fürsten und Stände hervorblickt; ebenso wenig von der täuschenden Anwendung gewisser Redefloskeln, besonders da, wo er sich auf sein echt deutsches, aufrichtiges Herz und Gemüth beruft. Ein gerader, schlichter, echt deutscher Charakter war er so wenig als sein kaiserlicher Bruder und sein Vetter Kaiser Matthias.

Die Geschichte der folgenden Regierung ist kürzer zu fassen: obwohl sie beinahe noch einmal so lange als die vorige dauerte, zeigt sie doch nur das unaufhaltsame Fortschreiten nach dem Ziele und auf den Grundlagen, die bereits von Erzherzog Carl festgestellt waren. Dieser selbst schon hatte sich den Prinzen Carl Ferdinand, den Sohn seiner Schwester und des Königs von Polen, zum Coadjutor und Nachfolger erlesen, und das Domcapitel genehmigte die Wahl unter gewissen Bedingungen, wodurch die Rechte des Bisthums gegen Polen gewahrt wurden<sup>1)</sup>. Davon, daß die

<sup>1)</sup> Nicht uninteressant ist was über diese Wahl ein Pole, Stephan Pac, berichtet, dessen Tagebuch über die Reise Wladislaw IV. von Polen nach dem Abendlande, Dr. J. K. Plebański kürzlich aus der in der Berliner Bibliothek befindlichen Handschrift unter dem Titel: *Obraz dworów europejskich na początku 17 wieku*, Wroclaw 1854 herausgegeben hat. Pac, der mit dem Prinzen auf der Rückreise nach Polen am 26. April 1623 nach Meisse gekommen war, schreibt unter dem 28. d. M.:

„Es kam die Nachricht nach Meisse, daß das Capitel von Breslau nach langen Streitigkeiten doch endlich den Prinzen Carl einstimmig zum Bisthose gewählt habe, nach dem es eingesehen hatte, daß die Wahl eines andern als des Prinzen nicht nur dem Bisthum, sondern auch dem ganzen Lande Schlessen zu großem Nachtheile gereichen würde, da sich schon nicht kleine Haufen unsrer Kosacken, die sich Bisowezsker nennen, an der Gränze sammelten, und der gleichzeitige Aufenthalt des Prinzen Wladyslaw in Meisse sie nicht erfreute. Auch hörte man, daß das Capitel zu dem letztern nach Meisse Abgeordnete gesendet, um dem Prinzen die Wahl anzuzeigen, und ihn zu bitten, daß er durch seine Autorität den Einsall jener unsrer schon an der Gränze versammelten Leute verhindere, vor dem sie sich auf das äußerste fürchteten. Das war uns eine sehr angenehme Neuigkeit, denn da wir wußten, was sie dem Könige geantwortet hatten, und daß die Summe ihrer Botschaft an den Kaiser und Papst gewesen war, sie würden sich für ihr Recht und ihre freie Wahl auf Tod und Leben widersetzen, so hatten wir es bei Leibe nicht erwartet, daß die Herrn so schnell von ihren früheren Vorsätzen abfallen würden. Aber der Herrgott, der so gnädig ist, Seiner Majestät unserm Herrn in allen Dingen seine besondere Protection und seinen Segen zu Theil werden zu lassen, hat ihm und seiner Nachkommenschaft auch in dieser Angelegenheit nicht fehlen wollen.“

Die Bisowezsker sind dieselben Kosacken, von welchen schon 1618 das fürstl. Selenische Votum sagte: „sie verschonetet weder Vater noch Mutter“ (s. p. 25); eine Charakteristik, welche sich bei ihren Einsällen in Schlessen 1618 — 20 allerdings vollkommen bestätigte.

Wahl des Ausländers gegen den Majestätsbrief versieß, war nicht die Rede; auch scheinen die Fürsten und Stände sich wenig um die Sache gekümmert zu haben. Das Alter des Prinzen, der erst elf Jahre zählte, versieß ebenso gegen die Tridentiner Beschlüsse; aber Papst Urban VIII. gab seinen Dispens. So geschah die Regierung des Bisthums fast nur durch Administration, da der Bischof, auch nachdem er mündig geworden, sich meistens in Polen aufhielt und seine Herrschaft und Unterthanen fast nur besuchsweise sah. Als Administratoren wirkten der Domherr Freiherr Joh. Friedr. v. Breiner, der sich besonders bei der Katholisirung des Landes thätig bewies, dann seit 1635 über den Tod des Bischofs hinaus der Weihbischof Joh. Balth. Piesch v. Hornau; er war der eigentliche Bischof des Landes, während sein Herr und Gebieter sich mit dem Namen und den Einkünften der bischöflichen Würde begnügte.

In kirchlicher Beziehung zielte nun Alles auf die Herstellung der Glaubenseinheit und Beseitigung des akatholischen Cultus ab: im ganzen Fürstenthum Meisse wurde in Kurzem die evangelische Lehre verdrängt und abgeschafft. Selbst die Stadtapothek wurde im Jahre 1627 auf Befehl der Regierung binnen vierzehn Tagen statt des evangelischen Provisors einen katholischen annehmen; in derselben Zeit wurden harte Executionsverfügungen gegen die wenigen Grundbesitzer, die noch nicht übertreten waren, erlassen und mit Strenge ausgeführt. Besonders nachdrücklich war das Verfahren zur Ausrottung der evangelischen Religion im Fürstenthum Grottkau, dessen kirchliche Zustände von Bischof Carl noch wenig beachtet worden waren. Die evangelischen Landstände des Fürstenthums wurden im Anfang des Jahres 1628 vor die bischöfliche Regierung geladen, um sich über ihre Patronatsrechte auszuweisen: diese wurden ihnen, gegen alle Protestation, widerrechtlich bestritten, die Kirchenschlüssel abgefordert und sie selbst so lange in Haft gehalten, bis sie dieselben ausgeliefert. Die Kirchen und Schulen wurden sofort den Katholiken übergeben, die Fürsprache der Fürsten und Stände von der Regierung mit Hohn zurückgewiesen. Der Bischof für seine Person entschuldigte sich sehr höflich mit dem besonderen Befehle des Kaisers, dessen Ausbändigung jedoch die Betheiligten nicht erlangen konnten. Im folgenden Jahre mußte dann auch die Meisser Gemeinde ihren Gottesdienst in Senkwiß einstellen. So war die öffentliche Religionsübung der augsb-



burgischen Confession innerhalb der bischöflichen Lande völlig abgethan. Im Jahre 1638 erschienen noch mehrere Verordnungen, durch welche auch die Privat-Existenz dieses Bekenntnisses unmöglich gemacht wurde: Mündel durften nur bei katholischen Familien untergebracht, keinem Unkatholischen ein Kauf oder Aufbau gestattet werden; alle Jahre sollten die Beichtzettel eingefordert, die noch nicht zum katholischen Glauben zurückgetretenen Personen zu diesem Schritte väterlich ermahnt werden; der Vertrieb keßerischer Bücher wurde bei hoher Strafe verboten. Gesah das Alles gegen die Majestätsbriefe, gegen den sächsischen Accord, gegen Recht und Billigkeit, so darf auch nicht verschwiegen werden, daß allein auf solche Weise die Bewohner des Fürstenthums Meisse den Gräuelsenen der Lichtenstein'schen Seligmacher entgingen. Kriegsenoth und Pest brachten trotzdem große Leiden über Stadt und Land. Im Jahre 1632 rückten die Sachsen und Dänen unter dem Feldmarschall v. Arnim und dem Fürsten Ulrich v. Holstein ein, wurden jedoch von den Kaiserlichen zum Abzuge genöthigt. Als jene wieder heranrückten, brannten diese zur Abwehr einen Theil der Altstadt und die Vorwerke derselben nieder. Die Stadt litt auf diese Weise furchtbar durch Freund und Feind. Im Jahre 1639 rückten die Schweden heran; noch retteten die Bürger Haus und Herd durch tapfere Abwehr. Im Juni 1642 jedoch gelang es den Torstenson'schen Truppen nach zehntägiger Belagerung, sich der Stadt zu bemächtigen. Wiederum ein großer Theil der Altstadt wurde ein Raub der Flammen. Als kaiserliche Truppen zum Entsatz herannahen, zogen die Schweden, nachdem sie alle Thürme und Thore an den Stadtmauern angezündet, in der Richtung nach Norden wieder ab. Ein plötzlich eintretender starker Regen bewahrte die Stadt vor gänzlicher Eindscherung. Durch die von dem Feinde erpreßten Contributionen gerieth sie für lange Zeit in sehr bedrängte Lage. Da die volle Summe nicht hatte erlegt werden können, so schleppten die Schweden den Bürgermeister mit zwei Rathsherren, auch den Pfarrer Sebastian v. Rostock mit dem Jesuitenpater Arnold, zum Unterpfand mit sich nach Pommern, wo sie ein Jahr lang gefangen gehalten wurden. Diese wiederholten Leiden durch Krieg und Pest und die glückliche Erlösung dienten dann selbst als Mittel zur Befestigung des katholischen Sinnes: Kapellen wurden gegründet, jährliche Processionen zur Gedächtnißfeier angeordnet. Doch brachte die

Besorgniß vor künftigen feindlichen Anfällen zugleich die traurige Nothwendigkeit mit sich, den Stadtraum zum Behuf ernstlicher Befestigung fast um die Hälfte einzuschränken. Seit 1642 wurden viele Gebäude um die Stadt niedergerissen und dafür Wälle und Gräben angelegt: besonders traf dieses Schicksal die gegen Südost gelegene unglückliche Altstadt. Wo gegenwärtig Befestigung und über dieselben hinaus Felder und Landstraßen, zeigt der Joh. Schneider'sche Stadtplan vom Jahre 1594 die Kirchen, Straßen und Thore der Altstadt. Gegen die Zumuthung, eine ständige kaiserliche Besatzung einzunehmen, wehrte sich die bischöfliche Regierung mit den Deputirten des Landes im Jahre 1645 standhaft doch vergeblich; sie mußten es bei ihrem Protest bewenden lassen und die Besatzung einnehmen.

Nachdem der Bischof noch im Mai des Jahres 1653 unter großen Vorbereitungen eine fast wirkungslose Diöcesan-Synode in der Pfarrkirche zu Meisse, ausnahmsweise persönlich, abgehalten, kam zwei Jahre darauf aus Polen die Nachricht seines Todes: er starb den 9. Mai 1655 im 42. Lebensjahre. Er hatte das Bisthum meist nur durch Decrete aus Polen und durch polnische Prälaten regieren lassen, erwarb sich deshalb bei seinem Capitel, seiner Geislichkeit und seinen Unterthanen wenig Vertrauen und Liebe. Macht, Glanz und Reichthum und die Beziehungen zu seiner Familie schätzte er über Kirche und Bisthum; ja er nahm nie die Priesterweihen, um für den Fall, daß sein Bruder in Polen kinderlos stirbe, den polnischen Thron erben und vererben zu können. Seine Grabchrift in der Kathedrale zu Krakau hebt dieß als Liebe zum Vaterlande hervor; seinen Diöcesanen konnte man es nicht verdenken, wenn sie anders darüber dachten. Ueber den Geldgeiz des Bischofs äußert sich der Oppersdorfer Pfarrer Meißner fast unehrerbietig: er zählt an drei Tonnen Goldes, die jener in Schlessien gesammelt, und berichtet, wie er kurz vor dem Tode seinen Schatz heimlich nach Polen fortschaffen ließ, um denselben den Nachstellungen der Breslauer Capitularen zu entziehen, und wie er diese durch Kisten, mit Steinen angefüllt, täuschte. Auch fand man nach seinem Tode eine unglaubliche Menge Getreides in den bischöflichen Magazinen aufgehäuft, das dann die Capitularen den Unterthanen zum Kauf aufdrangen. Erscheint das Zeugniß des Mannes wegen der Leidenschaftlichkeit, die aus seinen Aufzeichnungen spricht, nicht ganz

unverdächtig, so sind es um so mehr die Aeußerungen des Reisser Pfarrers Pedewitz, der von jener Diöcesan-Synode erzählt: nachdem der Bischof die gesammte Geistlichkeit köstlich tractirt, habe jeder ein Exemplar des neu verlegten Diöcesan-Rituals kaufen müssen, mit dem Schlußsaze: „und so wurde das Mahl bezahlt“. Eine solche Bemerkung, unter solchen Verhältnissen, sagt mehr, als für den ersten Anblick darin zu liegen scheint. Doch darf im Gegensatz hierzu auch nicht unerwähnt bleiben, daß der Bischof ein Legat von 240,000 Gulden rheinisch dem Jesuiten-Collegium zu Reisse aussetzte, wovon die jetzige schöne Gymnasienkirche erbaut wurde. Der Stadtverwaltung rechnete er sehr genau die Einkünfte nach. Als seine Commissäre im Jahre 1653 einen bedeutenden Ueberschuß über das Bedürfniß fanden, nahm diesen der Bischof in Anspruch, weil, wie er dem Magistrat erklärte, das Recht zu sammeln nur ihm, nicht der Stadt gebühre. Auch dem Jagdvergnügen huldigte er mehr, als es sich für einen geistlichen Herren schickte. Bevor er im Jahre 1650 nach Reisse kam, traf er durch vorausgeschickte Befehle die speciellste Fürsorge für Ausfindung eines geeigneten wildreichen Ortes, da er sich bald nach seiner Ankunft „mit Jagen und Heken allerlei großen und kleinen Wildes erlustigen wollte“. Mit Einem Wort: der Bischof war ein ganz weltlich gesinnter Herr, der sein Bisthum eben nur als einträgliche Pfründe betrachtete und in geistlichen Dingen nur soviel that, als Schicklichkeit und Verhältnisse erforderten. Die Stadtverwaltung wurde unter seiner Regierung noch abhängiger vom Landesfürsten, als unter Bischof Carl. Der Rath pflegte jährlich zurückzutreten und der Regierung einen neuen zu präsentiren; doch wurde meistens der alte wieder bestätigt. Es war dieß nur ein Mittel die Mitglieder der Verwaltung unter steter Controлле zu halten. Die Präsentations-Listen geben auf ergößliche Weise die Anforderungen jener Zeit an ein Magistratsmitglied zu erkennen. So heißt es darin: „der Wirthschaft wohl kundig, sonst guten Verhaltens und in seinem Amte fleißig, nur fährt er auch cholerischer Art die Bürger öfters mit rauhen Worten an und läßt nicht gern mit sich reden, in Gebeyrden etwas wunderfam und affectat“: — „gibt einen feinen Wirth und Musikus ab“: — „kann etwas schreiben und lesen, sonst ein feiner, gehörter und verständiger Mann“: — „wohl beredt, ein fein nachdenklich Ingenium, nur gar zu streitsüchtig, spißfindig



und höhnisch, scrupulirt etwas zu sehr in den Sachen, weshalb ihm auch die meiste Bürgerschaft gehässig ist, sonst im Rechte ziemlich fundirt, auch hiesiger Gewohnheiten gut kundig, guten Verhaltens, nährt sich bei seiner schlechten Besoldung (der Betreffende war Stadtsyndicus) vom Bier-  
schanke“. Personen adeligen Standes, die im Besiz bürgerlicher Häuser sich den damit verbundenen Geldleistungen und anderen Beschwerden entziehen wollten, wurden deshalb durch bischöfliche Decrete hart angelassen und ihnen bemerlich gemacht, daß sie keinen Vorzug vor den Bürgerlichen haben sollten; nur die hohen bischöflichen Beamten wurden ebenso wie die Jesuiten von allen Lasten und Verpflichtungen frei erklärt.

Die sittlichen Zustände konnten in einem Zeitalter so arger Verwilderung, wie der dreißigjährige Krieg sie hervorbrachte, unmöglich erfreuliche sein. Eines der abschreckendsten Zeugnisse für die tiefe Versunkenheit menschlicher Sitte und Denkart liefern die Hexenprozesse, die damals gerade im Fürstenthum Meisse, besonders in den Gebirgsörtern wie Zuckmantel und Freivaldau, zur Schmach der bischöflichen Verwaltung am üppigsten wucherten. Ueber die Stadt Meisse berichtet Pfarrer Pedewitz, daß daselbst „unter dem polnischen Regimente“ im Jahre 1651 zwei und vierzig Weiber verbrannt wurden. Dazu sei in der Nähe des Hochgerichtes ein eigener Ofen errichtet gewesen, und die Stadt sei auf diese Weise in der ganzen Christenheit in schlechten Ruf gekommen. „Ich glaube,“ fährt er fort, „wenn die Richter auf die Folter gelegt worden wären, auch sie würden bekannt haben, daß sie Hexer seien, geschweige denn schwache Weiberlein.“ Pfarrer Meißner zählt für das genannte Jahr im ganzen Bisthum an zweihundert, die man der Hexerei wegen dem Feuer übergeben. Er ist anderer Meinung als der menschliche und unbefangene Pedewitz: nach seiner Ansicht rührte die Schlechtigkeit gewisser Bauern, über deren Nachstellungen in der Kriegszeit er sich so bitter beklagt, allein daher, daß sie „a diabolo incubo et succubo“ d. h. vom Däusel auf dem Hexensabbat erzeugt seien. Er erzählt, daß zu Meisse auch die Frauen zweier Rathsherrn verbrannt wurden; man habe endlich die Verfolgungen einstellen müssen, da sich dies Paster zu hoch, zu weit und zu breit erstreckte. „Und es würde kein Ende gewesen sein,“ sagt jener andere Berichtersteller, „die ganze Stadt hätte auf diese Weise verbrannt werden müssen, wenn nicht der Kaiser auf den Rath weiser

Männer dieser Art zu verfahren Einhalt gethan hätte.“ Bei so schauderhafter Verdummtheit der Gemüther erscheint es kaum erwähnenswerth, daß ein Jahr nach dem Tode des Bischofs Carl Ferdinand der Magistrat auf Befehl der bischöflichen Administratoren die Juden aus der Stadt weisen mußte.

Der Einfluß der Jesuiten wuchs unter dem polnischen Regimente mehr und mehr. Sie trieben mit Eifer das Werk der Bekehrung, besonders auf ihren Besitzungen; die Bewohner von Olbersdorf rebellirten zu verschiedenen Malen dagegen, aber sie mußten sich im Jahre 1629 fügen. Der Bischof überwies den Vätern im Jahre 1648 die Seelsorge in den Gefängnissen und gestattete ihnen im folgenden Jahre im Bereiche der Diocese Missionen; davon ist aber nichts bekannt, daß sie die Gelegenheit ergriffen hätten, ein Wort der Vernunft und Menschlichkeit gegen die Hexenprocesse zu sprechen. Ihre Hauptthätigkeit galt der Heranziehung der männlichen Jugend durch Unterricht, besonders für das Lehrfach und den geistlichen Beruf. Die Grundsätze des Ordens sind bekannt; es ist also hier nur von Interesse, die Einrichtung des Jesuitengymnasiums anzudeuten. Die höheren oder Universitätsstudien bestanden in einem dreijährigen philosophischen und in einem vierjährigen theologischen Cursus; die niederen oder eigentlichen Gymnasialstudien zählten fünf Klassen, die rhetorische, humanistische (Poetik) und drei grammatische, von denen die unterste in zwei Cötus zerfiel. Außer Religion war die lateinische Sprache Hauptgegenstand; die Lectionen dauerten Vor- und Nachmittags zwei bis zwei und eine halbe Stunde. Die Einrichtung des bis zur Ankunft der Jesuiten blühenden Pfarrkirchen-Gymnasiums war bereits eine ganz ähnliche gewesen; auch hier schon wurden die von Jesuiten verfaßten Lehrbücher, z. B. der Katechismus des Canisius, gebraucht. Nur ging, wie scheint, auf der Jesuitenschule Alles strenger und gesetzmäßiger zu. Zum Behuf religiöser Uebungen nach den Ordens-Institutionen bestand seit 1624, mit dem Gymnasium verbunden, die Bruderschaft der Himmelfahrt Mariä, an welcher außer den älteren Schülern und Studierenden auch die bedeutendsten Männer im Bisthum, geistlichen und weltlichen Standes, Theil nahmen. Unter die hervorragenden Zöglinge der Anstalt gehören die beiden Polenkönige Michael Korybut Wisniowiecki und dessen Nachfolger Johann Sobieski. Das Collegiatstift zu Neisse

zählte unter der Regierung Carl Ferdinands schon meist Jesuitenschüler, die zum Theil ihre Bildung in dem Collegium Germanicum zu Rom empfangen hatten. Uebrigens sind die Proben von gelehrter Bildung, wie sie in den lateinischen Epitaphien der Meisser geistlichen Herren jener Zeit vorliegen, wenig erbaulich und erinnern bisweilen noch lebhaft an die *magistri nostri* aus den *epistolis virorum obscurorum*. Ein „sensitiv“ hätten kaum diese sich erlaubt. Die in Meisse verlegten Schriften sind sämmtlich Erbauungs-, Vertheidigungs- und Widerlegungsschriften im Interesse des Katholicismus. Nur etwa der deutsche Psalter von Elias Born, Erzpriester in Ziegenhals, vom Jahre 1625, der geschrieben wurde, um die hebräischen Gebetbücher aus den katholischen Kirchen zu entfernen, verdient der Erwähnung.

Um das Bild der geistlichen Zustände unter Carl Ferdinands Regierung abzuschließen, dürfen die Unordnungen im Kreuzstift zu Meisse nicht unerwähnt bleiben. Sie passen vortrefflich zum „polnischen Regiment“ und legen den Beweis ab, was damals innerhalb der Mauern eines kirchlichen Institutes noch möglich war. Der Probst Matthias Stephan Posonay von Feinpatzsch, ein ungarischer Edelmann, nicht ohne Gelehrsamkeit, wurde von den Ordensgenossen seines unordentlichen Wandels, seiner Verschwendung und brutalen Nachlässigkeit wegen verklagt und sah sich im Jahre 1641 zur Resignation genöthigt. Die Mittheilungen der Anklageschrift enthalten empörende Dinge. Häufig mußte er in der Trunkenheit wie todt die Stufen hinauf in sein Zimmer zurückgetragen werden. Manchmal war er an demselben Tage zweimal betrunken und so besinnungslos, daß er beim zweiten Erwachen, wenn die Besserglocke ertönte, sich erhob, um Messe lesen zu gehen. Zuweilen auch, wenn er nicht mehr mit eigenen Händen den Trunk zum Munde führen konnte, ließ er sich auf dem Bett liegend von einem Andern den Wein in den Schlund gießen. Die *fratres* versichern auf ihr Gewissen, sie könnten sich kaum erinnern, ihren Probst jemals nüchtern gesehen zu haben. Und doch durfte dieser drei Jahre hindurch seine Würde bekleiden. Als die wenigen Ordensbrüder, die das Stift noch zählte, zu einer neuen Wahl schreiten wollten, wurden sie von den bischöflichen Administratoren so gemein behandelt, daß sie den Don Florius Cremona, Probst des Kreuzherren-Conventes zu Berau in Prag, zu ihrem Schutze



herbeiberiefen und ihn auf einer allgemeinen Versammlung, nach Feststellung regelnder Statuten, die geeignet waren, die Wiederkehr von Unordnungen zu hindern, zum Ordensgeneral ernannten. Dagegen protestirte die bischöfliche Regierung, später der Bischof selbst, und erklärte die gefassten Beschlüsse für ungültig, sowohl wegen der verübten Eigenmächtigkeit als weil das Ordensgeneralat stets mit der Meisser Probstei verbunden gewesen, also nicht nach Außen vergeben werden könne. Da nun die Brüder selbst keine Neuwahl aus ihrer Mitte in Gegenwart bischöflicher Commissarien vornahmen, so drängte ihnen der Bischof den Bielauer Pfarrer Georg Rottter zum Vorstande auf. Dieser wirthschaftete aber, wie sein Vorgänger, auf unverantwortliche Weise und beleidigte die Brüder durch Hochmuth und Gewaltthat. Zwei ließ er in den Keller sperren, weil sie ihm die Anerkennung verweigerten. Der eine davon, Bruder Nicolaus Wolff, berichtet von ihm: „Täglich schmauste und trank er mit nichtkatholischen Personen, vornehmen Soldaten, sogar mit Frauen bis nach Mitternacht. Seine Diener tractirte er sehr delicat von seinem Tische, den Kreuzbruder Wolff aber mit grober Bauernkost.“ „Endlich mußte er,“ so erzählt Bruder Wolff, „nachdem er sich den Ventel gefüllt und den Leib gut gemästet hatte, aller Dinge überdrüssig, den 10. December 1642 seine Administration abdanken.“ Nach einem Interimisticum von zwei Jahren gelangte der treffliche, von Kaiser Ferdinand III. geschätzte Kreuzherr Dominicus Farrusius aus Toskana zur Probstei, unter dessen Verwaltung sich das Stift merklich erholte. Ueber ihn wurden die ehrenvollsten Zeugnisse laut, doch fehlte es später auch nicht an Klagen, bis die Brüder ihm wegen Geistesstörung im Jahre 1655 einen Coadjutor setzten. — Alles zusammengefaßt, gewähren die Zustände des Bisthums unter Carl Ferdinand keinen erfreulichen Anblick. Es waren alle Anstalten getroffen, den Katholicismus zu heben und zur Alleinherrschaft zu bringen; aber ächt religiöser Sinn erfüllte so wenig die Gemüther, daß Pfarrer Meißner, freilich nicht ohne Leidenschaft und Ehrsucht, in dem Memorial von 1655, das er seinem Amtsnachfolger hinterließ, mit trostlosem Blick in die Zukunft versichern konnte: „Wahrlich, jetzt sind Alle gute Politiker, Wenige gute Katholiken; sie haben ihre Requisite für einen guten Hofmann, nämlich daß sie wenig Frömmigkeit, wenig Wahrheit, wenig Gerechtigkeit besitzen, und wer diese drei Eigenschaften nicht

hat, taugt nicht für den Hof; während also Alle Hofmänner sein wollen, ist deswegen unser Untergang gewiß.“ —

Die vorstehende Skizze, die sich fast durchweg auf die Mittheilungen des Kastner'schen Werkes stützt, wird nichts Wesentliches von wirklich historischem Interesse aus der bezeichneten Periode vermissen lassen; in ihr ist zusammengefaßt, was dort in erschwerender Breite neben- und auseinandergelegt ist. Die Hauptquelle, aus der der Verfasser geschöpft, sind Gottfried Buckisch's, kaiserlichen Regierungsekretärs zu Bries, Schlesi'sche Religions-Acten, die nur handschriftlich, sieben Foliobände stark, in mehreren Exemplaren vorhanden sind; der zweite Band insbesondere behandelt die Meißner Angelegenheiten unter der Regierung des Erzherzogs Carl. Ebenfalls nur als Manuscript vorhanden ist ein Auszug aus Buckisch's Religions-Acten, soweit diese Meisse betreffen, von dem Pfarrer Pedewitz, der in seiner Vorrede vom Jahre 1688 folgende interessante Auskunft über das Schicksal des Buckisch'schen Werkes enthält. Ihm hatte der Weihbischof Neander die amtliche Censur desselben übertragen. Als es bereits zum Druck approbirt worden, erhob die weltliche Behörde Einspruch dagegen und untersagte den Druck „aus sehr dringenden politischen Ursachen, indem das Werk Dinge veröffentliche, die sowohl den Katholiken geheim bleiben sollten, als besonders den Ketzern, damit diese nicht Anlaß zu Schmähungen erhielten“. Aus diesem Grunde nun verfertigte Pedewitz seinen Auszug. Außerdem benützte der Verfasser zwei Acten-Tabickeln der Meißner Rathskanzlei unter dem Titel „Rotulus Actorum“ und „Acta von dem Religionszustande der Stadt Meisse“; dann die Schriften des Pfarrers Pedewitz, welche die Geschichte der Meißner Pfarrkirche betreffen; endlich viele Original-Urkunden und Copieen aus den ihm zugänglichen Archiven. Diese Auskunft über die Quellen ertheilt der Verfasser selbst in der Vorrede seines Werkes.

Man kann wol sagen, daß die Grundlage beinahe der ganzen Darstellung die betreffenden Theile der Religionsacten von Buckisch sind; ohne diese hätte sie nicht zu Stande kommen können. Was sonst von Quellen zu Gebote stand, diente lediglich zur Ergänzung von Buckisch. Dieser arbeitete sein Werk noch ganz in der veralteten Weise, die seit dem 16. Jahrhundert zu Gunsten der historischen Kritik, doch sicherlich zum Nachtheil der historischen Darstellung angewendet wurde. Urkunde reißt

sich an Urkunde, das Thatsächliche bleibt größtentheils in diesen versteckt. Solche Werke haben urkundlichen Charakter und zeigen hauptsächlich darin ihren Werth. Sie werden selbst zur Quelle für die Nachlebenden, denen der Reichthum der aufgenommenen Original-Urkunden nicht zur Hand ist. Wer darf aber noch in der Gegenwart diese Form, oder vielmehr Unform, geschichtlicher Darstellung anwenden, besonders wenn als Hauptquelle selbst eine solche Darstellung früherer Zeit gedient hat! Der Verfasser des vorliegenden Werkes hat dies leider gethan. Selbst der Wortlaut bei Budisch ist für den Verfasser maßgebend gewesen, obwohl die Vergleichung der Original-Urkunden mit jenem vielfache Abweichungen des Ausdrucks ergibt. Zu dieser Schwerefälligkeit der Darstellung gesellt sich, consequent durchgeführt, die unbequeme indirecte Redeweise in den mitgetheilten Urkunden; wenn frühere Geschichtsschreiber dies in schmiegsamem, scharf ausprägendem Latein versuchten, so ist es genießbar, in deutscher Sprache jedoch wird es sehr lästig. Dazu kommt die Ueberhäufung mit Spezialitäten der geringfügigsten Art, die ohne innerliche Beziehung nur einer zwecklosen äußerlichen Vollständigkeit dienen. Welchen historischen Werth hätte doch die peinlich genaue Aufzählung sämtlicher Kapläne, die Mittheilung der Familienmitglieder sämtlicher Bürgermeister und so vieles andere Persönliche von geistlichen und weltlichen Herren, insofern alle diese Notizen weder irgend eine Beziehung auf den Fortgang der Ereignisse haben, noch zur Charakteristik der Zustände beitragen? Im geraden Gegensatz zu dieser Spezialitätensucht vermeidet der Verfasser geflissentlich die Einführung in die allgemeinen Verhältnisse, auch da, wo sie zur Orientirung in den Ereignissen, die im Vordergrunde spielen, nothwendig erscheint. So fehlt gleich im Anfange die nähere Erläuterung der Vorgänge, die den Bischof Carl zu der seinen Commissarien ertheilten Instruktion vor dem Fürstentage des Jahres 1609 veranlaßten; es fehlt die nöthige Auskunft über das Verhältniß sowohl des großen Landesprivilegiums und des Kolowrath'schen Vertrages, als des Augsburger Religionsfriedens zu dem Inhalte der von Kaiser Rudolph den böhmischen und schlesischen Ständen verliehenen Majestätsbriefe. Auf diese Weise bleiben alle Actenstücke unklar, die Beziehung auf dieses Verhältniß haben. In der obigen Skizze wurde versucht, dem Mangel abzuhelpen und dadurch mehr Licht über diesen Theil der Ver-



handlungen zu verbreiten. Ueberhaupt fehlt der Darstellung des Verfassers das erste Erforderniß jeder guten Geschichtszählung, die Perspective. Das Bedeutende tritt vor dem Unbedeutenden nicht hervor: Alles in derselben flachen Breite, ohne Licht und Schatten, ohne Nähe und Ferne, wie gleich berechtigt neben einander. Actenstücke von ganz verwandtem Inhalte werden dennoch unverkürzt mitgetheilt, ja eine Eingabe von Meißner Bürgern an die Fürsten und Stände vom April des Jahres 1619, die in zwei fast ganz gleichlautenden Exemplaren, jede nur von einer Anzahl anderer Personen unterzeichnet, abging, findet sich auch wirklich zweimal abgedruckt. Der äußerst ermüdende, dazu noch größtentheils unaufrichtige Curialstil jener Zeit wird bei jeder Widerkehr respectirt und getreulich wiedergegeben, anstatt den in dem Wortschwall versteckten wesentlichen Inhalt mitzutheilen und nur charakteristische Ausdrücke und Redeweisen hervorzuheben. Solches Verfahren paßt für archivalische Arbeiten, für Urkundensammlungen, nicht aber für ein erzählendes Geschichtswerk.

Besonders auch die Darstellung des eigentlich Thatsächlichen läßt Manches zu wünschen. Der Verfasser wagt fast nirgend, aus den ihm vorliegenden Actenstücken den Hergang und Thatbestand einer Sache kritisch zu bestimmen und zusammenhängend darzustellen; statt dessen überliefert er nur das rohe Material und überläßt es dem Leser, sich daraus selbst das Thatsächliche zusammenzulesen, selbst historische Kritik zu üben, wenn er es im Stande ist. Von einem Aufstande der Meißner Bürgerschaft im Jahre 1616 meldet der bischöfliche Rath v. Gellhorn an den Bischof, ebenso im folgenden Jahre, der bischöfliche Commissar Dr. Ponzon aus Prag von dem Vorhaben der evangelischen Bürgerschaft, das Rathhaus und die bischöfliche Residenz zu stürmen; was aber an diesen Nachrichten Wahres sei, davon findet sich kein Wort. Auch über die Flucht des Bischofs im Jahre 1619 wird nichts Zuverlässiges mitgetheilt, die eigentliche Veranlassung des Vorfalles, nämlich der aufgefangene Brief an den König von Polen, dessen Heinrich Wuttke (Besitzergreifung von Schlesiens I. S. 295) aus Jac. Franci Relationis historicae Continuatio erwähnt, weder bestätigt noch widerlegt, sondern gänzlich verschwiegen<sup>1)</sup>; statt des Thatsächlichen führt der Verfasser nur Stellen aus

<sup>1)</sup> Das erwähnte Schreiben des Bischofs d. d. 14. August 1619 ist, wie man aus Walthers's Silesia diplomatica II. p. 30 sehen kann, bereits mehrmals gedruckt, und

Buchisch und aus einem Schreiben der bischöflichen Administratoren an. Ebenso müssen die Vorgänge vom 17., 20. und 22. Juni des J. 1613, über welche die bischöfliche Administration bei dem Oberamt Klage führte, aus den Actenstücken erkannt werden; die entscheidende Notiz von der früheren Erwerbung des Kirchhofes unter dem Bischof Andreas kommt zur Unzeit in einem späteren Actenstücke nach. Auch die kriegeerischen Drangsale, die Meisse betrafen, werden ohne Verarbeitung und sachliche Ordnung nach einigen Berichten chronikenhaft hintereinander vorgeführt; kein flüchtiger Blick ist auf den Zusammenhang gestattet, in welchem diese Ereignisse mit dem allgemeinen Fortgange des deutschen Kriegeß stehen.

Bei aller Spezialität läßt der Verfasser auch sonst manches Erhebliche in Zweifel. So bald im Anfange, wo er ein langes wörtliches Excerpt aus Hurter's Geschichte Kaiser Ferdinand's II. über den Charakter des jungen Bischofs Carl mittheilt und darauf sein Bedenken äußert, diese nachtheilige Schilderung gelten zu lassen, ohne daß er auch nur einen Umstand anzuführen wußte, der geeignet wäre, die wenig schmeichelhaften Züge zu mildern. In Betreff des Bischofs von Lavant, Georg Stobens, erfahren wir, daß er den Erzherzog als Oberhofmeister und Verwalter des Bisthums nach Schlesien begleitete, bleiben aber in völliger Ungewißheit, wie lange diese Vormundschaft dauerte, seit welcher Zeit also die Regierungshandlungen des jugendlichen Bischofs als selbstständig zu betrachten sind. War über diesen wichtigen Punkt nichts in Erfahrung zu bringen? Ueber die Person des Meisser Prädikanten, des Kaplans und des Schulmeisters läßt der Verfasser viel zu lange im Unklaren; die Abschaffung der Kirche in Senkwiß, doch ohne Zweifel in der ganzen Darstellung ein wichtiges Moment, wird nur in einer Anmerkung, ohne Für- oder Gegenerweis, aus Buchisch erwähnt; unterm Jahre 1616 wird der Vorladung des Kaplans und eines Theils der evangelischen Gemeinde vor das Oberamt gedacht, aber der Erfolg derselben nur dürftig in einer kurzen Anmerkung angedeutet; lateinische Disfichen zur Gedächtnißfeier verschiedener geistlicher Personen werden mitgetheilt, ohne daß wir erfahren, woher sie entnommen. Charakteristische, nicht unerhebliche Züge

---

findet sich außer in den von Walthier nachgewiesenen Abdrücken auch noch, mit nicht wenigen Varianten in Damaleviez. Archiepisc. Gnesnens. Series. Varsaviae 1649, p. 367—69. Noepell.

verstecken sich in Anmerkungen; so die Notiz aus der Grabschrift des Bischofs Carl Ferdinand über den Grund, weshalb sich derselbe niemals die priesterliche Weihe ertheilen ließ, ferner die interessante Eröffnung der kaiserlichen Ráthe an die bischöflichen Commissäre in Prag über die Stellung, welche die kaiserliche Regierung gegenüber dem Streite zwischen dem Bischofe und seinen Unterthanen einnehmen müsse, um sich in keiner Weise zu compromittiren. Manche Actenstücke scheinen dem Verfasser, obwol er derselben erwähnt, nicht vorgelegen zu haben; so vermissen wir den Wortlauf des zweiten Majestätsbriefes für die Schlesier, die Petition der Meisser Gemeinde an Fürsten und Stände von 1610, desgleichen die Klageschrift des Bischofs an den Kaiser von demselben Jahre; über die beiden letzteren wird nur anmerkungsweise auf Buchisch Bezug genommen. Für das Decret der bischöflichen Administratoren vom Jahre 1638, in Betreff einer vollständigen Katholisirung der Stadt Meisse, hätte sich jedenfalls ein geeigneterer Platz in dem vorhergehenden Abschnitte gefunden. Die Erpressungen des Markgrafen Johann Georg an den Meisser Katholiken im Jahre 1621 sucht der Verfasser, gegenüber den Uebertreibungen der Zeitgenossen, auf das richtige Maß zurückzuführen; doch berechnet er im Widerspruch mit sich selbst diese Summe zuerst auf 90,000 Rthlr., während weiterhin die actenmäßige Darlegung, Alles in Allem, nur 43,566 Rthlr. ergibt. So läßt das ängstliche Bestreben, Alles bis ins Kleinste zu bestimmen, doch noch manchen Zweifel übrig.

Wir besitzen bereits aus dem vorigen Jahrhundert von dem bekannten Gottlieb Fuchs, unter dem Titel: „Versuch einer Reformationsgeschichte des Fürstenthums und der bischöflichen Residenzstadt Meisse“ (Breslau 1775), eine vortreffliche Darstellung, in welcher die politischkirchlichen Verhältnisse unter den Bischöfen Carl und Carl Ferdinand klar, anschaulich und bündig entwickelt sind. Das vorliegende Werk kann dazu gleichsam als vervollständigender Commentar und als Urkundensammlung gelten; während Fuchs denselben Reichthum von Urkunden mit geschickter Auswahl nur dazu benützt, den Thatbestand zu gewinnen und die Entwicklung der Gegenreformation übersichtlich darzustellen, giebt Rastner in loser Verknüpfung, soweit er dessen habhaft werden konnte, das Urkunden-Material selbst. In einigen Fällen berichtigt der letztere die Angaben seines Vorgängers, in anderen dagegen thut er ihm Unrecht.



Wenn der Verfasser es z. B. rügt, daß Fuchs unterm Jahre 1614 von dem Bischof Carl die drohende Aeußerung anführt, „er werde nun keines Blutes mehr schonen und executorisch verfahren“, und die Frage stellt: „In welchem Actenstück ist die damals geschehen sein sollende Drohung des Bischofs ausgesprochen“, so wolle er doch die Stelle des von ihm erwähnten bischöflichen Schreibens an den Magistrat, Seite 136 unten, worin sich jene Drohung in aller Schärfe vorfindet, in Erwägung ziehen. Dies ist freilich schon vom November des Jahres 1613 und bezieht sich nicht genau auf den vorliegenden Fall; aber da das Actenstück vom 20. October 1614 vom Verfasser, wie er selbst eingesteht, nicht mehr vorgefunden wurde, so kann er auch nicht den Inhalt desselben anzuweisen. Bezüglich der im Jahre 1653 zu Meisse abgehaltenen Diöcesan-Synode, von der der Verfasser komischer Weise sagte, daß sie „sehr wichtige und erspriessliche Folgen haben konnte,“ sicht er ebenfalls ohne Grund die Mittheilung bei Fuchs an, daß unter Anderem die Besetzung der weggenommenen evangelischen Kirchen dieselbe nothwendig gemacht habe; denn außer dem Berufungsdecret weiß er von der ganzen Synode fast nichts zu berichten, als daß sie von Kaiser und Papst verworfen und die Acten beseitigt wurden. In einigen Fällen ist die Darstellung des Verfassers, um verstanden zu werden, lediglich aus Fuchs zu ergänzen; so in Betreff der Vorgänge, welche den Bischof Carl im Jahre 1609 zu der seinen Abgeordneten erteilten Instruction veranlaßten; ebenso bezüglich der Gesandtschaft der Fürsten und Stände an den Kaiser, deren dieser in einem Schreiben an den Bischof vom 30. August 1618 gedenkt.

In der Auffassung von Charakteren legt der Verfasser wenig Sicherheit an den Tag. Den Bischof Carl Ferdinand nennt er einen frommen Prinzen und entwirft dann selbst ein Bild von ihm, — wie aus der obigen Skizze ersichtlich, — dessen Züge sich durchaus nicht mit dem Begriffe von Frömmigkeit vereinigen lassen. Den Pfarrer Meißner von Oppersdorf bezeichnet er, trotz seiner fanatischen Aeußerungen in der Hexenprocesssache und seinen ehrsüchtigen Klagen über Zurücksetzung des Klerus und Beförderung der Unwürdigen, als einen unbefangenen Berichterstatter. Zum Glück enthält sich der Verfasser geistlich fast aller Beurtheilung, indem er statt seiner die Documente und Acten selbst sprechen lassen will; in den seltenen Fällen, wo sie doch hervortritt,

erscheint sie einseitig und nicht ganz so unparteiisch, als nach seiner eigenen Erklärung in der Vorrede erwartet werden dürfte. Er tadelt darin die Parteilichkeit der Fuchs'schen Darstellung und versichert von sich selbst: „obwohl er sich gern als Katholik bekenne, so habe er doch die feste Ueberzeugung, er könne und müsse seinem Glauben treu bleiben und zugleich den Andersgläubigen und seinen Glaubensgenossen in demselben Maße Gerechtigkeit widerfahren lassen“. Es widerstreitet jedoch dieser beabsichtigten Unparteilichkeit, wenn der Verfasser z. B. den Erlaß der bischöflichen Administratoren v. Breiner und v. Strachwitz vom 11. April 1628 in der Grottkauer Befehrungsangelegenheit, die so hinterhältig und gewaltthätig gehandhabt wurde, „sehr kräftig und freimüthig“ findet, während sich darin nur der Uebermuth des sicheren Gewalthabers ausdrückt, und dagegen im ganzen Buche kein Wort der Anerkennung hat für das äußerst vorsichtige, jeder Gewaltthat abgeneigte, selbst noch in dem Momente des entscheidenden Sieges zurückhaltende und beide Parteien beschwichtigende Verfahren der evangelischen Fürsten und Stände. Sonst ist anzuerkennen, daß der Verfasser bei der Schilderung der kirchlichen Zustände durchaus nichts verschweigt, vielmehr ohne Rückhalt Schäden und Mißbräuche aufdeckt und die Beurtheilung derselben getrost dem Leser überläßt.

Wenn die vorstehend erwähnten Mängel der Darstellung nicht ungerügt bleiben durften, so begrüßen wir doch schließlich das Kastner'sche Werk, seines reichen Inhaltes und seiner Gründlichkeit wegen, als eine erfreuliche und höchst dankenswerthe Erscheinung im Gebiete der schlesischen Geschichts-Litteratur.

## IV.

### Hauptbericht des Minister Graf Hoym über den Zustand Schlesiens d. d. Breslau 23. August 1787.

Mitgetheilt von Graf Dyhrn.

Wenn Euer Majestät ich hiermit den Bericht von dem Zustande des Landes in dem ersten Jahre Allerhöchst Dero Regierung, ehrfurchtsvoll zu Füßen lege, so ist es mein herzlichster, mein heißer Wunsch gewesen, daß derselbe so vollkommen und glücklich sei, daß Euer Majestät großes gefühlsvolles Herz, in dem Glücke Dero getreuen Schlesiens, seine völlige Zufriedenheit finde.

Diese kann gleichwohl nicht völlig erreicht werden, indem verschiedene widrige Zufälle, die Provinz gegen die vorigen Jahre zurückgesetzt haben. Die Vorsicht hat dieses vielleicht gethan, um Euer Majestät väterliche Sorge, und die Wirkung der segensvollen Bemühungen, Allerhöchst Dero Volk glücklich zu machen, desto mehr glänzen zu lassen. In dieser Erwartung wird es dem Lande nicht schwer, die Unfälle zu tragen, und in dieser festen Ueberzeugung werde ich nach der Wahrheit, den Zustand des Landes treulich schildern.

#### Volksmenge und deren Vermehrung.

Der Volks-Zustand dieser Provinz zeigte sich in diesem Jahre von einer sehr vortheilhaften Seite. Wäre die größere Volks-Menge, da pro 1787 gezählt worden

|                                                |                    |
|------------------------------------------------|--------------------|
| in den Städten . . . . .                       | 297,155 Personen   |
| auf dem Lande . . . . .                        | 1,412,915 „        |
| zusammen . . . . .                             | 1,710,070 Personen |
| folglich gegen die vorjährige Anzahl . . . . . | 1,488,491 „        |
| Mehr . . . . .                                 | 221,579 Personen   |



Ueberschuß gegen die vorigen Jahre, und also wirkliches Plus: so wäre es zum Erstaunen; es kommt aber vorzüglich daher, daß dieses Jahr, vermöge einer, von Euer Majestät Allerhöchst Selbst befohlenen genauen Aufnahme, welcher nichts hat entgehen können, die Seelen-Zahl weit größer befunden worden, als sie gewöhnlich angegeben ist.

Es kommen auf eine Quadrat-Meile 2672 Personen und Schlesien gehört daher, durch seine Volks-Menge, Fleiß und Nahrungs-Betrieb, gewiß zu den glücklichsten Ländern des Erdbodens.

Der Anzug der Ausländer hat hieran einigen, jedoch geringen Antheil, indem außer denen phälzischen Colonisten, im Oppeln'schen und in denen bei Herrnsdorf erbaueten Bartsch-Etablissements, seit 1770 an Ausländern 27,587 Personen und im vorigen Jahre 918 Personen angezogen sind, die in Schlesien Unterkommen und Brodt gefunden haben.

Des höchstseeligen Königs Majestät haben auf den Bau der Colonien und Ansehung der Ausländer, seit 1769 — 751,093 Rthlr. verwandt; Sie hielten dieses für ein sicheres Mittel, das Land mit Menschen zu bereichern. Nach meinem allerunterthänigsten Dafürhalten ist die erste Pflicht des Staats Wirths, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Menschen möglichst vermehrt, daß aber für ihr fortdauerndes Auskommen gesorgt und sie so angesetzt werden, wie sie dem Staate am nützlichsten werden können.

Beides ist durch die Ansehung fremder Colonisten in geschlossene Dörfer nicht völlig erreicht; sie machen sich gewöhnlich die Wohlthaten des Staats zu Ruße, gehen dann davon, und dieses ist ihnen auch nicht zur Last zu legen; denn bei der unverhältnißmäßigen Menge der Ausländer, haben ihnen oft müssen Dörfer angewiesen werden, wo ihnen der Erwerb sehr schwer wird. In andern Dörfern würden sie den alten Einwohnern die Nahrung genommen und die Früchte ihres Fleißes entzogen haben.

Die Beförderung des Anbaues neuer Professionen durch einige Beneficirung ist eine heilsame Sache, und dazu finden sich Anbauer und geborne Schlesier die Menge. Durch die ihnen wiederfahrne Hülfe wird eine gesunde dankbare Population befördert und deshalb werde Euer Majestät ich meine besondere allerunterthänigste Vorschläge zu thun nicht verfehlen.

Im verflossenen Jahre sind auf dem platten Lande, 296 neue Stellen auf leeren Plätzen auf Kosten der Anbauer selbst, ohne landesherrliche

Hülfe erbaut. Die Anzahl der Feuerstellen im Lande besteht nach der neuen exacten Aufnahme

|                                             |                 |
|---------------------------------------------|-----------------|
| in 130 accisbaren Städten, aus . . . . .    | 39,471 Stellen  |
| in 5530 Dörfern u. unaccisbaren Städten aus | 259,643 „       |
| zusammen also in . . . . .                  | 299,114 Häusern |

seit 18 Jahren aber sind über 10,000 neue Possessionen zugetreten.

Meines ohnmaßgeblichen Erachtens darf man zu keinen außerordentlichen Mitteln schreiten, um in Schlesien die Population zu befördern. In einem Staate, wo die Quellen des Reichthums jedem geöffnet, die souveraine Macht, zu dem alleinigen Glücke des Volks angewandt, dieses durch die Gerechtigkeit Euer Majestät und durch die Wachsamkeit auf die moralischen Handlungen der Unterthanen erhalten, der Ackerbau belohnt und der Fleiß ermuntert wird; da wohnt allgemeine Glückseligkeit, und denn braucht es keiner Werbungen von Ausländern, die Fremden kommen von selbst. Ihre Bedürfnisse befördert die Industrie, diese verschafft Nahrung und Nahrung vermehrt die Menschen.

Seit meiner 18jährigen Administration dieser Provinz, hat sich die Menschen-Zahl über 150,000 Menschen vermehrt, und wie viel weiter würde man gekommen sein, wenn nicht durch diese ganze Reihe von Jahren eine Kette von Unglücksfällen, von Ueberschwemmungen, Frost, Hagelschaden, Feuer, und besonders stets mißgerathenen Erndten die Provinz bekümmert und den Gang zur Nahrung vermindert hätte.

#### Zustand des platten Landes.

Dieses gegenwärtige Jahr zeichnet sich wieder, wegen seiner schlechten Erndte in der Winterung, vorzüglich aus. Es war dieses wegen der Masse bei der Einsaat im Herbst, vorauszusehen und hat mich veranlaßt Euer Majestät allerunterthänigst in Vorschlag zu bringen, Korn in Pohlen zu kaufen.

Es ist ein Glück, daß dieses schon im Winter geschehen ist, da die traurigen Aussichten wegen der Erndte in Pohlen noch nicht bekannt waren; denn im Frühjahr war der Einkauf schon vorbei, und das Getreide ist jetzt in Pohlen so theuer, wie in Schlesien.

Bei theuren Jahren leidet das Gebürge am meisten; denn es gewinnt niemals seinen Bedarf, muß ihn mit Kosten und theurem Fuhrwerk aus

dem Lande hohlen und hat dieses Jahr noch das Unglück, daß es bei dem theuren Gespinnste und Mangel an Absatz wenig verdient. Euer Majestät bitte ich daher allerunterthänigst,

2000 Wispel in das Gebirge bringen, und für den Einkaufspreis an die durch Älteste sich legitimirende Dürstige, verkaufen zu lassen.

Dieses hilft mehr, als eine kleine Summe zu schenken; denn dabei ist bei dem besten Willen und der genauesten Aufsicht nicht zu vermeiden, daß durch Partheilichkeit und Privat-Abichten die gute Willensmeinung den Ärmsten und Bedürftigsten zu helfen, nicht verfehlt wird.

Der übrige Theil der Provinz hat, wo gute Böden sind, denen die Pflanze am schädlichsten geworden, nicht allein durchgängig gelitten, sondern die fruchtreichsten Kreise, Sauer, Striegau, Schweidnitz, Reichenbach und Frankenstein haben auch den Ueberrest ihrer Winter-Ernde durch den Hagel verloren.

Ober-Schlesien hingegen hat über 10,000 Wispel Korn Ueberschuß vom vorigen und jetzigen Jahre, und es ist also, um zu verhüten, daß die Preise in Nieder-Schlesien nicht zu sehr in die Höhe gehen,

1) nothwendig, daß dieses Getreide in Zeiten auf der Oder herunter transportirt wird, und

2) daß alle Art von Wucher sorgfältig verhütet wird;

und dieses werde ich mir äußerst lassen angelegen sein: denn ich kann in der mir anvertrauten Administration Fehler begehen; von der Versäumniß, irgend einer Noth abzuhelpen, aber soll zu seiner Ruhe mein Gewissen mich frei sprechen.

Es rechtfertigt dieses Jahr meinen ehrfurchtsvollen Antrag vom 29. Januar c. die nachgegebene Freiheit der Aus- und Einfuhre des Getreides schnellig wieder aufzuheben, womit durch ersteres dem Lande die Resource, welche es jetzt in seinen Vorräthen findet, benommen wäre, und durch letzteres nur einigen Wucherern und Einwohnern an der Grenze Vortheil geschafft hätte; dem ganzen Lande aber die Preise verdorben und mit diesen der Muth zur Cultur gemindert wären.

Mit dem Acker- und Landbau beschäftigen sich in Schlesien  $\frac{2}{3}$  dessen Einwohner und  $\frac{1}{3}$  vom Fleiße und der Fabrikation. Diese leben auf Kosten jener; es ist also das erste Augenmerk aller Anordnungen, diese



für Mangel zu sichern und ihre Bedürfnisse, in verhältnißmäßigen Preis, mit dem Werthe der Fabrikate zu setzen.

Bei denen Umständen der Winter-Erndte habe ich die Einwohner animirt, viel Kartoffeln und Garten-Früchte anzubauen, und da auch dieses in großer Menge geschehen, hoffe ich, daß es einen günstigen Einfluß auf die Preise haben und dem Mangel zu Hülfe kommen wird.

Die Flachß-Erndte, dieser Grundpfeiler der Schlesi'schen Industrie und die erste Quelle seines Reichthums, ist mittelmäßig gerathen, und seit 3 Jahren, da er völlig mißrathen, hat das Land nicht wieder zu Vorräthen kommen können, daher denn der Flachß nicht wohlfeil ist, und dieser hohe Werth desselben trägt das seinige zu dem drückenden hohen Preise der Garne bei. Nach dem Verhältniß und zum Behuf der Leinwand-Manufacturen, wird Flachß wenn er geräth, hinlänglich erbaut, eine größere Erweiterung dieser Cultur würde dem Lande zu viel nothwendige Nahrungs-Mittel entziehen.

Eine Sache, in welcher das Land vorzüglich Ober-Schlesien, sehr zurück ist, besonders gegen Sachsen und andere angrenzende Länder, ist die nußbare Baumzucht. Um diese zu befördern, sind dieses Jahr 3 considerable Baumschulen, in den Aemtern Oppeln, Kupp und Proßkau angelegt. Dahin müssen successive aus Oberschlesi'schen Dörfern junge Leute geschickt werden, um sowohl das oculiren und Pfropfen, als auch die Wartung und Pflege der Bäume zu erlernen. Die Pfropfen-Reise werden ihnen umsonst, und die Praemia hinführo in Obst-Bäumen gegeben.

Sonst vermehrt sich das National-Vermögen durch die sorgfältigere Bewirthschaftung der Landgüter, deren höhere Nutzung und dem Fleiß der Land-Eigner ansehnlich, wozu denn die Ausühuung der Vorwerker, vermöge des guten Beispiels, welches den Edelleuten in Euer Majestät Domainen-Aemtern gegeben worden, sehr viel beiträgt, und der allgemeine Fehler der Landwirthschaft, daß zu große Ländereien von einem Wirth nicht gehörig können genutzt und aus Mangel des Wiesenwachs, im Dünger erhalten werden, wird dadurch zum wahren Vortheil des Landes, gehoben, dem fleißigen kleinen Ackermann dadurch zugleich das Auskommen erleichtert und durch die Mittel, eine stärkere Familie zu erhalten, die Population befördert.

Vorzügliche Rücksicht verdient in Schlessen die Erhaltung des Viehstandes, und ein Grundsatz

1. den Pferdestand zu verbessern und zu vermehren, weil bei der Lage von Schlessen, immer auf einen Krieg und das häufige Fuhrwerk in demselben Rücksicht genommen werden muß;
2. den Schaaffstand nicht vermindern zu lassen, weil die Woll-Manufacturen, Schlessen mit  $\frac{1}{2}$  Million bereichern und 12,087 Fabrikanten ernähren.

Indessen habe ich Mühe solches in diesem Jahre, bei dem starken Schaaffsterben, wo man geneigt ist, statt dessen, Kühe anzuschaffen, zu verhindern; die Nukung der Lektorn aber ersetzt bei weitem nicht den Ertrag der Schaafse, und werden die Kühe lediglich relativement auf den Ackerbau gehalten. Zu großen Holländereien ist nach der Verfassung der Provinz keine Gelegenheit.

#### Zustand der Domainen-Aemter.

Da nicht Geseze, sondern allein Beispiel, den Ackerbau verbessern, beleben und zu Entsagung alter Vorurtheile reißen, so ist durch die Dienssfreiheit der Unterthanen, Ausöhuung der Aecker, Einführung der Klee-Wirthschaft in Euer Majestät Domainen u. sowohl Herrschaften als Unterthanen ein gutes Exempel gegeben und es scheint dieses auch, besonders in Ober-Schlessen, Nachahmung zu finden.

Euer Majestät Aemter sind durch gute solide Pächter, worauf mehr, als auf Mehrgeboth zu sehen, dermaßen in Werth gesetzt, daß sie bei jeder Steigerung eine Menge Liebhaber finden.

Weil denen Bau und Remissions-Fonds niemals bei der Menge von Unglücksfällen, die das Land, und also auch die Domainen betroffen, zu Hülfe gekommen ist: so macht ihr Bauzustand mir viele Sorgen, und werde ich, wenn nöthigere Bestungs-Baue diesen Plaz gemacht, auf einen Zuschuß bei Euer Majestät allerunterthänigst anzutragen mich gemüßigt sehen. Große Meliorationes sind in den Aemtern nicht mehr anzubringen; desto mehr aber bei den Forsten, wo durch Canäle über 10,000 Morgen, in dem Oppeln'schen und Gläzi'schen, in bessere Abnukung können gebracht werden, und dieses ist an beiden Orten desto nöthiger und interessanter, als wir sonst zum Behuf der Meisser Holz-Verpflegung, zu den benachbarten Kaiserlichen Forsten recurriren müssen. Vorläufig wird in denen

Gasernen zu Reisse und Silberberg, um das Holz zu schonen, ohne Schaden Dorf, und in Schweidnitz Steinkohlen gebrannt.

### Zustand der Städte.

Die Städte theilen sich in Fabriken- und Land-Städte. Von den erstern sind Grünberg und Goldberg die beträchtlichsten. Erstere erhält sich im Flor, weil sie keinen Mangel an Wolle, wegen der Nähe von Pohlen, und 18,234 Stück Lächer in diesem Jahre gefertigt hat. In Goldberg sind 13,372 Stücke gemacht und debitirt. Da selbiges aber keine Sorten Lächer fabrizirt und dazu lauter feine schlesische Wolle gebraucht, diese aber des Schaafsterbens wegen ermangelt; so leidet es dieses Jahr, unter der Theuerung der Wolle. Mit Vermehrung der Schaafzucht, und meiner verdoppelten Bemühung, die Ausfuhr der Wolle zu verhindern, wird sich dieses hoffentlich wieder heben. In gleichem Falle sind die übrigen Fabriken-Städte, Haynau, Lüben, Schlawa, Gubrau, Eschirnau, Festsberg &c. Die Anzahl der Stühle vermehrt sich mehr, als ich wünschte: denn sie werden bald das Verhältniß des Débits übersteigen, und denn gereichen sie dem Staate zur Last; obgleich dem Mangel an Absatz, und den durch die Verboth-Gesetze verursachten Störungen, durch Prämien und Beneficirung der Exportation, möglichst abgeholfen und auf neue Débouchées vorgebracht wird.

In Vergleichung mit dem platten Lande, sind die Städte bisher sehr zurückgesetzt, da sie unter der Last der kostbaren Consumption gesunkn haben, und noch jezt müssen vom Bier 90 pCent., vom Brandtwein 70 und vom Weizen 30 pCent. gegeben werden.

Wenn das Grund-Vermögen der Städte berechnet wird; so machen die Häuser davon, den beträchtlichsten Theil aus. Der Werth derselben wird von den brauberechtigten Häusern nach der Nahrung bestimmt, welche das Brau-Wesen dem Orte verschafft. Nach diesem haben die Städte bishero, beinahe 2 Millionen, gegen die ehemaligen Zeiten, in ihrem Vermögen verloren.

Eine wesentliche Pflicht ist es, auf Entrichtung der Abgaben auf gleichen Fuß, um so mehr zu denken, als noch ein anderer Umstand die Städte drückt. Dieses ist der Mangel an Credit, weil der Adel sich durch das Landschaftliche System, alles baaren Geldes bemächtigt und



dem fleißigen Bürger und Fabrikanten entzogen hat; weßhalb Euer Majestät ich meine allerunterthänigsten Vorschläge besonders einzureichen nicht verfehlen werde.

Die Abgaben der Schlesiſchen Städte gegen die des platten Landes verhalten ſich ohngefähr wie 2 zu 3 und nicht allein, daß ſie  $\frac{1}{3}$  mehr entrichten; ſo hat der Landmann noch den Vortheil, daß eine gute Erndte ſeine Umſtände retabliren kann, ſtatt daß dem ſtädtiſchen Einwohner wichtige Revolutiones zu Hülfe kommen müſſen, um ſein gesunkenes Gewerbe zu verbessern.

Die Beſchaffenheit der Städte in Schleſien, in Vergleichung mit denen, in Euer Majestät andern Provinzen, wird noch dadurch geringer, daß die verſchiedenen Fürſten, welche die Fürſtenthümer einzeln beſaßen, daß platte Land, beſonders im Schweidniß'schen und Sauer'schen, mit ſtädtiſchen Gerechtigkeiten, als Backen, Schlachten u. zum Nachtheil derſelben, verſehen haben, welches ihnen nicht kann genommen werden.

Sie haben noch von dem 30jährigen Kriege, 746 Wüſtungen, an deren Bebauung nur denn, wenn die ſtädtiſchen Nahrungen ſich beſſern, zu denken iſt; denn wer den Menſchen dieſes giebt, vermehret ihre Anzahl und die Beſitzungen. Seit meiner Administration ſind indeſſen ſchon 681 Wüſtungen retabliert.

Des Höchſtſeeligen Königs Majestät haben große Summen auf die Ziegelbedachungen verwandt, um die Städte für Feuer-Schaden zu ſichern, daher ſind auch 11,633 Schindel- in Ziegel-Dächer verwandelt; es bleiben aber dennoch 28,838 Schindeldächer in ſämmtlichen Städten Schleſiens übrig.

Von Handel und denen damit verbundenen Fabriken.

Der eigentliche Handel dieſer Provinz, iſt ein Manufactur- und Producten-Handel, der einträglichſte von allen Arten des Commerces der Transito- und intermediaire Handel hat ſich ganz weggezogen. Der Oeconomie-Handel iſt niemals von Bedeutung geweſen.

Der Manufactur- und Producten-Handel beſteht

1. auß dem Leinen-Negoce. Wie daſſelbe ſich ſeit Anno 1740 biß jezo verhalten, zeigt die Beilage Lit. A.<sup>1)</sup> Auß derſelben erhellt, daß der Leinene-Handel gegen voriges Jahr, um 1,277,369 Rthlr.

<sup>1)</sup> Die Beilagen fehlen leider in der vorliegenden Abſchrift.

abgenommen; aber gegen andere Jahre, noch sehr ansehnlich gewesen; obgleich zu vermuthen, daß dieser Handel voriges Jahr seine höchste Epoque erreicht gehabt, und aus folgenden Ursachen, sobald nicht wieder steigen wird.

Zur Zeit des See-Krieges zwischen England und Frankreich wurde wenig versandt, und die Waaren-Lager in der neuen Welt, waren bei dem Frieden aufgeräumt. Die Holländer trieben einigen Schleichhandel dahin; sobald sie aber ihr Depôt St. Eustache verlohren und die Dänen mit St. Croix und St. Thomas nicht fortkonnten, hörte der Handel nach Amerika ganz auf. Des Höchstseeligen Königs Majestät etablirten zwar das Ohmann'sche Haus in Hamburg, dieses sollte gegen 5 pCent. auf Waaren Geld geben; es bringt aber niemals Vortheil, Waaren zu verzinsen und das Ohmann'sche Haus brachte also keinen Nutzen. Da wenig Waaren nach Amerika gingen, kamen auch wenige retour, und Zucker, Caffee, Spezerei-Waaren u. wurden außerordentlich theuer.

Nun erfolgte der Frieden; jeder wollte Weinwand nach Amerika bringen. Die Holländer, Hamburger, Engländer und Spanier gaben enorme Preise. Von 1783 bis 1786 wurde mit Unsinn aufgekauft und der Preis der Waare mit 30 bis 40 pCent. in die Höhe getrieben.

Hierdurch und daß so viele, die ehemals mit Kaffee und Taback gehandelt hatten, nunmehr Weinwand kauften und die Concurrenz vermehrten, wurde die Weinwand theuer; die Hoffnung vortheilhafter Retouren Westindischer Producten schlug fehl; das Schiff, der Peter de Alcatara gieng unter; die Ausländer wollten nicht mehr auf ihr Risiko kaufen; zu Cadix, Holland und Hamburg war ein allgemeiner Stillstand; dieser dauert noch.

Die Ausländer bieten für die Waaren zu wenig, um zu versenden; indessen sind große Summen durch 4 Jahre von ihnen gewonnen, welche sich in den Händen der Kaufleute, Weber, Spinner und des Flachsbauers befinden.

Auf große Anspannung erfolgt Erschlaffung, und muß hierin ein günstiger Zeitpunkt nunmehr, meines Erachtens, ruhig abgewartet werden.

Am Triebe zur Nahrung fehlt es indessen im Lande nicht, indem in diesem Jahre, die Anzahl der Weberstühle, sich um 58 vermehrt hat, und eben so wenig fehlt es an der Bemühung, das Gespinnste im Lande zu

verbessern, indem in denen angelegten Spinnschulen sich 111,089 Personen, mit leinen Garn=Spinnen beschäftigen.

Außer diesen sind über 6000 Menschen mit Baumwollen- und 24,000 mit Wollen=Garn=Spinnen occupirt.

Die Fabrication der baumwollenen Waaren geschieht in denen Arbeits-häusern zu Brieg und Sauer und in dem Armenhause zu Creutzburg mit gutem Success und Unterhaltung von 595 Züchtlingen und Armen.

Den blühenden Handel mit gebleichten, und zwar solcher rauhen zu den Landes-Fabriken untauglichen Garnen, hat die Provinz durch das Verboth der Ausfuhr, auf die Vorstellung einiger unverständigen Kaufleute vor 6 Jahren, und mit ihm einen Gewinnst von 200,000 Rthlr., Euer Majestät aber an Zoll 28,000 Rthlr. viele Kaufleute den Verdienst, und über 7000 Bleichern und andere Leute das Brodt verlohren.

Euer Majestät haben zwar geruht, die Ausfuhr wieder nachzugeben; Hessen und Braunschweig hat aber diesen Handel indessen an sich gezogen. Sie liegen näher, und schicken die Garne über Frankfurth a. Main nach Brabant, und so wie die Böhmen, nach Holland.

Vorgedachte Lande haben eine große Advantage in den wohlfeilern Frachten und geben nur 25 Sgr. pCent. Das Verboth sollte wohlfeilere Garne bewirken und hat das Gegentheil verursacht, und die Garnhändler zum Schleichhandel gezwungen, wie dieses die gewöhnlichen Folgen übereilter Verboth=Gesetze, und der Monopoliën sind.

Die 2. Branche des Schlesienschen Manufaktur-Handels ist der, mit Tuch und wollenen Waaren und hierinn behauptet Schlesien einen großen Vorzug für allen benachbarten Landen, wegen seiner feinen Wolle und das Tableau der Fabrication mit den Stühlen, Meistern und Gesellen, ist nachstehendes:

|                                       | Sind gefertigt worden |                | Vorhanden sind: |         |          |
|---------------------------------------|-----------------------|----------------|-----------------|---------|----------|
|                                       | Tücher                | wollene Waaren | Stühle          | Meister | Gesellen |
| In anno 17 <sup>86</sup> <sub>7</sub> | 119,236 Stück         | 64,269 Stück   | 3983            | 4906    | 1712     |
| In anno 17 <sup>88</sup> <sub>6</sub> | 117,584 „             | 69,245 „       | 3912            | 4848    | 1507     |
| Also ist Plus                         | 1,652 Stück           | — Stück        | 71              | 58      | 205      |
| Also ist Minus                        | — „                   | 4,976 „        |                 |         |          |

Der stärkste Handel ist dieses Jahr nach Rußland, Italien und dem Reiche gegangen. Wäre diesen Fabriken nicht dasjenige, was oben bei



den Städten berührt worden, nämlich theure Woll-Preise hinderlich; so würde die Fabrikation der wollenen Waaren auch zugenommen haben.

Ihrem Verfall wenn er aus Mangel des Debits entsteht, abzuhelpen, sind nur zwei Mittel: Vorschüsse oder Tuchhallen.

Eine lange Erfahrung hat mich gelehrt, daß ersteres selten mit Vorsicht und mit Nutzen gebraucht, und mehr dem Kaufmann, als dem Manufakturisten bewilligt wird: denn 1 Million Vorschuß lehterem gegeben, ist in 10 Jahren in den Händen des ersiern, der ihm die Waare abdrückt; und zum 2ten, zu Tuch-Vorraths-Häusern gehören große Summen und sehr ehrliche, uneigennützige und verständige Verwalter. Beides sind feltene Sachen.

Die Seele der Tuch-Manufacturen ist der Credit, der ihr durch die Güte der Waaren verschafft wird, und diese wird durch eine scrupuleuse Aufmerksamkeit, auf die Appretur, Farbe u. der Tücher, bei den wollenen Waaren aber durch das Lustre erhalten, und hierauf wird mit der erforderlichen Sorgfalt gesehen.

Das 3. Produkt ist die Röhre, welche in diesem Jahre 82,000 Rthlr. eingebracht hat, und durch die Verwandlung in Krapp, wozu voriges Jahr die Mühlen und Häuser gebaut sind, in der Folge durch die stärkere Ausfuhr, den Werth erhöhen, und also den Anbau befördern wird.

Der Transito- und Pohluische Handel, welcher eigentlich Breslau afficirt und ganz gesunken ist, hängt von gut regulirten Zöllen, diesem Leitfaden der Handlung und guten Landstraßen ab, wozu Euer Majestät Allerhöchste Dero Ordre bereits ertheilt.

Die General-Balance sub B weist pro 17 $\frac{86}{7}$  eine Exportation von 9,134,565 Rthlr. und einen reinen Ueberschuß von 3,098,681 Rthlr. nach. Gegen welche Länder Schlesien gewinnt, oder verliert, habe Euer Majestät ich sub C. allerunterthänigst zu Füßen legen wollen, aus welcher Nachweisung unter andern sich ergibt, daß Schlesien zum Flor Euer Majestät übrigen Lande, mit 600,000 Rthlr. im Durchschnitt concurrirt indem selbige soviel in dem Handel mit Schlesien gewinnen.

Erlauben Euer Majestät mir hierbei folgende Bemerkung:

Es kommt nicht immer auf eine vortheilhafte Handlungs-Balance, sondern darauf an, daß dem Volke Auskommen durch Arbeit verschafft wird. Diese ist ihm nöthiger, als großer Geld-Vorrath. In einer so

vollreichen Provinz, wie Schlesien, muß auf beides sorgfältig gedacht werden:

Die Arbeit muß befördert werden, um die große Volks-Menge zu beschäftigen. Daß Numeraire muß im Lande conservirt werden, um

1) zwei Millionen, welche baar aus Schlesien zu Euer Majestät-Cassen fließen, und

2) eine Million, welche durch Abrechnung mit denselben, oder auf andere Art, jährlich außer Landes gehen,

zahlen zu können. Es ist dieses die Summe, welche Schlesien in guten Jahren gewinnt. Wie nöthig ist es also auf die Erhaltung seines Bestandes, der circulirenden baaren Masse, in allen Finanz-Operationen eine aufmerksame Rücksicht zu nehmen!

Sie beträgt circa 4 Millionen, und ist bei einer lebhaften innern Circulation für die Provinz hinlänglich. Sie sehr zu vermehren würde den Werth der Dinge, den Preis der Waaren und also auch des Arbeitslohns erhöhen, und dieses ist denen Manufacturen äußerst schädlich, wie diesen Effect schon das papierne Geld, nämlich Banco-Noten und Pfandbriefe, zum Nachtheil der Gewerbe, in Schlesien gehabt hat.

In denen in Ober-Schlesien und im Lande angelegten Fabriken, außer den Leinenen- und Wolle-Manufacturten sind im lezten Jahre 918 Ausländer angezogen und untergebracht, und überhaupt während meiner Administration 27,587 Menschen.

Den Schlesiſchen Klöstern und Stiftern sind, um sie für das allgemeine Wohl nützlicher zu machen, Etablissements nach ihrem Vermögen, Kräften und Lage auferlegt. So versertigt z. E. das Kloster Leubus außer einer beträchtlichen Leder-Fabrike und dem Weinbau, alles Zeug zu den Ordens-Kleidern, welches ehemals aus der Fremde geholt wurde, nunmehr selbst, und das Stift Rauden, Drath und Stahl, wovon im Lande sonst keine Fabrike gewesen, um sein überflüssiges Holz zu nutzen.

Bei der mir übertragenen speziellen Aufsicht, auf die Kloster-Ordens-Geistlichen, halte ich pflichtmäßig darauf, daß sie sich nicht über die Zahl derer, welche im Chor nothwendig sind, vermehren.

Im Lande sind . . . . . 1007 männliche

350 weibliche

zusammen . . . 1357 Ordens-Personen

und 864 Minus gegen die erste Aufnahme von 1755. Dieses betrifft größtentheils die Bettel-Mönche, diese Geißel des gemeinen Volks von dessen Leichtgläubigkeit sie sich nähren.

Betreffend einige Objecte der Cultur und des Fleißes, deren Beförderung vom Antriebe, Prämien und guter Anleitung abhängt: so ist

- 1) der Seidenbau in Schlesien in diesem Jahre mehr rück- als vorwärts gekommen; indem durch den Frost vor 2 Jahren fast alle Bäume eingegangen sind.

In diesem Jahre sind wirklich vorhanden:

| Maulbeer-Bäume,                                                                                    | und gewonnen                         |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|
| 397,053 Stämme . 87 Pfd. rohe                                                                      | 95 Pfd. feine Seide                  |
| im J. 178 $\frac{5}{8}$ waren 451,047      „      . 74      „      „      119      „      „      „ |                                      |
| also ist zwar Plus                                                                                 | 13 Pfd. rohe      — Pfd. feine Seide |
| aber dagegen Minus 53,994 Stämme . —      „      „      24      „      „      „                    |                                      |

Gleiche Unfälle hat

- 2) die Bienen-Zucht betroffen, indem über 28,000 Stöcke eingegangen sind. Beides vermehrt nur den National-Reichthum in so weit, als die Ausfuhr des baaren Geldes für die Seide und das Wachs verhindert und in dieser Rücksicht auch der Landmann zum ferneren Anbau aufgemuntert wird.

Die Steinkohlen-Feuerung

- 3) nimmt jährlich, und damit der Gewinnst für die Gruben-Besitzer zu.

Es existiren gegenwärtig 5540 Steinkohlen-Feuerungen und sind gegen das vorige Jahr 258 Feuerungen zugegetreten.

Der Steinkohlen-Bergbau nimmt sich von Jahr zu Jahr mehr auf, und selbst Ober-Schlesien hat einen Schatz von Steinkohlen-Gruben; wie denn dieser Theil der Provinz nach seiner Lage und natürlichen Reichthümern, auch überhaupt dereinst die Wohlfahrt des ganzen Landes immer mehr und mehr befördern wird, sobald nur dorten Fleiß und Industrie allgemein werden wird, als worinn bereits beträchtliche Fortschritte gemacht werden.

Im Schweidnitzschen sind dieses Jahr . . . . . 500,000 Eshfl.

im Gläzschschen . . . . . 100,000 „

und in Ober-Schlesien . . . . . 50,000 „

zusammen an . . . 650,000 Eshfl.



Steinkohlen verbraucht<sup>1)</sup>). Binnen wenig Jahren wird der Debit bis auf eine Million Scheffel gebracht werden können, und ist nunmehr auch bei einer Glashütte, mit der Steinkohlen-Feuerung ein glücklicher Anfang gemacht.

Außer dem Soutier für die Berliner Zucker-Raffinerie und mehrere Anlagen in der Mark, ist es jetzt für Schlesien eine Holz-Ersparung von 40,000 Klaftern wenigstens, welche den Leinwand-Bleicher im Gebirge, eine dauernde Holz-Consumtion verspricht. Und dieses ist nöthig; denn die ganze Leinen-Manufactur war in alten Zeiten in der Gegend von Freystadt, zog sich alsdenn nach Sauer und hiernächst in das Gebirge, alles aus Mangel an Feuerung. Es ist höchst nothwendig, über die Schonung und Anbau, guten Forst-Haushalt und Holz-Ersparung im Gebirge zu wachen, um sie nicht zu nöthigen, nach Böhmen zu wandern.

Ich werde mir dieses ferner, so wie überhaupt alles, eifrigst angelegen sein lassen, was den Landbau, die Künste; Handlung und Gewerbe befördert, das Auskommen des Bürgers erleichtert, mit den Bedürfnissen des Staats in gehöriges Verhältniß setzt, und daß dasjenige, was Euer Majestät zu seinem Wohl landesväterlich zu bestimmen geruhen, gehörig zu seinem Nutzen verwandt wird; um dadurch den großen Endzweck, Euer Majestät Gnade zu verdienen, und so nützlich als möglich meinen Mitbürgern zu werden, zu erreichen.

---

<sup>1)</sup> Zur Vergleichung zwischen Vergangenheit und Gegenwart dicke, daß im Jahre 1834 die Kohlenausbeute im oberschles. Revier c. 8 Millionen Tonnen oder 32 Mill. Scheffel, im niederschles. Revier 2½ Mill. Tonnen betragen hat. Die oberschlesische Eisenbahn hat in demselben Jahre 1½ Mill.; die Freiburger Bahn 679,000 Tonnen versahren.  
R.

## V.

### Miscellen.

Von Dr. L. Delsner und Noepell.

#### 1. Ueber die Zeitbestimmung der Provinzialsynode zu Breslau unter dem Vorſitz des Cardinallegaten Guido.

Stenzel hat in seiner „Geschichte Schlesiens I. p. 63“ diese Synode in das Jahr 1268 gesetzt. Als er die Geschichte schrieb, nahm er diese Angabe wahrscheinlich ohne weiteres aus der Einleitung zu seinen „Urkunden zur Geschichte des Bisthums Breslau“ auf, in welcher sich dieselbe mit dem Zusatz „wie es scheint im Februar“ auf S. XLVIII findet, während auf S. XV u. XX die auf dieser Synode erlassenen Statuten des Cardinal Guido mit der Jahrzahl 1267 angeführt sind.

Auf diesen Widerspruch, über welchen Ritter in seiner Geschichte der Diöcese Breslau I. p. 209 stillschweigend mit Aufnahme des Jahres 1268 hinweggegangen war, ward ich erst vor kurzem bei Gelegenheit einer Untersuchung der alten Krakauer Annalen aufmerksam, welche Ludwig Letowöky, Bischof von Soppe und Dekand des Krakauer Kapitels am Schluß des vierten Bandes seines Katalog biskupow, pralatow i kanoników krakowskich. W Krakowie 1852—53 hat abdrucken lassen. Diese Annalen sind spätestens am Ende des 13. Jahrhunderts, zum Theil auf Grund entschieden viel älterer Aufzeichnungen, geschrieben worden; enthalten überhaupt eine Reihe ganz interessanter Notizen zur Geschichte Schlesiens und geben für die in Frage stehende Breslauer Synode folgende Nachricht: 1267 . . . . . Eodem anno in octava purificationis s. Mariae venerabilis pater dominus Guido militans deo sub norma et ordine cystericiensi tit:

s. Laurencii in Lucina presbyter cardinalis, legatus a latere sedis apostolice in partes polonie et alias destinatus Concilium in Wratizlavia solempniter fecit et multas constitutiones salutiferas statuens sanxit tenendas. Illic venerabilem patrem Paulum ecclesie cracoviensis predictum episcopum tunc electum super Archiepiscopum et omnes episcopos polonie fuit propensiori favore et gracia prosequutus et honoris ampliori preeminencia honoravit. Hic quinto kal. Julii in Cracoviam veniens paterna pietate plus solita exuberans benignissimus in clerum et laicos apparuit, totum mansuetissimum eisdem in omnibus se praesentans.

Hier erhalten wir also die ganz bestimmte Angabe, daß der Kardinallegat Guido im J. 1267 in der Woche nach Purificatio Mariae (2. Febr.) die Synode zu Breslau hielt und am 27. Juni d. J. nach Krakau kam. Sodann aber wird diese Angabe auch durch urkundliche Nachrichten bestätigt.

1267 am 12. Febr. stellte der Kardinallegat zu Breslau eine Urk. für das Kloster Leubus und noch am 19. Febr. ebendasselbst für die Dominicaner in Breslau aus.

Am 22. Juni 1267 war er nach der Urk. in Stenzels Urk. zur Geschichte des Breslauer Bisthums No. XXV. p. 31 in Ratibor und stellte am 1. Juli darauf in Krakau eine Urk. für das Kloster Trebnitz aus, und endlich sagen auch noch die zu einer Synode in Dankow versammelten Bischöfe von Gnesen, Breslau, Krakau, Leślau und Posen in einer unter dem 16. October 1267 ausgestellten Urkunde, in der sie dem Herzoge Mestwin von Pommern einen Auszug aus den Statuten des Kardinallegaten Guido zur Nachachtung mittheilen aus, daß diese in synodo per ipsum (sc. Cardinalem) in Wratizlavia novissime celebrata, publice ac sollempniter editas wären. Cf. Codex diplomaticus Poloniae ed. studio et opera Leonis Rzyszczewski et Antonii Muczkowski. Warsaviae 1847. Tom. II. p. 74 no. XCI.

Nach diesem allen kann es wohl keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Synode im J. 1267 und nicht im J. 1268 statt fand. R.

## 2. Der Hof Heinrich V. von Breslau.

Berichtigung zu Klose, Von Breslau I. 578.

Im Herbst des Jahres 1293 war Herzog Heinrich V. von Breslau durch die Verrätherci seines Vasallen Lutko in die Hände Heinrichs von



Glogau gerathen, und erst durch den Vertrag vom 6. Mai 1294<sup>1)</sup> wurde er aus sechsmonatlicher furchtbarer Haft befreit. „Aus der Vergleichs-urkunde,“ sagt Klose a. a. D., „sieht man, daß der gute Fürst ganz mit Verräthern umgeben gewesen, und daß er unter diesen Umständen unvermeidlich ein Opfer der Rachsucht habe werden müssen. Nach der Gefangenschaft hatte er neue Hofleute und Räthe, wie dieß die unterschriebenen Namen der Zeugen in den Urkunden beweisen. Denn in den von 1296 erscheint kein Henczko von Wisenburg, kein Renker Palatin von Breslau, kein Pacoslaw, kein Schambor von Schiltberg, kein Magister Ludwig Protonotar, kein Friczko Notar, sowie in den Briefen von 1290 bis 1293.“ Diese Worte Klose's lassen in mehrfacher Beziehung eine Berichtigung zu. Ein altes Kladdenbuch des Breslauer Rath's, das ich in einem der spätern Hefte dieser Zeitschrift herauszugeben beabsichtige, enthält die Abschrift einer Urkunde Heinrich's V. vom 29. August 1294, durch welche ich zuerst auf diesen Gegenstand hingeführt wurde. Das Original der Urkunde, sowie jenes Manuscript selbst, liegt im Provinzial-Archiv<sup>2)</sup>; ich verglich nun noch alle übrigen ebendasselbst befindlichen, von Heinrich V. vor und nach seiner Gefangenschaft ausgestellten Urkunden, welche Klose größtentheils nicht kannte, und diese Untersuchung ergab folgende Resultate:

I. Zwei von Denen, welche Klose ausdrücklich hervorhebt, kommen in den Briefen von 1296 allerdings nicht vor, wohl aber noch 1294. Der Eine ist Schambor (Tschammer) von Schiltberg, der nicht bloß 1290<sup>3)</sup>, sondern auch am 29. August 1294 in dem oben angeführten Privilegium des Vincenzstifts unter den Getreuen Heinrich's erscheint. Obgleich er da nur Schamborius genannt wird, so ist es doch unzweifelhaft derselbe, denn in einer andern Urkunde lautet der Name: „Szambor, genannt Schiltberg<sup>4)</sup>.“ Der Andre ist der Notar Friczco von Tareschow. Seit dem Regierungsbeginne Heinrich's fertigte er fast alle herzoglichen Schreiben aus; man sehe die Urkunden vom 30. Juli<sup>5)</sup>, vom 9.<sup>6)</sup> und vom 25. August 1290<sup>7)</sup>,

<sup>1)</sup> Sommersberg, SS. rr. Siles, I. 889—891: „an Centte Johannis Tage Evangelisten, als he wart in dem Oley gebraten.“

<sup>2)</sup> Vincenzstift 119. Vgl. Stenzel, SS. rr. Sil. II. 137.

<sup>3)</sup> Tzschoppe und Stenzel, Urkundenbuch S. 405.

<sup>4)</sup> Klose II. 132.

<sup>5)</sup> Sm Repertorium Heliae (Prov.-Arch.) p. 118; in dem alten Diplomatar des Sandstifts (Pr.-Arch.) n. 121. S. 56.

<sup>6)</sup> Tzschoppe und Stenzel S. 405.

<sup>7)</sup> Provinzial-Archiv, Heintichau 24; gedruckt in Stenzels Gründungsbuch S. 181.

vom 23. Januar <sup>1)</sup>), dem 7. März <sup>2)</sup>) und dem 31. Oktober des Jahres 1291 <sup>3)</sup>), endlich vom 18. April <sup>4)</sup>), vom 23. Juni <sup>5)</sup>), vom 9. September <sup>6)</sup>) und vom 22. Dezember 1292 <sup>7)</sup>). Sein Name ist bald Friczo allein <sup>8)</sup>), bald Friczo de Jareschow <sup>9)</sup>); dieß erklärt sich auch hier, wie bei Schambor, durch eine andre Urkunde (vom 23. Januar 1291), wo er „Friczko nostre Curie Notarius dictus de Jareschouwe“ genannt wird. Sein Titel ist in allen diesen Urkunden Notarius noster oder Curie nostre Notarius. Aber schon am 12. März 1293 begegnet er uns in der neuen Würde eines „Prothonotarius terrae nostrae <sup>10)</sup>“; am 17. Juni desselben Jahres heißt er, „Canonicus et prothonotarius Wratislaviensis“ <sup>11)</sup>). In dieser hohen Stellung nun verharret er auch nach der unglücklichen Katastrophe; davon zeugen zunächst zwei Dokumente Heinrich aus dem Jahre 1294, daß eine vom 27. Mai „presentibus . . . et Friczhone canonico et prothonotario nostro per quem vi. kalendas Junii presencia conscribuntur <sup>12)</sup>“, daß andre vom 29. August, „datum per manus Frixschonis de Jareschow prothonotarii terre nostre et canonici Wratislaviensis <sup>13)</sup>“. Ein nicht minder gewichtiger Beleg scheinen mir

<sup>1)</sup> Prov.-Arch., Sandstift 115, beglaubigte Abschrift von 1439. Repert. Heliae p. 499. Diplomatar n. 23. Schles. Prov.-Blätter 1849, Juli S. 23.

<sup>2)</sup> Prov.-Arch., Feubus 112.

<sup>3)</sup> Zischoppe und Stenzel S. 414.

<sup>4)</sup> Sommersberg III. 110.

<sup>5)</sup> Zischoppe und Stenzel S. 415; Thebes. Viegnitz. Jahrbücher, Theil 2. S. 122. Thebesius und Andere nach ihm setzen diese Urkunde, welche der Stadt Goldberg die Rechte Breslaus verleiht, irrig ins Jahr 1293.

<sup>6)</sup> Carl Fr. Anders, Schlesien wie es war, Th. 2. S. 323.

<sup>7)</sup> Repert. Hel. p. 714. Diplomatar n. 96.

<sup>8)</sup> Auch Friczcho, Frizschco, Fritsco, Frixscho.

<sup>9)</sup> Auch Jaroschow, Jerissowe.

<sup>10)</sup> Pr.-Arch., Sandstift 220, beglaubigte Abschrift von 1657. Rep. Hel. p. 511 Dipl. n. 17.

<sup>11)</sup> Zisch. und Stenzel S. 423. Thebes. II. 121. Durch dieses Privilegium erhält Viegnitz die Rechte der Stadt Breslau. Daß die oben citirte Goldberger Urkunde (S. 147. Anm. 5) nicht in das Jahr 1293 gehört, wäre (wenn es noch eines Beweises bedürfte, da sie in der Stenzel'schen Ausgabe das Datum 1292 trägt) schon dadurch bewiesen, daß Friczo in derselben noch Notarius ist.

<sup>12)</sup> Pr.-Archiv, Matthiastift 26.

<sup>13)</sup> Pr.-Archiv, Kladdenbuch und Vincenzstift 119. In einer Urkunde des Bischofs Johann vom 13. April 1295 (Rep. Heliae p. 436. Diplomatar n. 37) wird unter andern Kanonikern auch Friczo de Jerisschow als Zeuge genannt.

vier Urkunden zu sein, welche Boleslaus III., der älteste Sohn Heinrichs V., 1305 und 1306 erließ, *presentibus nostris fidelibus . . . et Friczkone de Jaroschaw prothonotario nostro et Decano Glogoviensi et Canonico Wratisl. cujus manibus presentes litere conscribuntur* <sup>1)</sup>. Daß hier unser Friczko gemeint ist, läßt sich wohl kaum bezweifeln; Boleslaus aber, der das Mißgeschick seines Vaters nicht vergessen hatte, würde einen Beförderer des Verrathes gewiß niemals zu seinem ersten Beamten und Rathgeber gemacht haben <sup>2)</sup>.

II. Ich will es nun in gleicher Weise versuchen, die allgemeine Behauptung, „daß der gute Fürst ganz mit Verräthern umgeben gewesen,“ durch mehrere Proben des Gegentheils zu entkräften. Günther von Siberstein, meist der Erste unter den Zeugen, erscheint nicht nur 1290 und 91, 1292 und 93<sup>3)</sup>, sondern auch 1294<sup>4)</sup>, 1295<sup>5)</sup> und 1296<sup>6)</sup>. Themo von Poserne, der Mundschenk Heinrichs V., der zwischen 1290 und 1294 alljährlich in Urkunden genannt wird <sup>7)</sup>, dem der Herzog wegen wichtiger und treuer Dienste im Jahre 1292 das Dorf Wynowicz bei Liegnitz schenkt <sup>8)</sup>, wird auch 1294 am 27. Mai an der Spitze aller Zeugen aufgeführt <sup>9)</sup>. Der Hofrichter Gisilherus Colneri ist sowohl 1291 (23. Januar) und 1293 (12. März), als auch am 29. August 1294, am 12. November 1295 und am 18. Februar 1296 Zeuge; am 28. Oktober 1295 schlichtet Heinrich V. einen Streit zwischen den „Getreuen, dem Herrn Giselerus Colneri und dem Herrn Fridericus, Pleban von Neu-

<sup>1)</sup> Schles. Prov.-Blätt. 1849. Juli S. 23. 24. (1305); Sommersb. I. 421 (1305); Zisch. u. Stenz. 478 (1306).

<sup>2)</sup> Auch Schambor von Schilberg findet sich 1307, 1309 und 1310 unter den Hofleuten des Boleslaus und seiner Brüder Heinrich und Wladislaus (s. Schles. Diplom. Nebenstunden, 1. Stück, S. 53. 64. 65. 66.)

<sup>3)</sup> 22. Juli 1290 (Somm. I. 332), 30. Juli 1290 (a. a. D.), 23. Jan. 1291 (a. a. D.), 27. April 1292 (Schles. Diplom. Nebenst. 1. St. S. 50), 22. Dec. 1292 und 12. März 1293.

<sup>4)</sup> 29. August a. a. D.

<sup>5)</sup> 12. Nov. Repert. Heliae p. 437. Diplomatar n. 38.

<sup>6)</sup> 18. Februar (Pr.-Arch., Liegnitzer Kreuzstift 1) und 21. Februar (Pr.-Arch., Vincenzstift 120). Auch Klose, II. 8—9, findet Günther sowohl 1290 als 1296.

<sup>7)</sup> 1290 22. Juli; 1291 23. Januar, 7. März, 31. October; 1292 23. Juni; 1293 17. Juni: sämtliche Urkunden sind bereits angeführt worden.

<sup>8)</sup> Urk. vom 9. September 1292 a. a. D.

<sup>9)</sup> Prov.-Archiv, Matthiäestift 26.



markt<sup>1)</sup>." Auch Günther und Gisilher gehören, gleich Fricco, später zu den Getreuen der Söhne Heinrichs<sup>2)</sup>; ebenso Hermann von Eichelborn und Peter Kurzbogk<sup>3)</sup>, denen wir schon 1292 in Urkunden Heinrichs V. begegnen<sup>4)</sup>. Einen andern Kurzbogk, Namens Arnold, beschenkt der todtfranke Herzog, salutis anime non in memor, wenige Tage vor seinem Ende, weil er gegen ihn einst indebite et sine omni jure verfahren<sup>5)</sup>; derselbe Arnold wohnte am 9. September 1292 der Belehnung des Ritters Ehemmo von Poserne bei. Die oftgenannte Vincenzurkunde vom 29. August 1294 zeigt, daß Boguscho von Pogerele, der bereits am 30. Juli 1290, Woyzecho Rimbaba, der am 9. Sept. 1292, und der Kaplan des Herzogs Fredericus de Lom, der schon am 12. März 1293 als Zeuge fungirt, auch nach der Gefangenschaft Heinrichs noch dessen Vertrauen besitzen. Ebendasselbst finden wir einen Theodricus de Ronbere wieder, der uns schon aus der Heinrichauer Urkunde vom 25. August 1290 bekannt ist; und neben Theodricus tritt auch Hermannus de Ronbere, welcher schon 1292 vorkommt<sup>6)</sup>, am 27. Mai 1294 als Zeuge auf. In lesterwähntem Dokumente vom Jahre 1294 geschieht ferner eines Nicholaus de Thepilwode Erwähnung, der schon am 7. März 1291 unter den Getreuen des Herzogs erscheint. Beide, sowohl Nikolaus als Hermann, befinden sich außerdem unter den Zeugen der Urkunde vom 12. November 1295. Endlich ist noch Ulmannus scriptor zu nennen, welcher die Sandstiftsurkunde vom 12. März 1293 ex jussu et mandato Domini Frixschonis ausgefertigt hat und am 21. Februar 1296<sup>7)</sup> als Kaplan und Notar des Herzogs unter den Zeugen erwähnt wird.

Allerdings tauchen seit dem Jahre 1294 neue Männer auf, die wir aus früherer Zeit nicht kennen; ebenso bleiben oftgehörte Namen seitdem ungenannt. Zu diesen gehören der Protonotar Endwig<sup>8)</sup>, der Truchseß

<sup>1)</sup> Prov.-Archiv, Feubus 122.

<sup>2)</sup> Günther als Protonotar 1309 u. 10, Gisilher in den Urkunden von 1305 u. 6.

<sup>3)</sup> Jener 1309 u. 11 (Schles. Dipl. Neb. S. 64. 67. 68), dieser im Jahre 1305.

<sup>4)</sup> Schles. Dipl. Neb. S. 50. Tzschoppe und Stenzel 415.

<sup>5)</sup> 18. Februar 1296 a. a. D.

<sup>6)</sup> Tzschoppe u. Stenzel 415.

<sup>7)</sup> Provinzial-Arch. a. a. D.

<sup>8)</sup> Noch am 30. Juli und am 9. August 1290 neben dem Notar Fricco genannt.

Bertold von Borow, Miro von Pardowicz, Henzco von Wisenburg, Otto von Elewicz, Peter von Gusch u. A. m. Wer wollte behaupten, es hätte keiner der Hofleute die That Lutko's unterstützt? Ludwig den Schreiber u. A. klagt die Vergleichsburkunde vom 6. Mai ziemlich deutlich der Theilnahme am Verrath an. Daher sagt Stenzel in der Geschichte Schlesiens (S. 111): „Lutko fand noch mehrere Theilnehmer an dem Verrathe, unter denen, wie es scheint, auch Ludwig, der ehemalige Notar Heinrich IV., war.“ Aber darauf, daß manche Namen seit 1294 nicht wieder vorkommen, darf Nichts gefolgert werden. Die Einen wurden vielleicht durch den Tod ereilt; über andre Persönlichkeiten verbreiten neue Urkunden vielleicht neues Licht. Jedenfalls muß das Verdammungsurtheil Klose's sehr modificirt werden: funfzehn Männer finden wir nach wie vor der Gefangenschaft in der nächsten Umgebung des Herzogs, und der Tod jenes Treuen, der beim Ueberfall im Bade sein Leben hingab, um seinen Herrn zu retten, beweist, daß Herzog Heinrich V. opferungsfähiger Diener nicht entbehrte.

O.

### 3. Die erste Lotterie in Breslau.

Schon Nicolaus Pol hat in seinen Jahrbüchern der Stadt Breslau III. p. 6 von dem „Glückstopf“ oder „Glückshafen“ berichtet, der seiner Angabe nach im Jahre 1518 hier in Breslau eingerichtet worden sein soll, und dessen Gewinne vornämlich in Kleinodien bestanden. Noch ausführlichere Nachrichten über denselben hat dann C. B. Klose, in seiner von Stenzel herausgegebenen „Darstellung der innern Verhältnisse der Stadt Breslau 1458—1526“ p. 157 flg. gesammelt, aus welchen man auch ersieht, daß die „Bedel“ (Loose) zu diesem Glücksspiel bis nach Berlin, Wien, Böhmen und selbst bis Brügge in Flandern verschickt und abgesetzt wurden.

Jetzt erfahren wir aus einem Briefe der Rathmanne der Stadt an den Hochmeister Markgrafen Albrecht von Brandenburg d. d. am Connobinde vor Michaelis Archangeli Anno 1517, welchen Prof. Dr. Voigt zu Königsberg im „Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit. 1854 Juli Nr. 7, p. 167“ hat abdrucken lassen, nicht nur daß man mit der Einrichtung des Glücksspiel schon im Jahre 1517 begann, sondern auch, daß die Gewinne „in der Wirde von Tausent bis auf Czehn gulden Reynisch

uffgeworfen synt, und jeder „gelückes-Zettel“ zwei schlesische Weißgroschen kostete, „dy do machen einen funfzehnten tayl eines Reynischen Gulden.“

Nach dieser Angabe rechnete man also schon 1517 auf einen rhein. Gulden 30 schles. weiße Gr. und da der schles. weiße Groschen ungefähr  $1\frac{1}{3}$  heutigen Silbergroschen gleich ist<sup>1)</sup>, so konnten die Spieler mit  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschen Einsatz als niedrigsten Gewinn 12 Rthlr. 15 Egr. und als höchsten 1250 Rthlr. davon tragen. Und da ferner nach Pol's und Klose's Angaben die Gewinne insgesamt über 14,000 ungar. Gulden betrug, ein ungar. Gulden aber gleich 54 schles. weißen Gr. gerechnet ward und hienach die 14,000 ung. Gld. gleich 31,500 Rthlr. unfreß Geldes sind, so mußten schon 378,000 Loose abgesetzt werden um nur erst die Kosten der Gewinne, ganz abgesehen noch von den übrigen Betriebskosten und dem Gewinne der Unternehmer, aufzubringen. Die Betriebskosten aber konnten nicht gering sein, da wir aus Klose's Nachrichten schon es schließen konnten und jetzt aus dem Schreiben an den Hochmeister es sicher erfahren, daß der Rath eigne Agenten umherschickte, um „in Landen und Stetten sölich kurtzweilen anslaeen und von den so es gelibt und gelt uff Zcettil geben und wagin wullen, einnehmen und alher durch wechsel machen moege.“ Erleichtert wurde der Absatz wohl allerdings dadurch, daß wohlhabendere Leute viele Loose nahmen, wie z. B. Peter Stosch, kaiserl. Secretair, gleich auf einmal für 10 Gld. rh. also 150 Loose.

R.

---

<sup>1)</sup> Nach Kries, *Histor. Entwicklung der Steuerverfassung in Schlesien*. Breslau 1842. p. XV. ff.



## VI.

### Literaturberichte<sup>1)</sup>

von Noepell.

1. David Matzke, Pfarrer zu Wangten: **Die General-Visitationen der evangelischen Kirchen und Schulen im Fürstenthum Liegnitz in den Jahren 1654, 1655 u. 1674.** Berlin 1854.

Diese kleine Schrift beruht in Betreff ihres Inhalts auf den noch in mehreren Abschriften vorhandenen amtlichen Visitationß-Acten jener Jahre, und ist nicht nur für die Geschichte der evangelischen Kirche in Schlesien, sondern auch für die allgemeine des ganzen Landes von großem Interesse. Sie giebt uns nämlich nicht nur eine sehr lebendige bis in die einzelnen Pfarrdörfer herabreichende Einsicht in die grauenvolle langdauernde Verwüstung, welche der 30jährige Krieg hinter sich ließ, sondern zeigt uns auch auf sehr concrete Weise den sittlichen Zustand der verschiedenen Stände jener Zeiten. Der Verfasser hat, so viel ich nach einer allerdings nicht gerade umfassenden Vergleichung seiner Schrift mit einer auch hier in der Bibliothek der vaterländischen Gesellschaft sich befindenden Abschrift der amtlichen Visitationß-Protokolle, urtheilen kann, aus dem sehr umfangreichen Material, das sich ihm darbot, das Bedeutendere und Anziehendere mit geschichtlichem Sinn und Tact ausgewählt und zu einer einfachen, aber klaren und ansprechenden Darstellung verarbeitet, welche sich auch noch dadurch besonders empfiehlt, daß sie sich von aller Färbung durch eine bestimmte religiös-kirchliche Partheirichtung der Gegenwart frei erhalten hat.

---

<sup>1)</sup> Da es unsere Absicht ist über alle zur Geschichte Schlesiens erscheinenden neuen Schriften in diesen Blättern zu berichten, so ersuchen wir die Herrn Verleger uns hiebei durch Uebersendung eines Freiemplars gefälligst unterstützen zu wollen.

2. **C. F. Hensingeri** commentatio de Joachimo Cureo, summo saec. dec. sext. medico theologo, philosopho, historico. Marburgi 1853.

Nur der kleinste Theil dieser akademischen Gelegenheitschrift handelt wirklich von Joachim Cureus. Erst nachdem der Verf. auf 48 Quartseiten eine Skizze der Geschichte der „germanisch-christlichen Medicin“ im Mittelalter und der Reformationzeit gegeben hat, kommt er im 5. Kap. auch auf J. Cureus zu sprechen, d. h. er druckt omissis asceticis et introitu auf 14 Seiten die bekannte narratio historica de vita et morte viri summi Joach. Curei des Joannes Ferinarius (Wildpreter) wieder ab, welche im Jahre 1601 zu Liegnitz gedruckt und die Quelle aller spätern kürzern Lebensbeschreibungen des Cureus geworden ist. Ein Verzeichniß der Schriften des Iektorn beschließt die Abhandlung, aus der ich in Betreff des Cureus nur das eine Neue gefunden habe, daß in dem von Förstemann herausgegebenen liber decanorum facult. theolog. Acad. Viteberg. p. 55 sich zum Jahr 1574 die Bemerkung findet, es habe bereits vor dem Torgauer Convent festgestanden, daß der Verf. der berühmten Schrift Exegesis perspicua et ferme integro controversiae de sacra coena, nicht ein sächsischer Theologe, sondern Joachim Cureus ein schlesischer Arzt sei. Von dieser theologischen Abhandlung des Vaters unsrer schles. Geschichte ist übrigens vor Kurzem gleichfalls in Marburg durch Scheffer ein neuer Abdruck besorgt worden.



## Zuhalt des ersten Heftes.

---

Seite.

|      |                                                                                                                                                                               |     |
|------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I.   | Das Verhalten Schlesiens zur Zeit der böhmischen Unruhen. März bis Juli 1618. Von Koepell . . . . .                                                                           | 1   |
| II.  | Ueber das Münzwesen Schlesiens bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts. Von Dr. Tagmann . . . . .                                                                                 | 33  |
| III. | Zur Geschichte von Reisse in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Von Dr. Paur . . . . .                                                                                   | 95  |
| IV.  | Haupt Bericht des Minister Graf Hoyer über den Zustand Schlesiens d. d. Breslau, 23. August 1787. Mitgetheilt von Graf Dyhrn . . . . .                                        | 130 |
| V    | Miscellen. Von Dr. Delbner und Koepell.                                                                                                                                       |     |
|      | 1. Ueber die Zeitbestimmung der Provinzial-Synode zu Breslau unter dem Vorsitz des Cardinallegaten Guido . . . . .                                                            | 144 |
|      | 2. Der Hof Heinrichs V. von Breslau. Berichtigung zu Mose. Von Breslau I. 578 . . . . .                                                                                       | 145 |
|      | 3. Die erste Lotterie in Breslau . . . . .                                                                                                                                    | 150 |
| VI.  | Literaturberichte.                                                                                                                                                            |     |
|      | 1. David Maßke, Pfarrer zu Wangten; die General-Visitationen der evangelischen Kirchen und Schulen im Fürstenthum Liegnitz in den J. 1654, 1655 u. 1674. Berlin 1851. . . . . | 152 |
|      | 2. C. F. Heusingeri commentatio de Joachimo Cureo, summo sacce. dec. sext. medico theologo, philosopho, historico. Marburgi. 1853. . . . .                                    | 153 |

---